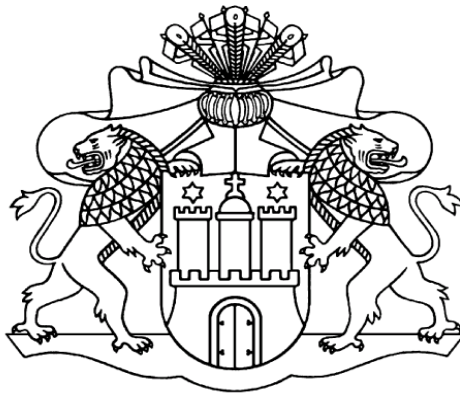


Freie und Hansestadt Hamburg

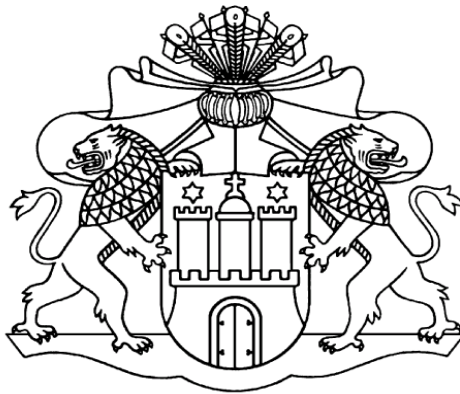


Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde

Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzverwaltung

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde

(von der Bürgerschaft am 05.03.2009 beschlossener Haushaltsplan 2009/2010)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 26
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 45
Kontenrahmen für Dienstbezüge	46 - 49
Kontenrahmen für Versorgung	50 - 53
Kontenrahmen für Sachausgaben	54 - 58
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 14
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 9000 - Zentrale Dienste -	
Kapitel 9010 - Management des Grundvermögens -	
Kapitel 9020 - Haushalt und Aufgabenplanung -	
Kapitel 9030 - Vermögens- und Beteiligungsmanagement -	
Kapitel 9060 - Bezirke und Verwaltungsreform-	
Kapitel 9090 - Organisation -	
Kapitel 9100 - Steuerverwaltung -	
Kapitel 9120 - Finanzämter -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 70
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Immobilienmanagement	1 - 24
2.2 Kasse.Hamburg	25 - 42
2.3 Hamburgische Münze	43 - 60
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
Zuwendungen über 100.000 Euro	1 - 2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2
5 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2
6 Übersicht über Zusammenlegung bzw. Teilung von Titeln	1 - 2

A. Vorwort zum Einzelplan 9.1

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Das Schwergewicht der Aufgaben der Finanzbehörde liegt in

- der Aufstellung des hamburgischen Haushalts,
- der Bereitstellung und Neuordnung des Ressourcensteuerungsverfahrens,
- der Fortentwicklung des Haushaltsrechts,
- der Festsetzung und Erhebung der Steuern in Hamburg,
- der Steuerung und Kontrolle des hamburgischen Beteiligungsvermögens einschließlich der Aktivierung/Mobilisierung von Vermögenswerten,
- dem aktiven Kredit- und Anlagemanagement sowie der Schuldenverwaltung,
- dem Management des hamburgischen Grundvermögens sowie der Beschaffung und Bereitstellung von Grundstücken für den Wohnungsbau, die Wirtschaftsförderung und für öffentliche Bedarfe,
- der übergreifenden Gestaltung und Koordination von Aufgaben der Verwaltungsorganisation und -modernisierung,
- der zentralen Betreuung der Bezirksverwaltung,
- der zentralen Planung und Steuerung der Informations- und Kommunikationstechnik,
- der Liquiditätssicherung und zentralen Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

Die Finanzbehörde als Fachbehörde erbringt vielfältige Dienstleistungen für andere Behörden. Hierfür sind die Einnahmen und Ausgaben zentral veranschlagt. Die Finanzbehörde entwickelt dazu Regelwerke und vermittelt sie den Behörden. Diese Aufgabenstellung spiegelt sich auch wider in der vom Gesamthaushalt abweichenden Ausgabenstruktur des Einzelplans 9.1 (siehe Tabelle 2).

Der überproportionale Personalkostenanteil ist zurückzuführen auf den großen Personalbestand der Steuerverwaltung einschl. Finanzämter. Die Sach- und Fachausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Deckung der für den Geschäftsgang in der Finanzbehörde erforderlichen sächlichen Ressourcen sowie der zur Bewirtschaftung und Unterhaltung des Allgemeinen Grundvermögens erforderlichen Mittel. Die Investitionen werden hauptsächlich für die zentrale Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen, für bauliche Maßnahmen an stadteigenen Wohngebäuden sowie 2010 für die Kapitaleinlage der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG eingesetzt.

Im Planungszeitraum werden die Schwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung liegen in der

- Sicherstellung der personellen und sächlichen Ressourcen für die Festsetzung und Erhebung der Steuern in Hamburg,
- konzeptionellen Vorbereitung und Umsetzung der weiteren Haushaltskonsolidierung und - modernisierung,
- Umsetzung der überregionalen E-Government Projekte Kfz-Wesen im Rahmen von Deutschland-Online, E-Government in der Metropolregion sowie der bundesweit einheitlichen Behördenrufnummer „115“ in Hamburg,
- zentralen Koordinierung und Unterstützung der Verwaltungsmodernisierung,
- IT-Gesamtplanung der Behörden und Ämter.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Mit Wirkung vom 1.8.2008 ist der Landesbetrieb Hamburgische Münze von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in die Finanzbehörde verlagert worden.

Mit Wirkung vom 1.1.2009 wird das Immobilienmanagement in eine netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15(2) LHO umgewandelt.

Die entsprechenden Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben sind im Planentwurf 2009/2010 berücksichtigt.

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

Tabelle 1

	2008	2009	2010	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2009:2008	2010:2009
Einnahmen	89.532	62.632	61.682	-30,0	- 1,5
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	69.658	49.301	48.351	-29,2	-1,9
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	19.874	13.331	13.331	-32,9	-
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	-	-	-	-	-
Ausgaben	335.699	318.391	343.906	-5,2	+8,0
Davon:					
Personalausgaben	239.524	240.730	241.092	+0,5	+0,2

Vorwort
Einzelplan 9.1

	2008	2009	2010	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2009:2008	2010:2009
Sach- und Fachausgaben	89.538	73.799	72.740	-17,6	-1,4
Sonstige Betriebsausgaben	2.100	1.650	1.800	-21,4	+9,1
Investitionen	4.537	2.212	28.274	-51,2	+ 1.178,2

Tabelle 2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2009/2010 (in %)	Gesamtplan		Einzelplan 9.1	
	2009	2010	2009	2010
Personalausgaben	32,5	33,3	75,6	70,1
Sach- und Fachausgaben	43,7	44,3	23,2	21,2
Investitionen	12,1	10,6	0,7	8,2

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

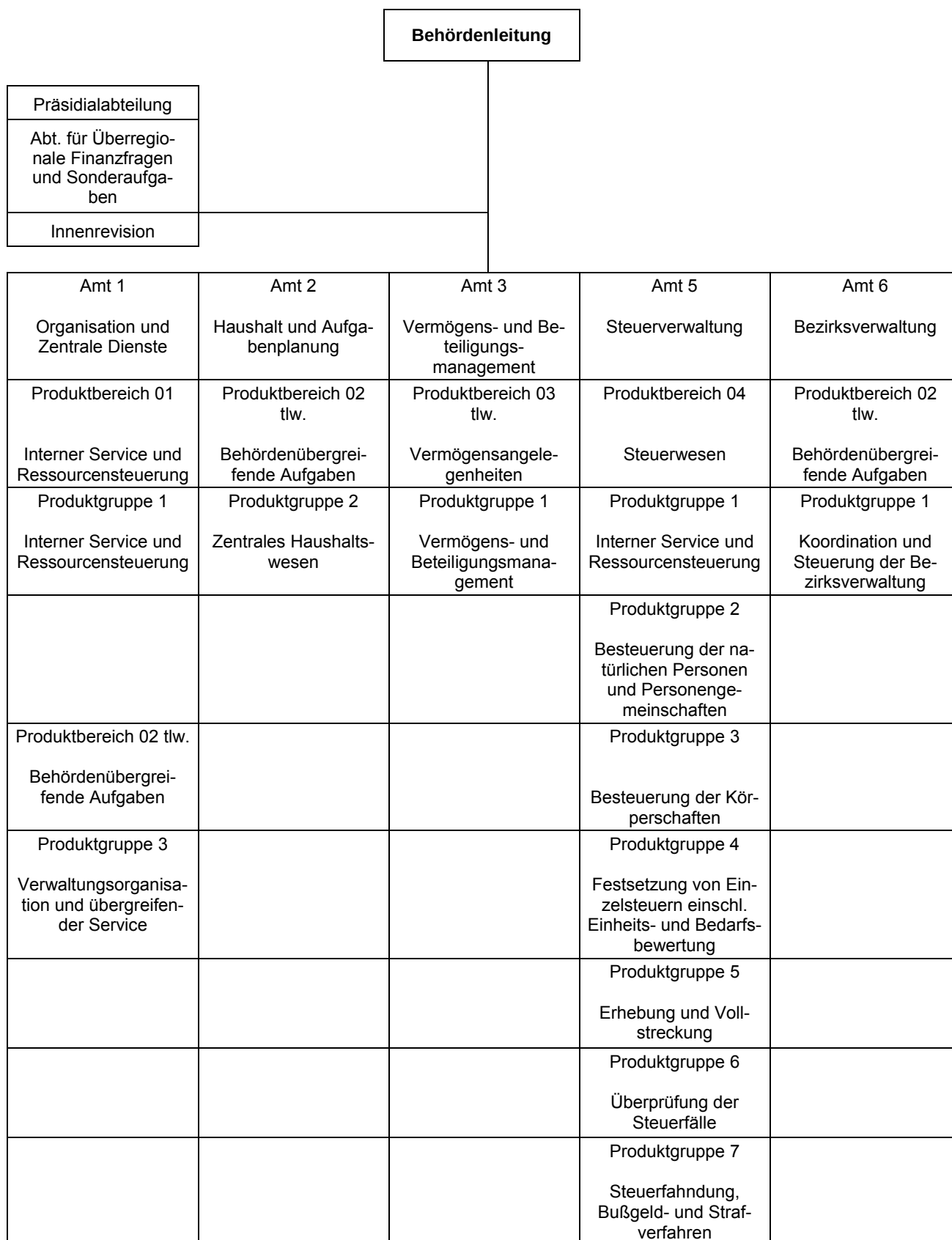
Tabelle 3

2006				2007			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2007 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2008 übertragene Reste	
in Tsd. EUR		in % zum Soll		in Tsd. EUR		in % zu Soll	
45.263	35.346	9.840	21,7	40.094	29.678	8.115	20,2

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Finanzbehörde ist wie folgt organisiert²:



² Zur Struktur der Produktinformationen siehe Abschnitt 9 dieses Vorworts

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2008, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen und Struktureffekte durch das neue Tarifrecht bzw. die Besoldungsanpassung zum 1.1.2008;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2007 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2008 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2007, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - o unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2007), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - o im Planansatz 2008 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2008;
- im Finanzplan 2007-2011 in den MAP-Raten 2009 und 2010 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - o an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - o an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.91) sowie
 - o an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarfbereich bis 2010 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2010.

Die Personalausgaben für das Projekt Haushaltsmodernisierung (Kapitel 9020), den Behörden-Transport-Service (Kapitel 9090) sowie den Projekt-IT-Pool (Kapitel 9090) sind in Titelgruppen veranschlagt, die der ausgliederten Bereiche in den Wirtschaftsplänen.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal knapp 12 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

- **Allgemeine Hinweise**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die Darstellung der Stellen der § 15 (2) LHO Einrichtung "Immobilienmanagement" ist aus technischen Gründen noch nicht im Wirtschaftsplan, sondern weiterhin in der Anlage 1 zum Einzelplan abgebildet.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

- **Überblick über Stellenbestand und -veränderungen**

Stellenplanentwurf 2009/2010
Einzelplan 9.1 – Finanzbehörde

Stellenplan

Tabelle 4

Kapitel	Stellenzahl ³		Neue Stellen ⁴		Stellenhebungen ⁴		Umwandlungen ⁴	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
9000 Zentrale Dienste	185,37	185,37	4	-	-	-	-	-
9020 Haushalt und Aufgabenplanung	196,50	196,50	10	-	-	-	-	-
9030 Vermögens- und Beteiligungsmanagement	53,0	53,0	-	-	1	-	-	-
9060 Bezirke und Verwaltungsreform	33,5	33,5	-	-	1	-	-	-
9090 Organisation	20,09	20,09	4	-	4	-	1	-
9100 Steuerverwaltung	241,17	241,17	-	-	-	-	-	-
9120 Finanzämter	3376,5	3376,5	-	-	28	-	-	-
Hamburgische Münze	56,56	56,56	-	-	-	-	-	-
Kasse. Hamburg	216,10	216,10	-	-	10	-	5	-
Immobilienmanagement	152,15	152,15	2	-	11	5	1	1

Teilzeitbeschäftigung

In der Finanzbehörde sind 1.385 Bedienstete mit weniger als der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt, davon

- 113 im Kernbereich der Finanzbehörde (ohne Steuerverwaltung, Finanzämter und ausgegliederte Bereiche)
- 1.233 im Bereich der Steuerverwaltung einschl. Finanzämter
- 39 in der Kasse.Hamburg.
- 8 in der Hamburgischen Münze
- 45 im Immobilienmanagement.

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Im KRS sind die sächlichen Verwaltungsausgaben für den Dienstbetrieb in der Finanzbehörde in Höhe von 5,7 Mio. EUR (2008: 4,8 Mio. EUR) zusammengefasst.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben für den Behörden-Transport-Service (Kapitel 9090), das Projekt Haushaltsmodernisierung (Kapitel 9020), die Steuerverwaltung (Kapitel 9100) sowie die Finanzämter (Kapitel 9120) sind in Titelgruppen veranschlagt.

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 9.1 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der zugehörigen Titel findet sich in Anlage 4 (weißer Teil).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Finanzbehörde gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 LHO und netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

Tabelle 5

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2009	2010	2009	2010
	In Tsd. EUR			
Hamburgische Münze	5.759	5.916	+ 1.000	+ 500
Kasse.Hamburg	12.918	12.918	- 8.652	- 8.652
Immobilienmanagement	23.118	23.118	+22.298	+21.848

Wirtschaftspläne und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

³ Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010

⁴ wie vom Senat beantragt

8. Zuwendungen

Die Finanzbehörde zahlt einen Zuschuss an die 1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG für den Betrieb des VIVO (Titel 9030.682.02).

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Neben den in Ziffer 2 dargestellten Änderungen haben innerhalb der Finanzbehörde in 2008 organisatorische Änderungen stattgefunden. Diese umfassen im Wesentlichen den Übergang von Teilen der Ämter 2 und 6 in das Amt 1. Die entsprechenden Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben sind ebenfalls im Planentwurf 2009/2010 berücksichtigt.

Die Zuordnung zu den Produktbereichen erfolgt nicht nach Ämterstrukturen, sondern nach Aufgabenbereichen. So sind die behördenübergreifenden Aufgaben der Finanzbehörde im Produktbereich 02, die Vermögensangelegenheiten im Produktbereich 03 zusammengefasst worden. Das Steuerwesen ist im Produktbereich 04 abgebildet.

Die Aufgaben des Internen Service und der Ressourcensteuerung sollen im Zuge der geplanten Haushaltsmodernisierung den jeweiligen Produktbereichen als Overheadkosten zugerechnet werden. Für die Übergangszeit ist hierfür der Produktbereich 01 vorgesehen.

Die Zuordnung der Organisationseinheiten zu den Produktbereichen und zu den Kapiteln des Einzelplans stellt sich danach wie folgt dar:

Tabelle 6

Produktbereich/Produktgruppe	Organisationseinheit	Kapitel
01.1	Amt 1 (Intendanz einschl. Stabsbereich)	9000
02.1	Amt 6	9060
02.2	Amt 2	9020
02.3	Amt 1 (übriger Bereich)	9090
03.1	Amt 3	9030
03.2		9010
04. 1 bis 7	Amt 5	9100, 9120

Den Produktinformationen ist ein Strukturdatenblatt vorangestellt, das einen Überblick über die finanzielle Bedeutung der Produktgruppen liefert.

Vertiefende Aussagen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Produktbereichen enthalten die Produktinformationen.

Tabelle 7

Haushaltsplan 2008

	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben ⁵
	in Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan	89.532	239.524 ⁶	89.538	4.537	335.699
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.040	8.092	3.620	162	11.874
Produktbereich 02	1.756	15.110	29.525	2.010	48.745 ⁵
Produktbereich 03	53.571	11.381	20.249	2.200	33.830
Produktbereich 04	33.165	197.046	36.144	165	233.355

⁵ Darin enthalten sind globale Mehrausgaben in Höhe von 2.100 Tsd. EUR im Produktbereich 02 für das Projekt „Haushaltsmodernisierung“

⁶ Darin sind enthalten

- 6.407 Tsd. EUR, die sich als Saldo aus den KRV-Ansätzen der Kapitel 9000 bis 9090 ergeben. Sie sind nicht in den Produktinformationen für die Produktbereiche 01 bis 03 berücksichtigt, da es aufgrund der Neustrukturierung der Kapitel vor einigen Jahren zu Verzerrungen auf der jeweiligen Kapitelebene kommt. So sind positive KRV-Zahlen im (Zentral)Kapitel 9000 ausgebracht, während in den Kapiteln 9010 bis 9030 sowie 9090 negative KRV-Zahlen nachgewiesen werden (siehe Tz. 4 dieses Vorworts) sowie
- 1.488 Tsd. EUR als Beitrag der Finanzbehörde zur Finanzierung des Modernisierungsfonds (Titel 9000.461.20); dieser Betrag wird nicht auf die Produktbereiche aufgeteilt

Vorwort
Einzelplan 9.1

Tabelle 8
Haushaltsplan 2009

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	in Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan	62.632	240.730 ⁷	73.799	2.212	315.627 ⁸
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	923	6.557	4.026	242	10.825
Produktbereich 02	1.814	22.928	32.504	1.805	58.887 ⁹
Produktbereich 03	25.537	3.598	3.937	-	7.535
Produktbereich 04	34.358	176.967	33.332	165	210.464

Tabelle 9
Haushaltsplan 2010

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	in Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan	61.682	241.092 ¹⁰	72.740	28.274	340.880 ¹¹
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	923	6.534	4.032	309	10.875
Produktbereich 02	1.814	22.882	31.539	1.800	58.021 ¹²
Produktbereich 03	24.587	3.605	3.837	26.000	33.442
Produktbereich 04	34.358	176.874	33.332	165	210.371

⁷ Darin sind enthalten

- 29.894 Tsd. EUR, die sich als Saldo aus den KRV-Ansätzen der Kapitel 9000 bis 9120 ergeben. Sie sind nicht in den Produktinformationen für die Produktbereiche 01 bis 04 berücksichtigt, da es aufgrund der Neustrukturierung der Kapitel zu Verzerrungen auf der jeweiligen Kapitelebene kommt. So sind positive KRV-Zahlen in den Kapiteln 9000 und 9100 ausgebracht, während in den Kapiteln 9010 bis 9090 sowie 9120 negative KRV-Zahlen nachgewiesen werden (siehe Tz. 4 dieses Vorworts) sowie
- 786 Tsd. EUR als Beitrag der Finanzbehörde zur Finanzierung des Modernisierungsfonds (Titel 9000.461.20); dieser Betrag wird nicht auf die Produktbereiche aufgeteilt

⁸ Unter Berücksichtigung der Fußnoten 7 und 9

⁹ Darin sind enthalten globale Mehrausgaben im Produktbereich 02 für das Projekt „Haushaltsmodernisierung“ in Höhe von 1.650 Tsd. EUR.

¹⁰ Darin sind enthalten

- 30.411 Tsd. EUR, die sich als Saldo aus den KRV-Ansätzen der Kapitel 9000 bis 9120 ergeben. Sie sind nicht in den Produktinformationen für die Produktbereiche 01 bis 04 berücksichtigt, da es aufgrund der Neustrukturierung der Kapitel zu Verzerrungen auf der jeweiligen Kapitelebene kommt. So sind positive KRV-Zahlen in den Kapiteln 9000 und 9100 ausgebracht, während in den Kapiteln 9010 bis 9090 sowie 9120 negative KRV-Zahlen nachgewiesen werden (siehe Tz. 4 dieses Vorworts) sowie
- 786 Tsd. EUR als Beitrag der Finanzbehörde zur Finanzierung des Modernisierungsfonds (Titel 9000.461.20); dieser Betrag wird nicht auf die Produktbereiche aufgeteilt

¹¹ Unter Berücksichtigung der Fußnoten 10 und 12

¹² Darin enthalten sind globale Mehrausgaben im Produktbereich für das Projekt „Haushaltsmodernisierung“ in Höhe von 1.800 Tsd. EUR.

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt Einzelplan 9.1

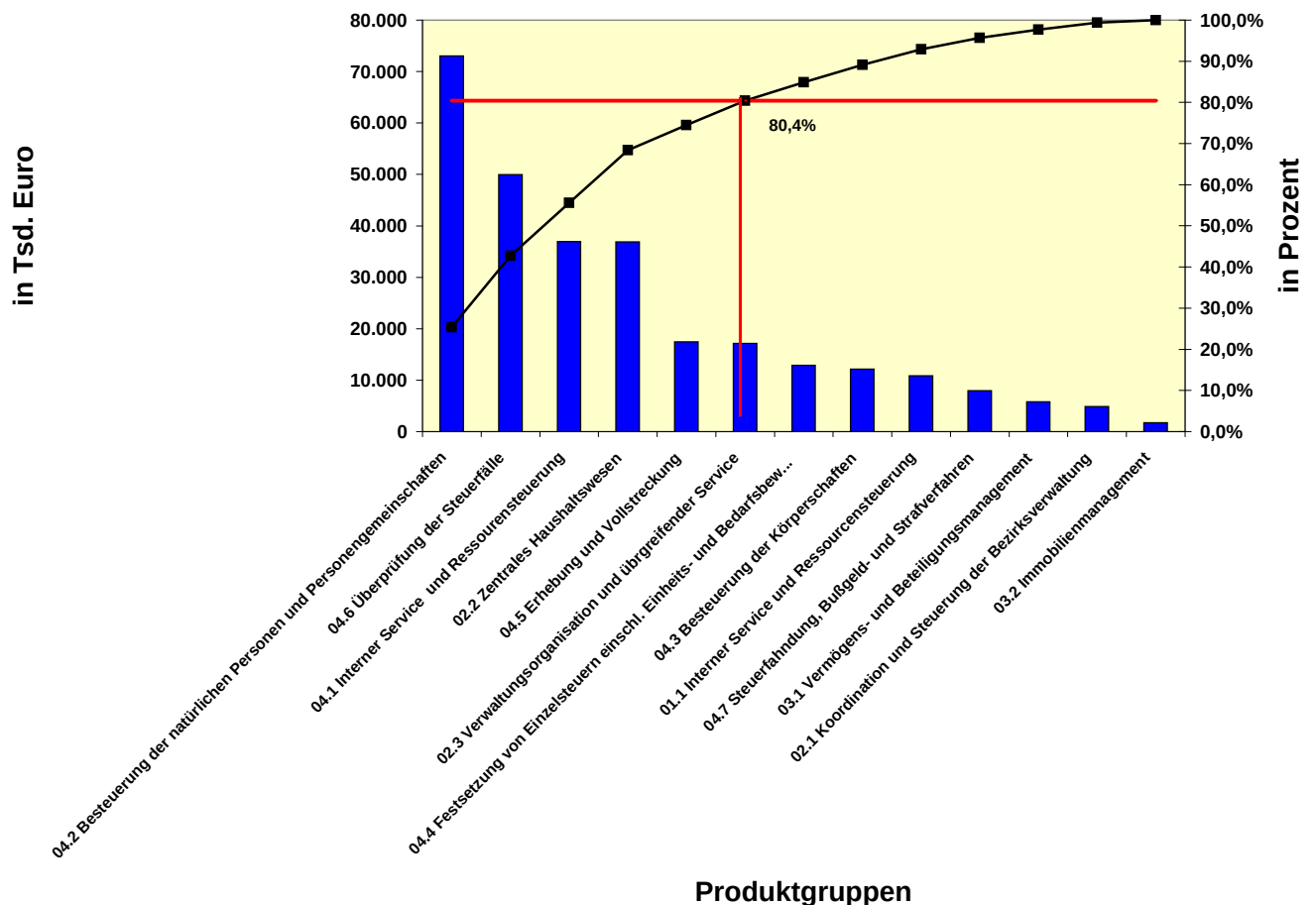
Haushaltsjahr 2009: Einzelplan 9.1 - Finanzbehörde

Tabelle 1

	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			PG	PB		Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	01.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	01	10.825			22.891		
	gesamt	1	10.825	10.825	0	22.891	12.066	12.066
	02.1 Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	02	4.877			4.873		
	02.2 Zentrales Haushaltswesen	02	36.884			34.929		
	02.3 Verwaltungsorganisation und übergreifender Service	02	17.126			15.920		
	gesamt	2	58.887	58.887	0	55.722	-3.165	-3.165
	03.1 Vermögens- und Beteiligungsmanagement	03	5.804			5.250		
	03.2 Immobilienmanagement	03	1.731			1.098		
	gesamt	3	7.535	7.535	0	6.348	-1.187	-1.187
	04.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	04	36.950					
	04.2 Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften	04	73.058					
	04.3 Besteuerung der Körperschaften	04	12.171					
	04.4 Festsetzung von Einzelsteuern einschl. Einheits- und Bedarfsbewertung	04	12.902					
	04.5 Erhebung und Vollstreckung	04	17.464					
	04.6 Überprüfung der Steuerfälle	04	49.940					
	04.7 Steuerfahndung, Bußgeld- und Strafverfahren	04	7.979					
	gesamt	4	210.464	210.464	0	233.430	22.966	22.966
	Summe 1)		287.711	287.711	0	318.391	30.680	30.680

Tabelle 2

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8
1	04.2 Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften	04	73.058	25,4%	25,4%	2	13
2	04.6 Überprüfung der Steuerfälle	04	49.940	17,4%	42,8%	3	29
3	04.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	04	36.950	12,8%	55,6%	6	17
4	02.2 Zentrales Haushaltswesen	02	36.884	12,8%	68,4%	2	16
5	04.5 Erhebung und Vollstreckung	04	17.464	6,1%	74,5%	2	11
6	02.3 Verwaltungsorganisation und übergreifender Service	02	17.126	6,0%	80,4%	12	24
7	04.4 Festsetzung von Einzelsteuern einschl. Einheits- und Bedarfsbewertung	04	12.902	4,5%	84,9%	3	11
8	04.3 Besteuerung der Körperschaften	04	12.171	4,2%	89,2%	2	15
9	01.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	01	10.825	3,8%	92,9%	7	9
10	04.7 Steuerfahndung, Bußgeld- und Strafverfahren	04	7.979	2,8%	95,7%	2	8
11	03.1 Vermögens- und Beteiligungsmanagement	03	5.804	2,0%	97,7%	4	8
12	02.1 Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	02	4.877	1,7%	99,4%	3	6
13	03.2 Immobilienmanagement	03	1.731	0,6%	100,0%	0	0
Summe			287.711	100,0%		48	167



1) die Differenz zwischen der Summe der Gesamtausgaben aus den Produktinformationen und den Gesamtausgaben lt. Zahlenwerk ergibt sich aus einem Betrag von 786 Tsd EUR als Beitrag der Finanzbehörde zur Finanzierung des Modernisierungsfondes (Titel 9000.461.20) sowie dem Saldo der Ausgaben des Kontenrahmens für Versorgung in Höhe von 29.894 Tsd. EUR (siehe hierzu auch die Fußnoten zu den Tabellen 9 bis 11 im Vorwort)

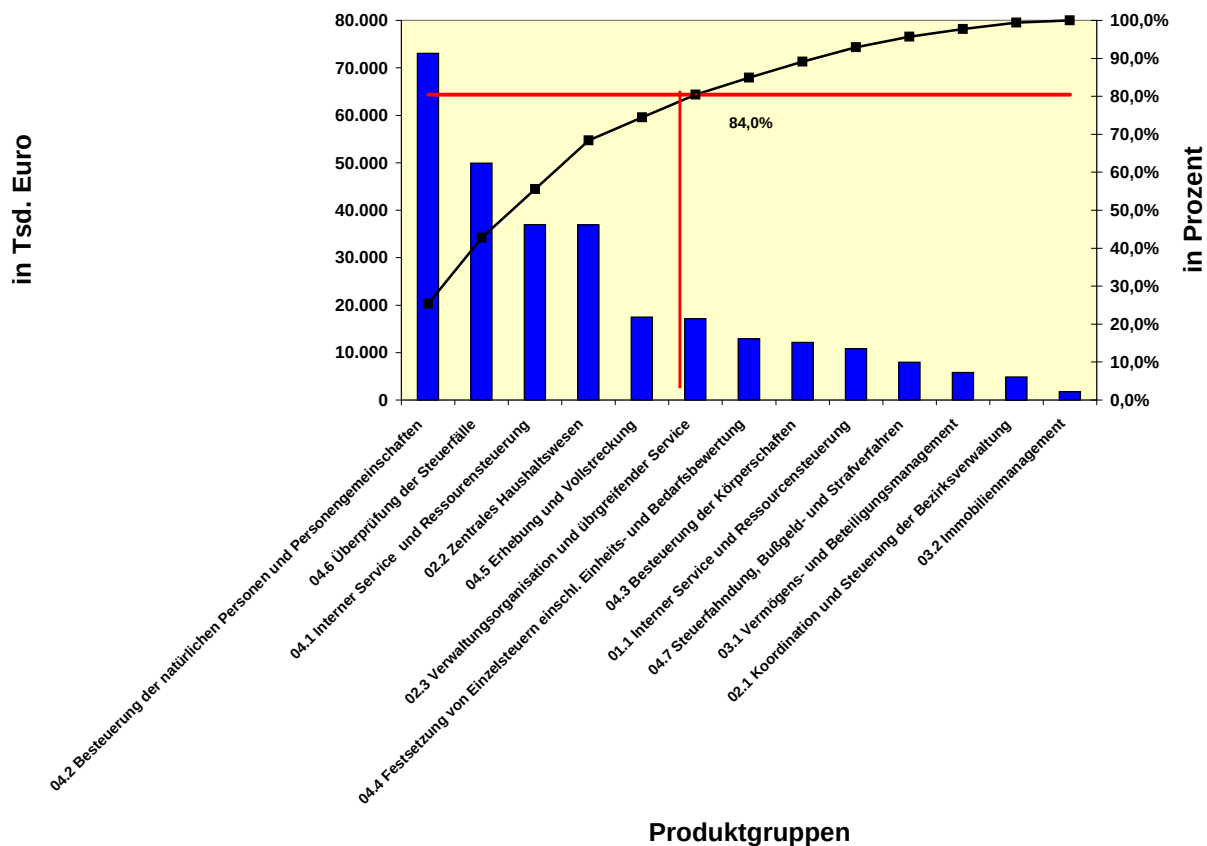
Haushaltsjahr 2010: Einzelplan 9.1 - Finanzbehörde

Tabelle 1

Summierungsabgleich in Tsd. EUR		PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			PG	PB		Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	01.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	01	10.875			22.703		
	gesamt	1	10.875	10.875	0	22.703	11.828	11.828
	02.1 Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	02	4.537			4.553		
	02.2 Zentrales Haushaltswesen	02	36.454			34.682		
	02.3 Verwaltungsorganisation und übergreifender Service	02	17.030			15.829		
	gesamt	2	58.021	58.021	0	55.064	-2.957	-2.957
	03.1 Vermögens- und Beteiligungsmanagement	03	31.711			31.179		
	03.2 Immobilienmanagement	03	1.731			1.253		
	gesamt	3	33.442	33.442	0	32.432	-1.010	-1.010
	04.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	04	36.938					
	04.2 Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften	04	73.025					
	04.3 Besteuerung der Körperschaften	04	12.164					
	04.4 Festsetzung von Einzelsteuern einschl. Einheits- und Bedarfsbewertung	04	12.896					
	04.5 Erhebung und Vollstreckung	04	17.456					
	04.6 Überprüfung der Steuerfälle	04	49.917					
	04.7 Steuerfahndung, Bußgeld- und Strafverfahren	04	7.975					
	gesamt	4	210.371	210.371	0	233.707	23.336	23.336
	Summe 1)		312.709	312.709	0	343.906	31.197	31.197

Tabelle 2

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	04.2 Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften	04	73.025	23,4%	23,4%	2	13
2	04.6 Überprüfung der Steuerfälle	04	49.917	16,0%	39,3%	3	29
3	04.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	04	36.938	11,8%	51,1%	6	17
4	02.2 Zentrales Haushaltswesen	02	36.454	11,7%	62,8%	2	16
5	03.1 Vermögens- und Beteiligungsmanagement	03	31.711	10,1%	72,9%	4	8
6	04.5 Erhebung und Vollstreckung	04	17.456	5,6%	78,5%	2	11
7	02.3 Verwaltungsorganisation und übergreifender Service	02	17.030	5,4%	84,0%	12	24
8	04.4 Festsetzung von Einzelsteuern einschl. Einheits- und Bedarfsbewertung	04	12.896	4,1%	88,1%	3	11
9	04.3 Besteuerung der Körperschaften	04	12.164	3,9%	92,0%	2	15
10	01.1 Interner Service und Ressourcensteuerung	01	10.875	3,5%	95,4%	7	9
11	04.7 Steuerfahndung, Bußgeld- und Strafverfahren	04	7.975	2,6%	98,0%	2	8
12	02.1 Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	02	4.537	1,5%	99,4%	3	6
13	03.2 Immobilienmanagement	03	1.731	0,6%	100,0%	0	0
Summe			312.709	100,0%		48	167



1) die Differenz zwischen der Summe der Gesamtausgaben aus den Produktinformationen und den Gesamtausgaben lt. Zahlenwerk ergibt sich aus einem Betrag von 786 Tsd EUR als Beitrag der Finanzbehörde zur Finanzierung des Modernisierungsfondes (Titel 9000.461.20) sowie dem Saldo der Ausgaben des Kontenrahmens für Versorgung in Höhe von 30.411 Tsd. EUR (siehe hierzu auch die Fußnoten zu den Tabellen 9 bis 11 im Vorwort)

Produktinformationen

Produktbereich 01: Interner Service und Ressourcensteuerung

Kapitel 9000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.614	2.349	1.040	923	923
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.614	2.349	1.040	923	923
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.366	12.698	11.712	10.583	10.566
• Personalausgaben in Tsd. EUR	10.468	8.532	8.092	6.557	6.534
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.898	4.166	3.620	4.026	4.032
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹	1.556	501	162	242	309
Stellen	-	-	111,70	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	99,10	106,90	107,90	107,90

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen.
 Z 2: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Fachaufgaben sowie bei der Entwicklung und Durchsetzung bundespolitischer Zielsetzungen.

Den Produktbereich prägt die Aufgabe der Erbringung zentraler Dienstleistungen für die Finanzbehörde

Produktgruppen - Überblick

PG 1 Interner Service und Ressourcensteuerung

Produktgruppe 01: Interner Service und Ressourcensteuerung

Kapitel 9000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1: Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Erledigung der Fachaufgaben der Finanzbehörde bei angemessener Ressourcenausstattung. Abnehmer der zentralen Dienstleistungen sind die Produktbereiche 02 bis 03.

Ein Teil der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel ist nicht bei den einzelnen Produktbereichen, sondern bei der Produktgruppe 01 zentral veranschlagt. Dabei handelt es sich um Haushaltsmittel für die:

- Ausstattung der bildschirmfähigen Arbeitsplätze mit IT-Technik sowie die Steuerung der Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport,
- zielorientierte Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbehörde,
- Unterhaltung der räumlichen Ressourcen der Finanzbehörde,
- Investitionsmittel für kleine Baumaßnahmen

Produkte

P 1 Leitungsunterstützung einschließlich Innenrevision, Bundesgesetzgebung und überregionale Finanzfragen
 P 2 Personalmanagement
 P 3 Haushalt
 P 4 Organisation
 P 5 IT - Lösungen
 P 6 Recht
 P 7 Infrastrukturleistungen

¹ Die Investitionsausgaben für den Einsatz von IT-Technik werden im Soll zentral im Epl. 9.2 veranschlagt (Kapitel 9800) und erst im Ergebnis den Einzelplänen zugerechnet.

Produktbereich: 01
Interner Service und Ressourcensteuerung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.614	2.349	1.040	923	923
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.614	2.349	1.040	923	923
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.366	12.698	11.712	10.583	10.566
• Personalausgaben in Tsd. EUR	10.468	8.532	8.092	6.557	6.534
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.898	4.166	3.620	4.026	4.032
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²	1.556	501	162	242	309

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
• Raumkosten in Tsd. EUR	15	15	15	15	15
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	169	141	121	110	110
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	169	141	121	110	110

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Das Schwergewicht Ausgaben liegt bei den Personalausgaben. Die Sach- und Fachausgaben werden durch die Ausgaben im Bereich der IT Lösungen (P5) in Höhe von 2,0 Mio. EUR geprägt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	111,70	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	99,10	106,90	107,90	107,90
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in %	11	11,40	10,78	10,15	10,16

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Personalmanagement:					
Anzahl der betreuten (aktiven und passiven) Beschäftigten der Finanzbehörde	914	920	913	909	899
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	866	905	871	906	933
davon					
-durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR ³	449	458	531	452	457
-durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR ⁴	417	447	340	454	476
P 5: IT - Lösungen:					
Kosten der Benutzerbetreuung pro Bildschirmarbeitsplatz in EUR ⁵	787	787	456	723	723
P 7: Infrastrukturleistungen:					
Kosten der Telefonzentrale pro Anruf in EUR in EUR ⁶	0	0	0	0	0

² Die Investitionsausgaben für den Einsatz von IT-Technik werden im Soll zentral im Epl. 9.2 veranschlagt (Kapitel 9800) und erst im Ergebnis den Einzelplänen zugerechnet.

³ Einschließlich der Mitarbeiter der Kasse.Hamburg.

⁴ Ohne die Mitarbeiter der Kasse.Hamburg.

⁵ Die Benutzerbetreuung ist ab 2005 im Rahmen des Projektes ESARI schrittweise auf Dataport übertragen worden. Die Planzahl 2008 beruht darauf, dass der Preis für diese Dienstleistung bei der Planaufstellung der 2007/ 2008 noch nicht feststand.

⁶ Die Leistungen der Telefonzentrale sind ab 2007 dem Telefonischen HamburgService übertragen.

Produktbereich 02: Behördenübergreifende Aufgaben

**Kapitel 9020, 9060,
9090**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.797	1.977	1.756	1.814	1.814
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.797	1.977	1.756	1.814	1.814
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	37.758	41.578	46.735	57.082	56.221
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.989	13.567	15.110	22.928	22.882
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	24.769	27.894	29.525	32.504	31.539
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.694	2.108	2.772	2.817	2.817
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	117	2.100	1.650	1.800
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	26.983	21.636	2.010	1.805	1.800
Stellen	-	-	306,40	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	262	271,90	335,70	335,70

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Unterstützung der Behördenleitung bei der Wahrnehmung der Bezirksaufsicht
Z 2:	Unterstützung des Senats bei der Steuerung des Gesamthaushalts und der Aufgabenwahrnehmung der Freien und Hansestadt Hamburg im Hinblick auf die politischen Prioritäten, die fachlichen Anforderungen und die finanziellen Ressourcen sowie bei der Entwicklung neuer Steuerungsverfahren
Z 3:	Kontinuierliche Verbesserung der Hamburger Verwaltungsorganisation
Z 4:	Verbesserung des Angebots zentraler Dienstleistungen für die Hamburger Verwaltung
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung
PG 2	Zentrales Haushaltswesen
PG 3	Verwaltungsorganisation und übergreifender Service

Produktgruppe 01: Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung

Kapitel 9060

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Wahrung bezirklicher Belange auf Senatsebene
Z 2:	Wahrung gesamthamburgischer Interessen auf Bezirksebene
Z 3:	Umsetzung der Bezirksverwaltungsreform
Z 4:	Vollständigkeit und Zeitnähe bei der Erhebung von Abgaben und Beiträgen
<i>Produkte</i>	
P 1	Bezirksangelegenheiten
P 2	Steuerung der Bezirksverwaltungsreform
P 3	Abgaben- und Beitragsbescheide

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	-	50	50
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	-	50	50
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.773	2.486	1.804	4.877	4.537
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.863	1.818	1.497	3.897	3.889
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	910	668	307	980	648

Produktbereich: 02
Behördenübergreifende Aufgaben

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
· Raumkosten in Tsd. EUR	-	-	-	132	132
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.171	1.015	479	1.137	1.133
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.133	975	457	1.079	1.075
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	38	40	22	58	58

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Schwerpunkt sind die Personalausgaben.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	24	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	30,70	33,60	65,30	65,30

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Abgaben- und Beitragsbescheide:					
Siel- und Wegebaueinnahmen in in Tsd. EUR	7.422	10.851	7.000	7.000	7.000
Anzahl der Festsetzungsbescheide für Siel- und Wegebau	3.128	2.875	2.000	2.000	2.000
- nach Ablauf von 12 Monaten nach Abrechnungsreife in %	43	47	45	62	39
- nach Ablauf von 24 Monaten nach Abrechnungsreife in %	85	95	90	100	78

Produktgruppe 02: Zentrales Haushaltswesen

Kapitel 9020

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erfüllung der finanzpolitischen Ziele des Senats (Regierungsprogramm/ Finanzbericht) unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben - strukturell ausgeglichener Gesamthaushalt bis 2013 - Verstetigung der Investitionen bei jährlich rd. 1 Mrd. EUR - zunehmende Erwirtschaftung von Überschüssen zur Finanzierung der Investitionen - Konsolidierung, um politische Prioritäten finanzieren zu können Z 2: Verbesserung der politischen Gesamtsicht durch Einführung eines ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierten Steuerungssystems
<i>Produkte</i>
P 1 Koordination und Steuerung des gesamthamburgischen Haushalts Schwerpunkte: Hierunter fällt insbesondere die Erstellung von - Finanzbericht - Haushaltsplan - Haushaltsrechnung - haushaltsrelevanten Drucksachen

sowie das unterjährige Berichtswesen

P 2 Weiterentwicklung und Modernisierung des zentralen Haushaltswesens, insbesondere nach kaufmännischen Gesichtspunkten

Schwerpunkte:

Hierunter fällt die

- Ergebnisrechnung
- Konzernbilanz
- Gestaltung eines ergebnis- und ressourcenorientierten Haushalts

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3	2	2	2	2
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	3	2	2	2	2
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	28.302	32.532	36.329	36.884	36.454
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.400	8.887	9.549	10.533	10.492
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.902	23.645	24.680	24.701	24.162
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1	1	2	2	2
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	2.100	1.650	1.800
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	25.164	20.715	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	4.164	3.580	3.060	3.074	3.057
· innerbehördlich in Tsd. EUR	4.028	3.437	2.917	2.916	2.900
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	136	143	143	158	157

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Der Ausgabenschwerpunkt liegt neben den Personalausgaben bei den Kosten für das Projekt Haushaltsmodernisierung (Titelgruppe Z 67: rd. 8,7 Mio. Euro (2009) bzw. rd. 8,3 Mio. Euro (2010)), dem Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan der Kasse.Hamburg (Titel 9020.682.01: rd. 7,4 Mio. Euro) und den IT-Sachleistungen (Titel 9020.535.56 und 671.56: rd. 6,4 Mio. Euro).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	184	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	152,10	161,10	137,60	137,60

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Koordination und Steuerung des gesamthamburgischen Haushalts:					
Anteilswerte an den bereinigten Gesamtausgaben					
- Personalausgabenquote in %	34,30	31,80	36,20	32,50	33,30
- Zinslastquote in %	9,50	9,80	11,60	9,50	9,70
- Investitionsquote in %	10,60	12,10	10,80	12,10	10,60
- Steuerdeckungsquote in %	82,40	79,30	79,10	79,30	82,40
- Kreditfinanzierungsquote in %	6,20	0	5,40	0	0
- Finanzierungsdefizitquote in %	-2,20	-2,40	-6,40	-7,20	-4,10
Anteilswerte an den bereinigten Betriebsausgaben					

Produktbereich: 02
Behördenübergreifende Aufgaben

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
- Schuldendienst-Einnahmen-Quote in %	10,60	11,10	12,70	10,60	10,40
Anteilswerte an den Hamburg verbleibenden Steuern					
Personal-Steuer-Quote in %	42,60	39,50	45,70	41	40,40
- Zins-Steuer-Quote in %	11,80	12,20	14,70	12	11,80
P 2: Weiterentwicklung und Modernisierung des zentralen Haushaltswesens, insbesondere nach kaufmännischen Gesichtspunkten:					
(neue Kennzahlen, daher keine Ergebnisse 2006 und 2007)					
Anteil der einbezogenen Budgetbereiche am Haushaltsvolumen in %	0	0	30	48	54
Anzahl der einbezogenen Bereiche	0	0	15	29	35
Anzahl der Schulungsveranstaltungen	0	0	90	245	200
Gesamtteilnehmerzahl	0	0	1.150	3.200	2.600
Kostensatz/Schulungsteilnehmer in EUR / Tag	0	0	145	140	140

Produktgruppe 03: Verwaltungsorganisation und übergreifender Service

Kapitel 9090

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Modernisierung der Verwaltung für eine wirtschaftliche, kosten- und qualitätsbewußte Aufgabenerfüllung Z 2: Förderung der Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns durch Vorgabe von Regelwerken Z 3: Kostengünstige, fachgerechte und zeitnahe zentrale Leistungserstellung für die Hamburger Verwaltung und die Anstalten des öffentlichen Rechts auf den Gebieten: 1. Logistikdienstleistungen (Produkt 5) 2. Versicherungen bzw. Schadensregulierungen (Produkt 6) 3. Rechnungsprüfung im Zusammenhang mit EU-Subventionen (Produkt 7) 4. Zentraler Einkauf, Verwertung (Produkt 8) 5. Gebäudereinigung(Produkt 9) Z 4: Controlling der Umsetzung und Weiterentwicklung der Verwaltungsreform Z 5: Kundenfreundliche, serviceorientierte Gestaltung von Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft durch den Einsatz intelligenter Online-Lösungen Z 6: Optimierung der zentralen IT-Planung und -steuerung
Empfänger: Hamburger Verwaltung, Öffentliche Unternehmen, Anstalten Öffentlichen Rechts
<i>Produkte</i>
P 1 Organisationsentwicklung Schwerpunkte: - Grundsatzfragen der Behördenorganisation und Organisationsrecht - Gestaltung von behördenübergreifenden Infrastrukturleistungen (Post, Travelmanagement etc.) - Organisation des behördenübergreifenden Erfahrungsaustauschs zu organisatorischen Themen - Gestaltung und Durchführung von Fortbildungen und Herausgabe von Leitfäden und anderen Arbeitshilfen zu organisatorischen Themen - Beobachtung und Unterstützung der allgemeinen verwaltungspolitischen Diskussion und ggf. Initiierung der Übernahme für die hamburgische Verwaltung - Überregionaler Erfahrungsaustausch - Ideenmanagement (Betriebliches Vorschlagswesen) - Public Private Partnership (PPP) P 2 Organisatorische Rahmenregelungen Schwerpunkte: Entwicklung und Erlass von organisatorischen Rahmenvorgaben, Leitlinien und Empfehlungen

P 3 Weiterentwicklung und Modernisierung der zentralen Informationstechnik
 Schwerpunkte:
 Hierunter fällt insbesondere die technische Standardisierung sowie die Fernwartung und -betreuung

P 4 E-Government

P 5 Verwaltungsreform

P 6 Assistenz bei der Refinanzierung staatlicher Leistungen

P 7 Enteignungen

P 8 Fahrdienst und zentraler Post austausch (BTS)

P 9 KFZ-Schadensregulierung und Versicherungen für die FHH und öffentliche Unternehmen

P 10 Prüfung und Testierung der Jahresrechnung für die Zahlstelle Hamburg, EU Agrar-Förderung

P 11 Zentraler Einkauf, Verwertung

P 12 Steuerung der Gebäudereinigung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.794	1.975	1.754	1.762	1.762
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.794	1.975	1.754	1.762	1.762
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.683	6.560	8.602	15.321	15.230
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.726	2.862	4.064	8.498	8.501
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.957	3.581	4.538	6.823	6.729
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.693	2.107	2.770	2.815	2.815
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	117	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.819	921	2.010	1.805	1.800

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
• Raumkosten in Tsd. EUR	227	227	227	227	227
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	590	507	1.302	2.479	2.477
• innerbehördlich in Tsd. EUR	571	487	1.241	2.352	2.349
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	19	20	61	127	128

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt mit rd. 1.617 Tsd. EUR beim Produkt KFZ-Schadensregulierung und Versicherung für die FHH und öffentliche Unternehmen (P6).

Das Schwergewicht der Ausgaben liegt bei

- den Sachkosten für KFZ-Schadensregulierungen und Versicherungen (ca. 6,8 Mio. EUR, P 9)
- den Investitionskosten für die Beschaffung von Fahrzeugen (ca. 1,8 Mio. EUR , P 11)
- den Kosten für Fahrdienst und zentraler Post austausch (ca. 1,8 Mio. EUR, P 8)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	98,40	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	79,20	77,20	132,80	132,80

Produktbereich: 02
Behördenübergreifende Aufgaben

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Weiterentwicklung und Modernisierung der zentralen Informationstechnik:					
Zuverlässige Infrastruktur					
Störungsbedingte Standortausfälle ⁷	-	224	230	225	220
Wirtschaftlicher Ressourceneinsatz					
TCO je FHH-Nutzer in EUR ⁸	4.676	4.577	4.710	5.100	5.100
Anteil der Standard-Software-Ausgaben an den Gesamt-Software-Investitionsmitteln in % ⁹	-	44	32	35	35
Effektive Steuerung der Planungsprozesse ¹⁰					
Vorhaben, die den Umsetzungszeitraum gemäß Planung überschritten haben in %	-	10,80	10	10	10
Überschreitungen von 1 -2 Monaten in %	-	3,30	4	4	4
Überschreitungen von 3 - 5 Monaten in %	-	0,30	3	4	4
Überschreitungen von 6 und mehr Monaten in %	-	7,20	2	2	2
P 8: Fahrdienst und zentraler Post austausch (BTS):					
VZÄ	-	16	16	16	16
Zahl der betreuten Fahrzeuge ¹¹	144	140	150	140	140
Kosten der Betreuung des Fahrzeugparks / Personal- und Sachkosten in Mio. EUR ¹²	1,20	1,17	1	1,10	1,10
Kosten je kg im Post austausch verteilter Sendung in EUR ¹³	0,39	0,35	0,41	0,37	0,37
P 9: KFZ-Schadensregulierung und Versicherungen für die FHH und öffentliche Unternehmen:					
Zahl der Haftpflichtschadenfälle	1.987	1.838	2.100	2.000	2.000
VZÄ	-	13,10	13,10	13,10	13,10
Versicherungskosten für Gebäude (Prämien) in Tsd. EUR	2.846	2.868	3.285	4.000	4.400
Personalkosten je Haftpflichtschadenfall in EUR ¹⁴	176	179	176	177	177
P 11: Zentraler Einkauf, Verwertung:					
VZÄ	-	14,30	14,30	14,30	14,30
Betreutes jährliches Einkaufsvolumen in Mio. EUR	61,30	60,20	65	59	59
darunter Gebäudereinigung in Mio. EUR	30,50	29,80	30	30	30
P 12: Steuerung der Gebäudereinigung:					
VZÄ	-	4	4	4	4
Gesamte Reinigungsfläche ohne Landesbetriebe in Tausend qm	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
darunter Eigenreinigung in Tausend qm ¹⁵	456	350	450	300	280
Einsparungen durch Übertragung der Gebäudereinigung auf die SGG und Reduzierung der Reinigungsintervalle in Tsd. EUR ¹⁶	306	270	200	225	225

⁷ Die Kennzahl wurde neu entwickelt, daher kein Ergebnis für 2006

⁸ Total Cost of Ownership = Branchenterminus für Gesamtkosten der IT-Nutzung

⁹ Die Kennzahl wurde neu entwickelt, daher kein Ergebnis für 2006

¹⁰ Die Kennzahlen wurden neu entwickelt, daher kein Ergebnis für 2006

¹¹ Wegen besserer Auslastung der Selbstfahrer-Fahrzeuge reduziert sich der Bestand auf 140 Fahrzeuge.

¹² Durch stark gestiegene Kraftstoff- und Werkstattkosten erhöht sich der Wert auf 1,10 EUR.

¹³ In 2008 werden sich die Kosten durch Vergabe der Aktentouren an einen externen Anbieter auf 0,37 EUR/KG verringern.

¹⁴ Von diesen Kosten erstatten die wirtschaftlichen Unternehmen, juristischen Personen des ö.R. und Betriebe nach §26 LHO anteilig die im Zusammenhang mit der Bearbeitung ihrer Haftpflichtschäden entstehenden Kosten.

¹⁵ Die Prognosen für den Planungszeitraum 2007/2008 zum Abbau der Eigenreinigung konnten deutlich übertraffen werden, sodass bereits das Ergebnis 2007 mit 100 Tsd. qm unter dem Ansatz von 2008 lag. Für 2008 wird die Reduzierung der Eigenreinigungsfläche auf 320 Tsd. qm angestrebt.

¹⁶ Die Prognose basiert auf der erwarteten Personalfuktuation in der Eigenreinigung und auf den zu erwartenden Einsparungen durch die Reduzierung der Reinigungsintervalle.

Produktbereich 03: Vermögensangelegenheiten

Kapitel 9010, 9030

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	56.502	57.043	53.571	25.537	24.587
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	55.585	56.740	53.571	25.537	24.587
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	917	303	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.957	30.158	31.630	7.535	7.442
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.420	12.474	11.381	3.598	3.605
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	18.368	17.599	20.249	3.937	3.837
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.471	1.768	1.600	1.500	1.400
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.131	10.302	15.000	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	169	85	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	929	1.226	2.200	0	26.000
Stellen	-	-	203	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	198,20	199,80	55,10	55,10

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Effizientes Vermögens- und Beteiligungsmanagement
Z 2:	Optimierter Einsatz von Immobilien zur Sicherung der fachpolitischen und ökonomischen Handlungsfähigkeit der FHH einschließlich Wahrung der grundstücksbezogenen Vermögensinteressen in Planungs- und Gesetzgebungsverfahren.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Vermögens- und Beteiligungsmanagement
PG 2	Immobilienmanagement

Produktgruppe 01: Vermögens- und Beteiligungsmanagement

Kapitel 9030

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Optimierung der Finanzierungskosten, Erreichung marktgerechter Renditen für die zu betreuenden Sondervermögen und Realisierung von Kapitalforderungen
	Erläuterung zur Entwicklung: Hohe Bedeutung des Einsatzes unterschiedlicher Finanzinstrumente zur Begrenzung der Zinskosten des Haushalts, rückläufige Entwicklung der Darlehensforderungen, konstante Nachfrage nach Bürgschaften, steigende Regressforderungen aus Bürgschaftsinanspruchnahmen.
Z 2:	Finanz- und haushaltswirtschaftlich effektive Steuerung der Beteiligungen im Rahmen des Verantwortungsmodells für das Beteiligungsmanagement
	Erläuterung zur Entwicklung: Steigerung der finanzwirtschaftlichen Effizienz des Beteiligungsportfolios, zunehmende Zahl aufwändiger Projekte zur Optimierung des Beteiligungsbestandes, zunehmender Anpassungsbedarf der Rahmenvorgaben für die Fachbehörden (Corporate Governance, Rechnungslegungsstandards), Verbesserung der Beteiligungsberichterstattung.
Z 3:	Sicherstellung des ordnungsgemäßen Kassen- und Rechnungswesens sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesbetriebe nach § 26 LHO und der Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO
	Erläuterung zur Entwicklung: Steigender Prüfungsaufwand infolge Einführung von SAP und Gründung neuer Landesbetriebe/Einrichtungen.

<i>Produkte</i>
P 1 Schulden- und Forderungsportfolios einschl. Sondervermögen
P 2 Beteiligungsportfolio
P 3 Finanzierungshilfen
P 4 Ordnungsmäßigkeit des Kassen- und Rechnungswesens und der Haushalts- und Wirtschaftsführung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.765	1.428	1.482	1.508	1.008
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹⁷	1.765	1.428	1.482	1.508	1.008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.277	5.851	5.714	5.804	5.711
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.325	3.587	3.548	3.598	3.605
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.952	2.264	2.166	2.206	2.106
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.471	1.768	1.600	1.500	1.400
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁸	0	0	0	0	26.000

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.537	1.371	1.137	1.050	1.050
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.487	1.316	1.084	996	996
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	50	55	53	54	54

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen setzen sich zusammen aus der Ablieferung Wirtschaftsplanes "Hamburgische Münze" und den Verwaltungskostenentschädigungen im Zusammenhang mit der Prüfung von Landesbetrieben gem. § 26 LHO und von Einrichtungen gem. § 15 LHO .
Die Betriebsausgaben dienen dem laufenden Bedarf an personellen und sächlichen Ressourcen.
Die Investitionsausgaben dienen der Zuführung in das Kommanditkapital der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder zur Finanzierung der bisher teilweise fremdfinanzierten Investitionsmaßnahme zur Herrichtung der neuen Werksflächen für die Endlinienfertigung des A 380.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	54	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹⁹	-	51,50	53,10	55,10	55,10
Schuld- und Forderungsverhältnisse	2.054	2.096	2.210	2.200	2.200
vorzubereitende Sitzungen	169	170	160	150	150
Volumen der Sondervermögen (Zusatzversorgung, Versorgungsrücklage, zusätzlicher Versorgungsfonds) in Mio. EUR ²⁰	227	265	303	368	425
Bürgschaftsverhältnisse	523	525	600	525	525
Prüfungen im Kassen- und Rechnungswesen	103	104	107	104	104
Prüfungen der Haushalts- und Wirtschaftsführung	102	102	102	105	105

¹⁷ Die Zuständigkeit für die Globalsteuerung des Landesbetriebes Hamburgische Münze ist auf die Finanzbehörde übergegangen (bisher Kapitel 7000)

¹⁸ Die fachliche Zuständigkeit für die Projektierungsgesellschaft Finkenwerder ist auf die Finanzbehörde übergegangen (bisher: Kapitel 7300)

¹⁹ Die Zuständigkeit der für die Liquiditätsplanung der Stadt ist vom Landesbetrieb Kasse.Hamburg auf die Finanzbehörde übergegangen.

²⁰ Die Steigerungen beruhen auf weiteren Zuführungen und höheren Zinserträgen

Produktgruppe 02: Immobilienmanagement

Kapitel 9010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<i>Produkte</i>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	54.737	55.615	52.089	24.029	23.579
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ²¹	53.820	55.312	52.089	24.029	23.579
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	917	303	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	25.680	24.307	25.916	1.731	1.731
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²²	9.095	8.887	7.833	0	0
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	16.416	15.335	18.083	1.731	1.731
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.131	10.302	15.000	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	169	85	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	929	1.226	2.200	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	4.174	3.351	2.510	0	0
· innerbehördlich in Tsd. EUR	4.037	3.217	2.393	0	0
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	137	134	117	0	0

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Das Immobilienmanagement wird mit Beginn des Haushaltsjahres 2009 in eine netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 (2) LHO umgewandelt. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlage die entsprechenden Produktinformationen beigelegt. Im Kapitel 9010 sind nur noch die Ablieferung des Wirtschaftsplans "Immobilienmanagement" sowie die Zuweisung für Versorgungszuschläge an diesen Wirtschaftsplan und der KRV dargestellt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	149	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ²³	-	146,70	146,70	0	0
<i>Bestandskennzahlen</i>					

²¹ In den dargestellten Planzahlen für die Jahre 2007 und 2008 sind die Einnahmen der auf die Hamburg Port Authority durch die Bürgerschaftsdrucksache 18/2332 übertragenen Grundstücke des Hafennutzungsgebietes nicht mehr enthalten.

²² In den dargestellten Produktbereichskennzahlen 2007 und 2008 sind die Personalkosten für den Vorsitzenden und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Kommission für Bodenordnung enthalten.

²³ In den dargestellten Planzahlen für die Jahre 2009 und 2010 sind 5 VZÄ für den Vorsitzenden und die Mitarbeiter der Kommission für Bodenordnung nicht enthalten.

Produktbereich 04: Steuerwesen

Kapitel 9100, 9120

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	33.035	34.718	33.165	34.358	34.358
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	33.035	34.718	33.165	34.358	34.358
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	232.490	236.710	233.190	210.299	210.206
• Personalausgaben in Tsd. EUR	197.922	201.434	197.046	176.967	176.874
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	34.568	35.276	36.144	33.332	33.332
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	12	12	15	15	15
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.237	6.124	165	165	165
Stellen	-	-	3.656	-	-

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Festsetzung und Erhebung der Steuern auf der Grundlage bundeseinheitlicher Steuergesetzgebung und des verfassungsmäßigen Gebots der Steuergerechtigkeit. Das von den Finanzämtern erwirtschaftete Steueraufkommen betrug 2007 rund 26,6 Mrd. EUR. Der Hamburg verbleibende Teil wird im Epl 9.2 veranschlagt.
- Z 2: Herstellung und Aufrechterhaltung der erforderlichen Rahmenbedingungen, insbesondere notwendiger Personaleinsatz, Aus- und Fortbildung des Personals, Bereitstellung, Erhaltung und Unterhaltung der erforderlichen Räume, Arbeitsplatzausstattung mit Mobiliar und Arbeitsgerät sowie IuK-Ausstattung.
- Die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen -auch mit überregionaler Bedeutung zur vereinfachten Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen der Länder- ist im Kalenderjahr 2007 durch die Umstellung auf eine neue (Steuer-) Software ("EOSS") realisiert worden.
- Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:
Gesetzesänderungen und Fallzahlenentwicklung
IuK-Entwicklung und Veränderung der Personalstruktur.
- Z 3: Steigerung der Effizienz.
- Das Finanzamt Altona ist seit Juni 2007 in einer neuen Anmietung untergebracht; es sind zwei Anmietungen entfallen.
- Das Finanzamt Barmbek-Uhlenhorst ist seit September 2007 in einer neuen Anmietung untergebracht. In diesem Zusammenhang sind vier Anmietungen entfallen.
- Erste Pilotierungen eines Risikomanagementsystems im Veranlagungsbereich konnten im Kalenderjahr 2007 abgeschlossen werden. Der Einsatz des Risikomanagementsystems in der Veranlagung -Arbeitnehmer- ist im April 2008 in allen Hamburger Finanzämtern erfolgt.
- Konzeptionelle Überlegungen zur Verbesserung der bestehenden Organisationsformen in den Finanzämtern sind abgeschlossen (VERA). Ein für den Veranlagungsbereich einheitliches Organisationsmodell wird ab 2009 in allen Finanzämtern eingeführt. Die Umstellung wird 2011 abgeschlossen sein.
- Z 4: Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit.
- Im Herbst 2008 wird nach 2005 zum zweiten Mal flächendeckend eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Die Auswertung sowie die individuelle Nachbereitung der Befragung wird in 2009 ff. direkt in den Ämtern erfolgen.

Produktgruppen - Überblick

- PG 1 Interner Service und Ressourcensteuerung
- PG 2 Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften
- PG 3 Besteuerung von Körperschaften
- PG 4 Festsetzung von Einzelsteuern einschließlich Einheits- und Bedarfsbewertung
- PG 5 Erhebung und Vollstreckung
- PG 6 Überprüfung der Steuerfälle
- PG 7 Steuerfahndung, Bußgeld und Strafverfahren

Produktgruppe 01: Interner Service und Ressourcensteuerung

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Fachaufgaben Z 2: Unterstützung der Behördenleitung und der Leitung der Finanzämter bei der Wahrnehmung der Steuerungsaufgaben
<i>Produkte</i>
P 1 Personalmanagement P 2 Haushalt P 3 Organisation P 4 IT - Lösungen P 5 Infrastrukturleistungen P 6 Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	391	676	551	318	318
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	391	676	551	318	318
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	41.312	40.984	40.750	36.949	36.937
• Personalausgaben in Tsd. EUR	27.406	26.793	26.209	23.538	23.526
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	13.906	14.191	14.541	13.411	13.411
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ²⁴	12	12	15	15	15
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.195	6.074	1	1	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	0	-	-
· innerbehördlich in Tsd. EUR ²⁵	-	-	0	-	-

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen dieser Produktgruppe bestehen in der Hauptsache aus den Vermischten Einnahmen (9120.119.98). Die Stellen dieser Produktgruppe umfassen Teile des Amtes 5 der Finanzbehörde und den Intendanzbereich der Finanzämter. Die Sach- und Fachausgaben werden geprägt durch die zentrale Zuordnung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von DATAPORT.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	468	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	413	440	440	430	430

²⁴ Schadenersatzleistungen

²⁵ Keine Angaben, da es sich bei dieser Produktgruppe um den Intendanzbereich der Steuerverwaltung handelt. Die Personalausgaben dieser Produktgruppe werden als innerbehördliche Gemeinkosten auf die Produktgruppen 02 - 07 abgerechnet.

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anteil der Personalkosten der PG 01 an den gesamten Personalkosten der SV in %	14	13	10	13	13

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Personalmanagement:					
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	17	16	16	16	16
Anzahl des betreuten Personals (incl. Beurlaubte, Erziehungsurlaub)	4.433	4.390	4.400	4.390	4.390
Anzahl des betreuten Personals je Pers.-Sachbearbeiter (VZÄ)	474	470	540	475	475
durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	368	372	398	372	372
davon durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	291	294	306	294	294
und durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	77	78	92	78	78
Auszubildende jeweils zum Jahresende für die Laufbahn					
des mittleren Dienstes	70	47	76	48	48
des gehobenen Dienstes	149	135	132	153	171
P 2: Haushalt:					
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	2	2	2	2	2
P 3: Organisation:					
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	8	8	8	8	8
P 4: IT - Lösungen:					
IT-Kosten je Mitarbeiter d. Steuerverwaltung in EUR	4.996	5.027	4.600	5.000	5.000
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	9	9	9	9	9
P 5: Infrastrukturleistungen:					
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	13	13	13	13	13
P 6: Leitungsunterstützung:					
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Intendanz in %	6	7	7	7	7

Produktgruppe 02: Besteuerung der natürlichen Personen und Personengemeinschaften

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Vollständige Erfassung der Steuerpflichtigen sowie rechtzeitige, wirtschaftliche und gleichmäßige Durchführung der Veranlagungen einschließlich veranlagungsbegleitender und weiterer betreuender Arbeiten.
<i>Produkte</i>
P 1 Betreuung natürliche Personen P 2 Betreuung von Personengemeinschaften

Produktbereich: 04
Steuerwesen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	15.738	17.191	15.228	17.191	17.191
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	15.738	17.191	15.228	17.191	17.191
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	78.982	82.279	80.919	72.904	72.871
• Personalausgaben in Tsd. EUR	69.821	72.930	71.341	64.071	64.038
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.161	9.349	9.578	8.833	8.833
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	33	39	154	154	154

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	11.222	11.190	10.945	11.105	11.120
· innerbehördlich in Tsd. EUR	11.222	11.190	10.945	11.105	11.120

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen dieser Produktgruppe bestehen in der Hauptsache aus Verspätungszuschlägen (Titel 9100.111.03), Zwangsgeldern (Titel 9100.112.01) und Verwaltungskostenentschädigungen (Titel 9100.261.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	1.302,60	-	-
VZÄ	1.318	1.320	1.290	1.325	1.330

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Kosten für die Betreuung je Steuerpflichtigen in EUR	109	114	110	114	113

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Betreuung natürliche Personen:					
Anzahl der zu veranlagenden natürlichen Personen (Einkommensteuer) ²⁶	606.311	597.124	603.000	600.000	603.000
Anzahl der veranlagten natürlichen Personen im Haushaltsjahr ²⁷	590.738	553.428	599.000	594.000	599.000
durchschnittliche Durchlaufzeit in Wochen bis Bescheiddatum	8,70	9,80	8	8	8
Gewerbsteuer					
Anzahl der zu veranlagenden Gewerbesteuerfälle	40.742	42.972	41.000	43.000	43.500
Anzahl der veranlagten Gewerbesteuerfälle im Haushaltsjahr	43.410	41.526	42.500	43.500	44.000
Umsatzsteuer					
Anzahl der zu veranlagenden Umsatzsteuerfälle	117.335	119.692	118.000	120.000	120.500
Anzahl der veranlagten Umsatzsteuerfälle im Haushaltsjahr	125.708	103.662	119.000	121.000	121.500
P 2: Betreuung von Personengemeinschaften:					
Anzahl der durchzuführenden Feststellungen	41.585	42.612	42.000	43.500	44.000
Anzahl der durchgeführten Feststellungen im Haushaltsjahr	42.056	39.942	42.000	43.500	44.000

²⁶ Die Zahl ist geprägt durch eine bundeseinheitliche Zählweise der Antragsfälle im Arbeitnehmerbereich. Diese Zählweise steht länderübergreifend zur Diskussion (3/2008).

²⁷ In 2007 sind deutlich weniger Anträge auf Antragsveranlagungen eingegangen. Dadurch entsteht zwangsläufig eine Diskrepanz zum erwartetem Soll.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
durchschnittliche Durchlaufzeit in Wochen bis Bescheiddatum	12,60	12,70	12	12	12

Produktgruppe 03: Besteuerung von Körperschaften

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Vollständige Erfassung der Steuerpflichtigen sowie rechtzeitige, wirtschaftliche und gleichmäßige Durchführung der Veranlagungen einschließlich veranlagungsbegleitender und weiterer betreuender Arbeiten.
<i>Produkte</i>
P 1 Betreuung von Körperschaften
P 2 Betreuung von gemeinnützigen Körperschaften

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	344	381	363	381	381
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	344	381	363	381	381
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	13.214	13.747	13.511	12.170	12.163
• Personalausgaben in Tsd. EUR	11.849	12.354	12.084	10.854	10.847
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.365	1.393	1.427	1.316	1.316
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1	1	1	1	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.904	1.895	1.854	1.881	1.884
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.904	1.895	1.854	1.881	1.884

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen dieser Produktgruppe bestehen in der Hauptsache aus Verspätungszuschlägen (Titel 9100.111.03) und Zwangsgeldern (Titel 9100.112.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	244,20	-	-
VZÄ	199	200	205	200	200

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Betreuung von Körperschaften:					
Kosten für die Betreuung je Körperschaft in EUR	294	296	273	261	257
Anzahl der zu veranlagenden Körperschaften	38.480	39.608	40.000	40.500	41.000
Anzahl der veranlagten Körperschaften im Haushaltsjahr ²⁸	39.688	38.797	41.000	41.500	42.000
durchschnittliche Durchlaufzeit in Wochen bis Bescheiddatum	13,60	13,10	13	13	13
Gewerbesteuer					

²⁸ Das Ergebnis 2007 ist auch geprägt durch einen späteren Programmeinsatz für die Veranlagung des Veranlagungszeitraumes 2006.

Produktbereich: 04
Steuerwesen

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anzahl der zu veranlagenden Gewerbesteuerfälle	38.805	39.826	40.000	40.500	41.000
Anzahl der veranlagten Gewerbesteuerfälle im Haushaltsjahr	39.451	37.097	39.500	40.000	40.500
Umsatzsteuer					
Anzahl der zu veranlagenden Umsatzsteuerfälle	32.062	32.851	34.000	33.500	34.000
Anzahl der veranlagten Umsatzsteuerfälle im Haushaltsjahr	34.581	30.038	34.000	34.000	34.500
P 2: Betreuung von gemeinnützigen Körperschaften:					
Kosten für die Betreuung je gemeinnütziger Körperschaft in EUR	104	100	100	103	100
Anzahl der gemeinnützigen Körperschaften	7.431	7.995	7.500	8.300	8.600
im Haushaltsjahr durchzuführende Feststellungen der Gemeinnützigkeit	2.477	2.665	2.500	2.700	2.800
Anzahl der im Haushaltsjahr durchgeführten Feststellungen	2.531	2.139	2.300	2.500	2.700
durchschnittliche Durchlaufzeit in Wochen bis Bescheiddatum	21,80	22,80	20	20	20

Produktgruppe 04: Festsetzung von Einzelsteuern einschließlich Einheits- und Bedarfsbewertung **Kapitel 9100, 9120**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Vollständige Erfassung der Steuerpflichtigen sowie rechtzeitige, wirtschaftliche und gleichmäßige Durchführung der Veranlagungen einschließlich veranlagungsbegleitender und weiterer betreuender Arbeiten.
<i>Produkte</i>
P 1 Veranlagung von Erben P 2 Veranlagung von Grundbesitzern P 3 Sonstige Veranlagungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	14.006	14.541	14.313	12.901	12.895
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.133	12.629	12.354	11.095	11.089
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.873	1.912	1.959	1.806	1.806
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	1	1	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.950	1.937	1.895	1.923	1.926
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.950	1.937	1.895	1.923	1.926

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	245,90	-	-
VZÄ	250	250	240	250	250

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Veranlagung von Erben:					
Kosten je Festsetzung in EUR	312	-	315	327	426
Sterbefall- und Schenkungsanzeigen	27.805	27.998	29.000	28.000	28.000
Erbschaft- und Schenkungsteuerfestsetzungen ²⁹	6.928	-	6.300	6.500	5.000
P 2: Veranlagung von Grundbesitzern:					
Kosten je Fall in EUR	-	-	10	12	12
Anzahl der Grundsteuerfälle	361.657	367.364	360.000	365.000	365.000
P 3: Sonstige Veranlagungen:					
Kraftfahrzeugsteuer; zugelassene Fahrzeuge	832.941	835.377	840.000	840.000	840.000
Hundesteuer; angemeldete Hunde	39.853	40.359	38.500	40.000	40.000
Grunderwerbsteuer; Zahl der Erwerbsvorgänge	25.642	23.991	27.000	26.000	26.000
Zweitwohnungsteuer; Zahl der Steuerpflichtigen	10.529	-	10.500	10.500	10.500

Produktgruppe 05: Erhebung und Vollstreckung

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Rechtzeitige und vollständige Vereinnahmung der festgesetzten Steuern und Nebenleistungen sowie von bestimmten Gebühren
Z 2:	Zeitnahe Auszahlung von Erstattungs-/ Vergütungsansprüchen
<i>Produkte</i>	
P 1 Kassenangelegenheiten	
P 2 Vollstreckungsangelegenheiten	

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	15.900	15.766	16.362	15.764	15.764
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	15.900	15.766	16.362	15.764	15.764
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.381	19.694	19.378	17.463	17.455
• Personalausgaben in Tsd. EUR	17.014	17.279	16.903	15.181	15.173
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.367	2.415	2.475	2.282	2.282
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	3	4	1	1	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.735	2.651	2.593	2.631	2.635
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.735	2.651	2.593	2.631	2.635

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen der PG bestehen aus Verwaltungsgebühren (Titel 9100.111.01) und Steuersäumniszuschlägen (Titel 9100.111.02).

²⁹ Aufgrund der Umstellung auf EOSS können im Bereich der Erbschaft- u. Schenkungssteuerfestsetzungen sowie bei der Zweitwohnungsteuer die Ergebnisse für 2007 nicht mehr ausgewiesen werden.

Produktbereich: 04
Steuerwesen

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	324	-	-
VZÄ	336	318	325	318	318

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Kassenangelegenheiten:					
Personell gebuchte Einzahlungsfälle ³⁰	761.783	609.564	500.000	500.000	450.000
Personelle Auszahlungsbuchungen	234.077	232.175	250.000	250.000	250.000
Personelle Umbuchungen im Speicherkonto	1.174.950	1.290.901	1.400.000	1.400.000	1.400.000
Personelle Kontoübernahmen/Restkontenbildung	421.208	373.081	400.000	400.000	400.000
Personelle Sperrvermerke setzen/löschen	84.496	87.553	90.000	90.000	90.000
P 2: Vollstreckungsangelegenheiten:					
Kosten je Vollstreckungsfall in EUR	397	416	395	418	418
Zahl der Vollstreckungsfälle ³¹	28.561	27.137	28.500	27.000	27.000
Arbeitsvolumen in den Vollstreckungsstellen in Mio. EUR	661	787	629	550	550
Höhe der vollstreckbaren Rückstände am 31.12. in Mio. EUR	193	544	174	350	350

Produktgruppe 06: Überprüfung der Steuerfälle

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Zeitnahe und zielgerichtete Überprüfung von ausgewählten Steuerfällen durch Außenprüfungen und andere Verfahren
<i>Produkte</i>
P 1 Betriebsprüfungen P 2 Lohnsteueraußenprüfungen P 3 Umsatzsteuersonderprüfungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	56.762	56.442	55.458	49.936	49.913
• Personalausgaben in Tsd. EUR	51.582	51.156	50.042	44.942	44.919
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.180	5.286	5.416	4.994	4.994
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2	2	4	4	4

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	8.290	7.848	7.677	7.790	7.800
· innerbehördlich in Tsd. EUR	8.290	7.848	7.677	7.790	7.800

³⁰ Die bisher für diesen Bereich abgebildeten Kennzahlen können durch einen Wechsel der Automationsplattform überwiegend nicht mehr bedient werden. Insofern wurde die Darstellung neu aufgebaut.

³¹ Die Vollstreckungsfälle wurden durch einen massiven Abbau von Altfällen reduziert

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen werden in der Produktgruppe nicht nachgewiesen. Die Mehrergebnisse der Außenprüfungen schlagen sich im Steueraufkommen nieder. Das Schwergewicht der Personalausgaben liegt im Bereich der Betriebsprüfung.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	940,80	-	-
VZÄ	804	791	830	800	800

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Betriebsprüfungen:					
Kosten je Betriebsprüfung in EUR	6.367	6.708	6.107	6.047	6.047
Anzahl der zu prüfenden Betriebe insgesamt	203.768	203.768	205.000	205.000	205.000
Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen und Prüfungen nach § 193 Abs. 2 Nr.2 AO	6.786	6.310	7.020	7.000	7.000
hiervon					
Groß-Betriebe	1.249	1.327	1.360	1.360	1.360
Mittel-Betriebe	1.874	1.697	1.780	1.800	1.800
Klein-Betriebe	1.466	1.280	1.690	1.700	1.700
Kleinst-Betriebe	2.101	1.911	2.050	2.000	2.000
Prüfungen nach § 193 Abs. 2 Nr.2 AO ³²	96	95	140	140	140
Prüfungsturnus der Betriebsprüfungen ohne Sonderprüfungen in Jahren					
Groß-Betriebe	4,60	4,30	4,20	4,20	4,20
Mittel-Betriebe	10,50	11,60	11	11	11
Klein-Betriebe	18,90	21,50	16,40	17	17
Kleinst-Betriebe	70,80	77,60	72,50	72,50	72,50
Mehrergebnis der durchgeführten Prüfungen in Mio. EUR	466	644	500	600	600
durchschnittliches Mehrergebnis der Betriebsprüfer je durchschnittlich eingesetzten Prüfer in Mio. EUR	0,89	1,30	1,30	1,30	1,30
Nullfall-Zeitquote in % ³³	15,60	14,50	12,60	13	13
P 2: Lohnsteueraußenprüfungen:					
Kosten je Lohnsteuer-Außenprüfung in EUR	1.035	1.079	1.124	1.059	1.059
Anzahl der LSt-Arbeitgeberfälle	54.158	51.504	55.000	53.000	53.000
Anzahl der durchgeführten Lohnsteueraußenprüfungen	4.500	4.513	4.600	4.600	4.600
Mehrergebnis der durchgeführten Prüfungen in Mio. EUR	31	22	35	32	32
Mehrergebnis je Außenprüfer in Tsd. EUR	378	284	300	300	300
Null-Fall-Zeit-Quote in %	17,80	17	15	15	15
P 3: Umsatzsteuersonderprüfungen:					
Kosten je Umsatzsteuersonderprüfung in EUR	1.485	1.570	1.286	1.258	1.258
Anzahl der Umsatzsteuerfälle (gesamt)	145.885	148.902	152.000	152.000	152.000
Anzahl der durchgeführten Umsatzsteuersonderprüfungen	1.990	1.844	2.300	2.300	2.300
Mehrergebnis der durchgeführten Umsatzsteuersonderprüfungen in Mio. EUR	37	44	26	40	40

³² Bei den Prüfungen nach § 193(2) 2 AO handelt es sich im wesentlichen um Prüfungen von Einkommensmillionären und von "nichtgewerblichen" Beteiligungsgesellschaften.

³³ Die Nullfall-Zeitquote drückt den Anteil an den insgesamt zur Verfügung stehenden Arbeitstagen aus, der für sog. Nullfälle (Fälle ohne Mehr-, Minderergebnis) benötigt wurde

Produktbereich: 04
Steuerwesen

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Mehrergebnis der Umsatzsteuersonderprüfungen je VZÄ in Mio. EUR	1	1,30	1,30	1,30	1,30
Anteil der durchgeführten UST-Sonderprüfungen an den Umsatzsteuerfällen (gesamt) in %	1,40	1,20	1,50	1,50	1,50

Produktgruppe 07: Steuerfahndung, Bußgeld und Strafverfahren

Kapitel 9100, 9120

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verfolgung und Ahndung aller verfolgbaren Steuerstraf- und gleichgestellten Straftaten im Rahmen des Legalitäts- sowie Steuerordnungswidrigkeiten im Rahmen des Opportunitätsprinzips und Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen in diesen Fällen Z 2: Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle
<i>Produkte</i>
P 1 Steuerfahndung P 2 Bußgeld- und Strafsachen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	662	704	661	704	704
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	662	704	661	704	704
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.833	9.023	8.861	7.976	7.972
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.117	8.293	8.113	7.286	7.282
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	716	730	748	690	690
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	3	4	3	3	3

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.305	1.272	1.245	1.263	1.265
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.305	1.272	1.245	1.263	1.265

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen der PG bestehen aus Geldbußen (Titel 9120.112.02)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-	130,50	-	-
VZÄ	131	131	130	131	131

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Steuerfahndung:					
Kosten je Fahndungsprüfung in EUR	8.350	7.643	6.951	7.203	7.203
Anzahl der durchgeführten Prüfungen in der Steuerfahndung	669	754	800	800	800
Mehrergebnis der durchgeführten Prüfungen in der Steuerfahndung in Mio. EUR	26,60	56	25	30	30
Durchschnittliches Mehrergebnis der Steuerfahndung je	0,44	0,92	0,50	0,50	0,50

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
durchschnittlich eingesetzten Prüfer in Mio. EUR					
P 2: Bußgeld- und Strafsachen:					
Kosten je Verfahren in EUR	1.072	1.007	1.038	1.004	1.004
Abgeschlossene Bußgeld- und Strafverfahren	2.165	2.214	2.220	2.220	2.220

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2009 / 2010

Einzelplan 09.1

Finanzbehörde

Deckungskreise
~~Deckungskreis~~ im Kapitel 9000

10 Investitionen

Deckungskreis im Kapitel 9100

11 Investitionen

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
9000	Zentrale Dienste	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	144	126	126
9010	Management des Grundvermögens	-	-	-	450 G	- G	- G
		- A	- A	- A	42.945	24.029	23.579
9020	Haushalt und Aufgabenplanung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	2	2	2
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	1.000	1.001	501
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	-	-	-	- G	50 G	50 G
		- A	- A	- A	-	-	-
9090	Organisation	-	-	-	20 G	20 G	20 G
		- A	- A	- A	785	795	795
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter	-	-	-	255 G	1 G	1 G
		- A	- A	- A	8	10	10
9120	Finanzämter	-	-	-	21.574 G	21.213 G	21.213 G
		- A	- A	- A	1.920	2.054	2.054
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	-	-	-	22.299 G	21.284 G	21.284 G
		- A	- A	- A	46.804	28.017	27.067
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		1.015-G	1.015-G
			- A	- A		18.787-	19.737-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
896	797	797	-	-	-	-	-	-	9000
			- Z	- Z	- Z				
8.139	-	-	-	-	-	-	-	-	9010
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	9020
			- Z	- Z	- Z				
482	507	507	-	-	-	-	-	-	9030
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	9060
			- Z	- Z	- Z				
936	947	947	-	-	-	-	-	-	9090
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	9100
			- Z	- Z	- Z				
9.408	11.080	11.080	-	-	-	-	-	-	9120
			- Z	- Z	- Z				
19.861	13.331	13.331	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	6.530-	6.530-		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
9000	Zentrale Dienste	1.040	923	923
9010	Management des Grundvermögens	51.534	24.029	23.579
9020	Haushalt und Aufgabenplanung	2	2	2
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement	1.482	1.508	1.008
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	-	50	50
9090	Organisation	1.741	1.762	1.762
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter	263	11	11
9120	Finanzämter	32.902	34.347	34.347
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	88.964	62.632	61.682
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		26.332-	27.282-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
9000	Zentrale Dienste	19.835	18.623	18.362	2.322	2.624	2.630
		-	-	-	35	-	-
9010	Management des Grundvermögens	7.262	633-	478-	18.029	-	-
		-	-	-	-	-	-
9020	Haushalt und Aufgabenplanung	7.571	8.578	8.720	10.393	10.324	9.385
		-	-	-	3.790	-	-
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement	3.009	3.044	3.073	549	687	687
		-	-	-	153	-	-
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	1.320	3.893	3.905	297	641	534
		-	-	-	-	-	-
9090	Organisation	3.789	7.292	7.300	1.848	2.687	2.593
		-	-	-	275	275	275
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter	21.419	61.613	60.240	5.240	5.399	5.399
		-	-	-	-	-	-
9120	Finanzämter	175.611	138.393	140.333	21.878	22.489	22.489
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	239.816	240.803	241.455	60.556	44.851	43.717
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		987 +	1.639 +		15.705-	16.839-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	4.253	275	275
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		3.978-	3.978-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
1.306	1.402	1.402	-	-	-	9000
25	-	-	-	-	-	
54	1.731	1.731	-	-	-	9010
-	-	-	-	-	-	
14.787	14.377	14.777	-	-	-	9020
300	-	-	-	-	-	
1.717	1.519	1.419	-	-	-	9030
-	-	-	-	-	-	
10	339	114	-	-	-	9060
-	-	-	-	-	-	
2.690	4.136	4.136	-	-	-	9090
-	-	-	-	-	-	
7.708	4.181	4.181	-	-	-	9100
-	-	-	-	-	-	
1.263	1.263	1.263	-	-	-	9120
-	-	-	-	-	-	
29.535	28.948	29.023	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	587-	512-		-	-	+/-
				- H	- H	
325	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	325-	325-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
9000	Zentrale Dienste	-	-	-	23.463	22.649	22.394
		-	-	-	60	-	-
9010	Management des Grundvermögens	-	-	-	25.345	1.098	1.253
		-	-	-	-	-	-
9020	Haushalt und Aufgabenplanung	2.100	1.650	1.800	34.851	34.929	34.682
		2.100	-	-	6.190	-	-
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement	-	-	-	5.275	5.250	5.179
		-	-	-	153	-	-
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung	-	-	-	1.627	4.873	4.553
		-	-	-	-	-	-
9090	Organisation	-	-	-	8.327	14.115	14.029
		-	-	-	275	275	275
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter	-	-	-	34.367	71.193	69.820
		-	-	-	-	-	-
9120	Finanzämter	-	-	-	198.752	162.145	164.085
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	2.100	1.650	1.800	332.007	316.252	315.995
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		450-	300-		15.755-	16.012-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	2.100	-	-	6.678	275	275
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		2.100-	2.100-		6.403-	6.403-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
162	242	309	23.625	22.891	22.703	9000
180	260	260	240	260	260	
2.200	-	-	27.545	1.098	1.253	9010
2.500	-	-	2.500	-	-	
-	-	-	34.851	34.929	34.682	9020
-	-	-	6.190	-	-	
204.000	-	26.000	209.275	5.250	31.179	9030
-	-	-	153	-	-	
-	-	-	1.627	4.873	4.553	9060
-	-	-	-	-	-	
2.010	1.805	1.800	10.337	15.920	15.829	9090
1.000	1.000	1.000	1.275	1.275	1.275	
87	97	93	34.454	71.290	69.913	9100
-	-	-	-	-	-	
78	68	72	198.830	162.213	164.157	9120
-	-	-	-	-	-	
2.476 B	356 B	423 B	540.544	318.464	344.269	Ges. Aus.
206.061	1.856	27.851				
	2.120-B	2.053-B		222.080-	196.275-	+/-
	204.205--	178.210--				
2.680 B	260 B	260 B	10.358	1.535	1.535	Ges. VE
1.000	1.000	1.000				
	2.420-B	2.420-B		8.823-	8.823-	+/-
	-	-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9000	Zentrale Dienste				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
119.01	Anteil Dritter für Aufwendungen für das Gebäude Rödingsmarkt 2	261 314	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9000.548.03				
119.03 (960)	Rückerstattungen aus Leistungs- und Lieferverträgen	15 0	0	-	-
119.56	Erstattungen für IT Dienstleistungen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9000.548.56				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	262 138	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	132 813	20	2	2
124.02	Einnahmen aus der Überlassung des Leo-Lippmann-Saales	0 5	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9000.548.04				
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	5 120	118	118	118
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	6 7	6	6	6
261.01	Verwaltungskostenentschädigungen	933 273	217	446	446
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9000.548.01.				
261.04	Verwaltungskostenentschädigungen der Kasse.Hamburg	0 679	679	303	303
261.05	Verwaltungskostenentschädigungen der Hamburgischen Münze	0 0	0	48	48
	Gesamteinnahmen		1.040	923	923
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.657 1.431 536 R	1.323	1.641	1.647
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	10.375 8.506 12 R	7.985	6.540	6.517
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	76 47	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	9 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	11.237 11.677	10.336	11.280	11.042
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.412.01 09.1.9090.412.01 .	19 14 38 R	26	16	16
459.95 (940)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Übertragbar	0 0	0	1	1
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben der Kapitel 9000 bis 9120 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellige gebundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich der Kapitel 9000 bis 9120	0 0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0 0	1.488	786	786
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.519.01 09.1.9090.519.61 .	275 291 173 R	183 25 VE	212	212
525.01	Aus- und Fortbildung Übertragbar	14 12 29 R	36 10 VE	68	68
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	43 45	45	45	45

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9000 -----					
531.02	Öffentlichkeitsarbeit	96 213 21 R	15	35	35
	Übertragbar				
535.56	IT-Folgekosten	1.587 983 189 R	720	623	623
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.535.56 09.1.9020.535.56 09.1.9090.535.56 09.1.9100.535.56 09.1.9120.535.56 .				
548.01	Leistungen für Dritte	0 0 72 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehr- einnahmen bei 09.1.9000.261.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
548.03	Verwendung der Erstattungen des Bundes und der Kasse.Hamburg für das Gebäude Rödingsmarkt 2	0 0 236 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9000.119.01 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
548.04	Verwendung von Einnahmen aus der Vermietung des Leo-Lippmann-Saales	0 0 5 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9000.124.02 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
548.56	Verwendung von Erstattungen für IT-Dienstleistungen	0 0 20 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9000.119.56 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für Leistungen	327 10 14 R	20 25 VE	-	-
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9090.671.01.				
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport	0 431 408 R	0	399	399
	Übertragbar				
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	62 86	60	35	35

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9000 -----					
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.55 09.1.9020.671.55 09.1.9030.671.55 09.1.9060.671.55 09.1.9090.671.55 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	1.226 1.191 35 R	1.226	968	968
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9000.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.56 09.1.9020.671.56 09.1.9090.671.56 09.1.9100.671.56 09.1.9120.671.56 .				
701.01	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	365 27 102 R	85 150 VE	187 200 VE	218 200 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9000-10 .				
701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Hochbau- im Zusammenhang mit der IT-Technik	22 20 123 R	77 30 VE	55 60 VE	91 60 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9000-10 .				
812.03	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen	0 0	0	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9000-10 .				
812.54	Ausbau der IT-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	12 19	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9000.812.56.				
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IT in der Finanzbehörde	1.157 435 1.311 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9000.812.54.				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		23.625 240 VE	22.891 260 VE	22.703 260 VE
9010	Management des Grundvermögens				
(871)	----- EINNAHMEN				
111.51	Entgelte im Zusammenhang mit der Vergabe städtischer Grundstücke	425 700	300		
	(Weggefallener Ansatz)				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
111.52	Entgelte in Zusammenhang mit der Durchführung von Verträgen durch das Immobilienmanagement (Weggefallener Ansatz)	256 191	150		
119.01	Einnahmen aus Vertragsstrafen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
119.02	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden (Weggefallener Ansatz)	3 0	0	-	-
119.92	Schadenersatzleistungen (Weggefallener Ansatz)	11 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz)	15 3	0	-	-
121.01	Ablieferung des Wirtschaftsplans "Immobilienmanagement"	0 0	0	24.029	23.579

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
124.01	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke (soweit nicht anderweitig veranschlagt) (Weggefallener Ansatz) Von der Einnahme dürfen die Kosten für die Verwaltung der Grundstücke abgesetzt werden	15.307 13.590	14.945		
124.02	Jagd- und Fischereipachten (Weggefallener Ansatz)	37 40	30		
124.04	Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Wohnungen an die Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg SAGA (Weggefallener Ansatz)	1.129 1.480	1.050		
124.05	Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Grundstücke mit gewerblicher Nutzung an die Sprinkenhof AG (Weggefallener Ansatz)	9.941 9.725	7.185		
124.06	Mieten und Pachten für kleingärtnerisch genutzte Grundstücke, Nutzungsabgabe für Behelfsheime u.a. (Weggefallener Ansatz)	1.758 1.720	1.700		
124.07	Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Grundstücke an die Genossenschaft der Fritz-Schumacher-Siedlung Langenhorn e.G (Weggefallener Ansatz)	663 649	632		
124.08	Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Wohnungen an die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungs- gesellschaft Hamburg mbH (STEG) (Weggefallener Ansatz)	0 0	68		
124.09	Einnahmen aus der Vermietung von Reihenhäusern am Mariannenweg etc (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen von der Einnahme abgesetzt werden	56 102	80		
124.10	Erstattungen für die vorübergehende Überlassung von Flächen (Weggefallener Ansatz)	0 2.365	2.615		
124.11	Pachten für landwirtschaftliche Betriebe (außer Staatsgüter) (Weggefallener Ansatz) Von der Einnahme dürfen die Kosten für die Verwaltung der Grundstücke abgesetzt werden	152 32	265		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
124.21	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Hafen (Weggefallener Ansatz)	1.817 25	0		
124.31	Erbbauzinsen (soweit nicht kapitalisiert) (Weggefallener Ansatz)	14.249 14.093	13.500		
124.32	Kapitalisierte Erbbauzinsen (Weggefallener Ansatz)	3.666 7.402	875		
124.41	Entgelte für die Nutzung städtischer Grundstücke (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen von der Einnahme abgesetzt werden	9 9	0	-	-
131.01	Erlöse aus der Wiederveräußerung von Grundstücken, für die in Gebieten Soz.Erhaltungs-VO nach § 172 Baugesetzbuch das Vorkaufsrecht ausgeübt wurde (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
261.11	Erstattungen der Hamburg Port Authority für Aufwendungen im Zusammenhang mit Grundstücksübertragungen (Weggefallener Ansatz)	0 86	0	-	-
261.12	Erstattungen für Aufwendungen im Zush. mit der Ver marktung von Grundstücken öffentlicher Unternehmen , Stiftungen u. ä. unter staatlicher Einflußnahme (Weggefallener Ansatz)	0 121	0		
281.01	Ersatz und Rückzahlungen von Steuern, Abgaben und Bewirtschaftungskosten (Weggefallener Ansatz)	81 242	0	-	-
281.03	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Kleingartenentsch., Billigkeitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten (Weggefallener Ansatz)	2.040 1.500	0	-	-
281.04	Ersatz von Unterhaltungskosten durch Dritte sowie Kostenbeteiligungen (Weggefallener Ansatz)	116 33	0	-	-
281.05	Ersatz von Aufwendungen für die Vermarktung ehemaliger Grundstücke des LBK Hamburg (Weggefallener Ansatz)	479 205	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
281.06	Erstattung der Hamburg Port Authority für Grundsteuer (Weggefallener Ansatz)	0 0	7.800		
281.10	Einnahmen aus der Zahlung von Modernisierung- zuschlägen für stadteigene Wohnungen durch die SAGA (Weggefallener Ansatz)	373 329	339		
341.01	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstat- tungsgesetz (Weggefallener Ansatz)	781 85	0	-	-
341.02	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Altlastensanierungsmaßnahmen des städtischen Grundbesitzes (Weggefallener Ansatz)	136 218	0	-	-
356.01	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen 3000000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9010.547.02. Es können insgesamt bis zu 3 Mio. Euro zugunsten des Wirtschaftsplans "Immobilienmanagement" und des Haushalts entnommen werden.	1.237 670	0	-	-
	Gesamteinnahmen		51.534	24.029	23.579
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.476 1.319	1.304 152 R	-	-
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	9.002 8.843	7.833	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	96 67	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.037- 941-	571-	633-	478-
517.01	Bewirtschaftung des Allgemeinen Grundvermögens (soweit nicht anderweitig veranschlagt) (Weggefallener Ansatz)	504 444 145 R	351		
517.02	Steuern, Abgaben und Beiträge (Weggefallener Ansatz)	11.031 10.302	15.000		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Weggefallener Ansatz) Aus diesem Titel können auch Abbruchkosten und Räumungsentschädigungen finanziert werden	866 1.196 1.787 R	1.031		
539.01	Vermischte Verwaltungsausgaben (Weggefallener Ansatz)	5 2 4 R	5		
539.10	Kosten für die Beschaffung und Gewinnung von Grundstücksinformationen (Weggefallener Ansatz)	433 540 432 R	338		
547.01	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Vermarktung ehemaliger Grundstücke des LBK Hamburg (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 456 R	0	-	-
547.02	Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen des Allgemeinen Grundvermögens oder ihnen gleichzustellende Flächen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 3000000.00 EUR der Einnahmen bei 09.1.9010.356.01 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
547.03	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Verträgen durch das Immobilienmanagement (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 110 R	0	-	-
547.04	Aufwendungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vermietung städtischer Flächen im Hafen (Weggefallener Ansatz)	0 0 94 R	0		
547.05	Aufwendungen im Zusammenhang mit Grundstücks- übertragungen an Hamburg Port Authority (HPA) (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 15 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9010 -----					
547.06	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Vermarktung von Grundstücken durch das Immobilienmanagement (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 1 R	0	-	-
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	0 0	0	1.731	1.731
671.01	Beteiligung der Stadt an Kosten gemeinschaftl. von Grundeigentümern zu errichtender Anlagen sowie an Erschließungsnebenkosten f. stadteig. Grundstücke (Weggefallener Ansatz)	10 5 126 R	3		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (Weggefallener Ansatz)	51 51	51		
681.01	Zahlung von Kleingartenentschädigungen, Billig- keitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten (Weggefallener Ansatz)	2.040 1.476 24 R	0	-	-
703.01	Bauliche Maßnahmen an stadteigenen Wohngebäuden (Weggefallener Ansatz)	793 1.008 999 R	2.200 2.500 VE		
741.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundver- unreinigungen städtischen Grundbesitzes (Weggefallener Ansatz) Aus diesem Titel können auch kaufpreisüber- schreitende Entsorgungskosten beim Verkauf stadt- eigener Flächen finanziert werden	136 218	0	-	-
821.01	Ausübung von Vorkaufsrechten in Gebieten sozialer Erhaltungsverordnungen nach § 172 Baugesetzbuch (Weggefallener Ansatz) Aus dem Grundstock für Grunderwerb zur Verfügung gestellte Mittel dürfen zurückgeführt werden	0 0 1.965 R	0	-	-
981.01	Zahlungen für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz bei Veräußerung von Grund- stücken des Allgemeinen Grundvermögens (Weggefallener Ansatz)	169 85 612 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		27.545 2.500 VE	1.098	1.253

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9020	Haushalt und Aufgabenplanung				
(062)	-----				
	EINNAHMEN				
119.66 (012)	Verwertungserlöse und sonstige Einnahmen Doppik (Weggefallener Ansatz)	1 2	0	-	-
119.67 (012)	Verwertungserlöse und sonstige Einnahmen Haushaltsmodernisierung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9020.518.67 09.1.9020.525.67 09.1.9020.526.67 09.1.9020.533.67 09.1.9020.671.67.	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	2 0	2	2	2
	Gesamteinnahmen		2	2	2
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.057 1.258	1.362	2.175	2.175
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	7.500 7.519 944 R	8.576	8.241	8.205
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	37- 15-	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.197- 2.459-	2.470-	1.955-	1.772-
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 0	0		
525.01 (012)	Schulungen Jahresabschlussaktivitäten Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9020.525.01 09.1.9020.526.01 09.1.9020.535.01 09.1.9020.535.02 .	0 0	0	50	50
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Weggefallener Ansatz)	0 12	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9020 -----					
526.01	Externe Unterstützungsleistungen Jahres- und Konzernabschluss Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9020.525.01 09.1.9020.526.01 09.1.9020.535.01 09.1.9020.535.02 .	0 0	0	225	155
535.01 (011)	Drucklegung des Haushaltsplans und der Haushaltsrechnung einschl. des sonstigen Materials Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9020.525.01 09.1.9020.526.01 09.1.9020.535.01 09.1.9020.535.02 .	58 114 139 R	260	50	110
535.02 (011)	Erstellung und Veröffentlichung Jahres- und Konzernabschluss Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9020.525.01 09.1.9020.526.01 09.1.9020.535.01 09.1.9020.535.02 .	0 0	0	125	125
535.56	IT-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9020.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.535.56 09.1.9020.535.56 09.1.9090.535.56 09.1.9100.535.56 09.1.9120.535.56 .	3.221 3.316	3.776	3.776	3.776
631.01 (029)	Zuweisung Hamburgs an den Bund zur Ablösung des Biersteueranspruchs der Republik Österreich	1 1	2	2	2
632.01 (012)	Anteil Hamburgs an den Kosten der zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister und der Geschäftsführung der Finanzministerkonferenz	17 16	18	18	18
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	1.175 1.712 3 R	1.618	1.213	1.213
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.55 09.1.9020.671.55 09.1.9030.671.55 09.1.9060.671.55 09.1.9090.671.55 .	46 46	46	41	41
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9020.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.56 09.1.9020.671.56 09.1.9090.671.56 09.1.9100.671.56 09.1.9120.671.56 .	5.278 4.638	2.938	4.864	4.864

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9020 -----					
682.01	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Kasse.Hamburg	7.845 9.662 37 R	9.815 300 VE	7.439	7.439
	Übertragbar				
	Titelgruppe(n) -----				
Z66	Projekt Doppik -----				
422.66 (012)	Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Weggefallener Ansatz)	237 123	0	-	-
428.66 (012)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	6 0	0		
432.66 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten (Weggefallener Ansatz)	71 37	0	-	-
438.66 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	1 0	0		
441.66 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen (Weggefallener Ansatz)	9 5	0	-	-
525.66 (012)	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung (Weggefallener Ansatz)	65 123	0	-	-
526.66 (012)	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen (Weggefallener Ansatz)	507 464	0	-	-
531.66 (012)	Veröffentlichungen, Veranstaltungen (Weggefallener Ansatz)	55 8-	0	-	-
533.66 (012)	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (Weggefallener Ansatz)	78 76	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9020 -----					
671.66 (012)	Erstattungen der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport (Weggefallener Ansatz)	76 0	0	-	-
812.66	Investive Beschaffungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
971.66 (012)	Zusatzaufwand der Behörden zur Einführung der Doppik (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
	Summen für Z66	821	0	0	0
Z67	Haushaltsmodernisierung -----				
422.67 (012)	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	344 743 226 R	885	1.480	1.476
428.67 (068)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	144 184	257	282	282
432.67 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	103 223 77 R	265	444	443
438.67 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	13 17	23	26	26
441.67 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	14 30 12 R	35	60	60
518.67 (012)	Mieten und Pachten Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9020.119.67.	166 127 406 R	302	302	302
525.67 (012)	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9020.119.67.	68 23 320 R	250	300	500
526.67 (012)	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9020.119.67.	140 1.980 770 R	4.043 1.000 VE	3.171	2.042

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9020 -----					
533.67 (012)	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9020.119.67.	44 35 716 R	400	150	150
671.67 (012)	Erstattungen der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9020.119.67.	5 50 153 R	350	800	1.200
812.67 (012)	Investive Beschaffungen Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 19	0	-	-
971.67 (012)	Zusatzaufwand der Behörden für die Einführung Haushaltsmodernisierung Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Summen für Z67	0 0 2.542 R 3.430 5.220 R	2.100 2.100 VE	1.650	1.800
812.56	Global veranschlagte Investitionsausgaben für IT-Maßnahmen Übertragbar	25.164 20.686 1.558 R	0	-	-
892.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Kasse.Hamburg für IT-Maßnahmen Übertragbar	0 10	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		34.851 6.190 VE	34.929	34.682

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement				
(062)	-----				
	EINNAHMEN				
119.98	Vermischte Einnahmen	6 70	0	1	1
121.01 (859)	Ablieferung des Wirtschaftsplans "Hamburgische Münze"	1.557 1.000	1.000	1.000	500
261.01	Verwaltungskostenentschädigungen	202 358	482	507	507
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9030.548.01.				
	Gesamteinnahmen		1.482	1.508	1.008
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	407 418 23 R	399	537	537
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	3.325 3.596 21 R	3.548	3.598	3.605
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	28 49	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	539- 558-	539-	554-	532-
535.56	IT-Folgekosten des Kredit-, Schulden- und Fondsmanagements	57 61 182 R	150	150	150
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9030.535.56 09.2.9600.575.01 . Die Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 100 Tsd.EUR in Anspruch genommen werden.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
548.01	Leistungen für Dritte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehr- einnahmen bei 09.1.9030.261.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.55 09.1.9020.671.55 09.1.9030.671.55 09.1.9060.671.55 09.1.9090.671.55 .	17 17	17	19	19
682.02 (873)	Zuschuss an die 1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG für den Betrieb des VIVO Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	1.471 1.768 291 R	1.700	1.500	1.400
682.03 (859)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 9030: SpriAG Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
831.01	Kapitaleinlage der Projektierungs- gesellschaft Finkenwerder mbH & Co. KG Übertragbar	3.100 0	204.000		26.000
891.02	Ersatz von Aufwendungen der Realisierungsgesell- schaft DA-Erweiterung mbH für den öffentlichen Hochwasserschutz Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0 292 R	0 209.275 153 VE	 5.250	 31.179

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
111.03	Gebühren nach der Anlage zum Gebührengesetz und sonstige Gebühren	0 0	0	50	50
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	50	50
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	272 270	297	481	469
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.126 1.103 482 R	1.497	3.897	3.889
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	18 23	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	346 393	177-	4-	16
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
526.02	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen Verwaltungsmodernisierung	0 0	0	145	50
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9060.526.02 09.1.9060.533.02 .				
533.02	Veröffentlichungen, Veranstaltungen Verwaltungsmodernisierung	0 0	0	15	15
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9060.526.02 09.1.9060.533.02 .				
534.01	Organisationsberatung und -qualifizierung	0 0	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für Leistungen	0 0	0	325	100
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.55 09.1.9020.671.55 09.1.9030.671.55 09.1.9060.671.55 09.1.9090.671.55 .	4 4	10	14	14
685.91	Mitgliedsbeiträge (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Projekt Verwaltungsreform -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	414 372	0		
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	163 289 277 R	0		
432.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	112 96	0		
438.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	15 17 24 R	0		
441.61	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	15 13	0		
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	30 30	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9060 -----					
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	65 65	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
518.61	Mieten und Pachten	110 110	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
525.61	Fortbildung	20 2	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
526.61	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen	325 169 186 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
533.61	Veröffentlichungen, Veranstaltungen	42 4	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
547.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 4 16 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
671.61	Erstattung der Kosten für Dienstleistungen von Dataport	20 10	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
	Summen für Z61	1.182 503 R	0	0	0
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.627	4.873	4.553

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9090	Organisation				
(019)	-----				
	EINNAHMEN				
111.03 (012)	Gebühren nach der Anlage zum Gebührengesetz und sonstige Gebühren	81 26	20	20	20
119.01	Einnahmen aus der Veräußerung von Broschüren und der Durchführung von Schulungs- und Beratungsleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9090.534.01.	0 0	0	-	-
119.92 (012)	Schadenersatzleistungen	994 95	600	600	600
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	15	15
132.01 (960)	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	61 1	0	-	-
132.02 (960)	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.1.9090.548.02 09.1.9090.811.01.	298 224	185	180	180
261.02 (439)	Erstattung der Kosten BTS durch Dritte Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9090.547.61.	253 452	136	147	147
261.03 (012)	Anteil der Unternehmen und Landesbetriebe an den Kfz-Haftpflichtaufwendungen 500000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.1.9090.681.94.	1.107 1.053	800	800	800
382.01 (012)	Erstattung der Beiträge für Kraftfahrzeugversicherungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9090.982.01	0 124	0	-	-
382.02 (012)	Erstattung der Beiträge Allgemeine Haftpflichtversicherungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9090.982.02	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
	Gesamteinnahmen		1.741	1.762	1.762
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	208 208	208	892	858
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.282 1.330	1.286	5.784	5.779
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1 9	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	100- 97-	275-	1.206-	1.201-
412.01 (012)	Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beisitzer der Enteignungsbehörde und der Vergabe- kammer Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.412.01 09.1.9090.412.01 .	0 0	0	5	5
459.95 (940)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.459.95 09.1.9090.534.01 09.1.9090.685.91 .	5 10 19 R	26	26	26
518.01 (960)	Leasing von Fahrzeugen (Ersatzbedarf, soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar	41 66	100 25 VE	100 25 VE	100 25 VE
526.01 (012)	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen E-Government Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.526.01 09.1.9090.533.02 .	0 19 101 R	60	105	70
526.02	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen Verwaltungsmodernisierung	0 0	0	40	
532.01 (960)	Versicherungen Übertragbar	0 1 4 R	4	4	4
532.02 (960)	Kraftfahrzeugsteuer Übertragbar	222 172 42 R	170	215	215

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9090 -----					
533.01 (062)	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche	42 42	42	42	42
	Übertragbar				
533.02	Veröffentlichungen, Veranstaltungen E-Gouvernement	8 24 76 R	80	108	123
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.526.01 09.1.9090.533.02 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9090 -----					
534.01 (062)	Maßnahmen zur Organisationsentwicklung Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.459.95 09.1.9090.534.01 09.1.9090.685.91 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9090.119.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Bis zu 0.5 Mio EUR dürfen von 9890.971.03 übertragen werden	68 272 398 R	375 250 VE	375 250 VE	375 250 VE
535.56 (062)	IT-Folgekosten für behördenübergreifende Verfahren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9090.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.535.56 09.1.9020.535.56 09.1.9090.535.56 09.1.9100.535.56 09.1.9120.535.56 .	0 0	0		
548.02	Nebenkosten der Versteigerungen Übertragbar GB 2009 0 GB 2010 0 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9090.132.02.	7 4 19 R	0	-	-
671.01 (012)	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für Leistungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9000.671.01.	0 0	0	20	20
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.55 09.1.9020.671.55 09.1.9030.671.55 09.1.9060.671.55 09.1.9090.671.55 .	6 6	6	35	35
671.56 (062)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport für behördenüber- greifende IT-Verfahren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9090.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.56 09.1.9020.671.56 09.1.9090.671.56 09.1.9100.671.56 09.1.9120.671.56 .	0 0	0	1.397	1.397
681.94 (960)	Schadenersatzleistungen aus Kraftfahrzeughaftpflichtschäden Übertragbar GB 2009 2.100 GB 2010 2.100 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 500000.00 EUR der Einnahmen bei 09.1.9090.261.03.	2.471 1.935 565 R	2.600	2.600	2.600

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9090 -----					
682.01 (859)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 9000: SGG Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
685.91 (062)	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.459.95 09.1.9090.534.01 09.1.9090.685.91 . Titelgruppe(n) -----	41 43 3 R	46	46	46
Z61	Behörden-Transport-Service -----				
422.61 (012)	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	93 78 39 R	129	101	102
427.61 (012)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	0 0	0	-	-
428.61 (012)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	592 696 77 R	887	792	798
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	28 24 11 R	38	31	31
438.61 (018)	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	53 62 9 R	70	72	72
441.61 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	4 3 1 R	5	5	5
459.61 (940)	Sonstige personalbezogene Sachausgaben Übertragbar	0 0	0	-	-
514.61 (439)	Unterhaltung von Dienstfahrzeugen Übertragbar	334 276	156	154	154
517.61 (439)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	31 28	28	29	29

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9090 -----					
518.61 (439)	Mieten und Pachten Übertragbar	214 217 49 R	225	224	224
519.61 (439)	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.519.01 09.1.9090.519.61 .	11 11 4 R	13	12	12
547.61 (439)	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 09.1.9090.261.02.	253 240 803 R	387	387	387
671.61 (012)	Zahlung von Verwaltungskostenentschädigungen an die Behörde für Wirtschaft und Arbeit Übertragbar	0 17 21 R	38	38	38
	Summen für Z61	1.652 1.015 R	1.976	1.845	1.852
Z62	IT-Pool -----				
422.62 (062)	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	99 130 218 R	389	399	400
428.62 (062)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	492 438 590 R	1.010	1.052	1.052
432.62 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	29 38 67 R	117	120	120
438.62 (068)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	44 39 53 R	91	95	95
441.62 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Summen für Z62	4 5 9 R 650 937 R	16 1.623	16 1.682	16 1.683
811.01 (960)	Beschaffung von Fahrzeugen, soweit nicht anderweitig veranschlagt - Ersatzbedarf Übertragbar GB 2009 1.610 GB 2010 1.610 Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.811.01 09.1.9090.812.01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.1.9090.132.02.	1.783 880 1.442 R	1.990 1.000 VE	1.790 1.000 VE	1.790 1.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9090 -----					
812.01 (012)	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9090.811.01 09.1.9090.812.01 .	0 15 50 R	0	-	-
812.03 (439)	Rationalisierungsbeschaffungen für die Reinigung öffentlicher Gebäude einschl. Folgemaßnahmen Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	36 26 34 R	20	15	10
982.01 (012)	Beiträge für Kraftfahrzeugversicherungen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9090.382.01	0 117 7 R	0	-	-
982.02 (012)	Beiträge für Haftpflichtversicherungen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9090.382.02	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		10.337 1.275 VE	15.920 1.275 VE	15.829 1.275 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9100	Steuerverwaltung und Finanzämter				
(061)	-----				
	EINNAHMEN				
111.04	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz	153 162	254		
111.41	Entgelte für die Mitbenutzung der Landesfinanz- schule Hammer Steindamm	0 0	1	1	1
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.1.9100.511.61.				
111.52	Kostenbeiträge für die Teilnahme an Bildungs- veranstaltungen sowie für Lehr- und Lernmittel	29 25	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9100.525.61.				
119.02	Einnahmen aus dem Verkauf von IT-Verbrauchs- material	1 7	1	3	3
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.1.9100.535.56.				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 246-	0	-	-
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	6 7	7	7	7
281.01	Anteil anderer Bundesländer für die Erstellung von Klausuren für die Steuerberaterprüfung	0 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
	Gesamteinnahmen		263	11	11
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.628 13.184 640 R	13.262	13.293	13.313
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	167 47	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	53.509 53.430	8.157	48.320	46.927
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	1 6	0	-	-
535.56	IuK-Investitionsfolgekosten	2.427 2.020	2.674	2.638	2.638
	Übertragbar				
	GB 2009 2.637 GB 2010 2.637				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9100.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.535.56 09.1.9020.535.56 09.1.9090.535.56 09.1.9100.535.56 09.1.9120.535.56 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9100.119.02.				
632.02	Sonstige Zuweisungen an Länder - Erstattung für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen	3 4	5		
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für Leistungen	0 0	0	-	-
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.671.01 09.1.9120.671.01 .				
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	56 56	33	33	33
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.671.55 09.1.9120.671.55 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	7.670 7.670	7.670	4.148	4.148
	Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9100.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.56 09.1.9020.671.56 09.1.9090.671.56 09.1.9100.671.56 09.1.9120.671.56 .				
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	0 0	0	-	-
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.681.92 09.1.9120.681.92 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Budgetierte Sach- und Fachausgaben -----				
511.61	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar GB 2009 309 GB 2010 309 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9100.111.41.	164 247 105 R	249	310	310
514.61	Haltung von Dienstfahrzeugen Übertragbar	0 0	0	-	-
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	262 340 1 R	299	334	334
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	999 1.495 1 R	1.459	1.589	1.589
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	93 83 28 R	62	70	70
525.61	Aus- und Fortbildung, Projektarbeit und Tagungen für die Landesfinanzschule und die Fachhochschule für Öffentl. Verwaltung - Fachbereich Finanzen - Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9100.111.52.	244 290 48 R	273	273	273
546.61	Erstellung von Klausuren für die Steuerberater- prüfung Übertragbar	1 1 1 R	2	1	1
547.61	sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Summen für Z61	146 160 41 R 2.615 226 R	222 2.566	184 2.761	184 2.761

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9100 -----					
701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	84 15 90 R	61	61	61
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	0 0	0	-	-
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	0 0	0	-	-
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9100.812.56.	10 53 185 R	0	-	-
812.55	Investitionsausgaben für den Einsatz von IT-Technik am Bildungszentrum der Steuerverwaltung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	10 22 6 R	26	36	32
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik (IT) in der Finanzbehörde Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9100.812.54. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9100.282.02.	4.954 5.969 38 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		34.454	71.290	69.913

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9120	Finanzämter				
(061)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1.045 1.564	1.092	1.564	1.564
111.02	Steuersäumniszuschläge	14.855 14.202	15.270	14.200	14.200
111.03	Verspätungszuschläge	5.116 5.449	5.212	5.449	5.449
111.06	Entgelte für die Nutzung von Räumen im Bereich der Steuerverwaltung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9120.517.61.	0 0	0	-	-
111.52	Kostenbeiträge für die Teilnahme an Bildungs- veranstaltungen sowie für Lehr- und Lernmittel Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.1.9120.525.61	0 0	0	-	-
112.01	Zwangsgelder	975 1.044	971	1.043	1.043
112.02	Geldbußen	662 704	661	704	704
112.03	Kosten und Ordnungsgelder	0 0	1	1	1
119.92	Schadenersatzleistungen	19 219	25	50	50
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 246	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	151 224	230	224	224
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	32 32	32	32	32
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
261.01	Verwaltungskostenentschädigung für die Einziehung der Kirchensteuern	9.948 11.035	9.360	11.035	11.035
261.03	Sonstige Verwaltungskostenentschädigungen	43 44	48	45	45
282.01	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.1.9120.511.61.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		32.902	34.347	34.347

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9120 -----					
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	161.758 163.037	159.993	163.764	164.025
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1.419 1.989	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	5 5	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	31.526- 30.275-	15.614	25.375-	23.696-
459.01 (940)	Anspornvergütung für Vollziehungsbeamte	0 0 8 R	4	4	4
	Übertragbar				
535.56	IuK-Investitionsfolgekosten	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.1.9120.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.535.56 09.1.9020.535.56 09.1.9090.535.56 09.1.9100.535.56 09.1.9120.535.56 .				
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für Leistungen	43 35	50	50	50
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.671.01 09.1.9120.671.01 .				
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	729 734	663	663	663
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.671.55 09.1.9120.671.55 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	0 0	0	-	-
	Einseitig deckungsfähig zulasten 09.1.9120.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9000.671.56 09.1.9020.671.56 09.1.9090.671.56 09.1.9100.671.56 09.1.9120.671.56 .				
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	12 12	15	15	15
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9100.681.92 09.1.9120.681.92 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9120 -----					
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Budgetierte Sach- und Fachausgaben -----				
511.61	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9120.282.01.	4.204 4.429 412 R	4.468	4.508	4.394
514.61	Haltung von Dienstfahrzeugen Übertragbar	26 28 19 R	25	30	30
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9120.111.06.	2.989 3.383 398 R	3.279	3.798	3.912
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	13.027 12.670 336 R	13.028	12.831	12.851
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	498 399 1.136 R	584	572	572
525.61	Aus- und Fortbildung, Projektarbeit und Tagungen für die Landesfinanzschule und die Fachhochschule für Öffentl. Verwaltung - Fachbereich Finanzen - Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.1.9120.111.52	0 0	0	-	-
546.61	Erstellung von Klausuren für die Steuerberater- prüfung Übertragbar	0 0	0	-	-
547.61	sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar	440 685 34 R	494	750	730
632.61	Erstattung von Verwaltungskosten der Kfz-Zulassungsstellen für die Bearbeitung von Kfz-Steuerangelegenheiten der Finanzämter Übertragbar	535 535	535	535	535
	Summen für Z61	22.129 2.335 R	22.413	23.024	23.024
701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zusammenhang mit der IuK-Technik Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9120 -----					
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	170 12 76 R	53	53	53
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-091-9100-11 .	9 53 9 R	25	15	19
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		198.830	162.213	164.157

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

09.1 Finanzbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.540	---	3.001
9020	Haushalt und Aufgabenplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.241	---	5.205
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.598	---	2.370
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.897	---	2.188
9090	Organisation -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.784	---	3.622
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Steuerverwaltung-	135	---	---
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.158	---	8.007
9120	Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	163.764	---	104.105
	Summe Gesamtansatz 2009	205.117	---	128.498
	Summe Vergleichszahl 2008	203.980	---	128.247
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	207.117	---	131.398
	Summe Rest 2007	1.623R	---	993R

09.1 Finanzbehörde

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
9000	---	2.309	901	208	121
9020	---	1.160	1.562	105	209
9030	---	387	711	35	95
9060	---	884	657	80	88
9090	---	853	1.087	77	145
9100	135	---	---	---	---
9100	---	2.226	2.403	201	321
9120	---	22.258	31.232	2.004	4.165
	135	30.077	38.553	2.710	5.144
	403	29.361	38.287	2.626	5.056
	193	28.237	39.481	2.531	5.278
	---	311R	253R	50R	14R

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

09.1 Finanzbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.517	---	2.987
9020	Haushalt und Aufgabenplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.205	---	5.178
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.605	---	2.375
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.889	---	2.183
9090	Organisation -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.779	---	3.618
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Steuerverwaltung-	154	---	---
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.159	---	8.016
9120	Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	164.025	---	104.387
	Summe Gesamtansatz 2010	205.333	---	128.744
	Summe Vergleichszahl 2009	205.117	---	128.498
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	207.117	---	131.398
	Summe Rest 2007	1.623R	---	993R

09.1 Finanzbehörde

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
9000	---	2.305	897	208	120
9020	---	1.160	1.554	105	208
9030	---	387	713	35	95
9060	---	883	655	80	88
9090	---	853	1.086	77	145
9100	154	---	---	---	---
9100	---	2.217	2.405	200	321
9120	---	22.150	31.317	1.994	4.177
	154	29.955	38.627	2.699	5.154
	135	30.077	38.553	2.710	5.144
	193	28.237	39.481	2.531	5.278
	---	311R	253R	50R	14R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.280	---	8.232
9010	Management des Grundvermögens -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	633-	---	651-
9020	Haushalt und Aufgabenplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.955-	---	1.778-
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	554-	---	565-
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4-	---	30-
9090	Organisation -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.206-	---	1.049-
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	48.320	---	38.720
9120	Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	25.375-	---	24.507-
	Summe Gesamtansatz 2009	29.873	---	18.372
	Summe Vergleichszahl 2008	30.075	---	19.333
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	31.169	---	16.870
	Summe Rest 2007	---	---	---

09.1 Finanzbehörde

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
9000	1.961	1.087
9010	93-	111
9020	318-	141
9030	7-	18
9060	49-	75
9090	180-	23
9100	4.706	4.894
9120	1.669-	801
	4.351	7.150
	4.214	6.528
	4.977	9.322
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

09.1 Finanzbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.042	---	8.046
9010	Management des Grundvermögens -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	478-	---	518-
9020	Haushalt und Aufgabenplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.772-	---	1.624-
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	532-	---	549-
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	16	---	12-
9090	Organisation -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.201-	---	1.044-
9100	Steuerverwaltung und Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	46.927	---	37.570
9120	Finanzämter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	23.696-	---	23.096-
	Summe Gesamtansatz 2010	30.306	---	18.773
	Summe Vergleichszahl 2009	29.873	---	18.372
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	31.169	---	16.870
	Summe Rest 2007	---	---	---

09.1 Finanzbehörde

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
9000	1.931	1.065
9010	87-	127
9020	306-	158
9030	3-	20
9060	49-	77
9090	180-	23
9100	4.599	4.758
9120	1.579-	979
	4.326	7.207
	4.351	7.150
	4.977	9.322
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzbeklei- dung
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste Bezirksamt Hamburg-Mitte Finanzbehörde	--- 1.641	--- 305	--- 2
9010	Management des Grundvermögens Finanzbehörde Senatskanzlei	--- ---	--- ---	--- ---
9020	Haushalt und Aufgabenplanung Finanzbehörde	2.175	233	---
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement Finanzbehörde	537	31	---
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung Finanzbehörde Justizbehörde	481 ---	55 ---	2 ---
9090	Organisation Finanzbehörde	892	91	2
	Summe Gesamtansatz 2009	5.726	715	6
	Summe Vergleichszahl 2008	4.893	713	9
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	4.904	372	8
	Summe Rest 2007	708R	416R	16R

09.1 Finanzbehörde

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
9000	---	---	---	---	---
	355	665	128	11	175
9010	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
9020	411	1.521	---	10	---
9030	102	398	---	6	---
9060	86	334	---	4	---
	---	---	---	---	---
9090	228	554	---	17	---
	1.182	3.472	128	48	175
	861	2.976	128	56	150
	1.202	2.840	304	68	109
	---	139R	7R	18R	112R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzbeklei- dung
1	2	3	4	5
9000	Zentrale Dienste Bezirksamt Hamburg-Mitte Finanzbehörde	--- 1.647	--- 311	--- 2
9010	Management des Grundvermögens Finanzbehörde Senatskanzlei	--- ---	--- ---	--- ---
9020	Haushalt und Aufgabenplanung Finanzbehörde	2.175	233	---
9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement Finanzbehörde	537	31	---
9060	Koordination und Steuerung der Bezirksverwaltung Finanzbehörde Justizbehörde	469 ---	43 ---	2 ---
9090	Organisation Finanzbehörde	858	73	1
	Summe Gesamtansatz 2010	5.686	691	5
	Summe Vergleichszahl 2009	5.726	715	6
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	4.904	372	8
	Summe Rest 2007	708R	416R	16R

09.1 Finanzbehörde

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
9000	---	---	---	---	---
	355	665	128	11	175
9010	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
9020	411	1.521	---	10	---
9030	102	398	---	6	---
9060	86	334	---	4	---
	---	---	---	---	---
9090	223	544	---	17	---
	1.177	3.462	128	48	175
	1.182	3.472	128	48	175
	1.202	2.840	304	68	109
	---	139R	7R	18R	112R

9000 Zentrale Dienste

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 01 verwiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9000 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Schwergewicht liegt mit ca. 0,8 Mio. EUR bei den Verwaltungskostenentschädigungen (Titel 261.01, .04 und .05).

Nachstehender Titel wird gesondert erläutert:

261.04 Weniger wegen der Verlagerung des Landesabgabenamtes von der Kasse.Hamburg zur Finanzbehörde.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1 sowie Produktinformationen

Nachstehender Titel wird gesondert erläutert:

461.20 Im Einzelplan 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 Ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer und effizienzsteigernder Maßnahmen zu fördern und die Mobilität der hiervon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und zu unterstützen. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds dezentral in den Einzelplänen veranschlagt. Das Gesamtvolumen des Modernisierungsfonds ist gegenüber dem Ansatz 2008 halbiert worden. Die Höhe der Ansätze in den Einzelplänen ist proportional von den jeweiligen Personalausgabenbudgets abgeleitet worden.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen im Wesentlichen die Ausgaben für IT-Folgekosten einschl. Erstattung an Dataport in Höhe von zus. ca. 23,4 Mio. EUR (Titel 535.56, 671.53 und 671.56).

Nachstehender Titel wird gesondert erläutert:

671.53 Erstmals ist die Erstattung der Kosten für die zentrale IT-Administration durch Dataport im Rahmen des Projektes Esari veranschlagt.

Investitionen

Das Investitionsvolumen beinhaltet Ausgaben für kleinere Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Installation von IT-Technik und mit organisatorischen Änderungen (zus. 242 Tsd. EUR in 2009 bzw. 309 Tsd. EUR in 2010).

9010 Management des Grundvermögens

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 03 und die Produktinformationen zum Wirtschaftsplan des Immobilienmanagements (ab 2009 netto veranschlagte Einrichtung nach § 15 (2) LHO) verwiesen.

Das städtische Immobilienmanagement ist ein entscheidender Baustein der Weiterentwicklung Hamburgs zu einer zukunftsfähigen Metropole mit internationaler Ausstrahlung. Mit einem aktiven Flächenmanagement werden die notwendigen Grundstücke insbesondere für Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Bedarf in ausreichender Zahl, Lage, Qualität und zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt.

Das Immobilienmanagement Hamburgs wurde in den vergangenen Jahren modernisiert und umstrukturiert, um diese Ziele noch effektiver und kundenfreundlicher erreichen zu können (siehe dazu auch Drucksache 18/6656). Das Kerngeschäft „Ankauf, Entwicklung und Vermarktung von Grundstücken“ ist gestärkt worden und nicht zum Kerngeschäft gehörende Geschäftsfelder werden schrittweise an externe Dienstleister vergeben. Das Immobilienmanagement - mit seinen klar abgrenzbaren Aufgaben - soll nunmehr als nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO mit zunächst kameralistischer Buchführung geführt und abgebildet werden. Damit erhält das Immobilienmanagement im Bereich der Haushalts- und Wirtschaftsführung – sozusagen im Einklang mit der fachlich-strategischen Neuorganisation – eine wirtschaftlichen Strukturen und Kriterien entsprechende flexiblere Wirtschaftsplanung und –führung. .

Im Ergebnis führt dies zu einer Stärkung der Ressourcen- und Ergebnisverantwortung. Da Veränderungsprozesse erfahrungsgemäß erst mittelfristig ihre volle Wirkung entfalten können, ist ein schrittweises Vorgehen geplant. Die Umstellung des Immobilienmanagements auf eine nettoveranschlagte Einrichtung bildet daher den strukturellen Rahmen für eine stärkere betriebliche Ausrichtung und die Einführung weiterer betriebswirtschaftlicher Instrumente wie z. B. Kosten- und Leistungsrechnung als wichtiges Instrument der internen Steuerung.

Fachpolitische oder organisatorische Veränderungen sind damit nicht verbunden, das Immobilienmanagement bleibt integraler, d.h. rechtlich unselbstständiger Bestandteil der hamburgischen Verwaltung. Es wird durch die Umwandlung in eine nettoveranschlagte Einrichtung haushaltswirtschaftlich flexibler. Die wichtige Querschnittsfunktion des Immobilienmanagements in der Hamburger Behördenstruktur und die Wahrnehmung der Eigentümernaufgaben ändern sich nicht. Wie bisher wird das Immobilienmanagement auch zukünftig in seinen Kernaufgaben „Ankauf, Entwicklung und Vermarktung von Grundstücken“ neben der Optimierung betriebswirtschaftlicher Ergebnisse auch stadtwirtschaftliche Anforderungen im Blick haben.

Die Nettoveranschlagung geht einher mit einer Abführung an den Gesamthaushalt, Größte Positionen auf der Einnahmeseite sind die Mieten und Pachten (insgesamt rd. 28,7 Mio. Euro im Jahr 2009) sowie die Erbbau-Zinsen (rd. 14,4 Mio. Euro 2009). Steuern, Abgaben und Beiträge (rd. 11,0 Mio. Euro 2009) sowie Personalausgaben (rd. 8,9 Mio. Euro 2009) prägen das Bild auf der Ausgabenseite.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9010 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Hierzu wird im Einzelnen auf die Erläuterungen zum Wirtschaftsplan des Immobilienmanagements verwiesen.

Haushalt und Aufgabenplanung

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 02, Produktgruppe 02 verwiesen.

Z 67 „Haushaltsmodernisierung“

In der Titelgruppe werden nachgewiesen:

- Die Ausgaben und Einnahmen des Projektes Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH)
- Veranschlagung und Nachweis der Haushaltsmittel für das Vorhaben Neues Ressourcenverfahren (NRV).

Mit dem Vorhaben NHH wird die mit der Einführung der Doppik (vgl. Drucksache 17/3161) angekündigte ergebnis-, wirkungs- und produktorientierte Veranschlagung, über deren Eckpunkte die Bürgerschaft unterrichtet worden ist (vgl. Drucksache 18/1695), zunächst für ca. 15 exemplarische Aufgabenbereiche in verschiedenen Einzelplänen konkret dargestellt. Diese Darstellungen sollen im Jahr 2009 der Bürgerschaft vorgelegt und zum 1.1.2010 gemäß § 15a LHO produktiv bewirtschaftet werden. Bis zum Jahr 2013 ist beabsichtigt, den gesamten Haushalt ergebnis- und wirkungsorientiert aufzustellen und zu bewirtschaften.

Mit dem Projekt NRV wird das Ziel verfolgt, für die Ressourcenverfahren des Kernbereiches der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Landesbetriebe nach § 26 LHO und der netto veranschlagten Einrichtungen nach § 15 LHO eine weitestgehend einheitlich ausgerichtete IT-Infrastruktur zu schaffen. Dazu ist eine Neuausrichtung des IT-Verfahrens mit gestufter Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Entwicklung einer Data-Warehouse-Lösung zur Steuerung und Verknüpfung von Fach- und Finanzziele auf Basis einheitlicher Konten- und Produktrahmen unter Beachtung der Standards von Software und der Standardisierungsbemühungen in Deutschland zur Vergleichbarkeit von Leistungen erforderlich. Diese Zielstellung wird konzeptionell zu Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation insbesondere in den Ressourcenbereichen der Behörden und Ämter führen.

Die erforderlichen Mittelbedarfe, einschließlich der Mittel für Berater- und Dienstleisterleistungen, werden hier veranschlagt und nachgewiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9020 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich resultieren insbesondere aus dem Verkauf von Haushaltsplänen und Haushalts-CD.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Sach- und Fachausgaben

Die Ausgaben dienen insbesondere der Finanzierung

- des Bedarfs für den allgemeinen Dienstbetrieb (KRS: 2,2 Mio. EUR),
- der IT-Folgekosten für den Betrieb der Verfahren zur Ressourcensteuerung einschließlich der Erstattung an Dataport (Titel 535.56: 3,8 Mio. EUR sowie 671.56: 4,9 Mio. EUR),
- der Betriebszuschüsse an die Kasse.Hamburg (Titel 632.91: 1,2 Mio. EUR sowie 682.01: 7,4 Mio. EUR) sowie
- von Beratungsleistungen und Gutachten im Zusammenhang mit Haushaltsmodernisierung (Titel 526.67: 3,2 Mio. EUR in 2009 bzw. 2,0 Mio. EUR in 2010)

Nachstehende Titel werden gesondert erläutert:

525.01 Erhöhter Bedarf bei den Schulungen zu den Jahresabschlussaktivitäten wegen des parallelen Betriebs von kame-
ralem und doppischem Haushalt, einschließlich Fluktuationsschulungen.

9020

- 526.01 Bedarfe für die externe Unterstützung im Zusammenhang mit der Einführung eines Konzernrechnungswesens (Gutachten, Dienstleistungen für Einzel- und Konzernabschluss).
- 535.02 Bedarfe für die Erstellung des Geschäftsberichts und des Berichts über den Konzernabschluss
- 671.56 Erhöhter Bedarf für den zusätzlichen Betrieb zentraler Server und dem damit verbundenen steigenden Speicherplatzbedarf für neue Systeme (z.B. Web-Portal, Solution-Manager, Elektronische Beschaffungsplattform SRM)

Investitionen

Investitionen sind nicht veranschlagt.

9030 Vermögens- und Beteiligungsmanagement

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 03, Produktgruppe 01 verwiesen.

2. Zuwendungen

Es werden Zuwendungen geleistet an die 1. HaGG KG; siehe hierzu die Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben (Titel 682.02) und Anlage 3 (Übersicht über Zuwendungen).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Schwergewicht der Einnahmen liegt bei der Ablieferung des Wirtschaftsplanes „Hamburgische Münze“ mit 1,0 Mio. EUR in 2009 und 0,5 Mio. EUR in 2010 (Titel 121.01)

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Sach- und Fachausgaben

Das Schwergewicht der Ausgaben liegt in den Zuschüssen an die 1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG. Im Übrigen dienen die Ausgaben dem Bedarf für den allgemeinen Dienstbetrieb.

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

- 682.02 Mit dem Zuschuss soll der handelsrechtliche Jahresfehlbetrag der 1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co. KG (1. HaGG KG) ausgeglichen werden (vgl. Anlage 3).
- 682.03 Um die fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 9030 für die Beteiligung an der SpriAG - Sprinkenhof AG zu dokumentieren, ist ein Leertitel ausgebracht. Die im HGV-Komplex für SpriAG zu berücksichtigende Gewinnabführung ergibt sich aus den nachstehenden Übersichten).

SpriAG – Sprinkenhof AG

(mit der HGV besteht über die spriag-BG ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2007 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2008 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2009 Tsd. Euro
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Mieterträge	39.934	36.921	35.750
1.2 Umlagen und andere Umsatzerlöse	6.822	8.068	7.675
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	7.059	901	955
Summe der Erträge	53.815	45.890	44.380
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Betriebskosten	9.120	7.515	7.255
2.1.2 Instandhaltungskosten	7.295	6.785	6.800
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	4.267	4.345	4.380
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	361	415	415
2.3 Abschreibungen	5.624	2.885	2.565
2.4 Mieten und Erbbauzinsen	17.997	14.620	14.645
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.218	2.145	1.855
Summe der Aufwendungen	47.882	38.710	37.915
3. Beteiligungsergebnis	599	330	0
4. Finanzergebnis	-2.831	-4.410	-4.790
5. Außerordentliches Ergebnis	6.059	0	0
6. Gewinnabführung an die spriag-BG	9.760	3.100	1.675

SpriAG

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2008 gegenüber 2007 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Tsd. Euro

1.1. Mieterträge

Der Rückgang der Mieterträge resultiert aus geplanten, weiteren Objektverkäufen in 2008 bei höheren Mieterlösen aus dem Zugang von unbebauten Grundstücken.

- 3.013

1.2. Umlagen und andere Umsatzerlöse

Durch eine vollständig geplante Abrechnung von Heiz- und Betriebskosten für Verkaufsobjekte sowie der Schlussabrechnung von Baubetreuungsleistungen werden im Vergleich zum Vorjahr höhere Abrechnungserlöse erwartet.

+ 1.246

1.3. Sonstige Erträge

Die Abweichungen basieren im Wesentlichen auf wegfallenden Mieterträgen aufgrund einer abrechnungstechnischen Ausgliederung der über Managementverträge bewirtschafteten Objekte (2.550 T€; s.a. Pos. 2.4), der Differenz bei den Bestandsveränderungen (2.145 T€) und einer Auflösung von Rückstellungen in 2007 (1.089 T€).

- 6.158

2.1. Materialaufwand

Vorrangig bedingt durch den Verkauf von Objekten wird von einer Minderung der Heiz- und Betriebskostenaufwendungen sowie der Instandhaltungsaufwendungen ausgegangen.

+ 2.115

2.3. Abschreibungen

Abweichungen zum Vorjahr ergeben sich aufgrund einer in 2007 vorgenommenen Sonderabschreibung in Höhe von 2,5 Mio. € sowie eines in 2008 verringerten Gebäudebestandes.

+ 2.739

2.4. Mieten und Erbbauzinsen

Durch eine Ausgliederung der von der Gesellschaft über Managementverträge bewirtschafteten Objekte entfallen Aufwendungen für abzuführende Mieterlöse.

+ 3.377

2.5. Sonstige Aufwendungen

Entfallene Aufwendungen im Zusammenhang mit Objektverkäufen sowie entfallene Abbruchkosten führen zu Minderaufwendungen.

+ 1.073

4. Finanzergebnis

Die ganzjährige Berücksichtigung eines in 07/2007 aufgenommenen Darlehens sowie Zinsaufwendungen für weitere in 2008 geplante Fremdmittelaufnahmen verschlechtern das Finanzergebnis.

- 1.579

SpriAG

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2009
gegenüber 2008**
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1. <u>Mieterträge</u>	
Die in 2008 erwarteten Objektabgänge führen zu geringeren Mieterträgen. Diese können durch Erstvermietungen von fertig gestellten Bauvorhaben bzw. Steigerungsmöglichkeiten bei bestehenden Mietungen nicht kompensiert werden.	- 1.171
1.2. <u>Umlagen und andere Umsatzerlöse</u>	
Aufgrund eines verminderten Gebäudebestandes werden geringere Umlageabrech- nungsbeträge erwartet.	- 393
2.1. <u>Materialaufwand</u>	
Aufgrund des geringeren Gebäudebestand sinkt auch der Materialaufwand.	+ 245
2.3. <u>Abschreibungen</u>	
Die Abschreibungen sinken aufgrund des geringeren Gebäudebestandes.	+ 320
2.5. <u>Sonstige Aufwendungen</u>	
Der Rückgang der sonstigen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf entfallene Geschäftsbesorgungsleistungen der SIM zurückzuführen.	+ 290
3. <u>Beteiligungsergebnis</u>	
Wegen der unsicheren Entwicklung bei der SIM wurde auf eine mittelfristige Planung verzichtet; es werden keine Erträge aus Beteiligungen geplant.	- 330
4. <u>Finanzergebnis</u>	
Steigende Zinsaufwendungen für weitere in 2009 geplante Fremdmittelaufnahmen.	- 380

Investitionen

Veranschlagt ist eine weitere Kapitaleinlage bei der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder mbH & Co KG im Haushalts-
jahr 2010 (vgl. Drs. 18/7608)

9060 Bezirksverwaltung

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 02, Produktgruppe 01 verwiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9060 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Nachstehender (neuer) Titel wird gesondert erläutert:

111.03 Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Anliegerbescheinigungen.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Sach- und Fachaussgaben

Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt in den Aufwendungen für den allgemeinen Dienstbetrieb.

Nachstehende (neue) Titel werden gesondert erläutert:

526.02 Veranschlagt sind die Mittel für die externe Begleitung und Unterstützung von Innovationsprozessen in der Bezirksverwaltung, u.a. für die organisatorische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Bezirksverwaltung sowie Durchführung der vierten Bürgerbefragung in 2009.

533.02 Anfang 2009 werden Mittel nach dem neuen bezirklichen Anreizsystem „Förderfonds Bezirke“ entsprechend der Bürgerschafts-Drucksache 18/7617 vergeben. Bei diesem Titel veranschlagt sind die Mittel für die mit der Vergabe verbundenen Wettbewerbe, eine begleitende Dokumentation sowie für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

671.01 Veranschlagt sind die Kosten für die Ermittlung von Grundstückswerten zur Erhebung von Erschließungs- und Ausbaubeiträgen sowie für Gutachten und Wertbeurteilungen über Ausgleichsbeträge in Sanierungsgebieten.

Für aus der Sanierung entlassene Grundstücke müssen Ausgleichsbeträge bis Ende 2009 (Altona S2, Eimsbüttel S1) veranlagt werden, dies führt zu einem erhöhten Mittelbedarf in 2009.

Investitionen

Investitionen sind nicht veranschlagt

9090 Organisation

1. Allgemeines

Zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der organisatorischen Änderungen wird auf die Ausführungen im Vorwort zum Einzelplan sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 02, Produktgruppe 03 verwiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9090 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Schwergewicht liegt mit 0,8 Mio. EUR bei dem Anteil der Unternehmen und Landesbetriebe an den Kfz.-Haftpflichtaufwendungen (Titel 261.03) und mit 0,6 Mio. EUR bei den Schadenersatzleistungen für Kfz- - Schäden (Titel 119.92).

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Daneben sind im Kapitel 9090 die Personalkosten für den Behörden-Transport-Service (Z 61) in Höhe von rd. 1,0 Mio. EUR und dem IT-Projekt-Pool in Höhe von rd. 1,7 Mio. EUR (Z 62) sowie 26 Tsd. EUR für die Prämierung von behördenübergreifenden Vorschlägen, sowie behördenübergreifende Maßnahmen wie Schulungen und Werbung im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens (Titel 459.95) veranschlagt .

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich dienen im Wesentlichen

- Schadenersatzleistungen aus Kraftfahrzeughaftpflichtschäden in Höhe von 2,6 Mio. EUR (Titel 681.94),
- den Aufwendung für den Behörden-Transportservice in Höhe von rd. 0,7 Mio. EUR (Titel 5xx.61) sowie
- Maßnahmen zur Organisationsentwicklung rd. 0,4 Mio. EUR (534.01).

Im Übrigen wird auf die Ausführungen in den Produktinformationen zum Produktbereich 02, Produktgruppe 03 verwiesen.

Nachstehender Titel wird gesondert erläutert:

- 682.01 Um die fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 9090 für die Beteiligung an der SGG Städtische Gebäudereinigung GmbH zu dokumentieren, ist ein Leertitel ausgebracht. Die im HGV-Komplex für SGG zu berücksichtigende Gewinnabführung ergibt sich aus den nachstehenden Übersichten (vgl. auch Erläuterungen zum Titel 9590.682.10, Einzelübersicht 8).

SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH**SGG**

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2007 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2008 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2009 Tsd. Euro
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	10.063	10.218	10.270
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	502		
Summe der Erträge	10.565	10.218	10.270
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe	263	282	285
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	79	160	160
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	8.089	8.535	8.590
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	0	0	0
2.3 Abschreibungen	156	162	165
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	934	720	741
Summe der Aufwendungen	9.521	9.859	9.941
3. Finanzergebnis	20	- 4,5	- 18,0
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Gewinnabführung an die HGV	1.064	355	311

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006
(haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005**
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	Tsd. Euro
1.1 Umsatzerlöse	
Mehrerlöse aus der Gebäudereinigung infolge Preisanpassung	+ 155
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Im Wesentlichen bedingt durch einmalige Auflösung von Rückstellungen für strittige Berufsgenossenschaftsbeiträge in 2007	- 502
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	
Tarifliche Lohnerhöhungen	+ 446

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007
(haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006**
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Es ergeben sich keine wesentlichen Abweichungen.

Investitionen

Das Investitionsvolumen beinhaltet Ausgaben für

- die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, soweit nicht anderweitig veranschlagt (Titel 811.01: rd. 1,8 Mio. EUR),
- Rationalisierungsbeschaffungen für die Reinigung öffentlicher Gebäude einschließlich Folgemaßnahmen (Titel 812.02: 2007 15 Tsd. EUR, 2008 10 Tsd. EUR).

9100 Steuerverwaltung

1. Allgemeines

Hierzu wird auf die Ausführungen im Vorwort sowie in den Produktinformationen zum Produktbereich 04 verwiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9100 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren überwiegend aus der Vermietung einer Dienstwohnung.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Sach- und Fachausgaben

Veranschlagt sind die für den allgemeinen Dienstbetrieb in der Steuerverwaltung benötigten Mittel sowie insbesondere die für die Steuerverwaltung einschl. Finanzämter zentral vorgehaltenen IT-Folgekosten und die Erstattungen an Dataport (Titel 535.56 und 671.56). Weitergehende Ausführungen sind in den Produktinformationen zum Produktbereich 04 enthalten.

Investitionen

Das Investitionsvolumen dient der Beschaffungen von IT-Technik für das Bildungszentrum der Steuerverwaltung und Baumaßnahmen im Zusammenhang mit IT-Maßnahmen.

9120 Finanzämter

1. Allgemeines

Hierzu wird auf die Ausführungen im Vorwort und in den Produktinformationen zum Produktbereich 04 verwiesen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind im Kapitel 9120 nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Hauptgewicht der Einnahmen liegt zum einen im Bereich steuerlicher Nebenleistungen, wie Verspätungszuschlägen, Säumniszuschlägen, Zwangsgeldern sowie Geldbußen mit einem Volumen von rd. 21,3 Mio. EUR, zum anderen im Bereich von Verwaltungskostenentschädigungen für die Einziehung der Kirchensteuern (11 Mio. EUR).

Im Übrigen wird auf die Ausführungen in den Produktinformationen zum Produktbereich 04 verwiesen.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 9.1

Sach- und Sachausgaben

Veranschlagt sind die für den allgemeinen Dienstbetrieb in den Finanzämtern benötigten Mittel. Weitergehende Ausführungen sind in den Produktinformationen zum Produktbereich 04 enthalten.

Investitionen

Das Investitionsvolumen dient für Beschaffungsmaßnahmen sowie kleinere Baumaßnahmen.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2009/2010

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 9.1

Finanzbehörde

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
1,00					27,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten 11,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
9000	Zentrale Dienste	2009/10	95,50	1,00		86,37		182,87
9010	Management des Grundverm.	2009/10	122,65	0,00		29,50		152,15
9020	Haushalt und Aufgabenplan.	2009/10	166,50			34,00		200,50
9030	Vermögens- und Beteili.m.	2009/10	42,50	0,00		10,50		53,00
9060	FB Bezirke VwReform	2009/10	25,50			7,00		32,50
9091	FB Organisation	2009/10	19,00			1,09		20,09
9100	Steuerverwaltung (o. FÄ)	2009/10	191,25			49,92		241,17
9101	Finanzämter	2009/10	2.832,00	32,00	218,00	512,50		3.376,50
	gesamt:	2009/10	3.494,90	33,00	218,00	730,88	0,00	4.258,78

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
9000	Zentrale Dienste	2008	122,00	6,50		76,50		24,82		229,82
9010	Management des Grundverm.	2008	127,65	5,00		34,00		0,00		166,65
9020	Haushalt und Aufgabenplan.	2008	151,00			35,50		0,00		186,50
9030	Vermögens- und Beteili.m.	2008	42,50	2,00		11,50		0,00		56,00
9060	FB Bezirke VwReform	2008	26,50			5,00		0,00		31,50
9091	FB Organisation	2008	19,00			1,09		0,00		20,09
9100	Steuerverwaltung (o. FÄ)	2008	188,75			50,04		3,05		241,84
9101	Finanzämter	2008	2.826,00	52,00	186,00	546,50		11,00		3.435,50
	gesamt:	2008	3.503,40	65,50	186,00	760,13	0,00	38,87	0,00	4.367,90

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/10.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Stellenveränderungen sind im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt; sie sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten, sondern werden im folgenden Stellenplan nachgewiesen.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2008	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2008				Stellenplan 2009/ 10	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2009/ 10	2009/ 10/ 2008
1	2	3	4	Zugang	Abgang	7	8	9	10
9.1	9000 Zentrale Dienste	229,82	-5,50	16,50	-54,75	11,60	-14,80	182,87	-46,95
	9010 Management des Grundverm.	166,65	-2,00	10,00	-12,00	3,50	-14,00	152,15	-14,50
	9020 Haushalt und Aufgabenplan.	186,50		13,00	-15,50	21,50	-5,00	200,50	14,00
	9030 Vermögens- und Beteili.m.	56,00	-3,00	5,00	-9,00	4,00		53,00	-3,00
	9060 FB Bezirke VwReform	31,50	-1,00	2,00	-2,00	2,00		32,50	1,00
	9091 FB Organisation	20,09		5,00	-5,00			20,09	0,00
	9100 Steuerverwaltung (o. FÄ)	241,84	-1,00	3,50	-4,00	4,00	-3,17	241,17	-0,67
	9101 Finanzämter	3435,50	-50,00	3,00	-3,50	26,50	-35,00	3376,50	-59,00
	Summe:	4367,90	-62,50	+58,00	-105,75	+73,10	-71,97	4258,78	-109,12

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	3,00	1,00	1)	2,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes Föderalismusreform II</i>
A 15	5,00			4,00	
A 14	9,00	1,00	2)	12,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 13	3,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	5,00	1,00	4)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Freiwerden der Stelle</i>
A 12	19,50			24,50	
A 11	21,50	1,00	6)	25,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 10	11,50			21,50	
A 9	3,00			7,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Föderalismusreform II
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9091; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9091; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9025; Stellentausch Landesabgabenamt - FB, aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9100; Übernahme der Aufgabenerfüllung durch Amt1
A 10					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 16	1) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regiergungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes Föderalismusreform II	
A 14	2) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 13	3) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 13	4) weggefallen	1,00 Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten
A 11	6) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 9	4,00			2,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freierwerden der Stelle Vermerk weggefallen</i>
A 8	5,00	1,00	7)	7,00	
A 7	2,00	1,00	8)	3,00	
A 6	2,00			2,00	
Summe:	95,50			122,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (9,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (5,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (19,50)
 A 11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtmann (17,50), Steueramtsfrau/ Steueramtmann (4,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (11,50)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
 A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	4,00			4,00	
A 14	3,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		8,00	-28,50	-5,00			-24,50	
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch Landesabgabenamt - FB, aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Aufgabenverlagerung
A 8					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 8		1,00							1,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Übernahme von Intendanzaufgaben des Amtes für Organisation u. Zentrale Dienste durch die Kasse.Hamburg mit der Verlagerung des Landesabgabenamtes zur Kasse.Hamburg
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	2,00	0,00	10,00	-35,50	-5,00	0,00	0,00	-28,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	3,50	-0,50	10,00	-35,50	-4,00	0,00	0,00	-26,50	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	2,00			1,00	
A 11	1,00			2,00	
A 10	2,00			2,50	
A 9	2,00			0,00	
A 9	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	21,00			17,50	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	1,00	1,50	9)	5,50	Vermerk weggefallen
		1,00	10)		Vermerk weggefallen
		3,00	11)		Vermerk weggefallen
		1,00	12)		kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor zum 31.03.2009
A 6	0,00	1,00	13)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	1,00			6,50	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (0,00)

Einzelplan 9.1
Kapitel 9000

Finanzbehörde
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 6	1,00			1,00	Nr. 5	
B 3	1,00			1,00	Nr. 1	
A 16	1,00			1,00	Nr. 1	
A 15	3,00			2,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 7	
A 15	0,00			1,00	Nr. 1	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	2,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
A 11	1,00			2,00	Nr. 6	
A 10	2,00			2,50	Nr. 6	
A 9	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	21,00			17,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9		1,50							1,50	Befristete Neuschaffung einer anderen Amtsstelle für die Übernahme einer Nach- wuchskraft
A 9	-1,50								-1,50	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
A 9	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf der Probezeit
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kas- se Hamburg
A 9	-1,50								-1,50	Einweisung in Planstelle
A 6	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
Summe Andere Amtsstellen										
	-5,00	1,50	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-5,50	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			2,00	
I b	0,00			2,00	
II a hD	0,00			2,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			5,00	
IV b	0,00			6,80	
V b gD	0,00	1,00	14)	9,00	Vermerk weggefallen
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00			18,70	
VI b	0,00	1,00	15)	12,00	Vermerk weggefallen
		1,00	16)		Vermerk weggefallen
VII	0,00			9,00	
VIII	0,00	2,00	17)	6,00	Vermerk weggefallen

Einzelplan 9.1
Kapitel 9000
Finanzbehörde
Zentrale Dienste
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
II a hD						-3,00			-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-5,00			-5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
V b gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
V c					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
VI b				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 9020; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
VI b			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung 2005; Effizienzsteigerung durch Einrichtung einer Zentralregistratur
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse Hamburg
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1611; Aufgabenübernahme der Telefonzentrale der Finanzbehörde durch den Telefonischen Hamburg Service BA Wandsbek

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IX b	0,00			2,00	
Summe:	0,00			76,50	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			20,80	
1 (R)	0,00			4,00	
Richtl. Arb.	0,00			0,02	
Summe:	0,00			24,82	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00	1,00	18)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 15 nach Abschluss des Projektes Föderalismusreform II</i>

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	6,50	-14,00	-13,00			-21,50	
IX b			-1,00						-1,00	Streichung zur Finanzierung der Stellenhebungen des Amtes für Organisation und zentrale Dienste zum Stellenplan 2007/2008
Summe Angestellte	0,00	0,00	-2,00	6,50	-14,00	-13,00	0,00	0,00	-22,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,50	1,00	0,00	0,00	0,00	-1,30	0,00	0,00	-0,80	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-53,20	0,00	0,00	-53,20	
Summe Angestellte insgesamt	-0,50	1,00	-2,00	6,50	-14,00	-67,50	0,00	0,00	-76,50	
4					-1,25				-1,25	Verlagerung an Kapitel 1611; Aufgabenübernahme der Telefonzentrale der Finanzbehörde durch den Telefonischen Hamburg Service BA Wandsbek
1 (R)			-4,00						-4,00	Aufgabenverlagerung an externe Firma, Personalmittel bereits in Sachmittel umgewandelt
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter	0,00	0,00	-4,00	0,00	-1,25	0,00	0,00	0,00	-5,25	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,25	-1,80	0,00	0,00	-0,02	0,00	0,00	-1,57	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-18,00	0,00	0,00	-18,00	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,25	-5,80	0,00	-1,25	-18,02	0,00	0,00	-24,82	
E 15						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 15	18) kw: 1,00 EntGr. E 15 nach Abschluss des Projektes Föderalismusreform II	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	7,00			0,00	
E 13	0,00			0,00	
E 12	2,00			0,00	
E 11	5,00			0,00	
E 10	5,00			0,00	
E 9	9,15	0,65	19)	0,00	Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten
E 8	14,70	1,00	20)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 3 kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) kw: 1,00 EntgGr. E 6 Stellenstreichung 2005, nach Freiwerden der Stelle
E 6	14,50	1,00	21)	0,00	
		1,00	22)		
E 5	8,00			0,00	
E 4	13,00			0,00	

Einzelplan 9.1
Kapitel 9000

Finanzbehörde
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						2,00			2,00	
E 15		1,00							1,00	gem. Delegations-Regelung III vom 22.11.2000 für das Projekt Föderalismusreform II
E 14						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Anpassung an den veränderten Bedarf im Allgemeinen Justizariat, gem. Delegations-Regelung III vom 22.11.2000
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13							-3,00		-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12								-1,00	-1,00	Fehlerkorrektur der Hebung Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11								1,00	1,00	Fehlerkorrektur der Hebung Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11							1,00		1,00	Umsetzung neues Tarifrecht
E 11							1,00		1,00	Bewertung nach dem Tarifrecht
E 10						5,00			5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung neues Tarifrecht
E 10		1,00							1,00	Neuschaffung gemäß Delegationsregelung III v. 22.11.2000
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10							-1,00		-1,00	Bewertung nach dem Tarifrecht
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9			-1,00						-1,00	Einsparung: Ende der Personalrat-Freistellung
E 8		1,00							1,00	Organisatorische Maßnahme: Neuschaffung durch Streichung
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Reorganisation der Buchhaltung für das Landesabgabnamt, Verlagerung zur Kasse.Hamburg
E 4			-1,00						-1,00	organisatorische Maßnahme: Streichung gegen Neuschaffung
E 4			-1,00						-1,00	organisatorische Maßnahme: Streichung gegen Aufstockung
E 4			-3,00						-3,00	Finanzierung der Vergabe von Post- und Akzentouren an private Kurierdienste

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	4,00	2,00	23)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 3 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 2	1,00			0,00	
Richtl. eD	0,02			0,00	
Summe:	86,37			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	182,87			229,82	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9000	Zentrale Dienste

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	4,00	-6,00	0,00	-2,00	18,00	1,00	0,00	15,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,35	-0,50	0,00	0,00	1,32	0,00	0,00	2,17	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	70,20	-1,00	0,00	69,20	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	5,35	-6,50	0,00	-2,00	89,52	0,00	0,00	86,37	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-5,50	11,60	-14,80	16,50	-54,75	0,00	0,00	0,00	-46,95	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 4	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			2,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14	5,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes
A 13	1,00			4,00	
A 13	10,00	1,00	2)	10,00	Vermerk weggefallen
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb
A 12	18,00	1,00	4)	19,00	Vermerk weggefallen
		1,00	5)		Vermerk weggefallen
A 11	39,00	3,00	6)	40,00	Vermerk weggefallen
A 10	27,15	1,00	7)	25,65	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9060; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9060; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Personelle Unterstützung des Flächenkoordinators in der BSU
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und betrieblicher Strukturen beim Grundstock für Grunderwerb
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1311; Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (5.Stufe)
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und betrieblicher Strukturen beim Grundstock für Grunderwerb

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms
A 13	3) kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb	
A 12	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms
A 12	5) weggefallen	
A 11	6) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle kw: 3,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	8,00			12,00	
A 9	2,50			3,50	
A 8	2,00			1,00	
A 7	1,00			2,50	
Summe:	122,65			127,65	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (10,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (18,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (39,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (27,15)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (8,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,50)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	3,00			5,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	0,00	1,00	8)	4,00	Vermerk weggefallen
		1,00	9)		Vermerk weggefallen
A 6	0,00	1,00	10)	1,00	Vermerk weggefallen

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 1	
A 12	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00		4,00	-8,00				-2,00	
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	2,00	0,00	5,00	-11,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	2,00	-0,50	5,00	-11,00	-0,50	0,00	0,00	-5,00	
A 9			-3,00						-3,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf der Probezeit
A 9	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
A 6	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
Summe:	0,00			5,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
II a hD	0,00			1,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			3,50	
IV b	0,00	1,00	11)	8,00	Vermerk weggefallen
V b gD	0,00			0,00	
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00			6,50	
VI b	0,00	1,00	12)	7,50	Vermerk weggefallen
VII	0,00			1,50	
IX b/VII	0,00			1,00	
VIII	0,00			2,00	
Summe:	0,00			34,00	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 14	1,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Andere Amtsstellen										
	-2,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	
I II a hD					-1,00	-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
									-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
III IV a V b gD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
						-3,00			-3,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (4.Stufe)
VIII			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (4.Stufe)
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-2,00	1,00	-1,00	-5,00	0,00	0,00	-7,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	-2,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-24,50	0,00	0,00	-24,50	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-3,00	1,00	-1,00	-31,00	0,00	0,00	-34,00	
E 15 ü E 15 ü E 14						1,00 -1,00 1,00				1,00: Umsetzung des neuen Tarfrechts -1,00: gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss 1,00: gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12 E 11 E 11 E 11 E 11						1,00	1,00 2,00 -1,00			1,00: Umsetzung des neuen Tarfrechts 1,00: Umsetzung des neuen Tarfrechts 2,00: Umsetzung des neuen Tarfrechts -1,00: Umsetzung des neuen Tarfrechts
				1,00						1,00: Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 11			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung/ Immobilienmanagement (5. Stufe)

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	1,00			0,00	
E 9	6,00			0,00	
E 8	6,00			0,00	
E 6	9,50	1,00	13)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	2,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	29,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	152,15			166,65	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	1,00		2,00	2,00		4,00	
E 10						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9			-4,50						-4,50	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung/ Immobilienmanagement (5. Stufe)
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9025; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Anpassung an den veränderten Bedarf der Anlagenbuchhaltung, gem. Delegations-Regelung III vom 22.11.2000
E 8			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung/ Immobilienmanagement (5. Stufe)
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	1,00	-6,50	4,00	0,00	5,00	0,00	0,00	3,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-1,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,00	0,00	0,00	25,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	1,50	-7,50	4,00	0,00	31,50	0,00	0,00	29,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-2,00	3,50	-14,00	10,00	-12,00	0,00	0,00	0,00	-14,50	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00			2,00	
A 16	5,00	1,00	1)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes
A 15	15,00	1,00	2)	15,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Abschluss des Projektes
A 14	21,50	5,00	3)	19,00	kw: 5,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Abschluss des Projektes
A 13	21,00	3,00	4)	16,00	kw: 3,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Abschluss des Projektes

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9091; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9091; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15		1,00							1,00	Einrichtung eines Zentralreferates für kaufmännische Jahresabschlüsse
A 14						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14		1,50							1,50	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss Neuschaffung von Projektstellen für Projekt Neues Haushaltswesen Hamburg (NH)
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14		2,00							2,00	Einrichtung eines Zentralreferates für kaufmännische Jahresabschlüsse
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14		3,00							3,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss Neuschaffung von Projektstellen für Projekt Neues Ressourcenverfahren (NRV)
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9091; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13		2,00							2,00	Einrichtung eines Zentralreferates für kaufmännische Jahresabschlüsse
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9091; Stellentausch im Rahmen der Quote

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 14	3) kw: 5,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Abschluss des Projektes	kw: 5,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Abschluss des Projektes

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	22,00	1,00	5)	20,00	Vermerk weggefallen
		3,00	6)		kw: 3,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes
A 12	40,00	1,00	7)	32,00	Vermerk weggefallen
		1,00	8)		Vermerk weggefallen
		3,00	9)		kw: 3,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Abschluss des Projektes
A 11	9,00			9,00	
A 10	15,00	2,00	10)	14,00	kw: 2,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Abschluss des Projektes
A 9	12,00	2,00	11)	13,00	kw: 2,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach Abschluss des Projektes
A 9	2,00			4,00	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		9,50		6,00	-8,00	-1,00			6,50	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9025; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 13		2,00							2,00	Einrichtung eines Zentralreferates für kaufmännische Jahresabschlüsse
A 13								-1,00	-1,00	Korrektur der Wertigkeit
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9091; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12		5,00							5,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss Neuschaffung von Projektstellen für Projekt Neues Ressourcenverfahren (NRV)
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12								1,00	1,00	Korrektur der Wertigkeit
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 9091; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss Neuschaffung von Projektstellen für Projekt Neues Ressourcenverfahren (NRV)
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss Neuschaffung von Projektstellen für Projekt Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH)
A 10			-1,00						-1,00	Vollzug Haushaltskonsolidierung 2005, Effizienzsteigerung im Amt f. Haushalt u. Aufgabenplanung (einschl. Fachl. Leitstelle Ressourcensteuerung)
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Aufgabenverlagerung des Brückenkopf des Sekretariates für den Haushaltsausschuss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	5) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Beendigung des Projekts Doppik; Rücktausch und Wegfall einer gleichwertigen Stelle Ang.
A 13	6) kw: 3,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes	kw: 2,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes
A 12	7) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung des Projekts Verselbständigung Kassenabteilung; Rücktausch und Wegfall einer gleichwertigen Stelle Ang.
A 12	8) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung des Projekts Doppik; Rücktausch und Wegfall einer gleichwertigen Stelle Ang.
A 12	9) kw: 3,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Abschluss des Projektes	kw: 2,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Abschluss des Projektes

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9020	Haushalt und Aufgabenplanung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	166,50			151,00	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (5,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (15,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (21,50)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (21,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (22,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (40,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (9,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (15,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (12,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	2,00			2,00	
Summe:	5,00			5,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			6,00	
II a hD	0,00			12,00	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 6	
A 12	1,00			1,00	Nr. 5	
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	2,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	5,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	19,50	-1,00	9,00	-12,00	-1,00	0,00	0,00	14,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	19,50	-1,00	9,00	-12,00	0,00	0,00	0,00	15,50	
I b						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b			-1,00						-1,00	Kapazitätsreduzierung und Neuorganisation im Amt für Haushalt und Aufgabenplanung
I b						-8,00			-8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD								-1,00	-1,00	Neubewertung der Stelle nach dem Tarifrecht
II a hD		1,00							1,00	Neuschaffung gemäß Delegationsregelung III v. 22.11.2000
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9020	Haushalt und Aufgabenplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
III	0,00			5,00	
IV a	0,00			5,00	
IV b	0,00			2,00	
V b gD	0,00			1,00	
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00	0,50	12)	2,50	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			35,50	
Arbeitnehmer					
E 14	7,00	1,00	13)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Abschluss des Projektes
E 13	11,00			0,00	
E 12	3,00			0,00	
E 11	6,00			0,00	
E 10	3,00	1,00	14)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 10

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-1,00	2,00	-1,00	-6,00		-1,00	-6,00	
II a hD			-1,00						-1,00	Kapazitätsreduzierung und Neuorganisation im Amt für Haushalt und Aufgabenplanung
II a hD						-11,00			-11,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-6,00		1,00	1,00	Neubewertung der Stelle nach dem Tarifrecht
IV a						-5,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V b gD					-1,00				-5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V b gD									-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
V b gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9025; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD			-1,00						-1,00	Anpassung des Stellenbestandes an den Bedarf für die IuK-Nachwuchskräfte-Ausbildung
VI b					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 9000; Reorganisation der Registraturen, Bildung einer Zentralregistratur
Summe Angestellte										
	0,00	1,00	-3,00	4,00	-3,50	-28,00	0,00	0,00	-29,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	-6,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	1,00	-3,00	4,00	-3,50	-34,00	0,00	0,00	-35,50	
E 14						8,00			8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						11,00			11,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-3,00		-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						5,00			5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-3,00		-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung III vom 22.11.2000 für die Fachliche Leitstelle ELDORADO

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 14	13) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Abschluss des Projektes	
E 10	14) kw: 1,00 EntgGr. E 10	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	1,00			0,00	
E 8	1,00			0,00	
E 6	2,00			0,00	
E 5	0,00			0,00	
Summe:	34,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	200,50			186,50	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9020	Finanzbehörde Haushalt und Aufgabenplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00				29,00			30,00	
E 9			-1,00						-1,00	Abgleich Datenbestand zwischen Epos und ZSV
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	29,00	0,00	0,00	29,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	0,00	5,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	34,00	0,00	0,00	34,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	21,50	-5,00	13,00	-15,50	0,00	0,00	0,00	14,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14	6,50	1,00	1)	4,50	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat</i>
A 13	1,00			2,00	
A 13	3,00			3,00	
A 12	6,00			7,00	
A 11	14,00	1,00	2)	13,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	4,00			5,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	42,50			42,50	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,50)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (3,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (14,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	2,00			1,00	

Einzelplan 9.1
Kapitel 9030
Finanzbehörde
Vermögens- und Beteiligungsmanagement
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14		1,00				-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14									1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9025; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Verlagerung der Zuständigkeit für Glücksspielangelegenheiten auf die Behörde für Inneres, gem. Drucksache 2007/1298
A 11		2,00							2,00	Stellenplanantrag 2007/2008: Aufgabenzuwachs im Bereich der Vorprüfstelle II für den Rechnungshof im Zusammenhang mit Privatisierungen und Neugründungen von Landesbetrieben
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Verlagerung der Zuständigkeit für Glücksspielangelegenheiten auf die Behörde für Inneres, gem. Drucksache 2007/1298
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	3,00	0,00	5,00	-5,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 14	1) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	
A 11	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projekts Verselbständigung Kassenabteilung; Rücktausch und Wegfall einer gleichwertigen Stelle Ang.
A 14	3) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9030	Vermögens- und Beteiligungsmanagement

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	3,00			0,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	6,00			2,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	0,00	2,00	4)	2,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			2,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
I b	0,00			1,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			4,00	
IV b	0,00			0,50	
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00			3,00	
Summe:	0,00			11,50	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9030	Finanzbehörde Vermögens- und Beteiligungsmanagement

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	2,00		3)	1,00	Nr. 1	
A 14	1,00			0,00	Nr. 1	
A 14	2,00			0,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 1	
gesamt:	6,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9		1,00							1,00	Befristete Neuschaffung einer anderen
A 9	-2,00								-2,00	Amtsstelle für die Übernahme einer Nach-
A 9	-1,00								-1,00	wuchskraft
										Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
										Wegfall der Anderen Amtsstelle, da Wechsel
										der Nachwuchskraft in andere Behörde
Summe Andere Amtsstellen										
	-3,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch
										aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Reorganisation
										der Registraturen, Bildung einer Zentralregist-
										ratur
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Reorganisation
										der Registraturen, Bildung einer Zentralregist-
										ratur
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	-6,00	0,00	0,00	-9,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	-8,50	0,00	0,00	-11,50	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9030	Finanzbehörde Vermögens- und Beteiligungsmanagement

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 14	2,00			0,00	
E 12	0,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 10	3,00			0,00	
E 9	0,50			0,00	
E 6	2,00			0,00	
Summe:	10,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	53,00			56,00	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9030	Finanzbehörde Vermögens- und Beteiligungsmanagement

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							1,00		1,00	Neubewertung nach dem Tarifrecht
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							-1,00		-1,00	Neubewertung nach dem Tarifrecht
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 10						4,00			4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	9,00	0,00	0,00	8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	11,50	0,00	0,00	10,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-3,00	4,00	0,00	5,00	-9,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9060	Bezirke und Verwaltungsreform

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	6,00			7,00	
A 13	2,50	1,00	1)	1,50	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes Behördenrufnummer 115</i>
A 13	2,00	1,00	2)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	8,00			7,00	
A 11	2,00			3,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	25,50			26,50	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,50)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (8,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (2,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 11	1,00			0,50	
Summe:	1,00			1,50	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
I b	0,00			2,00	
IV a	0,00			0,00	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9060	Finanzbehörde Bezirke und Verwaltungsreform

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			0,50	Nr. 7	
gesamt:	1,00			1,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13		1,00							1,00	Projektstelle gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für die Stabsstelle E-Government
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss, für das Projekt Behördenrufnummer 115
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13	-1,00								-1,00	Beendigung der Aufgaben im Projekt Bezirke und Verwaltungsreform
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 9060 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	2,00	0,00	2,00	-1,00	-3,00	0,00	0,00	-1,00	
I a							1,00		1,00	Neubewertung nach dem Tarifrecht
I a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b							-1,00		-1,00	Neubewertung nach dem Tarifrecht
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
A 13	1)	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung des Projektes Behördenrufnummer 115	
A 13	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes Bezirke und Verwaltungsreform

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9060	Bezirke und Verwaltungsreform

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00			1,00	
Summe:	0,00			5,00	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			0,00	
E 14	1,00			0,00	
E 13 ü	1,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 ü nach Abschluss des Projekts Kfz-Wesen</i>
E 13	1,00			0,00	
E 11	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 8	1,00			0,00	
E 6	1,00			0,00	
Summe:	7,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	32,50			31,50	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9060	Finanzbehörde Bezirke und Verwaltungsreform

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	0,00	0,00	-5,00	
E 15						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13 ü						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch aus Personalwirtschaftlichen Gründen
E 10						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	6,00	0,00	0,00	5,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	8,00	0,00	0,00	7,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	2,00	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 13 ü	3) kw: 1,00 EntgGr. E 13 ü nach Abschluss des Projekts Kfz-Wesen	

Einzelplan 9.1 **Finanzbehörde**
Kapitel 9091 **Organisation**

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 4	0,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	1,00			0,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	3,00	1,00	1)	3,00	ku: 1,00 BesGr. A 14 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst nach BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat nach Freiwerden der Stelle
A 13	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	6,00			4,00	
A 11	2,00			4,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	19,00			19,00	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)

Einzelplan 9.1
Kapitel 9091

Finanzbehörde
Organisation

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1100; Stellentausch B4 - B3 aus personalwirtschaftlichen Gründen
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Stellentausch B 3 - B 4 aus personalwirtschaftlichen Gründen
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 12							3,00		3,00	Stellenplanantrag 2007/2008 nach Dienstpostenbewertung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11							-3,00		-3,00	Stellenplanantrag 2007/2008 nach Dienstpostenbewertung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	5,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9091	Organisation

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00			1,00	
IX b/VII	0,00			0,09	
Summe:	0,00			1,09	
Arbeitnehmer					
E 8	1,00			0,00	
E 5	0,09			0,00	
Summe:	1,09			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	20,09			20,09	

Einzelplan 9.1
Kapitel 9091

Finanzbehörde
Organisation

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,09	0,00	0,00	-0,09	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,09	0,00	0,00	-1,09	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,09	0,00	0,00	0,09	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,09	0,00	0,00	1,09	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	5,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9100	Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	2,00			2,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	11,00			11,00	
A 14	8,00			8,00	
A 13	6,00			4,00	
C 3	4,00			4,00	
C 2	2,00			2,00	
A 13	26,00	2,00	1)	28,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	37,50	1,00	2)	36,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	50,75	1,00	3)	51,25	Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten
A 10	4,00			4,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	13,00	1,00	4)	13,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 8	17,00	1,00	5)	16,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 7	3,00			3,00	
A 5	1,00			0,00	
Summe:	191,25			188,75	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (11,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (8,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)
 C 3 Professorin/ Professor (4,00)
 C 2 Professorin/ Professor (2,00)
 A 13 Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat (26,00)
 A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat (37,50)
 A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann (50,75)
 A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor (4,00)
 A 9 Steuerinspektorin/ Steuerinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuerdienst (13,00)
 A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (17,00)
 A 7 Steuerobersekretärin/ Steuerobersekretär (3,00)
 A 5 Oberamtsmeisterin/ Oberamtsmeister (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 3	1,00			1,00	
A 15	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	6,00			7,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	2,00			2,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	13,00			16,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 13 Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat (1,00)
 A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann (6,00)

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9100	Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
B 6	-1,00								-1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 13					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 9101; Tausch gegen 1,0 A13 gD 9101
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 12 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9101; Tausch gegen A13
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9101; Tausch gegen Stelle A13
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9101; Tausch gegen Stelle A13/K9101
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9101; Tausch mit 1,0 A12 K 9101
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Übernahme der Aufgabenerfüllung durch Amt1
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	2,00	0,00	3,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-1,00	2,00	0,00	3,50	-4,00	2,00	0,00	0,00	2,50	

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 3	1,00			1,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	4,00			3,00	Nr. 6	
A 11	2,00			4,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 5	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 7	2,00			1,00	Nr. 6	
A 7	0,00			1,00	Nr. 7	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	13,00			16,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	1) 2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9100	Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

I. Stellenbestand

A 10	Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor (0,00)
A 9	Steuerinspektorin/ Steuerinspektor (0,00)
A 8	Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (1,00)
A 7	Steuerobersekretärin/ Steuerobersekretär (2,00)
A 6	Steuersekretärin/ Steuersekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	0,00			2,00	
Richtl. Ang.hD	0,00			1,52	
IV a	0,00	1,00	6)	7,00	Vermerk weggefallen
		1,00	7)		Vermerk weggefallen
IV b	0,00	1,00	8)	4,00	Vermerk weggefallen
V b gD	0,00			3,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			1,52	
V c	0,00	1,00	9)	5,00	Vermerk weggefallen
VI b	0,00	1,00	10)	10,00	Vermerk weggefallen
		1,00	11)		Vermerk weggefallen
VII	0,00	2,00	12)	9,00	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			3,50	
VIII	0,00	1,00	13)	1,50	Vermerk weggefallen
VIII	0,00			1,00	
IX b	0,00	1,00	14)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			50,04	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			1,00	
3	0,00			0,38	
2	0,00			1,00	
1 (R)	0,00			0,67	
Summe:	0,00			3,05	
Arbeitnehmer					
E 13	2,00			0,00	
E 11	5,00			0,00	
E 10	4,50	1,00	15)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann
		0,50	16)		Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	17)		ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9100	Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.hD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-7,00			-7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.gD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,00	0,00	0,00	-11,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,04	0,00	0,00	-2,04	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-37,00	0,00	0,00	-37,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-50,04	0,00	0,00	-50,04	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,67	0,00	0,00	-0,38	0,00	0,00	-1,05	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	-0,67	0,00	0,00	-2,38	0,00	0,00	-3,05	
E 13						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							5,00		5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						7,00			7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-5,00		-5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
IV a	6) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied ku: 1,00 VergGr. IV a nach BesGr. A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann
IV a	7) weggefallen	
E 10	15) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann	
E 10	16) 0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied	
E 10	17) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9100	Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	4,00			0,00	
E 8	6,50	1,00	18)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär</i> <i>ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 7 Steuerobersekretärin/ Steuerobersekretär</i> <i>ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuerdienst</i> <i>ku: 1,00 EntgGr. E 5 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär</i>
E 6	9,00	1,00	19)	0,00	
E 5	11,50	1,00	20)	0,00	
E 4	1,00		21)	0,00	
E 3	2,38			0,00	
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	1,00	1,00	22)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 2 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Richtl. hD	1,52			0,00	
Richtl. gD	1,52			0,00	
Summe:	49,92			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	241,17			241,84	

Einzelplan 9.1 Kapitel 9100	Finanzbehörde Steuerverwaltung (ohne Finanzämter)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						9,00	3,00		12,00	
E 9		1,00							1,00	Übernahme neuer Aufgaben
E 9			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenneuschaffung
E 8		1,00							1,00	Personalwirtschaftliche Gründe
E 6			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenneuschaffung
Richtl. hD						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. gD						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Arbeitnehmer	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	11,00	3,00	0,00	14,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	2,42	0,00	0,00	1,92	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37,00	-3,00	0,00	34,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	2,00	-2,50	0,00	0,00	50,42	0,00	0,00	49,92	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	4,00	-3,17	3,50	-4,00	0,00	0,00	0,00	-0,67	

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9101	Finanzämter

Die Beamtinnen und Beamten im Überwachungsdienst der öffentlichen Spielbank in Hamburg erhalten eine Aufwandsentschädigung von 102,26 EUR monatlich.

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermrk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	13,00			13,00	
A 15	25,00			25,00	
A 14	43,00			43,00	
A 13	30,00			33,00	
A 13	180,00			178,00	
A 12	352,00	1,00	1)	354,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat nach BesGr. A 6 Steuersekretärin/ Steuersekretär nach Freiwerden der Stelle
		1,00	2)		Vermerk weggefallen
		1,00	3)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat nach BesGr. A 9 Steuerinspektorin/ Steuerinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 11	415,00			415,50	
A 10	331,00			332,00	
A 9	248,50			250,50	
A 9	432,50	2,00	4)	433,50	ku: 2,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuereidienst nach BesGr. A 6 Steuersekretärin/ Steuersekretär nach Freiwerden der Stelle
A 8	368,00	2,00	5)	370,00	ku: 2,00 BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär nach BesGr. A 6 Steuersekretärin/ Steuersekretär nach Freiwerden der Stelle
A 7	299,00	1,00	6)	300,00	Vermerk weggefallen
A 6	93,00			76,50	
A 5	2,00			2,00	
Summe:	2832,00			2826,00	

A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (13,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (25,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (43,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (30,00)
A 13	Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat (180,00)
A 12	Steueramtsrätin/ Steueramtsrat (352,00)
A 11	Steueramtsfrau/ Steueramtsmann (415,00)
A 10	Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor (331,00)
A 9	Steuerinspektorin/ Steuerinspektor (248,50)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuereidienst (432,50)
A 8	Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (368,00)
A 7	Steuerobersekretärin/ Steuerobersekretär (299,00)
A 6	Steuersekretärin/ Steuersekretär (93,00)
A 5	Oberamtsmeisterin/ Oberamtsmeister (2,00)

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9101	Finanzämter

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						-1,00			-1,00	Personalwirtschaftliche Gründe
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9100; Tausch gegen 1,0 A13 gD 9101
A 13				1,00		-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9100; Tausch gegen A13
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9100; Tausch gegen Stelle A13
A 12	-1,00								-1,00	Umstrukturierung d. FA für Steuererhebung
A 12							2,00		2,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 12						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9100; Tausch mit 1,0 A12 K 9101
A 11		1,00							1,00	Einführung Spielvergnügungssteuergesetz (HB 2006)
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 8		2,00							2,00	Einführung Spielvergnügungssteuergesetz (HB 2006)
A 7	-1,00								-1,00	Umstrukturierung d. FA für Steuererhebung
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-2,00	3,00	0,00	3,00	-3,00	-5,00	2,00	0,00	-2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,50	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	-2,00	0,00	8,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-2,00	3,00	0,00	3,00	-3,50	5,50	0,00	0,00	6,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 12	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat zum 31.12.2006
A 12	3) ku: 1,00 BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat nach BesGr. A 9 Steuerinspektorin/ Steuerinspektor nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 9.1 **Finanzbehörde**
Kapitel 9101 **Finanzämter**

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	2,00			1,00	
A 13	2,00			5,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	6,00			6,00	
A 11	20,00			17,00	
A 10	61,00			57,00	
A 9	14,00			17,00	
A 9	7,00			3,00	
A 8	28,00			34,00	
A 7	36,00			45,00	
A 6	6,00			7,00	
Summe:	184,00			192,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13 Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat (2,00)
A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat (6,00)
A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann (20,00)
A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor (61,00)
A 9 Steuerinspektorin/ Steuerinspektor (14,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuereinsatz (7,00)
A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (28,00)
A 7 Steuerobersekretärin/ Steuerobersekretär (36,00)
A 6 Steuersekretärin/ Steuersekretär (6,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	32,00	20,00	7)	52,00	Vermerk weggefallen
Summe:	32,00			52,00	

A 9 Steuerinspektorin/ Steuerinspektor (32,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	141,00			109,00	
Nachwuchs mD	77,00			77,00	
Summe:	218,00			186,00	

Nachwuchs gD Finanzanwärterin/ Finanzanwärter (141,00)
Nachwuchs mD Steueranwärterin/ Steueranwärter (77,00)

Übersicht über die Leerstellen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

[illegible]

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde
Kapitel 9101 Finanzämter

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			1,00	
II a hD	0,00	4,00	8)	4,00	Vermerk weggefallen
II a gD	0,00			1,00	
III	0,00			8,00	
IV a	0,00	1,00	9)	22,00	Vermerk weggefallen
IV b	0,00			11,50	
V b gD	0,00			60,50	
V b mD	0,00	1,00	10)	1,00	Vermerk weggefallen
V c	0,00	2,00	11)	107,50	Vermerk weggefallen
		4,00	12)		Vermerk weggefallen
		6,00	13)		Vermerk weggefallen
		1,00	14)		Vermerk weggefallen
		1,00	15)		Vermerk weggefallen
		1,00	16)		Vermerk weggefallen
VI b	0,00	1,00	17)	91,00	Vermerk weggefallen
		1,50	18)		Vermerk weggefallen
VII	0,00	1,00	19)	132,00	Vermerk weggefallen
		19,00	20)		Vermerk weggefallen
		8,50	21)		Vermerk weggefallen
		3,00	22)		Vermerk weggefallen
		1,00	23)		Vermerk weggefallen
		1,00	24)		Vermerk weggefallen
		0,50	25)		Vermerk weggefallen
		1,00	26)		Vermerk weggefallen
		1,00	27)		Vermerk weggefallen
		1,00	28)		Vermerk weggefallen
		1,00	29)		Vermerk weggefallen
		1,00	30)		Vermerk weggefallen
		0,50	31)		Vermerk weggefallen

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9101	Finanzämter

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a hD						1,00			1,00	Personalwirtschaftliche Gründe
II a hD						-5,00			-5,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a gD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III								-1,00	-1,00	Änderung der Aufgabenerfüllung
III						-7,00			-7,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a	-1,00								-1,00	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
IV a								-1,00	-1,00	Änderung der Aufgabenerfüllung
IV a						-20,00			-20,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
V c	-1,50								-1,50	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
V c	-7,50								-7,50	Umstrukturierung d. FA für Steuererhebung
V c		1,00							1,00	Personalwirtschaftliche Gründe
VI b	-2,50								-2,50	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
VII	-1,00								-1,00	Umstrukturierung d. FA für Steuererhebung
VII	-2,00								-2,00	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
VII	-4,00								-4,00	Ersatzbeschaffung/Erweiterung IuK-Technik

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
II a hD	8) weggefallen	ku: 4,00 VergGr. II a hD nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
IV a	9) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle, spätestens 31.03.07

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde
Kapitel 9101 Finanzämter

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
VII		1,00	32)		Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00	1,50	33)	14,50	Vermerk weggefallen
VIII	0,00	1,00	34)	51,00	Vermerk weggefallen
		1,50	35)		Vermerk weggefallen
VIII	0,00			7,00	
IX b	0,00	0,50	36)	34,50	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			546,50	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			2,00	
2	0,00			3,00	
1 (R)	0,00			6,00	
Summe:	0,00			11,00	
Arbeitnehmer					
E 14	1,00			0,00	
E 13	6,00	5,00	37)	0,00	ku: 5,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Freiwerden der Stelle
E 12	6,00	1,00	38)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 13 Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9101	Finanzämter

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-19,50	1,00				-33,00		-2,00	-53,50	
IX b/VII	-1,50								-1,50	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
VIII	-1,50								-1,50	Zusammenlegung der Finanzämter Schlump und Elbufer
IX b		1,00							1,00	Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes
Summe Angestellte	-22,50	2,00	0,00	0,00	0,00	-33,00	0,00	-2,00	-55,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,50	0,00	-0,50	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	-2,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-490,50	0,00	2,00	-488,50	
Summe Angestellte insgesamt	-23,00	2,00	-0,50	0,00	0,00	-525,00	0,00	0,00	-546,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,00	0,00	0,00	-11,00	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,00	0,00	0,00	-11,00	
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						5,00			5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							7,00		7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 13	37) ku: 5,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Freiwerden der Stelle	
E 12	38) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 13 Steueroberamtsrätin/ Steueroberamtsrat nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 9.1 Finanzbehörde
Kapitel 9101 Finanzämter

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12		2,00	39)		ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat nach Freierwerden der Stelle
E 11	8,00			0,00	
E 10	14,50	1,00	40)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor nach Freierwerden der Stelle
		1,00	41)		ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann nach Freierwerden der Stelle
E 9	65,50	1,00	42)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuereienst
E 8	119,50	2,00	43)	0,00	ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Steuereienst
		1,00	44)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär
		5,00	45)		ku: 5,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär nach Freierwerden der Stelle
		1,00	46)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär nach Freierwerden der Stelle
		1,00	47)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär nach Freierwerden der Stelle
		1,00	48)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 8 Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär nach Freierwerden der Stelle
E 6	65,00			0,00	
E 5	128,50	12,00	49)	0,00	ku: 12,00 EntgGr. E 5 nach BesGr. A 6 Steuersekretärin/ Steuersekretär
		1,00	50)		kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 4	0,00			0,00	
E 3	58,00	1,00	51)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 3 nach BesGr. A 6 Oberamtsmeisterin/ Oberamtsmeister
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	40,50			0,00	
Summe:	512,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	3376,50			3435,50	

Einzelplan 9.1
Kapitel 9101

Finanzbehörde
Finanzämter

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						9,00	7,00		16,00	
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12								-2,00	-2,00	Änderung der Aufgabenerfüllung
E 12			-1,00						-1,00	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 12			-1,00						-1,00	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 11							8,00		8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						7,00			7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-7,00		-7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						20,00			20,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-8,00		-8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10			-1,00						-1,00	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 10			-1,00						-1,00	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 9			-2,00						-2,00	Finanzierung von Stellenneuschaffungen
E 9			-1,50						-1,50	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 8			-4,50						-4,50	Finanzierung Neuschaffung FinAnw
E 8			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenneuschaffung
E 8		17,50							17,50	Übernahme neuer Aufgaben
E 6			-16,50						-16,50	Finanzierung Stellenneuschaffung
E 5		3,00							3,00	Personalwirtschaftliche Gründe
E 5	-5,00								-5,00	Ersatzbeschaffung/Erweiterung IuK-Technik
E 5			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenneuschaffung
E 3			-1,00						-1,00	Finanzierung von Stellenneuschaffungen
E 2			-1,50						-1,50	Finanzierung Stellenneuschaffung
Summe Arbeitnehmer	-5,00	20,50	-33,00	0,00	0,00	39,00	3,00	-2,00	22,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	1,00	-1,50	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	490,50	-3,00	2,00	489,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-5,00	21,50	-34,50	0,00	0,00	530,50	0,00	0,00	512,50	
Summe (ohne *) insgesamt	-50,00	26,50	-35,00	3,00	-3,50	0,00	0,00	0,00	-59,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
E 12	39)	ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Steueramtsrätin/ Steueramtsrat nach Freiwerden der Stelle	
E 10	40)	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Steueroberinspektorin/ Steueroberinspektor nach Freiwerden der Stelle	
E 10	41)	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Steueramtfrau/ Steueramtmann nach Freiwerden der Stelle	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	9000	1,00	Senatsdirektorin/Senatsdirektor B 4 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw nach Freiwerden der Stelle“.	Rückkehr eines Vorstandsmitglieds von Dataport mit vertraglichem Rückkehrrecht (Drucksache 19/1440)
2	9000	2,00 2,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Stärkung der Kapazität der Innenrevision
3	9020	3,00	Oberregierungsärztin/Oberregierungsarzt A 14	Aufbau einer Bilanzbuchhaltung
4	9020	1,00 2,00	Oberregierungsärztin/Oberregierungsarzt A 14 Oberamtsärztin/Oberamtsarzt A 13	Aufbau einer Anlagenbuchhaltung
5	9020	1,00	Oberamtsärztin/Oberamtsarzt A 13	Sachbearbeitung Konzernrechnungswesen
6	9020	2,00 1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Sachbearbeitung Fachliche Leitstelle Ressourcensteuerung
7	9091	1,00	Oberregierungsärztin/Oberregierungsarzt A 14	Aufgabenausweitung bei E-Government
8	9091	2,00	Oberregierungsärztin/Oberregierungsarzt A 14	Umsetzung überregionaler E-Government-Projekte
9	9091	1,00	Oberregierungsärztin/Oberregierungsarzt A 14	Einrichtung eines zentralen IT-Sicherheitsmanagements
10	9101	24,00	Finanzanwältin/Finanzanwältiger (Nachwuchs gD) – mit Wirkung vom 01.10.2009 –	Verstärkung der Ausbildungskapazität zur Aufstockung der Betriebsprüfung (Drucksache 19/2361)
Stellenhebungen				
11	9030	1,00	Regierungsinspektin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Aufgabenveränderung durch Übertragung zusätzlicher Aufgaben in der Schuldenverwaltung
12	9060	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsärztin/Amtsarzt A 12	Sachbearbeitung für Fachamtsangelegenheiten der Bezirksämter

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
13	9091	1,00	Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13 nach Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	Qualitative Aufgabenveränderung durch Leitung und Koordination überregionaler Projekte bei E-Government
14	9091	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 nach Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13	Qualitative Aufgabenveränderung aufgrund gesteigerter Anforderungen für den Bereich Datenschutz und Datensicherheit
15	9091	1,00	Regierungsobersinspektorin/Regierungsobersinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Qualitative Aufgabenveränderung in der Fachlichen Leitstelle Gebäudereinigung
16	9091	1,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Qualitative Aufgabenveränderung im Bereich Informationsmanagement
17	9101	28,00	Steueramtsärztin/Steueramtsarzt A 12 nach Steueroberamtsärztin/Steueroberamtsarzt A 13	Einführung neuer Steuerungsmodelle und stärkere Gewichtung von Führungsaufgaben
Sonstige Stellenveränderungen				
18	9091	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 15 in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die Leitung von E-Government

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2010

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	9101	24,00	Finanzanwärterin/Finanzanwärter (Nachwuchs gD) – mit Wirkung vom 01.10.2010 –	Verstärkung der Ausbildungskapazität zur Aufstockung der Betriebsprüfung (Drucksache 19/2361)

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan des Immobilienmanagement (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

9010.121.01	Ablieferung des Wirtschaftsplans "Immobilienmanagement"
9010.356.01	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen
9010.547.02	Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen des Allgemeinen Grundvermögens und ihnen gleichzustellenden Flächen
9010.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.
2. Für die Zahlung von Kleingartenentschädigungen, Billigkeitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten können Mittel aus dem Grundstock für Grunderwerb entnommen werden.
3. Für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz können Mittel aus dem Grundstock für Grunderwerb im Wirtschaftsplan vereinnahmt werden.
4. Für kaufpreisüberschreitende Aufwendungen aus Mängelhaftungsklauseln für Altlasten im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken können Mittel aus dem Grundstock für Grunderwerb im Wirtschaftsplan vereinnahmt werden.
5. Für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen des Allgemeinen Grundvermögens oder ihnen gleichzustellende Flächen können insgesamt bis zu 3.000.000 Euro aus dem Grundstock für Grunderwerb zugunsten des Wirtschaftsplans und des Haushalts entnommen werden.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. Euro	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Einnahmen</u>		
1. Betriebseinnahmen		
1.1 Mieten und Pachten	28.711	28.711
1.2 Einnahmen aus der Vergabe von Erbbaurechten	14.375	14.375
1.3 Entgelte aus Dienstleistertätigkeit	1.200	900
1.4 Einnahmen für vorübergehende Überlassung von Flächen	2.600	2.600
Summe 1.	46.886	46.586
2. Sonstige Einnahmen		
2.1 Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Kosten- erstattungsbeiträge nach dem Kostenerstattungsgesetz	0	0
2.2 Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für kauf- preisüberschreitende Aufwendungen aus Mängelhaf- tungsklauseln für Altlasten im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken	0	0
2.3 Sonstiges	330	330
Summe 2.	330	330
<u>Gesamteinnahmen</u>	47.216	46.916

Kontenbezeichnung	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. Euro	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Ausgaben</u>		
1. Fachausgaben		
1.1 Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke des Allgemeinen Grundvermögens	1.200	1.200
1.2 Bewirtschaftung des Allgemeinen Grundvermögens	351	351
1.3 Kosten für die Gewinnung von Grundstücksinformationen	338	338
1.4 Kleingartenentschädigungen, Billigkeitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten	0	0
1.6 Kostenbeteiligung an gemeinschaftlich von Grundeigentümern zu errichtender Anlagen sowie an Erschließungsnebenkosten für stadteigene Grundstücke	3	3
Summe 1.	1.992	1.992
2. Personalausgaben		
2.1 Gehälter und Löhne		
2.1.1 Beamtenbezüge	5.264	5.264
2.1.2 Arbeitnehmervergütungen	1.411	1.411
Summe 2.1	6.675	6.675
2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung		
2.2.1 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmer	278	278
2.2.2 Versorgungszuschläge für Beamte	1.579	1.579
2.2.3 Versorgungszuschläge für Arbeitnehmer	152	152
2.2.4 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistung	211	211
Summe 2.2	2.220	2.220
Summe 2.	8.895	8.895
3. Sonstige betriebliche Ausgaben		
3.1 Personalbedingte Ausgaben		
3.1.1 Reisekosten	6	6
Summe 3.1	6	6
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung		
3.2.1 Mieten und Pachten	813	813
3.2.2 Bewirtschaftung der Grundstücke	223	223
Summe 3.2	1.036	1.036
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb, Fremdleistungen f. bezogene Erzeugnisse u.a.		
3.3.1 Geschäftsbedarf	220	220
3.3.2 Kosten für den behördeninternen Telefonverkehr	55	55
3.3.3 Vermischte Verwaltungsausgaben	5	5
3.3.4 Sachverständige, Gerichts- u. ähnliche Kosten (inkl. Bilanzkosten)	9	9
Summe 3.3	289	289
Summe 3.	1.331	1.331

Kontenbezeichnung	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. Euro	
1	2	3
4. Steuern, Abgaben und Beiträge		
4.1 Steuern, Abgaben und Beiträge für das Allgemeine Grundvermögen	11.000	11.000
4.2 Kostenerstattungsbeiträge nach dem Kostenerstattungsgesetz für das Allgemeine Grundvermögen	0	0
Summe 4.	11.000	11.000
<u>Gesamtausgaben</u>	23.118	23.118
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	24.098	23.798

Kontenbezeichnung	Ansatz 2009	VE 2009	Ansatz 2010	VE 2010
	In Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
I. <u>Finanzbedarf</u>				
1. Investitionen				
1.1 Kaufpreisüberschreitende Aufwendungen aus Mängelhaftungsklauseln für Altlasten im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken	0	-	0	-
1.2 Baumaßnahmen an stadteigenen Wohngebäuden	1.800	2.500	1.950	2.500
1.3 Erwerb von Grundstücken in Gebieten sozialer Erhaltungssatzungen	0	-	0	-
Summe 1.	1.800	2.500	1.950	2.500
2. Sonstiger Finanzbedarf				
2.1 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	-	-	-	-
2.2 Ablieferung an den Haushalt	24.029	-	23.579	-
2.3 Jahresfehlbetrag	-	-	-	-
Summe 2.	24.029		23.579	-
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	25.829	2.500	25.529	2.500
II. <u>Deckungsmittel</u>				
Jahresüberschuss	24.098	-	23.798	-
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	-	-		-
Betriebszuschuss aus dem Haushalt	-	-	-	-
Zuschuss für Versorgungszuschläge (Titel 9010.632.91)	1.731	-	1.731	-
Erlöse aus der Wiederveräußerung von Grundstücken in Gebieten sozialer Erhaltungssatzungen	-	-	-	-
Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb für die Zahlung von Kleingartenentschädigungen, Billigkeitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten	0	-	0	-
Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen des Allgemeinen Grundvermögens oder ihnen gleichzustellende Flächen	0	-	0	-
<u>Summe Deckungsmittel</u>	25.829	-	25.529	-
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	-	-	-	-
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>				

ERLÄUTERUNGEN

Veranschlagt sind die Einnahmen, Ausgaben, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für den Wirtschaftsplan Immobilienmanagement. Die Gliederung der Erläuterungen entspricht den Gliederungsziffern im Wirtschaftsplan.

Die Einnahmen und Ausgaben der Kommission für Bodenordnung sind im Kapitel 9000 veranschlagt. Im Kapitel 9010 werden die Abführungen des Wirtschaftsplans und die Zuweisungen an ihn sowie zwei Titel zur haushaltstechnischen Abwicklung (durchlaufende Posten) berücksichtigt:

9010.121.01	Einnahmen aus Abführungen von Wirtschaftsplänen
9010.356.01	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen
9010.547.02	Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen des allgemeinen Grundvermögens oder ihnen gleichzustellenden Flächen
9010.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne

Kurzbeschreibung des Immobilienmanagements

Das Immobilienmanagement der Finanzbehörde tritt als zentraler Dienstleister gegenüber den Behörden Hamburgs und seinen öffentlichen Unternehmen sowie als aktiver Marktteilnehmer nach außen auf. Neben dem Kerngeschäft von Ankauf, Entwicklung und Vermarktung von Flächen für das wachsende Hamburg bildet das Bestandsmanagement ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld. Die frühere „Liegenschaftsverwaltung“ der Finanzbehörde ist in den vergangenen Jahren zu einem modernen und aktiven Immobilienmanagement weiterentwickelt worden (vgl. Drs. 18/6656). Alle grundstücksbezogenen Geschäfte wurden zentralisiert und die Aufbauorganisation fachlich funktional gegliedert. Besonders der Bereich Grundstücksaktivierung wurde als Schwerpunktaufgabe ausgebaut. Zusätzlich wurde eine offensivere Flächenvermarktung durch die Zusammenfassung von Verkaufsaktivitäten in einer Abteilung nebst Bündelung und Ausbau von Marketing und Vertrieb verstärkt.

A. Erfolgsplan

Genannte Teilbeträge beziehen sich auf die Haushaltsjahre 2009 sowie 2010, soweit nicht anders benannt.

Einnahmen

A1. Betriebseinnahmen

1.1 Mieten und Pachten

In den Ansatz von 28.711 Tsd. Euro fließen folgende Positionen ein:

- **Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke** (soweit nicht im Folgenden spezifiziert)
(vormals 9010.124.01) 14.500 Tsd. Euro
- **Jagd- und Fischereipachten**
(vormals 9010.124.02) 30 Tsd. Euro
- **Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Wohnungen an die SAGA**
(vormals 9010.124.04) 1.050 Tsd. Euro

Nach dem Paketverkäufen der vergangenen Jahre an die SAGA, GWG und die Hamburgische Städtebauförderungsgesellschaft verwaltet die SAGA noch einen Bestand von rd. 1500 Einheiten für die Stadt, darunter rund 1.280 Wohneinheiten. Aufgrund der vorliegenden Bestandsuntersuchungen und der erwarteten Einnahmen wird sich voraussichtlich ein Bewirtschaftungsüberschuss ergeben (vormals 9010.124.04).

Die Ertragssituation der SAGA im Bereich der stadteigenen Wohnungen stellt sich nach Angaben des Unternehmens für 2009 und 2010 voraussichtlich wie folgt dar (Angaben in Tsd. Euro):

Voraussichtliche Mieteinnahmen der SAGA einschl. Umlagen und sonstige Erträge ohne Vorauszahlungen für Heizung und Warmwasser	ca.	6.191
./. Verwaltungskosten (einschl. Abschreibungen auf Forderungen aus Vermietung)	ca.	468

./. Betriebs- und sonstige Kosten (einschl. Steuern)	ca.	1.762
./. Vergütung von 0,5 v.H. der Soll-Mieteinnahmen einschl. Umlagen	ca.	36
./. Gesondert an die Stadt abzuführende Modernisierungszuschläge (vgl. 9010.281.10)	ca.	330
./. Instandhaltungsmittel	ca.	2.545
Verbleibende an die Stadt zu zahlende Miete		<u>1.050</u>

- **Vermietung stadteigener Grundstücke mit gewerblicher Nutzung**
(vormals 9010.124.05) 10.400 Tsd. Euro

Nach zahlreichen Objektverkäufen im Rahmen des Projektes PRIMO aus dem von der SpirAG verwalteten Bestand wurde mit Wirkung vom 1.1.2007 ein neuer Generalmietvertrag zwischen der SpriAG und der Stadt abgeschlossen.

- **Mieten und Pachten für kleingärtnerisch genutzte Grundstücke, Nutzungsabgabe für Behelfsheime u.a.**
(vormals 9010.124.06) 1.700 Tsd. Euro
- **Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Grundstücke an die Genossenschaft Fritz-Schumacher-Siedlung**
(vormals 9010.124.07) 645 Tsd. Euro

Einnahmen in Höhe von 25 v.H. der von der Genossenschaft der Fritz-Schumacher-Siedlung Langenhorn e.G. erhobenen Grundmieten. Nach dem mit der Genossenschaft abgeschlossenen Mietvertrag ist diese verpflichtet, für Instandsetzung sowie Instandhaltung des rund 80 Jahre alten Gebäudebestandes zu sorgen. Sie kann hierfür bzw. für die Bildung einer entsprechenden Rückstellung bis zu 65 v.H. der Grundmieten verwenden; weitere 10 v.H. sind für Verwaltungskosten und Mietzinsausfallwagnis vorgesehen. Die verbleibenden Anteile der Nettokaltmiete, deren Erhebung sich an dem jeweils gültigen Mietenspiegel, Feld E 3 – Mittelwert, orientiert, ergeben den vertraglich vereinbarten Mietzins.

Für 2009 sowie 2010 ergeben sich daraus voraussichtlich folgende Mietzahlungen der Genossenschaft (Angaben in Tsd. Euro):

Mieteinnahmen der Genossenschaft	ca.	3.015
./. Betriebskosten	ca.	<u>435</u>
Nettokaltmiete	ca.	2.580
./. Instandhaltungskosten	ca.	1.677
./. Verwaltungskosten	ca.	206
./. Mietausfallkosten	ca.	<u>52</u>
An die Stadt zu zahlende Miete	ca.	<u>645</u>

Der Vertrag mit der Fritz-Schumacher-Siedlung e.G. läuft bis zum 30.4.2020. Von 1990 bis Ende 2007 wurden durch die Genossenschaft Instandhaltungsmittel in Höhe von rund 23,7 Mio. Euro aufgewendet. Die FSS ist während der gesamten Vertragslaufzeit verpflichtet, die Siedlung im Sinne von Fritz Schumacher zu erhalten und ordnungsgemäß zu bewirtschaften.

- **Einnahmen aus der Vermietung stadteigener Wohnungen an die STEG**
(vormals 9010.124.08) 70 Tsd. Euro

Einnahmen aus der Vermietung von 38 stadteigenen Wohnungen im aufgehobenen Sanierungsgebiet Ottensen S 1, die aus dem Treuhandvermögen der STEG an die Stadt zurückgegeben wurden.

Die Miete aus diesem Wohnungsbestand stellt sich für 2009 sowie 2010 voraussichtlich wie folgt dar (Angaben in Tsd. Euro):

Mieteinnahmen der STEG	ca.	187
./. Instandhaltungskosten	ca.	30
./. Verwaltungskosten	ca.	10
./. Betriebs- und Heizkosten	ca.	73
./. Mietausfallkosten	ca.	<u>4</u>
An die Stadt zu zahlende Miete		<u>70</u>

- **Einnahmen aus der Vermietung von Reihenhäusern am Mariannenweg**

(vormals 9010.124.09)

84 Tsd. Euro

Am 1.4.2000 ist das für die Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG -BGFG- an Reihenhäusern Grundstücken am Mariannenweg etc. bestellte Erbbaurecht erloschen. Über das weitere Schicksal der in Flughafennähe liegenden Reihenhäuser wird innerhalb der nächsten Jahre planerisch entschieden werden. Bis zu einer endgültigen Aussage hierzu wird die BGFG weiterhin mit der Verwaltung der Gebäude betraut.

Der veranschlagte Betrag errechnet sich wie folgt (Angaben in Tsd. Euro):

Nettokalmmieten (Bruttomiete) für die 58 Mietreihenhäuser	ca.	140
Hiervon sind abzusetzen		
./. Verwalterkosten der BGFG	ca.	20
./. Instandhaltungskosten	ca.	36
An die Stadt zu zahlende Miete		<u>84</u>

Daneben zahlen die Mieter die umlagefähigen Betriebskosten, die von der BGFG im Auftrage der Stadt direkt mit den Mietern abgerechnet werden.

- **Pachten für landwirtschaftliche Betriebe**

(vormals 9010.124.11)

232 Tsd. Euro

1.2 Einnahmen aus der Vergabe von Erbbaurechten

(vormals 9010.124.31 und 124.32)

14.375 Tsd. Euro

Das Immobilienmanagement beabsichtigt, vorrangig die Verwaltung der zum Zwecke des Wohnungsbaus bestellten Erbbaurechte an einen Dienstleister zu vergeben. Aufgabe des Dienstleisters wird es sein, die Erbbaurechte während der Laufzeit zu verwalten, insbesondere die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen zu überprüfen und die Erbbauzinsen im Rahmen der vertraglichen oder gesetzlichen Möglichkeiten zu erhöhen und zu erheben. Von den Einnahmen dürfen daher die Kosten für die Verwaltung der Grundstücke abgesetzt werden.

1.3 Entgelte aus Dienstleistertätigkeit

(vormals 9010.111.51, 111.52, 261.12, 281.05)

2009: 1.200 Tsd. Euro

2010: 900 Tsd. Euro

In 2009 sind durch die Beurkundung von Kaufverträgen aus der Wohnungsbauoffensive 2008/2009 mehr Einnahmen zu erwarten.

1.4 Einnahmen für vorübergehende Überlassung von Flächen

(vormals 9010.124.10)

A2. Sonstige Einnahmen

- 2.1 Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Kostenerstattungsbeiträge nach dem Kostenerstattungsgesetz (vormals 9010.341.01)
- 2.2 Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für kaufpreisüberschreitende Aufwendungen aus Mängelhaftungsklauseln für Altlasten im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken (vormals 9010.341.02)
- 2.3 Veranschlagt sind die von der SAGA neben den allgemeinen Mieteinnahmen abzuführenden Mehrerträge aus den durchgeführten Modernisierungen vergangener Jahre. Veränderungen sind in Abhängigkeit von Bestandsveränderungen und Investitionen möglich.
(vormals 9010.281.10)

330 Tsd. Euro

-

Im Übrigen wird hinsichtlich der Einnahmen auf die Ausführungen in den Produktinformationen verwiesen.

Ausgaben

A1. Fachausgaben

- 1.1 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (vormals 9010.519.01).
- 1.2 Bewirtschaftung des Allgemeinen Grundvermögens (vormals 9010.517.01)
- 1.3 Ausgaben für die Gewinnung von Grundstücksinformationen (vormals 9010.539.10).
- 1.4 Zahlung von Kleingartenentschädigungen, Billigkeitsentschädigungen für Behelfsheime, Abbruch- und Umzugskosten (vormals 9010.681.01)
- 1.5 Beteiligung der Stadt an Kosten gemeinschaftlich von Grundeigentümern zu errichtender Anlagen sowie an Erschließungsnebenkosten f. stadteigene Grundstücke (vormals 9010.671.01)

A2. Personalausgaben

2.1 Gehälter und Löhne

- 2.1.1 Beamtenbezüge (vormals 9010.422.91)
- 2.1.2 Arbeitnehmervergütungen (vormals 9010.425.91)

2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

- 2.2.1 Arbeitgeberanteile Sozialversicherung Arbeitnehmer (vormals 9010.425.91)
- 2.2.2 Versorgungszuschläge Beamte (vormals 9010.432.91)
- 2.2.3 Versorgungszuschläge Arbeitnehmer (vormals 9010.435.91)
- 2.2.4 Kostenanteil an den Beihilfen (vormals 9010.441.91)

A3. Sonstige betriebliche Ausgaben

3.1 Personalbedingte Ausgaben

- 3.1.1 Dienstreisen (vormals 9010.527.99).

3.2 Mieten und Bewirtschaftung (vormals 9010.517.99 und 518.99)

- 3.2.1 Bewirtschaftung der eigengenutzten Grundstücke
- 3.2.2 Mieten und Pachten der eigengenutzten Objekte

3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb

- 3.3.1 Geschäftsbedarf und Kommunikation soweit nicht unter 3.3.3, Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (vormals 9010.511.99).
- 3.3.2 Behördeninterner Telefonverkehr (vormals 9010.671.55).
- 3.3.3 vermischte Verwaltungsausgaben (vormals 9010.539.01).
- 3.3.4 Sachverständige, Gerichts- u. ähnliche Kosten (inkl. Bilanzkosten). Der Prüfungsabteilung der Finanzbehörde zu erstattende Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses.

A4. Steuern, Abgaben und Beiträge

- 4.1 Steuern, Abgaben und Beiträge für das Allgemeine Grundvermögen: Überwiegend Grundsteuerzahlungen für stadteigene Grundstücke. Darüber hinaus sind Verbandsbeiträge zu Entwässerungsverbänden u.ä. sowie Sielanschlussbeiträge für Grundstücke aus dem Allgemeinen Grundvermögen hieraus zu zahlen (vormals 9010.517.02).
Reduzierter Ansatz, weil keine Zahlungen für die auf die HPA übergegangenen Grundstücke mehr geleistet werden.
- 4.2 Zahlungen für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz bei Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens (vormals 9010.981.01)

B. Finanzierungsplan

B.I.1 Investitionen

- 1.1 Baumaßnahmen an stadteigenen Wohngebäuden (vormals 9010.703.01).
Die Mittel sind vorgesehen für Baumaßnahmen zum Erhalt der wirtschaftlichen Nutzung an stadteigenen Wohnungen. Die VE ist zur Einleitung neuer Maßnahmen bestimmt.
- 1.2 Erwerb von Grundstücken in Gebieten sozialer Erhaltungssatzungen (vormals 9010.821.01).

B.II Deckungsmittel

1. Erlöse aus der Wiederveräußerung von Grundstücken, für die in Gebieten Sozialer Erhaltungsverordnung nach § 172 BauGB das Vorkaufsrecht ausgeübt wurde (vormals 9010.131.01)
2. Entnahmen aus dem Grundstock für Grunderwerb für Aufwendungen zur Entwicklung und Aktivierung von Flächen zugunsten des Wirtschaftsplanes. Sofern Mittel für zweckentsprechende Maßnahmen anderer Behörden und Ämtern bereitgestellt werden erfolgt dies aus dem Titel 9010.547.02 Die Entnahme von Mitteln aus dem Grundstock für die Aktivierung ist auf insgesamt 3.000.000 Euro beschränkt.

Produktinformationen

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Vorausschauende Beschaffung von Grundstücken für öffentliche Bedarfe sowie für Zwecke der Wirtschaftsförderung und des Wohnungsbaus.
Z 2:	Flächenmäßige Absicherung des Wohnungsbauprogramms des Senats durch Vergabe aus eigenem Bestand. Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg durch zeitgerechte Bereitstellung von Flächen, Verkauf von entbehrlichen Grundstücken.
Z 3:	Weitgehende Vermietung und Verpachtung der Grundstücke des Allgemeinen Grundvermögens. Werterhaltung und Wertverbesserung des Allgemeinen Grundvermögens bei wirtschaftlichem Mitteleinsatz.
Z 4:	Optimierung des städtischen Flächenportfolios unter planungsrechtlichen Aspekten. Erschließen von Flächenpotentialen unter stadtentwicklungspolitischen und stadtwirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie Aktivierung entbehrlichen Vermögens.
<i>Produkte</i>	
P 1 Beschaffung von Grundstücken	Erläuterungen: Der finanzielle Umfang der Ankäufe von Grundstücken wird im Wesentlichen im Grundstock für Grunderwerb und in den Grunderwerbstiteln der Einzelpläne 1.0 bis 9.1 dargestellt.
P 2 Veräußerung von Grundstücken (Programmflächen, öffentliche Bedarfe und Vermögensmobilisierung)	Erläuterungen: Der finanzielle Umfang der Verkäufe von Grundstücken wird im Wesentlichen im Grundstock für Grunderwerb und in den Grunderwerbstiteln der Einzelpläne 1.0 bis 9.1 dargestellt. Flächen im Hafennutzungsgebiet sind durch die Bürgerschaftsdrucksache 18/2332 mit Wirkung vom 1.10.2005 an die Hamburg Port Authority übertragen worden. Die im Eigentum der Stadt verbliebenen Flächen werden beim Produkt P 3 abgebildet.
P 3 Bewirtschaftung von Grundstücken und Verwaltung von Rechten	Erläuterungen: Die Einnahmen und Ausgaben dieses Produkts beziehen sich auf die Nutzung des Teiles des Allgemeinen Grundvermögens, der nicht kurzfristig für öffentliche Bedarfe sowie für Zwecke der Wirtschaftsförderung und des Wohnungsbaus eingesetzt wird.
P 4 Flächenaktivierung und -entwicklung	Erläuterungen: Flächenentwicklung zur Vermögensmobilisierung, für städtische Programmziele (Gewerbe und Wohnen) und für eine strategische Flächenreserve.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. Euro	47.216	46.916
• Betriebseinnahmen in Tsd. Euro	47.216	46.916
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. Euro	23.091	23.091
• Personalausgaben in Tsd. Euro	8.895	8.895
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. Euro	14.196	14.196
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. Euro	11.000	11.000
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.800	1.950

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-
· innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Ausgabeschwerpunkt (abgebildet im Grundstock für Grunderwerb) beim Produkt P1 stellt der Ankauf von Flächen für strategische Flächenreserven einschl. Konversionsflächen sowie Flächen mit Ausgleichspotenzial dar. Einnamenschwerpunkt (abgebildet im Grundstock für Grunderwerb) beim Produkt P2 sind der Verkauf von Programmflächen für Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau sowie Vermögensmobilisierung. Wesentliche finanzielle Schwerpunkte des Produkts P3 liegen bei den Einnahmen der Vermietung und Verpachtung unbebauter und bebauter Flächen einschließlich der Erbbauzinsen. Die Ausgaben werden durch die Unterhaltung des Allgemeinen Grundvermögens, die qualitative Verbesserung des städtischen Wohnungsbestandes sowie die Grundsteuern und übrige öffentliche Lasten und Abgaben bestimmt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2009	Plan 2010
Stellen	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	146,70	146,70
<i>Bestandskennzahlen</i>		
Größe des Allgemeinen Grundvermögens in ha	12.700	12.700
Wert des Allgemeinen Grundvermögens in Mio. Euro	5.900	5.900
Größe des Verwaltungsvermögens der Fachbehörden in ha	22.600	22.600
Wert des Verwaltungsvermögens der Fachbehörden in Mio. Euro ¹	14.500	14.500
Anzahl bestehender Erbbaurechte	4.200	4.200
Anzahl bestehender Miet- und Pachtverträge auf unbebauten Grundstücken	6.150	6.200

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Beschaffung von Grundstücken		
Ausgaben für den Grunderwerb (ohne Bund) in Mio. Euro	110	110
Anzahl der beschafften Grundstücke	75	75
Größe der beschafften Grundstücke in ha	80	80
P 2: Veräußerung von Grundstücken (Programmflächen, öffentliche Bedarfe und Vermögensmobilisierung):		
Flächen für den Geschosswohnungsbau im Eigentum der FHH		
Einnahmen aus den Veräußerungen im Geschosswohnungsbau in Mio. Euro	45	40
Anzahl der veräußerten Grundstücke	25	25
Größe der veräußerten Grundstücke in ha	20	15
Wohneinheiten auf den veräußerten Grundstücken	1.300	1.300
Flächen für den Eigenheimbau im Eigentum der FHH		
Einnahmen aus den Veräußerungen für den Eigenheimbau in Mio. Euro	10	10
Anzahl der veräußerten Grundstücke/Wohneinheiten	100	100
Größe der veräußerten Grundstücke in ha	5	5
Flächen für Gewerbe im Eigentum der FHH²		
Einnahmen aus der Veräußerung von Gewerbeflächen in Mio. Euro	50	80
Anzahl der veräußerten Grundstücke	40	40
Größe der veräußerten Grundstücke in ha	30	30
Vermögensmobilisierung von entbehrlichen Grundstücken		
Einnahmen aus der Vermögensmobilisierung in Mio. Euro	10	10
Größe der veräußerten entbehrlichen Grundstücke in ha	5	5
Anzahl der veräußerten entbehrlichen Grundstücke	40	40

¹ Die Wertangabe für das Verwaltungsvermögen bezieht sich auf Grund und Boden ohne Baulichkeiten

² Flächen für Gewerbe beinhalten Flächen für Wirtschaftsförderung, Industrie, MK und sonstige gewerbliche Nutzungen.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Bewirtschaftung von Grundstücken und Verwaltung von Rechten :		
Erhaltene Nutzungsentgelte im Rahmen der Grundstücksverwaltung in Mio. Euro ³	45	45
Bereitgestellte Mittel für die Pflege des Wohnungsbestandes in Mio. Euro ⁴	4,70	4,60
P 4: Flächenaktivierung und -entwicklung:		
Anzahl der entwickelten Flächen	50	50
Größe der entwickelten Flächen in ha	55	55

³ Einnahmen im Haushalt aus der Nutzung von Grundstücken einschl. Erbbauzinsen

⁴ Dargestellt sind die Ansätze des bisherigen Titels 9010.703.01 sowie die von der SAGA für die ihr vermieteten städtischen Wohnungen aufgewandten Instandhaltungskosten (vgl. Erläuterung zu den Einnahmen aus Mieten und Pachten)

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 3,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 4 ¹	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16 ²	2,00			2,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14 ³	4,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes
A 13 ⁴	2,00			4,00	
A 13	10,00	1,00	2)	10,00	Vermerk weggefallen
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb
A 12 ⁵	18,00	1,00	4)	19,00	Vermerk weggefallen
		1,00	5)		Vermerk weggefallen
A 11 ^{6,7}	39,00	3,00	6)	40,00	Vermerk weggefallen
A 10	27,15	1,00	7)	25,65	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb

¹ - 1,0 SD B4 Stelle der KfB (keine Verlagerung in Wirtschaftsplan)

² + 1,0 LRD A16 Stelle durch Umwandlung 1,0 Ang E15Ü: somit 3,0 LRD A16 Stellen (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

³ + 1,0 ORR A14 Stelle im Rahmen der Quote, durch Tausch mit RR A13 (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

+ 1,0 ORR A14 Stelle für das Projekt Grundstücksentwicklung Imm 421

⁴ - 1,0 RR A13 Stelle im Rahmen der Quote, durch Tausch mit ORR A14 (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

⁵ + 1,0 AR A12 Stelle für das Projekt Grundstücksentwicklung Imm 421

⁶ - 1,0 RA A11 Stelle der KfB (keine Verlagerung in Wirtschaftsplan)

⁷ + 2,0 RA A11 Stellen für das Projekt Grundstücksentwicklung Imm 421

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9060; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9060; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Personelle Unterstützung des Flächenkoordinators in der BSU
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und betrieblicher Strukturen beim Grundstock für Grunderwerb
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1300; Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (5.Stufe)
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss für das Projekt Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens und betrieblicher Strukturen beim Grundstock für Grunderwerb

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms
A 13	3) kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Abschluss des Projektes Grundstock für Grunderwerb	
A 12	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms
A 12	5) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 11	6) weggefallen	kw: 3,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Abwicklung des Einzelhausbauplatzprogramms

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9 ⁸	8,00			12,00	
A 9	2,50			3,50	
A 8	2,00			1,00	
A 7	1,00			2,50	
Summe:	121,65			127,65	
Summe	118,65				
Ohne KfB	+ 1,0 A16				
	+ 1,0 A14				
	+ 1,0 A12				
	+2,0 A11				
	123,65				

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (10,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (18,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (39,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (27,15)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (8,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,50)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	4,00			5,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	0,00	1,00	8)	4,00	Vermerk weggefallen
		1,00	9)		Vermerk weggefallen
A 6	0,00	1,00	10)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			5,00	

⁸ - 1,0 RI A9 Stelle der KfB (keine Verlagerung in Wirtschaftsplan)

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00		3,00	-7,00	-1,00			-3,00	
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	2,00	0,00	4,00	-10,00	-1,00	0,00	0,00	-5,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	2,00	-0,50	4,00	-10,00	-1,50	0,00	0,00	-6,00	
A 9			-3,00						-3,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf der Probezeit
A 9	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
A 6	-1,00								-1,00	Einweisung in Planstelle- Ablauf Probezeit
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	-2,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		§ 50a (1)	
A 14	1,00			1,00	Nr. 1	
A 12	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			5,00		

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
II a hD	0,00			1,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			3,50	
IV b	0,00	1,00	11)	8,00	Vermerk weggefallen
V b gD	0,00			0,00	
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00			6,50	
VI b	0,00	1,00	12)	7,50	Vermerk weggefallen
VII	0,00			1,50	
IX b/VII	0,00			1,00	
VIII	0,00			2,00	
Summe:	0,00			34,00	
Arbeitnehmer					
E 15 ü ⁹	1,00			0,00	
E 14 ¹⁰	1,00	-		0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 10	1,00			0,00	
E 9	6,00			0,00	

⁹ - 1,0 Ang E15Ü Stelle durch Umwandlung in LRD A16: somit 0 E15Ü Stellen (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

¹⁰ + 1,0 Ang E14 Stelle zusätzlich ausgebracht, gem. Delegation III vom 22.11.2000 (Referatsleitung -412-)

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I II a hD					-1,00	-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts -1,00 Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
III IV a V b gD					1,00	-1,00 -3,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts -3,00 Umsetzung des neuen Tarifrechts 1,00 Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (4.Stufe)
VIII			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (4.Stufe)
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-2,00	1,00	-1,00	-5,00	0,00	0,00	-7,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	-2,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-24,50	0,00	0,00	-24,50	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-3,00	1,00	-1,00	-31,00	0,00	0,00	-34,00	
E 15 ü E 14						1,00 1,00			1,00 1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11									1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 11			-1,00						-1,00	Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung/ Immobilienmanagement (5. Stufe)
E 10						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 9.1	Finanzbehörde
Kapitel 9010	Management des Grundvermögens

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8 ^{11 12}	5,50			0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 6 ^{13 14}	10,00	1,00	13)	0,00	
E 5	2,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	30,50			0,00	
Summe Ohne KfB	- 1,0 E15Ü - 1,0 E8 - 1,0 E6 <u>+1,0 E14</u>				
	28,5				
Summe (ohne *)	153,15 (Original)			166,65	
Summe Neu (ohne*) und ohne KfB insgesamt	152,15				

¹¹ - 1,0 Ang E8 Stelle der KfB (keine Verlagerung in Wirtschaftsplan)

¹² + 0,5 Ang E8 Stelle durch Hebung 0,5 E6 Stelle (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

¹³ - 1,0 Ang E8 Stelle der KfB (keine Verlagerung in Wirtschaftsplan)

¹⁴ - 0,5 Ang E6 Stelle durch Hebung 0,5 E6 Stelle nach E8 (Gesamtstellenanzahl bleibt gleich)

Einzelplan 9.1 Kapitel 9010	Finanzbehörde Management des Grundvermögens

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerun- g	Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesa- mt	Begründung en
				Zu- gang	Ab- gang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Übertrag			-1,00	2,00		6,00			7,00
E 9			-4,50						-4,50
E 9				2,00					2,00
E 8		1,00							1,00
E 8			-1,00						-1,00
Summe Arbeitnehmer	0,00	1,00	-6,50	4,00	0,00	6,00	0,00	0,00	4,50
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	1,00
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,00	0,00	0,00	25,00
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	1,00	-7,00	4,00	0,00	32,50	0,00	0,00	30,50
Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	3,00	-13,50	9,00	-11,00	0,00	0,00	0,00	-14,50

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	9015	1,00	Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	Flächenbezogene Initiierung, Begleitung und Bewertung ressortübergreifender fachpolitischer Großprojekte und Planungen
2	9015	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Stellvertretende Referatsleitung für Schwerpunktaufgabe Grundstücksaktivierung
Stellenhebungen				
3	9015	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 nach Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	Leitung des Referats für Betriebswirtschaft und Finanzen bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Projektleitung „Grundstock für Grunderwerb“
4	9015	2,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Aufgabenveränderung im Bereich Ankauf und Bestand, Region Ost
5	9015	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Gestiegene Anforderungen im Bereich Einfamilienhausflächen durch verstärkte Aktivierung von Wohnbauflächen
6	9015	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	- „ -
7	9015	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Erhöhte Anforderungen durch Schwerpunktaufgabe Grundstücksaktivierung insbesondere im Rahmen „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“
8	9015	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	- „ -

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
9	9015	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Aufgabenveränderung durch Schaffung des neuen Referates Steuerungsunterstützung
10	9015	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Qualitative Aufgabenveränderung in der Grundbuchstelle
11	9015	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Gestiegene Anforderungen im Bereich Geschosswohnungsbauflächen durch verstärkte Aktivierung von Wohnbauflächen
Sonstige Stellenveränderungen				
12	9015	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 15 Ü in Leitende Regiergungsdirektorin/Leitender Regiergungsdirektor A 16	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die Abteilungsleitung Grundstücksentwicklung

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2010

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	9015	2,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 nach Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	Qualitativer Aufgabenzuwachs aufgrund neuer fachlicher Anforderungen an die Verkaufsabteilung
2	9015	2,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 nach Oberamtsärztin/Oberamtsarzt A 13	- „ -
3	9015	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Erhöhte Anforderungen durch Schwerpunktaufgabe Grundstücksaktivierung
Sonstige Stellenveränderungen				
4	9015	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 12 in Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die stellvertretende Referatsleitung Großprojekte, Marketing

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan der Kasse Hamburg § 15 (2) LHO

zugleich Erläuterung für die Titel

9000.261.04

9020.682.01

9020.632.91

9020.892.56

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwendet werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächsten Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf in das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
500551 Gebühren aus Beitreibung Gebührenein- zugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rund- funkanstalten	374	391	370	238	238
500552 Gebühren a. Beitreibung Stadtreinigung	164	164	164	164	164
500553 Gebühren a. Beitreibung FHH	550	589	380	495	495
500580 Erstattungen Geschäftskonten § 61 LHO	134	119	140	114	114
500590 Sonstige Umsatzerlöse	5	1	–		
500601 Gebühren für die Ausstellung v. Anliegerbe- scheinigungen		84	50	-	-
500602 Beiträge für die Hamburger Stadtentwässe- rung		231	229	-	-
Summe 1.	1.227	1.579	1.333	1.011	1.011
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und ferti- gen Erzeugnissen					
Summe 2.			–	–	–
3. Andere aktivierte Eigenleistungen					
Summe 3.			–	–	–
4. Sonstige betriebliche Erträge					
548500 Herabsetzung/Auflösung von Wertberichti- gungen und Rückstellungen					
549000 Periodenfremde Erträge	29	94	–	–	–
Summe 4.	29	94	–	–	–
5. Zinserträge und ähnliche Erträge					
578100 Erträge eigenes Geschäftskonto	25	41	–	–	–
Summe 5.	25	41	–	–	–
6. Außerordentliche Erträge					
581000 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	771	946	774	948	948
583000 Gewährleistung der Altersteilzeit Zusagen FHH (Zuführung)	123	352	222	113	113
582000 Gewährleistung der Beihilfen f. Passive der FHH	1.339	588	–	2.091	2.091
595500 Erstattung v. Vorschüssen Vollstreckung	28	6	–	–	–
595600 Erstattung aus sonstigen durchlfd. Posten	10	273	–	–	–
580000 außerordentliche Erträge		1	–	–	–
Summe 6.	2.271	2.166	996	3.152	3.152
<u>Gesamterträge</u>	3.552	3.880	2.329	4.163	4.163

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
684101 Autom. Anordnungs-, Kassen- und Rechnungsw. IT	18	21	62	62	62
684107 Vollstreckung/PRAVO IT	37	9	97	97	97
684108 Neues Forderungsmanagement IT	–	–	–	–	–
Summe 1.	55	30	159	159	159
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
630000 Beamtenbezüge	3.528	4.777	4.499	3.281	3.281
630500 Angestelltenvergütungen	2.410	2.756	2.815	2.455	2.455
630900 sonst. Aufw. mit Lohn- u- Gehaltscharakter	–	–	–	–	–
Summe 2.1	5.938	7.533	7.314	5.736	5.736
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
642000 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	511	559	597	521	521
641100 Versorgungsaufwendungen für Beamte	920	1.425	1.319	954	954
642100 Versorgungsaufwendungen für Angestellte	255	297	299	259	259
641200 Gewährl. der Vers.-zusagen der FHH-Pensionsrückstellung (Zuführung)	771	946	774	948	948
631000 Altersteilzeit Rückstellungen (Zuführung)	123	352	222	113	113
632000 Rückstellungen Beihilfe Passive (Zuführung)	1.339	588	–	2.091	2.091
645000 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistung Aktive	244	286	167	122	122
645010 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistung Passive	1	3	–	2	2
646000 Beiträge zur Unfallkasse Nord	1	1	17	1	1
Summe 2.2	4.165	4.457	3.395	5.011	5.011
Summe 2.	10.103	11.990	10.709	10.747	10.747
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
653000 Abschreibung auf IT Hardware	94	104	11	100	100
651000 Abschreibung auf IT Software		0	–	–	–
654000 Abschreibung a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	4	3	3	3	3
654900 Abschreibung geringw. Wirtschaftsgüter	58	55	–	–	–
654910 Abschr. auf Wirtschaftsgüter 150 - 1000 €			–	–	–
695100 Abschreibung a. Forderungen wg. Uneinbringlichkeit		3			
Summe 3.	156	165	14	103	103
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661000 Fahrkosten, Reisekosten	2	5	5	3	3

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
664000 Aufwendungen f. Fort- u. Weiterbildung	36	38	12	12	12
667000 Anspornvergütung für Vollziehungsbeamte	20	20	34	34	34
668000 Kilometergeldpauschale	64	63	90	90	90
Summe 4.1	122	126	141	139	139
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
671000 Mieten und Pachten	546	660	724	609	609
672000 Bewirtschaftung der Grundstücke	221	342	205	192	192
673000 Unterhaltung der Grundstücke	-	1	31	27	27
Summe 4.2	767	1.003	960	828	828
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
610000 Fremdleistungen f. bezogene Erzeugnisse u.a.					
680000 Büromaterial, Literatur, Kommunikation	354	262	432	382	382
682200 Telefonkosten	42	113	52	60	60
684000 IT-Betriebskosten (Dataport)	32	18	43	43	43
684010 IT Sachaufwand	3	-	68	38	38
685000 Sachverständige, Gerichts- u. ähnliche Kosten	25	31	25	21	21
688000 Erstattung Verwaltungsausgaben	750	-	-	-	-
Vewaltungsdienstleistung					
688501 Erstattung Verwaltungsdienstleistung Finanzbehörde	303	679	679	303	303
688502 Erstattung Behörden-Transport-Service	16	16	18	16	16
688503 Erstattung Zentrum für Personaldienste	30	32	36	27	27
688504 Erstattung Arbeitsmedizinischer Dienst	5	3	3	3	3
688505 Erstattung Geoinformation und Vermessung	-	27	100	-	-
688506 Erstattung Landesbetrieb Verkehr	-	-	-	5	5
689000 Vermischte Verwaltungsausgaben	92	113	104	44	44
Summe 4.3	1.652	1.294	1.560	942	942
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
695500 Aufw. für Ausl. Vorschuss Vollstreckung	28	7	-	-	-
695600 Aufw. für .sonstige. durchlfd. Posten		273			
694000 sonstige betriebliche Aufwendungen	16	9	-	-	-
699000 periodenfremde Aufwendungen	22	57	-	-	-
Summe 4.4	66	346	-	-	-
Summe 4.	2.607	2.769	2.661	1.909	1.909
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
758100 Zinsaufwendungen	-		-	-	-
Summe 5.	-		-	-	-
6. Außerordentliche Aufwendungen					
760000 Außerordentliche Aufwendungen	-		-	-	-
Summe 6.			-	-	-

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
Summe 7.			–	–	–
8. Sonstige Steuern					
Summe 8.			–	–	–
<u>Gesamtaufwendungen</u>	12.921	14.954	13.543	12.918	12.918
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-9.369	-11.074	-11.214	- 8.755	- 8.755

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2006	2007	2008	2008	2009	2009	2010	2010
	– in Tsd.EUR –							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
53000 kleinere Baumaßnahmen	–	–	–	–	–			–
81000 IT-Hardware	33	–	–	–	–			–
80000 Betriebs- u. Geschäftsausstattung	7	–	–	–	–			–
89000 Geringwertige Wirtschaftsgüter	58	57	–	–	–			–
89010 Wirtschaftsgüter 150 - 1000	–	–	–	–	–			–
Summe 1.	98	57	–	–	–			–
2. Sonstiger Finanzbedarf								
... Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	–	–		–				–
... Ablieferung an den Haushalt	–	–		–				–
... Jahresfehlbetrag	9.369	11.074	11.214		8.755		8.755	
Summe 2.	9.369	11074	11.214	–	8.755		8.755	–
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	9.467	11.131	11.214	–	8.755		8.755	–
II. Deckungsmittel								
... Jahresüberschuss	–			–				–
... Abschreibungen	156	165	11	–	103		103	–
... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	305	653		–				–
... Verbindlichkeit Rückzahlung Fond zur Effizienzsteigerung	–	-227						
... Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IT Maßnahmen (Titel 9020 892.01)	29	10		–				–
... Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 9000 261.04 u. 9020 682.01)	8.364	9.690	9.585	–	7.439		7.439	–
... Zuschuss für Versorgungsschläge (Titel 9020.632.91)	1.266	1.618	1.618		1.213		1.213	
<u>Summe Deckungsmittel</u>	10.120	11.909	11.214	–	8.755		8.755	–
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	+653	+778						
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>								

ERLÄUTERUNGEN

Einnahmen/ Erträge

500553	Erhöhung auf Basis der IST-Zahlen 2006 und 2007. Darüber hinaus wurde die Gebührenerhöhung berücksichtigt.
500601	Entfällt, da das Landesabgabenamt in das Amt 6 der Finanzbehörde wechselt.
500602	Entfällt, da das Landesabgabenamt in das Amt 6 der Finanzbehörde wechselt.
500580	Reduzierung (26 Tsd. EUR), weil durch Automatisierung die eigenen Kosten als Grundlage für eine Erstattung gem. § 61 LHO gesunken sind.
582000	Mit Änderung der VV zu § 26 LHO erstmalig veranschlagt. Die Basis stellen die versicherungsmathematischen Gutachten zum Jahresabschluss von 2006 und 2007, reduziert um die geschätzten Anteile des Landesabgabenamts, dar.
581000	Änderung auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens zum Jahresabschluss 2007, reduziert um die geschätzten Anteile Landesabgabenamt.
583000	Änderung auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens zum Jahresabschluss 2007, reduziert um die geschätzten Anteile Landesabgabenamt.

Ausgaben/Aufwendungen

630000	Reduzierung um die Anteile des Landesabgabenamts und der Liquiditätsplanung
630500	Reduzierung um die Anteile des Landesabgabenamts und der Liquiditätsplanung
642000	Basis sind die Werte vor Übernahme des Landesabgabenamts.
641100	Basis sind die Werte vor Übernahme des Landesabgabenamts.
642100	Basis sind die Werte vor Übernahme des Landesabgabenamts.
645000	Erhöhung auf Basis der IST-Zahlen der Vorjahre, reduziert um die geschätzten Anteile Landesabgabenamt.
645010	2009/2010 erstmalig veranschlagt.
649000	Neue Bewertung des Sachverhalts: keine Saldierung in GuV, sondern direkte Buchung in die Kapitalrücklage.
682200	Erhöhung auf Basis der IST-Zahlen der Vorjahre
680000	Reduzierung auf Basis der IST-Zahlen der Vorjahre
685000	Erhöhung auf Basis der IST-Zahlen der Vorjahre
688505	Reduzierung auf Basis der IST-Zahlen 2007
688506	Erstmalig veranschlagt (Ausnahmegenehmigungen für Vollstreckungsaußendienst)

Deckungsmittel

Der Betriebszuschuss der Kasse.Hamburg beinhaltet auch die Erstattung aus dem Gegenrechnungsverfahren in Höhe von 105.140,67 € durch das Zentrum für Personaldienste. Für die Rückgabe von Haushaltsmitteln aus dem Fonds zur Effizienzsteigerung in Höhe von 226.852,13 € wurde in 2007 eine Verbindlichkeit passiviert. Die Erstattung der Mittel erfolgte in einer Rate durch Reduzierung des Betriebsmittelzuschusses im April 2008. Verbleibende Deckungsmittel werden in 2008 als Betriebszuschuss verwendet.

Lagebericht der Kasse.Hamburg

Geschäftsjahr 2007

1. Zielbild

Die Kasse.Hamburg (K.HH) ist Zentral- und Landeskasse der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH). Die K.HH war verantwortlich für:

- die rechtzeitige und vollständige Erhebung der Einnahmen, die fristgerechte Leistung der Ausgaben und verantwortet die Buchführung und die Rechnungslegung,
- das Führen der Konten für die Dienststellen der FHH und anderer Einrichtungen, die richtige Zuordnung der Zahlungsein- und -gänge sowie Unterstützung der Dienststellen bei Buchungsproblemen,
- die zwangsweise Einziehung des Geldes oder die Sicherung der Ansprüche, wenn Geldforderungen nicht rechtzeitig beglichen werden,
- das Erstellen des Regelwerkes für das Anordnungs-, Kassen- und Rechnungswesen in der FHH und
- das Erheben der Beiträge im Wege- und Sielbau.

Die K.HH bietet für Dienststellen und Einrichtungen das Führen der Buchhaltung und der Anlagenbuchhaltung an.

2. Aufsicht über die K.HH

Die Aufsicht über die K.HH ist in der Finanzbehörde im Amt 2 – Haushalt und Aufgabenplanung – angesiedelt.

3. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2007 war in der K.HH geprägt durch die folgenden Aufgaben:

- Integration des Landesabgabenamtes in die K.HH und
- Teilnahme der Bereiche Fachliche Steuerung (K2), Zentralkasse (K3) und Zahlungsverkehr und Liquiditätsplanung (K5) an den Projekten Neuen Haushaltswesen (NHH) und Neues Ressourcenverfahren (NRV).

Das Geschäftsjahr 2007 weist einen Überschuss in Höhe von 775 Tsd. € auf. Dies ist neben einer sparsamen Wirtschaftsführung darauf zurückzuführen, dass die Ausschreibung der neuen Vollstreckungssoftware erst im HHJ 2008 abgeschlossen werden kann und der damit verbundene Aufwand erst im Folgejahr entstehen wird.

Die wichtigsten Daten der Unternehmensführung stellen sich in den Geschäftsfelder wie folgt dar

Geschäftsfeld	Stichtag 31.12.2007
Zentralkasse	
▪ Anzahl der Sollstellungen	1.910.000
▪ Anzahl unklarer Zahlungseingänge	196.000
▪ Versand der Mahnungen	216.000
Forderungsmanagement	
▪ Einnahmen insgesamt	13.475.000 €
▪ Offene Forderungen	34.250.000 €
▪ Anzahl der offenen Fälle	179.634
▪ Durchschnittliche Bearbeitungszeit	14,56/ Monate
▪ Beitreibungsquote	34,12 %
Zahlungsverkehr und Liquiditätsplanung	
▪ Durchschnittliche Kassenkredite	245.000.000 €/ Tag
▪ Hierfür aufgewandte Zinsen	9.700.000 €/ Tag
▪ Durchschnittliche Termingelder	1.087.000.000 €/ Tag
▪ Hierfür erhaltene Zinsen	43.300.000 €/ Jahr
Landesabgabenamt	
▪ Einnahmen Wegebau	5.381.779,14 €
▪ Einnahmen Sielbau	5.834.148,06 €

4. Erläuterungen zur zukünftigen Entwicklung

In den kommenden Jahren wird die Einführung der kaufmännischen Buchführung in der FHH die Entwicklung in den Bereichen der K.HH maßgeblich bestimmen. Es wird ein noch nicht bezifferter Teil an Ressourcen gebunden werden.

Das Landesabgabnamt wird in das Amt 6 der Finanzbehörde integriert.

Dies bedeutet zugleich die Weiterentwicklung der K.HH als Kompetenzzentrum für Buchhaltungsaufgaben der FHH. Die Buchhaltung des Landesabgabnamtes verbleibt als Dienstleistung in der K.HH.

Darüber hinaus wird der Vollstreckungsaußendienst der Justizbehörde in die K.HH versetzt. Die Einführung einer neuen Vollstreckungssoftware soll umgesetzt werden.

5. Hinweise auf bekannte Risiken

Zurzeit keine

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 9025 Kasse.Hamburg

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen 2,50 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 4,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 15	1,00			0,00	
A 14	2,00			0,00	
A 13	1,00			1,00	
A 13	3,00			3,00	
A 12	9,00	1,00	1)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 31.12.2008 nach Beendigung des Projekts
A 11	17,00	1,00	2)	12,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsdam/Dam Regierungsdam/Dam zum 31.12.2008 nach Beendigung des Projekts
		1,50	3)		kw: 1,50 BesGr. A 11 Regierungsdam/Dam Regierungsdam/Dam nach Abschluss des Projektes KommA
A 10	15,00			2,00	
A 9	10,00	1,00	4)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsdam/Dam Regierungsdam/Dam zum 31.12.2008 nach Beendigung des Projekts
A 9	15,00			15,00	
A 8	56,00	1,00	5)	53,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungsdam/Dam Regierungsdam/Dam nach Freiwerden der Stelle

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15						1,00			1,00	aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13						1,00			1,00	aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 13							1,00		1,00	Erhöhte Anforderungen im Bereich Zahlungsverkehr und Liquiditätsplanung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9030; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch im Rahmen der Quote
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 13							-1,00		-1,00	Erhöhte Anforderungen im Bereich Zahlungsverkehr und Liquiditätsplanung
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 11				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellentausch Landesabgabenamt - FB, aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 11		1,00							1,00	gem. Art 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 10				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Stellentausch aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9010; Stellentausch aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellentausch Landesabgabenamt - FB, aus personalarwirtschaftlichen Gründen
A 8				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 11	3) kw. 1,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Abschluss des Projektes KommA	

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 9025 Kasse.Hamburg

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 7	10,00			9,00	
A 6	1,00	1,00	6)	2,00	Vermerk weggefallen
Summe:	141,00			109,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (3,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (9,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (17,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (15,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (10,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (15,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (56,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (10,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			1,00	
A 8	3,00			1,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	4,00			3,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	0,00			0,00	
A 9	1,00	1,00	7)	0,00	kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor zum 31.03.2009

Einzelplan WI Kapitel 9025	Wirtschaftspläne Kasse.Hamburg

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	2,00			0,00	Nr. 7	
A 6	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		33,50	-3,00	1,00			32,50	
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Übernahme von Intendantaufgaben des Amtes für Organisation u. Zentrale Dienste durch die Kasse.Hamburg mit der Verlagerung des Landesabgabenamtes zur Kasse.Hamburg
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	1,00	0,00	35,50	-3,00	1,00	0,00	0,00	34,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	1,50	0,00	35,50	-3,00	-2,00	0,00	0,00	32,00	
A 13						1,00			1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13						-1,00			-1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kasse.Hamburg

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 9025 Kasse.Hamburg

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 6	2,00	2,00	8)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär zum 30.09.2008</i>
Summe:	3,00			0,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
I b	0,00			1,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			1,00	
IV b	0,00			3,00	
V b gD	0,00	1,00	9)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
V c	0,00	2,00	10)	31,70	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	1,40	11)	12,90	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	0,00			1,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				2,00					2,00	
A 9		1,00							1,00	Befristete Neuschaffung einer anderen Amtsstelle für die Übernahme einer Nach- wuchskraft
A 9			-2,00						-2,00	Ablauf Probezeit
A 6		1,00							1,00	Befristete Neuschaffung einer Anderen Amtsstelle für die Übernahme einer Nach- wuchskraft
A 6		1,00							1,00	Befristete Neuschaffung einer Anderen Amtsstelle für die Übernahme einer Nach- wuchskraft
A 6		3,00							3,00	Befristete Neuschaffung einer anderen Amtsstelle für die Übernahme einer Nach- wuchskraft
A 6			-2,00						-2,00	Ablauf Probezeit
A 6	-1,00								-1,00	Ablauf Probezeit
Summe Andere Amtsstellen										
	-1,00	6,00	-4,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
I a						-1,00			-1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b						-1,00			-1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b						1,00			1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
I b						-1,00			-1,00	aus personalwirtschaftlichen Gründen
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a							1,00		1,00	Stellenbewertung nach dem Tarifrecht
IV a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kas- se.Hamburg
V b gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kas- se.Hamburg
V b gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9020; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kas- se.Hamburg
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Verlagerung des Landesabgabenamtes in die Kas- se.Hamburg

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 9025 Kasse.Hamburg

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IX b/VII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			62,60	
Arbeitnehmer					
E 12	1,00			0,00	
E 11	1,00			0,00	
E 10	3,00			0,00	
E 9	15,00	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9</i>
E 8	37,70	2,00	13)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 8</i>
E 6	13,90	1,00	14)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	3,00			0,00	
Summe:	74,60			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	218,60			171,60	

Einzelplan WI	Kapitel 9025	Wirtschaftspläne Kasse.Hamburg

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	11,00	-2,00	-5,00	1,00	0,00	5,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,90	0,00	0,00	-0,90	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-65,70	-1,00	0,00	-66,70	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	11,00	-2,00	-71,60	0,00	0,00	-62,60	
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							1,00		1,00	Stellenbewertung nach dem Tarfrecht
E 9		1,00							1,00	Korrekturbuchung
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9010; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9		1,00							1,00	Verbleibende IUK/ESAR! Aufgaben
E 9			-1,00						-1,00	Aufgabenwegfall im Bereich Organisation
E 9		1,00							1,00	Aufgabenzuwachs im Bereich Organisation
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Reorganisation der Buchhaltung für das Landesabgabnamt, Verlagerung zur Kasse.Hamburg
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	3,00	-1,00	1,00	-2,00	3,00	2,00	0,00	6,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,90	0,00	0,00	0,90	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	69,70	-2,00	0,00	67,70	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	3,00	-1,00	1,00	-2,00	73,60	0,00	0,00	74,60	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	10,50	-5,00	49,50	-7,00	0,00	0,00	0,00	47,00	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	9025	3,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamts
2	9025	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 nach Oberamtsärztin/Oberamtsarzt A 13	Gestiegene Anforderungen durch Übertragung zusätzlicher Aufgaben an die Referatsleitung Organisation
3	9025	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsärztin/Amtsarzt A 12	Qualitative Aufgabenveränderung durch Einsparung von Hierarchiestufen in der Einnahmehaltung
4	9025	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Grundsatzsachbearbeitung im Bereich Kassenrecht, Automation und Organisation
5	9025	2,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9 nach Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	Erweiterte Anforderungen durch Zusammenführung von Vollstreckungsinnen- und Vollstreckungsaußendienst
6	9025	2,00	Regierungsobersekretärin/Regierungsobersekretär A 7 nach Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	Einführung einer reinen Einnahmesachbearbeitung durch SAP R/3
Sonstige Stellenveränderungen				
7	9025	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 9 in Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die Referatsleitung Forderungsmanagement
8	9025	4,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 6 in Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	aus personalwirtschaftlichen Gründen für den Vollstreckungsaußendienst

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan der Hamburgischen Münze (§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu dem Titel

9030.121.01 Ablieferung des Wirtschaftsplans „Hamburgische Münze“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 Euro verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 Euro übersteigt.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

A. Erfolgsplan

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
Erträge					
1. Umsatzerlöse					
1.1 Umlaufgeld	2.497	2.153	2.000	1.630	1.630
1.2 Gedenk-/ Sammlermünzen	1.838	1.891	2.100	1.700	1.550
1.3 Medaillen	1.802	723	2.200	500	750
1.4 Umlaufgeld Ausland	0	742	0	1.040	1.300
1.5 Vernichtung	16	27	45	20	20
1.6 Sonstiges	10	30	40	25	25
Summe 1.	6.163	5.566	6.385	4.915	5.275
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen					
Summe 2.	-78	32	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen					
Summe 3.	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge					
4.1 Erträge aus dem Abgang von Gegenständen	5	11	0	0	0
4.2 Erträge aus der Aufl. von Rückstellungen	178	135	0	0	0
4.3 Sonstige	35	22	10	10	10
Summe 4.	218	168	10	10	10
5. Zinserträge und ähnliche Erträge					
5.1 Skonti / Zinsen	334	409	219	216	188
Summe 5.	334	409	219	216	188
6. Außerordentliche Erträge					
6.1 Sonstiges					
6.2 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH					
6.3 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht					
Summe 6.	0	0	0	0	0
<u>Gesamterträge</u>	6.637	6.175	6.614	5141	5473

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
1.1. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und bezogene Waren	1.071	445	1.320	300	450
1.2. Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	2	0	0	0
Summe 1.	1.071	447	1.320	300	450
2. Personalaufwendungen					
2.1 Gehälter und Löhne					
2.1.1 Beamtenbezüge / Beschäftigte	1839	1792	1798	1785	1860
2.1.2 sonst, Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	1	10	10	10
Summe 2.1	1.839	1.793	1.808	1795	1870
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
2.2.1 Arbeitgeberanteil Sozialvers. Beschäftigte	367	339	375	369	385
2.2.2 Versorgungsaufwendungen Beschäftigte	353	349	405	368	378
2.2.2 Pensionsrückstellung (Zuführung)	0	0	12	1	5
2.2.3 Zuf./Verbrauch Rückstellung Altersteilzeit	-58	8	-34	85	38
2.2.4 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	35	32	50	0	0
2.2.5 Zuführung zur Rückstellung Beihilfe	72	5	6	0	0
2.2.6 Beiträge zur Unfallkasse Nord	8	8	9	9	9
Summe 2.2	777	741	823	832	815
Summe 2.	2.616	2.534	2.631	2627	2685
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
3.1 Abschreibungen auf Gebäude	202	203	208	206	206
3.2 Abschreibungen auf Maschinen/Anlagen	737	718	785	737	798
3.3 Abschreibung auf immat. Wirtschaftsgüter	88	114	97	87	95
Summe 3.	1.027	1.035	1.090	1030	1099
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
4.1.1 Reisekosten	9	9	25	20	20
4.1.2 Fortbildung	3	1	20	20	20
4.1.3 Zeitarbeitskräfte	235	358	122	152	157
Summe 4.1	247	368	167	192	197
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
4.2.1 Energiekosten	147	145	150	163	175
4.2.2 Wartung, Reparaturen	903	482	385	540	465

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4.2.3 Gebäudereinigung	48	48	0	50	52
Summe 4.2	1.098	675	535	753	692
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
4.3.1 Kommunikationskosten	17	16	20	22	23
4.3.2 Gebühren, Beratungskosten	23	12	50	82	50
4.3.3 Mieten, Leasing	4	4	6	6	6
4.3.4 Versicherungen	5	5	6	6	6
4.3.5 Erstattung Verwaltungskosten	78	79	87	82	83
4.3.6 Marketingkosten	16	14	30	95	105
4.3.7 Dataport-SAP-Aufwendungen	82	79	89	82	84
Summe 4.3	225	209	288	375	357
4.4 Sonstige Aufwendungen					
4.4.1 Verbrauchsmaterialien / Sonstige Kosten	79	112	158	160	164
4.4.2 Sicherheitsaufwendungen	62	75	67	80	82
4.4.3 nicht abziehbare Vorsteuer	195	175	190	240	188
Summe 4.4	336	362	415	480	434
Summe 4.	1.906	1.614	1.405	1.800	1.680
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
5.1 Zinsen	0	3	0	0	0
5.2 Bankgebühren	1	1	2	2	2
Summe 5.	1	4	2	2	2
6. Außerordentliche Aufwendungen					
6.1 Sonstige	8	27	0	0	0
6.2 Verl. aus dem Abgang von Anlagevermögen	0	18	0	0	0
Summe 6.	8	45	0	0	0
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
7.1 Gewerbesteuer					
Summe 7.	0	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern					
8.1 Umsatzsteuer Vorjahre	0	31	0	0	0
Summe 8.	0	31	0	0	0
Gesamtaufwendungen	6.629	5.710	6.448	5759	5916
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	8	465	166	-618	-443

B. Finanzierungsplan

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	200	58	60	40	30
1.2 Gebäude	105	0	290	0	0
1.3 Maschinen und Anlagen	416	154	148	1513	480
1.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	7	71	36	33	16
1.5 Geringwertige Wirtschaftsgüter	3	20	10	15	15
1.6 Veränderung geleistete Anzahlungen	-276	-7	0	0	0
Summe 1.	455	296	544	1601	541
2. Sonstiger Finanzbedarf					
2.1 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs					
2.2 Ablieferung an den Haushalt	1.556	1.000	1.000	1000	500
2.3 Einstellung in die Investitionsrücklage	0	0	0	0	500
2.3 Jahresfehlbetrag	0	0	0	618	443
Summe 2.	1.556	1.000	1.000	1618	1443
Gesamtsumme Finanzbedarf	2.011	1.296	1.544	3219	1984
II. Deckungsmittel					
9.1 Jahresüberschuss	8	465	166	0	0
9.2 Abschreibungen	1.027	1.035	1.090	1030	1099
9.3 Investitionszuschuss	93	15	0	0	0
9.4 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	4.558	3.675	2767	3606	1417
Gesamtsumme Deckungsmittel	5.686	5.190	4.023	4636	2516
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)/ Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	3.675	3.894	2479	1417	532

Erläuterungen

A. Erfolgsplan Erträge *)

- 1.1 Der im Wirtschaftsplan 2007/8 prognostizierte Rückgang des Münzbedarfs der Deutschen Bundesbank hat sich in 2007 bestätigt (2,1 Mio. EUR; im Vorjahr 2,5 Mio. EUR). Anhand der für 2007 und 2008 beauftragten Pragemengen ist mit einem weiteren Rückgang des Münzbedarfs zu rechnen, so dass die für 2008 geplanten 2,0 Mio. EUR vermutlich nicht erreicht werden können, sondern sich auf rd. 1,6 Mio. EUR reduzieren werden. Dieser Wert wurde auch für die Jahre 2009/10 angesetzt.
- 1.2. Im Bereich der ebenfalls durch den Bund beauftragten Gedenk- und Sammlermünzen ist es nach der zum 1.1.2006 erfolgten Aufgabenverlagerung von Werbung und Verkauf dieser Produkte auf die Deutsche Post bislang leider nicht zu der erhofften Ausweitung des Kundenstamms gekommen. Vielmehr ist aktuell ein Rückgang des Auftragsvolumens insbesondere im Bereich der Kursmünzensätze zu beklagen. Anlässlich der in Berlin stattfindenden Leichtathletik WM wird es in 2009 eine zusätzliche Gedenk-münze geben. Dies begründet die unterschiedlichen Planwerte für 2009 und 2010.
- 1.3. Im Medaillengeschäft ist der befürchtete Umsatzrückgang eingetreten. Ursache hierfür ist das Ausbleiben neuer Aufträge des bisherigen Hauptpartners der Hamburgischen Münze in diesem Bereich, der Firma MDM, die sich hinsichtlich ihres bundesdeutschen Engagements im Wesentlichen auf die Bundeshauptstadt und die dortige Münzstätte konzentriert hat. Um hier kompensatorisch tätig sein zu können beschäftigt die Hamburgische Münze seit dem 01.01.2008 einen zusätzlichen Mitarbeiter allein für das Regionalmarketing.
- 1.4. Die Hamburgische Münze hat in 2007 einen Großauftrag zum Prägen von drei Auslandsnominalen von zwei gewerblichen Auftraggebern erhalten. Vom Gesamtauftragswert (2,6 Mio. EUR) entfallen 0,7 Mio. EUR auf das Jahr 2007 und 1,9 Mio. EUR auf das Jahr 2008. Den Planungen für die Jahre 2009/10 liegt die Annahme zugrunde, dass in diesem Geschäftsbereich Folgeaufträge akquiriert werden können.
- 1.5. Gebühren für das Verwalzen bzw. Zwischenlagern von Altgeld.
- 5.1 Zinsen für das Betriebsmittel- und Pensionskonto bei der Kasse.Hamburg.

Aufwendungen

- 1.1 Im Wesentlichen Materialbedarf (Edelmetalle) für Medaillenprägung.
- 2. Für die Jahre 2009 und 2010 wurde bei den laufenden Löhnen und Gehältern keine Tarifierhöhung einkalkuliert, da diese zentral veranschlagt und per Titel übertragen wird. Die laufenden Ruhegeldleistungen wurden jährlich um 1 % angepasst.
- 2.1.1. Zusammenfassung der Positionen Beamtenbezüge und Angestelltenvergütungen aus datenschutzrechtlichen Gründen.
- 2.1.2. Der Mitarbeiterstamm in den Jahren 2009/10 bildet den Grundstock, um den Mitarbeiterbedarf in den Schlüsselfunktionen der Hamburgischen Münze zu decken. Darüber hinausgehende Bedarfe werden durch Zeitarbeitnehmer gedeckt (siehe Punkt 4.1.3).
- 2.2.6. Im Jahr 2007 haben drei weitere Arbeitnehmer das Altersteilzeitblockmodell in Anspruch genommen, so dass der Zuführungsbedarf aus Anwärtern, die sich in der Arbeitsphase befinden höher ist als die Inanspruchnahme durch bereits in der Freistellung befindliche Arbeitnehmer.
- 3.2. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen im Maschinenpark in den Jahren 2006 (Plan 974 Tsd. EUR; Ist 416 Tsd. EUR) und 2007 (Plan 383 Tsd. EUR; Ist 154 Tsd. EUR) fielen geringer aus, deshalb sind die Abschreibungen für diese Jahre geringer als geplant.
- 4.1.3. Aufgrund unvorhersehbarer zusätzlicher Prägeaufträge von Auslandsnominalen mussten Zeitarbeitskräfte eingesetzt werden, um die vereinbarten Liefertermine einhalten zu können. (siehe auch Punkt 2.1.2.)
- 4.2.1. Durch die Erneuerung der Klima-, Lüftungs- und Heizanlagen und weitere energiesparende Maßnahmen kann trotz gestiegener Energiepreise mit nahezu gleichbleibenden Energiekosten gerechnet werden. Für energiesparende Maßnahmen erhielt die Hamburgische Münze in den Jahren 2006 und 2007 Zuschüsse in Höhe von 104 Tsd. EUR.
- 4.2.2 2006 erfolgte die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Klima- und Lüftungsanlage. Die Aufwendungen für den letzten Bauabschnitt beliefen sich auf ca. 0,5 Mio. EUR. Im Jahr 2009/10 stehen notwendige Erhaltungsaufwendungen des Maschinenparks und der Gebäudetechnik an.

*) nähere Erläuterungen siehe Lagebericht

- 4.3.2. Der für 2007 geplante Releasewechsel von SAP-R3 4.6 auf SAP ERP ist auf 2009 verschoben worden.
- 4.3.6. Zur Kompensation des stark rückläufigen Auftragsvolumens im Bereich des gewerblichen Geschäftes sind verstärkte Anstrengungen im Regionalmarketing geplant (vgl. auch Punkt 1.3)
- 4.3.7. Durch die Inbetriebnahme der SAP-Software entstehen für die Münze jährliche Aufwendungen für Rechner, Datenleitung und Service in Höhe von ca. Tsd. EUR 90.
- 4.4.2. Kosten des privaten Sicherheitsdienstes. Die Aufwendungen dafür sind von den Betriebsstunden der Hamburgischen Münze abhängig. Mitte 2008 erfolgt eine neue Ausschreibung dieser Dienstleistung, darum ist die Basis für 2009/10 die in 2007 angefallenen Kosten.
- 4.4.3. Für die hoheitlichen Umsätze ist der Vorsteuerabzug ausgeschlossen.
- 8.1. Hierbei handelt es sich um eine Nachzahlung für Umsatzsteuer auf sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmens nach § 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 USTG.

B. Finanzierungsplan

- I. Sonstiger Finanzbedarf
Um insbesondere im Bereich der Akquisition von Großaufträgen die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburgischen Münze zu erhöhen, wurden Investitionsmittel in Höhe von 1,0 Mio. für die Beschaffung einer zusätzlichen Bicolor-Prägemaschine eingestellt.
- II. Die Roherträge der Hamburgischen Münze nehmen in erheblichem Umfang ab, da die Aufträge in den bisherigen Geschäftsfeldern rückläufig sind.
Die Hamburgische Münze ist schon seit geraumer Zeit intensiv bemüht, Auslandsaufträge für Münzprägungen zu akquirieren. Die Einnahmen aus diesen Aufträgen reichen allerdings nicht aus, um den Ertragsausfall aus dem Rückgang der bisherigen Geschäfte vollständig zu kompensieren. Vielmehr ist für 2009 mit einem negativen Betriebsergebnis zu rechnen. Um wieder in die Nähe eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses zu gelangen ist es aus Sicht der Hamburgischen Münze erforderlich, im Wirtschaftsplan 2009/2010 globale Investitionsmittel in Höhe von 0,5 Mio. € einzustellen, um insbesondere im Bereich eventueller Großaufträge kurzfristig zusätzliche notwendig werdende technische Ausstattung realisieren zu können.
Zum anderen erscheint es notwendig, die Ablieferung an den Haushalt (2008: 1,0 Mio. €) im Jahr 2010 auf 500 Tsd. EUR zu reduzieren, um der Hamburgischen Münze in dieser Phase einen finanziellen Bewegungsspielraum zu erhalten.
- III. Noch verfügbare Deckungsmittel
Die für 2008 ausgewiesenen verfügbaren Deckungsmittel sind aus dem Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2008 übernommen worden. Unter Berücksichtigung der verfügbaren Deckungsmittel des Ergebnisses 2007 ergibt sich für 2008 ein Wertansatz von Tsd. EUR **3.606**. Bei der Ermittlung des Wertansätze für die Jahre 2009 und 2010 wurde auf dem geänderten Basiswert aufgesetzt.

Überleitung zu den verfügbaren Deckungsmitteln per 31.12.2007

Positionen	Plan	Plan	Ist	Ist	Verändg.	Verändg.
in Tsd. EUR	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Verfügbare Deckungsmittel Vorjahr	4.578	3.169	4.558	3.675	**-20	
Investitionen	-1.171	-553	-455	-296	716	257
Jahresüberschuss	6	4	8	465	2	467
Abschreibungen	1.312	1.147	1.027	1.035	-285	-112
Investitionszuschuss	0	0	93	15	93	15
Ablieferung an den Haushalt	-1.556	-1.000	-1.556	-1.000	0	0
Verfügbare Deckungsmittel	3.169	2.767	3.675	3.894	506	627
Gesamtabweichung					1.133	

**) wegen Änderung des Jahresabschlusses 2005

B. Finanzierungsplan

Investitionen

2009 **2010**
EUR **EUR**

Immaterielle Wirtschaftsgüter

Ersatz/ Erweiterungsinvestitionen

- Software Betriebsdatenbank/SAP

30.000 30.000

- Anwendersoftware für Maschinen

10.000 0

Total

40.000 30.000

Maschinen und Anlagen

Ersatzinvestitionen

- Hubwagen und Gabelstapler

41.900 0

- Zähl- und Rolliermaschinen

81.350 0

- konventionelle Drehmaschinen

85.000 0

- Spaleck Finish Fliehkraftanlage ZF11-BFN

100.000 0

- Modernisierung der Abwasseraufbereitungsanlage

180.000 0

- Schweißautomat

0 71.400

- Kassettenbefüllstationen

0 102.000

- Einsenkpresse

0 190.000

- Schleifmaschine

0 80.000

- Sonstiges

24.750 36.600

- Bi-Colorprägemaschine

1.000.000 0

Total

1.513.000 480.000

Geschäftsausstattung

Ersatzinvestitionen

- PC-/ Büro- und Werkstattausstattung

10.800 8.800

- Messinstrumente und Kleingeräte

7.200 7.200

- Sonstiges

15.000 0

- GWG (150,- bis 999,99)

15.000 15.000

Total

48.000 31.000

Gesamt

1.601.000 541.000

Lagebericht

Zielbild

- 1.1 Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Umlauf- und Sammlermünzen.
- 1.2 Deckung des Bedarfs der FHH an Medaillen für besondere Anlässe und Repräsentanz der FHH mit numismatischen Produkten.
- 1.3 Herstellen von Medaillen und Marken für private Auftraggeber im In- und Ausland
- 1.4 Herstellen von Münzen und Gedenkmünzen für fremde Staaten
- 1.5 Aufrechterhaltung des hohen Qualitätsanspruches durch Anwendung des Qualitätsmanagementsystems ISO 9001:2000. Im Besonderen gelten folgende Ziele:
 - Erhalt eines qualifizierten Personalstamms durch Aus- und Weiterbildung. Kapazitätsengpässe werden durch Leiharbeiter kurzfristig gedeckt.
 - Die technische Ausstattung ist so zu gestalten, dass auch bei kurzfristiger und unvorhersehbarer Auftragserteilung seitens des BMF eine flexible und termingerechte Aufgabenerfüllung gewährleistet ist. Durch Modernisierung des Maschinenparks sollen Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit der Produktion erhöht und Wartungs- und Energiekosten gesenkt werden.
 - Ständige Anpassung der Ablauforganisation an geänderte Anforderungen.
- 1.6 Angemessene Verzinsung des Eigenkapitals durch wirtschaftliche Betriebsführung.

Zusammensetzung des Aufsichtsgremiums

Die Aufsicht obliegt der Finanzbehörde. Sie wird durch das Amt für Vermögens- und Beteiligungsmanagement ausgeübt. Die Aufsicht über die Abwicklung der Umlaufgeldprägung wird von der Deutschen Bundesbank wahrgenommen.

Erläuterung zum Verlauf der abgeschlossenen Geschäftsjahre 2006 und 2007

Umlaufgeldherstellung

Euromünzen: 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Euro-Cent
1 und 2 Euro

Die Umlaufgeldherstellung ist abhängig von der Bargeldbedarfsplanung der Bundesbank. Von dem bei der Euroeinführung vergebenen Sonderauftrag über ca. 600 Mio. Stück ist per 31.12.2007 bis auf eine zu prägende Restmenge von ca. 1,7 Mio. Stück (Vorjahr 22 Mio. Stück) erfüllt.

Insgesamt lag der Auftragsbestand per 31.12.2007 bei 208 Mio. Stück (Vorjahr 270 Mio. Stück). In dem Jahr 2007 hat die Hamburgische Münze ca. 331 Mio. Stück (Vorjahr 332 Mio. Stück) Umlaufmünzen geprägt.

Seit dem Jahr 2004 kann jeder Mitgliedstaat des Eurosystems jährlich eine 2 Euro Gedenkmünze herausgeben. In der Bundesrepublik Deutschland wird seit 2006 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zielsetzung der Gedenkmünze ist es den Bürgerinnen und Bürgern in Europa den föderalen Aufbau der BRD näher zu bringen. Die Ausgabe der Münzen soll in der Reihenfolge der Präsidenschaft im Bundesrat erfolgen. Sie gelten im gesamten Eurogebiet als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Auflage soll pro Jahr maximal 30 Mio. Stück betragen. Die Serie begann im Jahr 2006 mit Schleswig-Holstein. Im Jahr 2007 folgte Mecklenburg-Vorpommern mit der Abbildung „Schloss Schwerin“. Ausnahmsweise wurde zusätzlich in 2007 eine 2 Euro Gedenkmünze „50 Jahre Römische Verträge“ herausgegeben. 2008 hat Hamburg den Vorsitz im Bundesrat. Als Motiv wurde der „Michel“ gewählt. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 5.260.000 Stück 2 Euro Gedenkmünzen (Vorjahr 6.318.500 Stück) geprägt.

Die Bedarfe für die 2-Euro-Gedenkmünze werden bis einschließlich 2008 (Ausgabejahr) mit noch offenen Auftragsbeständen der „normalen“ 2-Euro-Münze verrechnet.

Euro-Sammlermünzen und Münzsammlersätze

Folgende Sammlermünzen und -sätze wurden geprägt und abgerechnet:

Sammlermünzen und -sätze in Normalprägung	lfd. Jahr		Vorjahr
-Sammlersätze	94.000 Stück		43.000 Stück
-100 Euro Gedenkmünze „Lübeck“	66.000 Stück	Motiv „Fußball-WM“	70.000 Stück
-10 Euro Gedenkmünze „Deutsche Bundesbank“	1.600.000 Stück	Motiv „Städtehanse“	1.600.000 Stück
-10 Euro Gedenkmünze	0 Stück	Motiv „Fußball-WM“	700.000 Stück
-2 Euro Gedenkmünze „Michel“	50.000 Stück	Motiv „Holstentor“	60.000 Stück
-2 Euro Gedenkmünze „Schloss Schwerin“	20.000 Stück		30.000 Stück

Sammlermünzen und -sätze in Spiegelglanzausführung	lfd. Jahr		Vorjahr
-Sammlersätze	70.120 Stück		65.320 Stück
-10 Euro Gedenkmünze „Deutsche Bundesbank“	240.949 Stück	Motiv „Städtehanse“	240.000 Stück
-2 Euro Gedenkmünze „Michel“	10.200 Stück		
-2 Euro Gedenkmünze „Schloss Schwerin“	25.000 Stück		30.000 Stück
-2 Euro Gedenkmünze „Römische Verträge“	20.000 Stück		
-2 Euro Gedenkmünze „Holstentor“	5.000 Stück		50.000 Stück

Medaillen/Umlaufgeld Ausland

Im Bereich Medaillen wurde ein Umsatz von 723 Tsd. EUR (Vorjahr 1.802) erzielt. Der Absatz im Medaillengeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr um 58% gesunken. Der wertmäßige Rückgang im Vergleich zum Planansatz für 2007 (2.050 Tsd. EUR) in Höhe von 1.327 Tsd. EUR spiegelt sich auch im Materialeinsatz (-783 Tsd. EUR) wider. Der Rückgang im Medaillengeschäft konnte durch die Akquirierung eines Großauftrages zum Prägen von ausländischen Nominalen kompensiert werden. Per 31.12.2007 besteht ein Restauftragsbestand über ca. 1,9 Mio. EUR.

Anlagevermögen

Aufgrund der rückläufigen Nachfrage im hoheitlichen Bereich (Sammlermünzen und -sätze) und gewerblichen Bereich (Medaillenprägung) wurden die geplanten Investitionen für 2007 (553 Tsd. EUR) und 2006 (1.171 Tsd. EUR) nur teilweise realisiert. Investitionen in Höhe von 296 Tsd. EUR (Vorjahr 455 Tsd. EUR) standen Abschreibungen von 1.035 Tsd. EUR (Vorjahr 1.027 Tsd. EUR) gegenüber.

Künftige Entwicklungen

Nachdem sich der Bedarf an Umlaufgeld - insbesondere im Bereich der kleinen Nominalen 1, 2 und 5 Cent - in den Jahren 2004 bis 2006 noch auf vergleichsweise hohem Niveau befand, hat das Bundesministerium der Finanzen im Jahr 2007 erstmals ein deutlich niedrigeres Prägevolumen beauftragt. Zwar konnten die in den Wirtschaftsplan eingestellten Umsatzerlöse von 2 Mio. Euro nicht zuletzt auf Grund einer Restmenge aus dem „Sonderauftrag“ noch erreicht werden. Mit einem Auftragsvolumen für 2008 von rd. 250 Mio. Stück ist die Gesamt-Prägemenge allerdings nochmals deutlich gesunken (2005: rd. 450 Mio. Stück, 2006 und 2007 je rd. 330 Mio. Stück) und liegt auf dem niedrigsten Stand der letzten 10 Jahre.

Mit Blick auf diese Entwicklung hat die Hamburgische Münze bereits Anfang 2007 erhebliche Anstrengungen zur Akquisition von Auslandsaufträgen eingeleitet. Diese Bemühungen haben erfreulicherweise zu einem Großauftrag geführt, der die Kapazität der Hamburgischen Münze in diesem Bereich noch bis Mitte des Jahres 2008 vollständig binden wird. Zugleich finden gegenwärtig Verhandlungen über Anschlussaufträge statt, die Anlass zu vorsichtigem Optimismus bieten. Die Hamburgische Münze wird sich auch weiterhin verstärkt darum bemühen, dieses Geschäftsfeld gerade in Zeiten schwankender Auftragsmengen im Bereich der Euro-Prägung als dauerhaften Kompensationsmarkt für sich zu erschließen. Hierbei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass sich bei Aufträgen dieser Art wegen der globalen, z.T. staatlich beeinflussten Konkurrenzsituation nur erheblich niedrigere Umsatzerlöse erzielen lassen.

Im Bereich der ebenfalls durch den Bund beauftragten Gedenk- und Sammlermünzen ist es nach der zum 01.01.2006 erfolgten Aufgabenverlagerung von Werbung und Verkauf dieser Produkte auf die Deutsche Post AG bislang leider nicht zu der erhofften Ausweitung des Kundenstamms gekommen. Vielmehr ist aktuell ein Rückgang des Auftragsvolumens insbesondere im Bereich der Kursmünzensätze zu beklagen. Es bleibt zu hoffen, dass die von dem neuen Dienstleister eingeleiteten Marketingbemühungen alsbald entsprechende Erfolge aufweisen.

Im Medaillengeschäft ist der befürchtete Umsatzrückgang eingetreten. Ursache hierfür ist das Ausbleiben neuer Aufträge des bisherigen Hauptpartners der Hamburgischen Münze in diesem Bereich, der Firma MDM, die sich hinsichtlich ihres bundesdeutschen Engagements im Wesentlichen auf die Bundeshauptstadt und die dortige Münzstätte konzentriert hat. Um hier kompensatorisch tätig sein zu können beschäftigt die Hamburgische Münze seit dem 01.01.2008 einen zusätzlichen Mitarbeiter allein für das Regionalmarketing.

Trotz der geschilderten, gegenwärtig angespannten Lage am Münzen- und Medaillenmarkt ist die Hamburgische Münze dank ihres engagierten und qualifizierten Personals sowie der am Gebäude und bei den technischen

Ausstattungen durchgeführten bzw. noch durchzuführenden Investitionen auch weiterhin ein auf dem nationalen und internationalen Markt gut positioniertes, wettbewerbsfähiges Unternehmen.

Entwicklung der Rücklagen und Rückstellungen

(in Tsd. EUR):

	2006	2007	2008		2009		2010	
	Bestand	Bestand	Zuf.	Entn.	Zuf.	Entn.	Zuf.	Entn.
Rücklage/ Deckungsmittel:	3.675	3894		288		2189		885
<u>Rückstellungen</u>								
Pensionsrückstellungen	4.365	4.325	12		1		5	
Altersteilzeit	218	227		34	85		38	
Beihilfe	429	434	6					
sonstige Rückstellungen	326	313						

Eigenkapital

Der Jahresabschluss wurde unter vollständiger Ergebnisverwendung aufgestellt. Der im Jahr 2007 an den Haushalt abgeführte Ablieferungsbetrag in Höhe von 1.000 Tsd. EUR übersteigt den im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschuss, so dass der Differenzbetrag aus der Gewinnrücklage entnommen werden musste. Die Summe der Kapital/Gewinnrücklage in der Bilanz per 31.12.2007 beträgt 3.118 Tsd. EUR.

Rückstellungen

Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen liegen die Vorschriften des § 6 a ESTG zu Grunde. Per 31.12.2007 bestanden Pensionsverpflichtungen i. H. von 4.325 Tsd. EUR. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Anwartschaften Altzusagen	618 Tsd. EUR	(im Vorjahr 654 Tsd. EUR)
Anwartschaften Neuzusagen	630 Tsd. EUR	(im Vorjahr 637 Tsd. EUR)
Laufende Leistungen	3.077 Tsd. EUR	(im Vorjahr 3.074 Tsd. EUR)
Gesamt	4.325 Tsd. EUR	(im Vorjahr 4.365 Tsd. EUR)

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde in Höhe von 227 Tsd. EUR (Vorjahr 218 Tsd. EUR) nur im steuerrechtlich zulässigen Umfang gebildet. Bei der Berechnung für 2007 wurde das Schreiben mit den Vorgaben des Bundesministeriums für Finanzen vom 28.03.2007 zugrunde gelegt. Die Bewertung erfolgt versicherungsmathematisch und nicht nach dem alternativ genannten Pauschalwertverfahren. Handelsrechtlich ergibt sich für diesen Personenkreis ein Wertansatz in Höhe von 425 Tsd. EUR (Vorjahr 409 Tsd. EUR).

Für die Verpflichtung gegenüber den Pensionären und aktiven Mitarbeitern während der Zeit ihres Ruhestandes in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen Beihilfen zu gewähren, wurde eine Rückstellung von 434 Tsd. EUR (Vorjahr 429 Tsd. EUR) gebildet.

Als biologische Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit und Beihilfe wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck gewählt

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten Resturlaubsansprüche (75 Tsd. EUR, Vorjahr 67 Tsd. EUR), ausstehende Rechnungen (188 Tsd. EUR, Vorjahr 81 Tsd. EUR) und für unterlassene Instandhaltungen (50 Tsd. EUR, Vorjahr 178 Tsd. EUR).

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kapitel	7001	Hamburgische Münze

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	0,00			0,00	
A 15	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			1,00	
II a hD	0,00			1,00	
IV a	0,00			2,00	
V b mD	0,00			1,78	
V c	0,00			3,00	
VII	0,00			2,78	
Summe:	0,00			11,56	

Einzelplan LAN Kapitel 7001	Landesbetriebe Hamburgische Münze

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 2	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Verlagerung von Kapitel 7000 an Kapitel 7001; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Verlagerung von Kapitel 7001 an Kapitel 7000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a hD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,56	0,00	0,00	-1,56	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	-6,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,56	0,00	0,00	-11,56	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 7001	Hamburgische Münze

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
9	0,00			3,00	
8	0,00			10,00	
7	0,00			4,00	
6	0,00			3,00	
5	0,00			3,00	
4	0,00			6,00	
3	0,00			15,00	
2	0,00			1,00	
Summe:	0,00			45,00	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			0,00	
E 14	0,00			0,00	
E 13	0,00			0,00	
E 11	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			0,00	
E 8	0,00			0,00	
E 7	0,00			0,00	
E 6	0,00			0,00	
E 5	0,00			0,00	
E 4	0,00			0,00	
E 3	0,00			0,00	
E 2 ü	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			57,56	

Einzelplan LAN
Kapitel 7001

Landesbetriebe
Hamburgische Münze

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,00	0,00	0,00	-45,00	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,00	0,00	0,00	-45,00	
E 15							1,00		1,00	Stellenneubewertung
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							-1,00		-1,00	Stellenneubewertung
E 13						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 10						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9					-3,78				-3,78	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung nach Senatsneubildung
E 8			-1,00						-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 8					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 7					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 6					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 5					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 4					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 3					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 2 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9035; Verlagerungen nach Senatsneubildung
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	-54,78	4,00	0,00	0,00	-51,78	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,78	1,56	0,00	0,00	0,78	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51,00	0,00	0,00	51,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	-55,56	56,56	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-1,00	1,00	-57,56	0,00	0,00	0,00	-57,56	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kapitel	9035	Hamburgische Münze

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 13	1,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 9	4,78			0,00	
E 8	12,00			0,00	
E 7	4,00			0,00	
E 6	3,00			0,00	
E 5	6,78			0,00	
E 4	6,00			0,00	
E 3	14,00			0,00	
E 2 ü	1,00			0,00	
Summe:	55,56			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	56,56			0,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 9035

Landesbetriebe
Hamburgische Münze

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			0,00	Nr. 2	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 9				3,78					3,78	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 9				1,00					1,00	Verlagerung nach Senatsneubildung
E 8				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 7				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 6				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 5				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 4				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 3				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
E 2 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7001; Verlagerungen nach Senatsneubildung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	54,78	0,00	0,00	0,00	0,00	54,78	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,78	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	55,56	0,00	0,00	0,00	0,00	55,56	
<i>Summe (ohne *) insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	56,56	0,00	0,00	0,00	0,00	56,56	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs.3 Nr. 2 LHO)

lfd.Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
		In Tsd. EUR				
1	<u>1. HaGG Hamburger Immobilienbeteiligung GmbH & Co.KG (9030.682.02)</u>					
	Erträge					
	1. Umsatzerlöse	1.955	2.124	2.408	2.520	2.577
	2. Veränderung des Bestandes von noch nicht abgerechneten Leistungen	33	-15	40	10	5
	3. Sonstige betriebliche Erträge	42	15	10	10	10
	4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	16	3	3	3
	Summe Erträge	2.061	2.140	2.461	2.543	2.595
	Aufwendungen					
	1. Haus- und Grundstücksaufwendungen	821	852	1.023	953	958
	2. Abschreibungen	516	527	538	548	558
	3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	133	168	188	190	191
	4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.359	2.332	2.311	2.275	2.240
	Summe Aufwendungen	3.829	3.879	4.060	3.966	3.947
	Jahresfehlbetrag	1.768	1.739	1.599	1.423	1.352

Übersicht über die in den Deckungskreisen 10 und 11 veranschlagten Mittel

Deckungskreis im Kapitel 9000 –10 – Investitionen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	2006		2007		2008		2009		2010	
		In Tsd. EUR									
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
9000.701.01	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	365	14	27	102	85	150	187	200	218	200
9000.701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hochbau- im Zusammenhang mit der IuK-Technik	22	66	20	123	77	30	55	60	91	60
9000.812.03	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	-	-	-	-	-	-	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 10	387	80	47	225	162	180	242	260	309	260

Deckungskreis in den Kapiteln 9100 und 9120 –11 – Investitionen

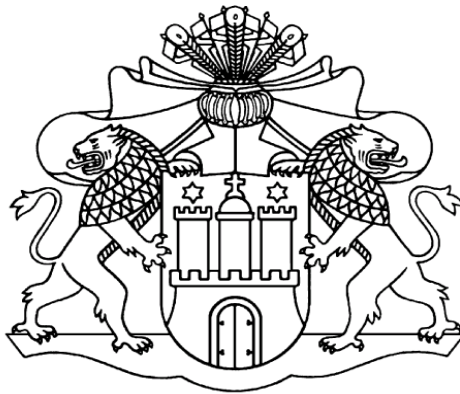
Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	2006		2007		2008		2009		2010	
		In Tsd. EUR									
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
9100.701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Hochbau- im Zusammenhang mit der IT-Technik	84	44	15	90	61		61		61	
9100.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)										
9100.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen (soweit nicht anderweitig veranschlagt)										
9100.812.55	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- u. Kommunikationstechnik am Bildungszentrum der Steuerverwaltung	10	15	22	6	26		36		32	
9120.701.56	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Hochbau- im Zusammenhang mit der IT-Technik										
9120.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	170	35	12	76	53		53		53	
9120.812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen (soweit nicht anderweitig veranschlagt)	9	24	53	9	25		15		19	
Summe	Deckungskreis 11	273	118	102	181	165		165		165	

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010	
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
9020.526.01	Externe Beratungsleistungen Jahres- und Konzernabschluss	-	-	255	-	155	-
9020.526.67	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen	4.043	1.000	3.171	-	2.042	-
9060.526.02	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen Verwaltungsmodernisierung	-	-	145	-	50	-
9090.526.01	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen E-Government	60	-	105	-	70	-
9060.526.02	Beratungsleistungen, Gutachten und Untersuchungen Verwaltungsmodernisierung	-	-	40	-	-	-
9090.534.01	Maßnahmen zur Organisationsentwicklung	375	250	375	250	375	250

Vergleichszahl 2007/2008 im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010			Haushaltsplan 2007/2008 nach Bürgerschaft		
Titel	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Titel	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	Tsd. Euro			Tsd. Euro	
09.1.9000.261.05	48	48	07.0.7000.261.02	47	47

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 9.2

Allgemeine Finanzverwaltung

(von der Bürgerschaft am 05.03.2009 beschlossener Haushaltsplan 2009/2010)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 2
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 35
Kontenrahmen für Versorgung	36 - 40
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 32
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 9400 - Kapitalvermögen -	
Kapitel 9500 - Spielbank- und Lotteriewesen -	
Kapitel 9590 - Sonstige Unternehmen und Beteiligungen -	
Kapitel 9600 - Schuldendienst -	
Kapitel 9650 - Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen -	
Kapitel 9700 - Zentral veranschlagte Personalkosten -	
Kapitel 9750 - Zentrale Versorgung -	
Kapitel 9800 - IuK-Gesamtplanung und IuK-Infrastruktur -	
Kapitel 9810 - Zentrale Bezirksangelegenheiten -	
Kapitel 9890 - Sonstige Einnahmen und Ausgaben -	
Kapitel 9900 - Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche -	
Kapitel 9910 - Gemeindesteuern -	
Kapitel 9990 - Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungsmittel und Abwicklung der Vorjahre -	
Anlagen	
1 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz	1 - 4
2 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 9.2

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Im Einzelplan 9.2 sind im Wesentlichen den anderen Einzelplänen nicht zuzuordnende Einnahmen und Ausgaben zusammengefasst.

Erläuterungsbestandteile der institutionellen Pläne (Behördenorganigramm, Kontenrahmen, Stellenplan, Produktinformationen, angegliederte Landesbetriebe) gibt es für diesen zentralen Bereich nicht.

Das Zahlenwerk spiegelt die Gesamtentwicklung des Haushalts wider, insbesondere das erwartete Steueraufkommen, den Schuldendienst, die veranschlagten Entnahmen aus dem Grundstock für Grunderwerb, der Allgemeinen Rücklage und der Mobilisierung von Vermögenspositionen sowie Globale Minderausgaben, die zur Finanzierung des Gesamthaushalts erforderlich sind. Zu diesen Themen enthält der Finanzbericht weitere Informationen.

Die Struktur dieses zentralen Plans ist gekennzeichnet durch die vielfältigen und verschiedenartigen zentralen Veranschlagungen der Finanzbehörde für den Gesamthaushalt, die folgenden Schwerpunkten zugeordnet werden können:

- Laufende Erträge des Kapitalvermögens, bestehend aus
 - Forderungen (Kapitel 9400)
 - Sonstige Unternehmen und Beteiligungen (Kapitel 9590), einschließlich der Ausgaben für die allgemeine Beteiligungsverwaltung
- Laufende Leistungen der FHH zur Bedienung der
 - aufgenommenen Schulden (Kapitel 9600) bzw.
 - eingegangenen Eventualverbindlichkeiten (Kapitel 9650), einschließlich der entsprechenden Einnahmen
- Personalkosten (soweit nicht in den Einzelplänen 1.0 - 9.1 berücksichtigt)
 - Zentral veranschlagte Mittel (Kapitel 9700)
 - Nebenleistungen (Kapitel 9710)
 - Zentrale Versorgung (Kapitel 9750)
- IuK-Gesamtplanung und IuK-Infrastruktur sowie zentrale Bezirksangelegenheiten (Kapitel 9800 und 9810)
- Sonstige zentral zu berücksichtigende Einnahmen und Ausgaben (Kapitel 9890), insbesondere
 - Globale Mehreinnahmen
 - Sächliche Verstärkungsmittel
 - Rückstellung für Mehraufwendungen
 - Globale Mittel zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben im investiven und betrieblichen Bereich
 - Mittel zur Vorfinanzierung innovativer Maßnahmen
 - Komplementärmittel für EU-Maßnahmen
 - Globale Minderausgaben
- Allgemeine Einnahmen für den Gesamthaushalt
 - Gemeinschaftssteuern, Landessteuern (Kapitel 9900) einschließlich Finanzausgleiche
 - Gemeindesteuern (Kapitel 9910)
- Finanzwirtschaftliche Ausgleichspositionen (Kapitel 9990)
 - Allgemeine Deckungsmittel

Aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Veranschlagungsgrundlagen werden nähere Informationen in den Kapitel Erläuterungen dargestellt.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich im Einzelnen wie folgt:

	2008*	2009	2010	+/- 2009:2008		+/- 2010:2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro	%	in Tsd. Euro	%
Einnahmen	9.855.662	9.876.050	9.944.058	20.388	0,2	68.008	0,7
Davon:							
Steuern/Steueräbnl. Abgaben, (Hgr. 0)	8.677.550	8.579.000	9.214.600	- 98.550	- 1,1	635.600	7,4
Verwaltungseinnahmen etc., (Hgr. 1)	106.406	50.105	45.520	- 56.301	- 52,9	- 4.585	- 9,2
Zuweisungen, Zuschüsse, (Hgr. 2)	31.929	28.352	29.452	- 3.577	- 11,2	1.100	3,9
Schuldenaufnahmen, besondere Finanzierungseinnahmen etc., (Hgr. 3)	1.039.777	1.218.593	654.486	178.816	17,2	- 564.107	- 46,3
Ausgaben	1.898.800	1.922.259	2.058.987	23.459	1,2	136.728	7,1
Davon:							
Personalausgaben	166.342	192.657	267.307	26.315	15,8	74.650	38,8
Sach- und Fachausgaben	396.942	401.245	495.281	4.303	1,1	94.036	23,4
Schuldendienst	1.028.722	1.029.721	1.048.320	999	0,1	18.599	1,8
Investitionen	98.221	283.774	234.214	185.553	188,9	- 49.560	- 17,5
Bes. Finanzierungsausgaben, (Hgr. 9)	208.573	14.862	13.865	-193.711	- 92,9	- 997	- 6,7

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Entfällt.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Entfällt.

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Entfällt.

6. Deckungskreise

Für die Bereiche Schuldendienst (Kapitel 9600) und Versorgung (Kapitel 9750) ist jeweils ein Kapiteldeckungskreis 01 eingerichtet (vgl. Anlage 2).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Allgemeinen Finanzverwaltung gehört das „Hamburgische Telekommunikationsnetz“. Das voraussichtliche Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	2009	2010	Zuführung (-) aus dem Haushalt Abführung (+) an den Haushalt
	Gesamtaufwand in Tsd. Euro		
Hamburgisches Telekommunikationsnetz	12.300	12.900	–

Der Wirtschaftsplan befindet sich in Anlage 1 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Entfällt.

9. Zuwendungen

Entfällt.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2009 / 2010

Einzelplan 09.2

Allgemeine Finanzverwaltung

Deckungskreise
~~Deckungskreis~~ im Kapitel 9600

01 Schuldendienst

Deckungskreis im Kapitel 9750

01 Versorgung

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
9400	Kapitalvermögen	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	1.481	1.391	1.361
9500	Spielbank- und Lotteriewesen	-	-	-	25 G	- G	- G
		48.300 A	- A	- A	36.600	-	-
9590	Sonstige Unternehmen und Beteiligungen	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	50.745	17.105	17.400
9600	Schuldendienst	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	10.130	20.000	15.000
9650	Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen	-	-	-	2.900 G	5.500 G	5.500 G
		- A	- A	- A	650	600	600
9700	Zentral veranschlagte Personalkosten	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	102	102	102
9750	Zentrale Versorgung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	215	215	215
9800	IT-Gesamtplanung und IT-Infrastruktur	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	1.798	4.932	4.932
9890	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	-	-	-	250 G	250 G	400 G
		- A	- A	- A	1.510	10	10
9900	Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche	5.724.750	5.634.100	6.093.400	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
9910	Gemeindesteuern	2.904.500	2.944.900	3.121.200	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
9990	Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungs- mittel und Abwicklung der Vorjahre	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	8.629.250	8.579.000	9.214.600	3.175 G	5.750 G	5.900 G
		48.300 A	- A	- A	103.231	44.355	39.620
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		50.250-	585.350+		2.575+G	2.725+G
			48.300-A	48.300-A		58.876-	63.611-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	9400
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9500
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9590
11.181	11.200	13.300	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9600
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9650
118	118	118	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9700
18.380	17.034	16.034	- Z	- Z	- Z	8.200	8.200	8.200	9750
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9800
2.250	-	-	- Z	- Z	- Z	125.000	125.000	125.000	9890
-	-	-	- Z	137.800 Z	91.800 Z	-	-	-	9900
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	9910
-	-	-	- Z	- Z	- Z	906.577	947.593	429.486	9990
31.929	28.352	29.452	- Z	-	-	1.039.777	1.080.793	562.686	Ges. einn.
	3.577-	2.477-		-	-		41.016 +	477.091-	+/-
				137.800+Z	91.800+Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
9400	Kapitalvermögen	1.481	1.391	1.361
9500	Spielbank- und Lotteriewesen	84.925	-	-
9590	Sonstige Unternehmen und Beteiligungen	50.745	17.105	17.400
9600	Schuldendienst	21.311	31.200	28.300
9650	Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen	3.550	6.100	6.100
9700	Zentral veranschlagte Personalkosten	220	220	220
9750	Zentrale Versorgung	26.795	25.449	24.449
9800	IT-Gesamtplanung und IT-Infrastruktur	1.798	4.932	4.932
9890	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	129.010	263.060	217.210
9900	Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche	5.724.750	5.634.100	6.093.400
9910	Gemeindesteuern	2.904.500	2.944.900	3.121.200
9990	Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungsmittel und Abwicklung der Vorjahre	906.577	947.593	429.486
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	9.855.662	9.876.050	9.944.058
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		20.388+	88.396+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
9500	Spielbank- und Lotteriewesen	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9590	Sonstige Unternehmen und Beteiligungen	80	167	161	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9600	Schuldendienst	-	-	-	150	150	150
		-	-	-	-	-	-
9650	Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9700	Zentral veranschlagte Personalkosten	95.194	119.780	191.952	5.262	4.841	4.841
		-	-	-	-	-	-
9710	Personalausgaben - Nebenleistungen -	11.341	11.664	11.648	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9750	Zentrale Versorgung	59.727	61.046	63.546	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9800	IT-Gesamtplanung und IT-Infrastruktur	-	-	-	357	17.952	19.952
		-	-	-	200	3.000	3.000
9810	Zentrale Bezirksangelegenheiten	-	-	-	1.179	2.403	2.439
		-	-	-	1.775	500	500
9890	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	-	-	-	16.174	11.479	11.479
		-	-	-	-	-	-
9900	Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
9990	Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungs- mittel und Abwicklung der Vorjahre	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	166.342	192.657	267.307	23.122	36.825	38.861
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		26.315 +	100.965 +		13.703 +	15.739 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	1.975	3.500	3.500
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		1.525+	1.525 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
-	-	-	-	-	-	9500
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	9590
82.602	-	-	-	-	-	
-	-	-	1.027.141	1.028.721	1.047.320	9600
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	9650
-	-	-	-	-	-	
40.200	51.200	83.200	-	-	-	9700
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	9710
-	-	-	-	-	-	
2.520	2.520	2.520	-	-	-	9750
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	9800
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	9810
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	581	-	-	9890
-	-	-	-	-	-	
331.100	310.700	370.700	-	-	-	9900
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	1.000	1.000	1.000	9990
-	-	-	-	-	-	
373.820	364.420	456.420	1.028.722	1.029.721	1.048.320	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	9.400-	82.600 +		999 +	19.598 +	+/-
				- H	- H	
82.602	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	82.602-	82.602-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
9500	Spielbank- und Lotteriewesen	300	-	-	300	-	-
		-	-	-	-	-	-
9590	Sonstige Unternehmen und Beteiligungen	-	-	-	80	167	161
		-	-	-	82.602	-	-
9600	Schuldendienst	-	-	-	1.027.291	1.028.871	1.047.470
		-	-	-	-	-	-
9650	Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen	3.550	6.100	6.100	3.550	6.100	6.100
		-	-	-	-	-	-
9700	Zentral veranschlagte Personalkosten	-	-	-	140.656	175.821	279.993
		-	-	-	-	-	-
9710	Personalausgaben - Nebenleistungen -	-	-	-	11.341	11.664	11.648
		-	-	-	-	-	-
9750	Zentrale Versorgung	8.200	8.200	8.200	70.447	71.766	74.266
		-	-	-	-	-	-
9800	IT-Gesamtplanung und IT-Infrastruktur	-	-	-	357	17.952	19.952
		-	-	-	200	3.000	3.000
9810	Zentrale Bezirksangelegenheiten	1.000	990	980	2.179	3.393	3.419
		-	-	-	1.775	500	500
9890	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	195.523	428-	1.415-	212.278	11.051	10.064
		15.755	15.000	15.000	15.755	15.000	15.000
9900	Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche	-	-	-	331.100	310.700	370.700
		-	-	-	-	-	-
9990	Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungs- mittel und Abwicklung der Vorjahre	-	-	-	1.000	1.000	1.000
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	208.573	14.862	13.865	1.800.579	1.638.485	1.824.773
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		193.711-	194.708-		162.094-	24.194 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	15.755	15.000	15.000	100.332	18.500	18.500
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		755-	755-		81.832-	81.832-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
12	-	-	312	-	-	9500
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	80	167	161	9590
-	-	-	82.602	-	-	
-	-	-	1.027.291	1.028.871	1.047.470	9600
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	3.550	6.100	6.100	9650
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	140.656	175.821	279.993	9700
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	11.341	11.664	11.648	9710
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	70.447	71.766	74.266	9750
-	-	-	-	-	-	
46.760	64.966	56.702	47.117	82.918	76.654	9800
30.000	50.000	50.000	30.200	53.000	53.000	
6.705	5.741	5.795	8.884	9.134	9.214	9810
250	2.500	2.500	2.025	3.000	3.000	
44.744	213.067	171.717	257.022	224.118	181.781	9890
-	168.400	50.000	15.755	183.400	65.000	
-	-	-	331.100	310.700	370.700	9900
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	1.000	1.000	1.000	9990
-	-	-	-	-	-	
50.682 B	218.041 B	176.745 B	1.898.800	1.922.259	2.058.987	Ges. Aus.
47.539	65.733	57.469				
	167.359 +B	126.063 +B		23.459 +	160.187 +	+/-
	18.194 +	9.930 +				
250 B	170.900 B	52.500 B	130.582	239.400	121.000	Ges. VE
30.000	50.000	50.000				
	170.650 +B	52.250 +B		108.818+	9.582-	+/-
	20.000 +	20.000 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

9400	Kapitalvermögen				
(872)	-----				
	EINNAHMEN				
119.98	Vermischte Einnahmen	1 8	1	-	-
129.01	Staatserbschaften	98- 271	800	800	800
	Ausgaben dürfen von der Einnahme abgesetzt werden				
162.01	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland, soweit nicht anderweitig veranschlagt	24 63	28	24	19
162.02 (411)	Zinsen aus der Wohnungsfürsorge für hamburgische Bedienstete	122 114	107	100	100
182.01 (411)	Rückflüsse von sonstigen Darlehen	573 518	390	305	280
182.02 (411)	Darlehensrückflüsse aus der Wohnungsfürsorge für hamburgische Bedienstete	143 266	155	162	162
	Gesamteinnahmen		1.481	1.391	1.361
9500	Spielbank- und Lotteriewesen				
(910)	-----				
	EINNAHMEN				
093.01	Spielbankabgabe	40.930 36.343	48.000		
	(Weggefallener Ansatz)				
099.01	Troncabgabe	242 296	300		
	(Weggefallener Ansatz)				
111.01 (856)	Gebühren nach der Gebührenordnung für das Lotterie- und Spielbankwesen	26 14	25		
	(Weggefallener Ansatz)				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9500 -----					
122.01	Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten (Weggefallener Ansatz)	0 0	33.700		
123.01 (856)	Ablieferungen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie (Weggefallener Ansatz)	3.035 3.476	2.800		
123.02 (856)	Ablieferungen des Nordwest Lotto und Toto Hamburg (Weggefallener Ansatz) Ausgaben in Zusammenhang mit der Regionalisierung der Spieleinnahmen von Spielvermittlern dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.	42.870 44.207	0		
123.05 (856)	Einnahmen aus der Durchführung von Lotterien (Weggefallener Ansatz)	28 20	100		
123.06 (856)	Glücksspirale (Weggefallener Ansatz) Die Zweckerträge werden unmittelbar an die Empfängerinnen und Empfänger ausgezahlt	0 0	0		
	Gesamteinnahmen		84.925	0	0
	AUSGABEN				
831.01	Einlage von Stammkapital in die Nordwest Lotto und Toto GmbH Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	12		
971.01 (290)	Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen in Höhe der im Vorjahr bei 08.1.8000.099.01bzw 09.2.9500.099.01 vereinnahmten Beträge geleistet werden. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Die Mittelverwendung bedarf der Freigabe durch die Bürgerschaft.	0 0 50 R	300		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		312	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9590	Sonstige Unternehmen und Beteiligungen				
(873)	-----				
	EINNAHMEN				
119.01 (960)	Aufsichtsratsvergütungen, Sitzungsgelder u.a. der Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg in Wirtschaftsunternehmen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9590.459.01.	165 179	145	264	250
121.01 (853)	Gewinnausschüttung HSH Nordbank AG (Weggefallener Ansatz)	27.171 36.115	39.259		
121.02	Gewinnausschüttung der SAGA Siedlungs-AG	0 0	0	-	-
123.01 (856)	Ablieferungen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	0 0	0	3.000	3.000
123.02 (856)	Gewinnabführung der Lotto Hamburg GmbH	0 0	0	-	-
161.04 (872)	Gewinnabführung der Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co	9.108 11.772	4.900	7.400	7.300
161.06	Zinsen aus Gesellschafterdarlehen der HGV für die Übertragung von Gebäuden der Museumsstiftungen (Weggefallener Ansatz)	2.683 2.597	0		
181.01	Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafter- darlehen GWG/WVN	0 0	6.391	6.391	6.800
181.02 (411)	Rückflüsse von Darlehen an öffentliche Unternehmen	104 27	50	50	50
181.04	Darlehensrückfluss der HGV aus Gesellschafterdar- lehen für die Übertragung der Gebäude der Museums- stiftungen (Weggefallener Ansatz)	2.141 2.141	0		
	Gesamteinnahmen		50.745	17.105	17.400
	AUSGABEN				
459.01 (940)	Pauschalaufwandsentschädigungen und Vergütungen an die Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg in Wirtschaftsunternehmen Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 09.2.9590.119.01.	71 63	80	167	161

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9590 -----					
682.10 (859)	Zuschuss an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH zum Verlustausgleich GB 2009 0 GB 2010 0 Zuwendungsanteil 100% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.231.03. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0 82.602 VE 80 82.602 VE	- 167	- 161
9600 ----- (920)	Schuldendienst EINNAHMEN				
162.01 (872)	Zinsen aus Kassenmitteln Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9600.575.01.	18.754 47.137	10.000	20.000	15.000
162.02 (872)	Sonstige Zinseinnahmen (Weggefallener Ansatz)	108 144	130		
162.03	Einnahmen aus Zinssicherungsgeschäften Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9600.575.01.	0 54.208	0	-	-
281.02	Ersatz für Tilgungsleistungen an den Bund Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9600.581.01.	16.253 14.107 704 R	11.181	11.200	13.300
353.01 (950)	Entnahme aus der Gewährleistungs- und Schuldendienststrücklage Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9600.575.11 09.2.9600.575.21 Gesamteinnahmen AUSGABEN	0 0	0	-	-
533.01	Nebenkosten der Schuldenaufnahme und -bedienung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 . Die Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 100 Tsd.EUR in Anspruch genommen werden.	83 88 185 R	150	150	150
			21.311	31.200	28.300

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9600 -----					
561.01	Zinsen an den Bund für Wohnungsbauschulden Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .	10.063 9.493	10.902	10.900	10.900
561.02	Zinsen an den Bund für sonstige Schulden Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .	34 32	31	29	27
571.01	Zinsen an öffentliche Unternehmen und Landesbetriebe Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .	3.933 9.197	5.000	6.000	6.000
575.01	Kreditmarktzinsen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.1.9030.535.56 09.2.9600.575.01 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 09.2.9600.162.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9600.162.03. Die Deckungsfähigkeit mit 09.1.9030.535.56 darf bis zur Höhe von insgesamt 100 Tsd. EUR in An- spruch genommen werden.	896.246 950.546	993.068	995.000	1.011.000
575.11	Zinsen an sonstigen inländischen Kreditmarkt (aus der Schuldendienstrücklage) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.2.9600.353.01	0 0	0	-	-
575.20	Disagio u.a. Ausgaben aus Anlass der Kredit- aufnahme (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 . Die Einnahmen aus Agio fließen den Mitteln zu	4.426 4.247	6.869	5.500	6.000
575.21	Disagio (aus der Schuldendienstrücklage) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.2.9600.353.01	0 0	0	-	-
576.01	Zinsen für Auslandsschulden (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9600 -----					
581.01	Tilgung an den Bund für Wohnungsbauschulden	16.232 14.115	11.181	11.200	13.300
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 09.2.9600.281.02.				
581.02	Tilgung an den Bund für sonstige Schulden	86 88	90	92	93
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .				
913.01 (950)	Zuführung an die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage	0 0	0	-	-
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9600-01 .				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.027.291	1.028.871	1.047.470
9650	Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen				
----- (680)					
	EINNAHMEN				
111.01	Vergütungen aus den Sicherheitsleistungen für den Beiersdorf - Anteilserwerb	0 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
111.51	Vergütungen aus Sicherheitsleistungen	13.573 5.249	2.900	5.500	5.500
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9650.913.01				
141.01	Rückflüsse aus Inanspruchnahmen von Sicherheitsleistungen	0 662	650	600	600
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9650.631.01 09.2.9650.913.01 Einziehungsgebühren sind von der Einnahme abzuziehen				
353.01 (950)	Entnahme aus der Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage	4.217 2.386	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9650.871.01				
	Gesamteinnahmen		3.550	6.100	6.100
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9650 -----					
631.01	Anteil des Bundes an den Rückflüssen aus Sicherheitsleistungen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.2.9650.141.01	0 0	0	-	-
871.01	Bedingungsgemäße Zahlungen aus Sicherheitsleistungen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9650.353.01	4.217 2.386	0	-	-
913.01 (950)	Zuführung an die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 09.2.9650.141.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9650.111.51	6.148 5.911	3.550	6.100	6.100
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		3.550	6.100	6.100
9700	Zentral veranschlagte Personalkosten				
----- (960)					
	EINNAHMEN				
119.92	Schadenersatzleistungen	61 100	102	102	102
235.01 (253)	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit nach §§ 217 ff. SGB III Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9700.461.05	312 201	0	-	-
235.02 (253)	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Schwerbehinderte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9700.461.05	181 129	0	-	-
235.05	Zuweisungen des sonstigen öffentlichen Bereichs zur Beschäftigungsförderung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9700.461.05	583 432	0	-	-
261.01	Erstattung Dritter von Beitragsleistungen Hamburgs an die Unfallkasse Nord	146 166	118	118	118
282.01	Sonstige Zuschüsse Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9700.461.05	309 425	0	-	-
	Gesamteinnahmen		220	220	220

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9700 -----	AUSGABEN				
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben (soweit nicht anderweitig veranschlagt) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9700.461.01 09.2.9700.461.20 09.2.9700.682.02 09.2.9700.682.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 30.000 R	95.194	119.780	191.952
461.05	Fremdfinanzierter Personalaufwand Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9700.235.01 09.2.9700.235.02 09.2.9700.235.05 09.2.9700.282.01 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
461.20 (981)	Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) - stelligegebundene Personalausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.461.20 01.0.1030.461.20 01.1.1100.461.20 01.1.1140.461.20 01.2.1211.461.20 01.3.1311.461.20 01.4.1411.461.20 01.5.1511.461.20 01.6.1611.461.20 01.7.1711.461.20 01.8.1811.461.20 02.0.2000.461.20 03.1.3000.461.20 03.2.3400.461.20 03.3.3700.461.20 04.0.4000.461.20 06.0.6000.461.20 07.0.7000.461.20 08.1.8000.461.20 09.1.9000.461.20. Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9700.461.01 09.2.9700.461.20 09.2.9700.682.02 09.2.9700.682.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 20.000 R	0	-	-
532.01 (290)	Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte nach § 77 SGB IX Übertragbar Mittel dürfen zur Förderung der Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte nach § 140 SGB IX übertragen werden	0 16	562	100	100
532.30	Beiträge an die Unfallkasse Nord u.a. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 03.1.3020.532.30 03.2.3690.532.30 04.0.4500.532.01 09.2.9700.532.30 .	6.596 4.583	4.700	4.741	4.741

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9700 -----					
682.02 (981)	Mehrbedarf für Landesbetriebe, Zuwendungsempfänger aufgrund von Tarif- und Besoldungsänderungen u.a. Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9700.461.01 09.2.9700.461.20 09.2.9700.682.02 09.2.9700.682.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Bis zu maximal 13 Mio. EUR dürfen auf 4000.682.01 übertragen werden.	0 0 3.000 R	40.200	51.200	83.200
682.03 (981)	Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) - nettoveranschlagte Einrichtungen u. Landesbetriebe Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9700.461.01 09.2.9700.461.20 09.2.9700.682.02 09.2.9700.682.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
9710 ----- (940)	Personalausgaben - Nebenleistungen - AUSGABEN		140.656	175.821	279.993
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	0 0	10.439	10.208	10.192
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	902	1.456	1.456
9750 ----- (018)	Zentrale Versorgung EINNAHMEN		11.341	11.664	11.648
119.03	Kapitalbeträge nach § 58 Beamtenversorgungsgesetz	0 98	10	10	10
119.92	Schadenersatzleistungen	293 201	205	205	205

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9750 -----					
231.01	Zuschüsse des Bundes nach § 71e Abs. 3 Satz 2 G 131 und Erstattungen anteiliger Versorgungs- bezüge nach §§ 42 und 78a G 131	6.276 5.514	7.000	6.000	5.000
231.02	Sonstiger Ersatz von Versorgungsbezügen vom Bund	141 136	128	128	128
232.01	Zuschüsse der Länder nach § 71e Abs. 3 Satz 2 G 131 und Erstattungen anteiliger Versorgungs- bezüge nach § 42 Abs. 1 G 131	107 91	200	200	200
232.02	Sonstiger Ersatz von Versorgungsbezügen von den Ländern	9- 0	16	16	16
233.01	Sonstige Zuschüsse nach § 71e Abs. 3 Satz 2 G 131 und Erstattungen anteiliger Versorgungsbezüge nach §§ 42 und 82 G 131 der Gemeinden	45 44	77	77	77
234.01	Entnahme aus dem Sondervermögen Zusatzversorgung	8.500 8.200	8.200	8.200	8.200
261.01	Erstattungen von Verwaltungsausgaben Dritter aus sonstigen Bereichen	0 0	5	5	5
281.01	Versorgungsanteile anderer Dienstherren nach § 107b BeamtVG Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9750.632.01.	402 370	0	-	-
281.04	Versorgungszuschläge Dritter für den Besoldungs- bereich Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9750.429.01.	500 538	597	309	309
281.05	Versorgungszuschläge Dritter für den Tarifbereich Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9750.429.01.	2.798 2.656	2.157	2.099	2.099
281.06	Einnahmen aus der Auflösung von Pensions- rückstellungen u. dgl. für aus Landesbetrieben ausgeschiedene Beschäftigte Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9750.429.01.	45 106	0	-	-
381.01 (873)	Beiträge zur Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9750.916.01	8.974 8.536	8.200	8.200	8.200
	Gesamteinnahmen		26.795	25.449	24.449

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9750 -----					
	AUSGABEN				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.007 1.326	3.866	10.000	10.000
422.01 (229)	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	7.176 7.853	12.000	10.000	10.000
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				
424.01	Zuführung an Versorgungsrücklage für beamtete Beschäftigte	8.687 8.687	8.626	8.687	8.687
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				
429.01 (873)	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds der Freien und Hansestadt Hamburg	8.516 8.353	7.867	7.521	7.521
	Übertragbar				
	GB 2009 5.113 GB 2010 5.113				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9750.281.04 09.2.9750.281.05 09.2.9750.281.06.				
431.01	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	0 0	0	-	-
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				
434.01	Zuführung an die Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger nach Beamtenrecht	12.913 11.398	18.600	16.200	18.700
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				
438.02	Zuschuss an die Versorgungskasse für staatliche Angestellte	19 12	230	100	100
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				
439.01	Sonstige Versorgungsbezüge	0 0	88	88	88
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9750 -----					
443.01	Unfallfürsorge Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	593 745	437	437	437
443.02	Heilfürsorge Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	0 0	10	10	10
443.03	Unterstützungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	0 0	3	3	3
452.01	Erstattungen an Rentenversicherungsträger im Rahmen des Versorgungsausgleichs nach dem 1. Eherechtsreformgesetz Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	5.478 11.505	8.000	8.000	8.000
631.01	Erstattungen an andere Versorgungsträger nach Artikel 131 GG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	822 1.108	1.300	1.300	1.300
631.02	Erstattung von Versorgungsbezügen an den Bund Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	37 37	10	10	10
632.01	Erstattungen an andere Dienstherren nach § 107 b BeamtVG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9750.281.01.	2.843 2.612	1.200	1.200	1.200
632.02	Erstattung von Versorgungsbezügen an die Länder Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 .	0 0	10	10	10
916.01 (873)	Zuführung an das Sondervermögen Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-092-9750-01 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9750.381.01	8.971 8.539	8.200	8.200	8.200
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		70.447	71.766	74.266

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9800	IT-Gesamtplanung und IT-Infrastruktur				
(019)	-----				
	EINNAHMEN				
119.56	Einnahmen aus IT-Dienstleistungen	60 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9800.812.56.				
124.01	Einnahmen aus der Vermietung von Gebäude- und Grundstücksflächen Billstraße 82 - 84	1.696 1.660	1.798	4.932	4.932
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9800.823.01.				
	Gesamteinnahmen		1.798	4.932	4.932
	AUSGABEN				
535.56	IT-Spezialisten-Schulung und zentrale Schulungs- und sonstige Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungsmaßnahmen	222 323 133 R	311	311	311
	Übertragbar				
536.56	Zentral veranschlagte Folgekosten für neue Investitionen der IT-Technik	0 0 12.853 R	6.332 200 VE	17.331 3.000 VE	19.331 3.000 VE
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.3.3760.535.57.				
	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
537.56	Nutzungsentgelte für juristische Datenbanken	300 307 21 R	310	310	310
	Übertragbar				
549.01	Globale aufgabenkritische Minderausgaben Informationstechnik (IT)	0 0	6.596-		
	(Weggefallener Ansatz)				
812.56	Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnikmaßnahmen	0 0 2.644 R	43.012 30.000 VE	56.684 50.000 VE	48.420 50.000 VE
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zulasten 09.2.9890.971.11.				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9800.812.56 09.2.9800.891.56 .				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9800.119.56.				
	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9800 -----					
823.01	Kaufpreisrate für die Gebäude- und Grundstücksflächen Billstraße 82 Übertragbar GB 2009 3.350 GB 2010 3.350 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9800.124.01.	3.440 3.461 2.305 R	3.748	8.282	8.282
891.56	Global veranschlagte Investitionsausgaben für ESARI-Arbeitsplätze Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9800.812.56 09.2.9800.891.56 . Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
9810	Zentrale Bezirksangelegenheiten ----- (012)		47.117 30.200 VE	82.918 53.000 VE	76.654 53.000 VE
	AUSGABEN				
511.03	Zentral veranschlagte Ausgaben in Zusammenhang mit der Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0 500 VE	- 500 VE	- 500 VE
521.01 (049)	Zentral veranschlagte Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit Kampfmittelräumung auf Grün- und anderen Flächen Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0 25 VE	200	200
546.07	Sachmittel für die Durchführung von Sicherheitskonferenzen Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	179	179	179
548.01	Zentral veranschlagte Mittel zur Förderung von Maßnahmen der Wachsenden Stadt in den Bezirken (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	1.000		
548.02	Zentral veranschlagte Ausgaben für den Förderfonds Bezirke - 3. Anreizsystem Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0 1.250 VE		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9810 -----					
548.03	Zentral veranschlagte Ausgaben für den "Förderfonds Bezirke"	0 0	0	2.024	2.060
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9810.548.03 09.2.9810.791.08 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
791.06	Sonderinvestitionsfonds Bezirke	0 0 600 R	2.000		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.2.1211.791.06 01.3.1311.791.06 01.4.1411.791.06 01.5.1511.791.06 01.6.1611.791.06 01.7.1711.791.06 01.8.1811.791.06.				
791.07	Zentral veranschlagte Ausgaben für den Förderfonds Bezirke - 3. Anreizsystem	0 0	1.000 250 VE		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
791.08	Zentral veranschlagte Ausgaben für den "Förderfonds Bezirke"	0 0	0	3.036	3.090
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9810.548.03 09.2.9810.791.08 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
795.02	Zentral veranschlagte Mittel für bürgerfreundliche Verbesserungen in der Bezirksverwaltung	0 0 381 R	205	205	205
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
795.04	Zentral veranschlagte Ausgaben für die Schaffung von bezirklichen Dienstleistungs- und Kundenzentren	0 0 2.123 R	3.500	2.500 2.500 VE	2.500 2.500 VE
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
971.01	Rückstellung für bezirkliche Sofortmaßnahmen	0 0 383 R	1.000	990	980
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		8.884 2.025 VE	9.134 3.000 VE	9.214 3.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890	Sonstige Einnahmen und Ausgaben				
(960)	----- EINNAHMEN				
111.01	Globale Mehreinnahmen aus Gebührenerhöhungen und Abbau von Gebührensубventionen	0 0	250	250	400
119.01 (012)	Einnahmen aus der Abgabe von Vordrucken	13 11	10	10	10
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9890.511.01.				
119.02	Ersatzleistungen aus Versicherungsverträgen	765 0	0	-	-
119.10 (989)	Globale Mehreinnahmen	0 0	0	-	-
122.01 (632)	Einnahmen aus Verträgen über die Ausbeutung von Bodenschätzen	237 176	0	-	-
124.01	Nutzungsabgabe der Hamburger Außenwerbung GmbH	1.247 1.970	1.500		
	(Weggefallener Ansatz)				
261.04	Pauschale zur Abgeltung des Verwaltungsaufwandes in d. Bereichen zur Stärkung und Entwicklg.urbaner Einzelhandels-,Dienstleistungs u.Gewerbezentren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 09.2.9890.548.02	2 0	0	-	-
281.01	Anteile des Unternehmensbereichs sowie des steuerpflichtigen Hoheitsbereichs der FHH an der zentral veranschlagten Umsatzsteuer Vorsteuern und Umsatzsteuerzahlungen an das Finanzamt dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden	6.260 4.350	2.250	-	-
281.03	Erfassung der Umsatzsteuer auf Leistungen nicht im Bundesgebiet ansässiger Unternehmer für Hamburg gemäß §§ 51-56 USTDV	40 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
281.04	Erfassung der Umsatzsteuer auf den innergemein- schaftlichen Erwerb von Gegenständen	72 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
325.02	Darlehen zur Vorfinanzierung der Ausstattung der Polizei mit blauen Uniformen	0 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
334.01 (692)	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes	0 0	0	137.800	91.800
356.01 (950)	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Grunderwerbsteuerzahlungen aufgrund hamburgischer Grundstücksgeschäfte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9890.821.01.	223 1.997	0	-	-
359.01	Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"	0 0	125.000	125.000	125.000
371.01	Verkauf von Anteilen an der SAGA Siedlungs-AG an die HGV Hamburger Gesellschaft für Beteiligungs- verwaltung mbH (Weggefallener Ansatz)	0 500.000	0		
	Gesamteinnahmen		129.010	263.060	217.210
	AUSGABEN				
511.01 (012)	Zentrale Beschaffung von Vordrucken Übertragbar GB 2009 50 GB 2010 50 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9890.119.01.	59 64 14 R	60	60	60
517.03 (871)	Gebäudeversicherungen für hamburgischen Grundbesitz Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9890.517.03 09.2.9890.517.04 .	2.449 2.541	2.619	2.619	2.619
517.04	Gebäudeversicherungen für die auf die VHG und die HGV übertragenen Grundstücke sowie andere veräußerte und rückgemietete Gebäude Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9890.517.03 09.2.9890.517.04 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	359 327 500 R	1.155		
517.05	Grundsteuer Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	2.389 2.624 1.500 R	3.400		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
535.01	Dienstleistungshonorar für das Immobilien-Service-Zentrum (ISZ) bei der SpriAG sowie Verfahrens- und Folgekosten in Zusammenhang mit PRIMO Übertragbar	584 1.041 2 R	940	800	800
548.01 (988)	Zentral veranschlagte sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9890.548.01 09.2.9890.971.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	8.000	8.000	8.000
548.02	Aufwand der Verwaltung in den Bereichen zur Stärkung und Entwicklung urbaner Einzelhandels- und Dienstleistungszentren Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9890.261.04 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
595.01	Rückzahlung des Vorfinanzierungsdarlehens für die Ausstattung der Polizei mit blauen Uniformen (Weggefallener Ansatz)	581 581	581		
791.01	Zwangsläufige Mehrausgaben im investiven Bereich Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	2.500	2.500	2.500
791.02	Globale Minderausgabe zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben im investiven Bereich	0 0	2.500-	2.500-	2.500-
791.03	Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" Übertragbar Mit Zustimmung der Bürgerschaft dürfen Mittel für einzelne Maßnahmen/-gruppen auf Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen werden.	0 0 12.631 R	43.977	24.500 50.000 VE	52.550 50.000 VE
791.05 (692)	Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	187.800 118.400 VE	118.400
821.01 (871)	Zahlung von Grunderwerbsteuer für hamburgische Grundstücksgeschäfte Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9890.356.01.	990 2.764	767	767	767

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
919.01 (950)	Zuführung an allgemeine Rücklage Verbesserungen im Betriebshaushalt gegenüber den veranschlagten Beträgen dürfen in entsprechender Höhe der Rücklage zugeführt werden	495.798 424.950	213.400	-	-
919.02	Zuführung an die Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" (Weggefallener Ansatz)	0 375.000	0		
971.03	Rückstellung für Mehraufwendungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 09.2.9890.548.01 09.2.9890.971.03 . Mittel dürfen übertragen werden auf 9600.575.01, 9700.461.01/ 682.02, 971.08, 971.12 u. auf 971.05 max. 2,5 Mio., auf 9090.534.01 max. 0,5 Mio auf 1100.529.03 max. 3,5 Mio.	0 0 8.871 R	7.663	105.682	106.695
971.04	Global veranschlagte Ausgaben zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	3.800	1.500	1.500
971.05	Komplementärmittel für EU-Vorhaben Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Bis zu 2,5 Mio EUR dürfen von 9890.971.03 übertragen werden	0 0	0 5.000 VE	- 5.000 VE	- 5.000 VE
971.08	Zentral veranschlagte Ausgaben zur Vorfinanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlich- keit und Wirksamkeit der Verwaltung Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 718 R	6.000 10.000 VE	6.000 10.000 VE	6.000 10.000 VE
971.11	Zentral veranschlagte Ausgaben für ein Projekt zur IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9800.812.56. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 440 R	8.460	6.890	4.890
971.12 (049)	Zentral veranschlagte Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit Kampfmittelräumung Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0 755 VE	1.000	1.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
972.01 (989)	Globale Minderausgaben bei den laufenden Ausgaben (sog. Bodensatz) (Weggefallener Ansatz)	0 0	40.000-		
972.04 (989)	Globale Minderausgabe zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben	0 0	3.800-	1.500-	1.500-
972.15 (989)	Globale Minderausgabe Schulbau und Schulbewirtschaftung	0 0	0	40.000-	40.000-
972.16 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.1	0 0	0	1.115-	1.107-
972.17 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.2	0 0	0	742-	752-
972.18 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.3	0 0	0	551-	554-
972.19 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.4	0 0	0	508-	515-
972.20 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.5	0 0	0	708-	717-
972.21 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.6	0 0	0	658-	666-
972.22 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.7	0 0	0	283-	285-
972.23 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.8	0 0	0	420-	425-
972.24 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 2	0 0	0	4.104-	4.179-
972.25 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.1	0 0	0	16.287-	16.645-
972.26 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.2	0 0	0	8.008-	7.923-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
972.27 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.3	0 0	0	2.869-	2.578-
972.28 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 4	0 0	0	20.898-	21.335-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9890 -----					
972.29 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 6	0 0	0	10.092-	9.309-
972.30 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 7	0 0	0	1.668-	1.574-
972.31 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 8.1	0 0	0	8.325-	8.410-
972.32 (989)	Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 9.1	0 0	0	2.764-	3.026-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		257.022 15.755 VE	224.118 183.400 VE	181.781 65.000 VE
9900 (910)	Gemeinschaftssteuern, Landessteuern und Finanzausgleiche -----				
	EINNAHMEN				
011.01	Lohnsteuer (Landesanteil)	2.799.235 2.954.330	1.797.750	1.908.300	2.023.000
011.02	Zerlegung der Lohnsteuer (Landesanteil)	923.523- 1.017.550-	0	-	-
011.03	Steuervergütungen (Landesanteil)	242.597- 243.875-	0	-	-
012.01	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	470.812 550.286	680.000	595.000	578.000
012.02	Anteil Hamburgs an den vom Bundesamt für Finanzen durchgeführten Erstattungen an veranlagter Einkommensteuer (Landesanteil)	0 0	0	-	-
013.01	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	321.894 629.714	340.000	385.000	475.000
013.02	Anteil Hamburgs an den vom Bundesamt für Finanzen durchgeführten Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	66.184- 70.178-	0	-	-
014.01	Körperschaftsteuer	1.039.196 498.874	320.000	305.000	520.000
014.02	Zerlegung der Körperschaftsteuer (Landesanteil)	249.790- 230.534-	0	-	-
014.03	Anteil Hamburgs an den vom Bundesamt für Finanzen durchgeführten Vergütungen an Körperschaftsteuer	157- 18-	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9900 -----					
015.01	Umsatzsteuer (hamburgischer Anteil)	858.734 964.247	938.000	960.300	980.000
016.01	Einfuhrumsatzsteuer (hamburgischer Anteil)	338.013 391.273	402.000	389.700	420.000
016.02	Beitrag für Fonds Deutsche Einheit	4- 0	0		
017.01	Gewerbsteuerumlage	99.490 89.599	190.000	180.000	230.000
017.02	Finanzierungsanteil Hamburg (Gemeinde) am Beitrag Hamburg (Land) für Fonds Deutsche Einheit	31.661 24.477	0	-	-
017.03	Erhöhte Gewerbsteuerumlage (Gemeindeanteil für LFA)	130.661 118.108	0	-	-
018.01	Zinsabschlag (Landesanteil)	89.874 129.267	154.000	140.800	136.400
018.02	Zerlegung Zinsabschlag (Landesanteil)	16.800 9.690	0	-	-
051.01	Vermögensteuer	1.415 5.082-	0	-	-
052.01	Erbschaftsteuer	155.699 217.739	385.000	230.000	190.000
053.01	Grunderwerbsteuer	280.899 342.884	260.000	298.000	283.000
054.01	Kraftfahrzeugsteuer	162.383 154.878	150.000	155.000	150.000
055.01	Totalisatorsteuer aus Trabrennveranstaltungen	1.179 1.575	1.400	1.400	1.300
	96.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7400.686.14.				
055.02	Totalisatorsteuer aus Galopprennveranstaltungen	709 650	600	600	700
	96.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 07.0.7400.686.14.				
056.01	Andere Rennwettsteuer	15 3	0	-	-
057.01	Lotteriesteuer	75.821 74.788	75.000	65.000	75.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006, 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9900 -----					
059.01	Feuerschutzsteuer (allgemein)	12.411 9.767	10.000	5.000	10.000
059.02	Feuerschutzsteuer (landesbegrenzt)	0 0	0	-	-
059.03	Feuerschutzsteuer (Abführungen)	5 4.185-	0	-	-
061.01	Biersteuer	20.962 21.058	21.000	15.000	21.000
069.01	Sonstige Landessteuern	0 0	0	-	-
211.01	Zuweisungen des Bundes gem. § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Bundesergänzungszuweisungen)	0 0	0	-	-
372.01	Global veranschlagte Steuermindereinnahmen aufgrund des Risikos für Steuerreformen	0 0	0		
	Gesamteinnahmen		5.724.750	5.634.100	6.093.400
	AUSGABEN				
612.01	Beitrag zum Länderfinanzausgleich	621.717 402.346	330.000	310.000	370.000
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden, soweit sie sich aus dem Länderfinanzausgleichsgesetz ergeben. Rückzahlungen a. Vorjahren dürfen abgesetzt werden				
634.02 (243)	Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds gemäß § 6 Abs. 4 LAG	611 483	1.100	700	700
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden, soweit sie sich aus dem Lastenausgleichsgesetz ergeben. Rückzahlungen a. Vorjahren dürfen abgesetzt werden				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		331.100	310.700	370.700
9910 ----- (910)	Gemeindesteuern				
	EINNAHMEN				
071.01	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	1.154.134 1.236.923	874.500	883.500	918.000
071.02	Verminderung des Gemeindeanteils an der Lohnsteuer infolge Zerlegung	325.949- 359.135-	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9910 -----					
071.03	Gemeindeanteil Hamburgs an den vom Bundesamt für Finanzen durchgeführten Erstattungen an veranlagter Einkommensteuer	0 0	0	-	-
071.04	Steuervergütungen (Gemeindeanteil)	85.623- 86.073-	0	-	-
072.01	Grundsteuer der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	825 837	1.000	1.000	1.000
073.01	Grundsteuer der übrigen Grundstücke	386.398 392.069	410.000	405.000	410.000
075.01	Gewerbsteuer	2.078.955 1.787.234	1.750.000	1.770.000	1.920.000
075.02	Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	0 0	0	-	-
076.01	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	113.575 128.760	130.000	140.000	130.000
077.01	Gewerbsteuerumlage	171.946- 154.763-	240.000-	230.000-	310.000-
077.02	Finanzierungsanteil Hamburg (Gemeinde) am Beitrag Hamburg (Land) für Fonds Deutsche Einheit	31.661- 24.477-	0	-	-
077.03	Erhöhte Gewerbsteuerumlage	130.661- 118.108-	0	-	-
078.01	Zinsabschlag (Gemeindeanteil)	24.511 35.255	42.000	38.400	37.200
078.02	Zerlegung Zinsabschlag (Gemeindeanteil)	4.582 2.643	0	-	-
082.01	Hamburgische Spielvergnügungsteuer	7.362 9.402	68.000-	68.000-	10.000
083.01	Hundesteuer	2.741 3.004	3.000	3.000	3.000
084.01	Getränkesteuer	0 0	0	-	-
089.01	Sonstige Gemeindesteuern	0 0	0	-	-
089.05	Zweitwohnungsteuer	1.802 1.816	2.000	2.000	2.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
9910 -----					
	Gesamteinnahmen		2.904.500	2.944.900	3.121.200
9990	Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungs- mittel und Abwicklung der Vorjahre				
(920)	-----				
	EINNAHMEN				
325.01	Anleihen	0 0	0	-	-
325.02	Sonstige Kreditmarktmittel	600.000 1.000-	0	-	-
	Aus der Bruttokreditaufnahme sind auch Ausgaben zur Schuldentilgung gemäß Kreditfinanzierungsplan und für Kurspflege zu leisten				
356.01 (950)	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb	0 0	80.000	271.312	269.825
359.01 (950)	Entnahme aus allgemeiner Rücklage	0 546.660	610.544	652.281	109.661
	Über den Ansatz hinaus dürfen Mittel entnommen werden zur Deckung von Mehrausgaben beim Beitrag zum Länderfinanzausgleich (Titel 9900.612.01) Über den Ansatz hinaus dürfen Mittel entnommen werden zum Ausgleich v. Steuermindereinnahmen (9900/10) bzw. z. Reduzierung d. Nettokreditaufn.				
371.01 (989)	Einnahmen aus der Mobilisierung von Vermögenspositionen	104.773 96-	216.033	24.000	50.000
	Ausg. für Gutachten im Zusammenhang m. d. Mobili- sierung u. Umstrukturierung v. Vermögenspositionen dürfen bis 1,5 Mio EUR v.d. Einn. abgesetzt werden				
	Gesamteinnahmen		906.577	947.593	429.486
	AUSGABEN				
595.01	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	0 0	1.000	1.000	1.000
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.000	1.000	1.000

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9750	Zentrale Versorgung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.000	---	10.000
	Summe Gesamtansatz 2009	10.000	---	10.000
	Summe Vergleichszahl 2008	3.866	---	3.866
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	1.326	---	87
	Summe Rest 2007	---	---	---

09.2 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
9750	---	---
	---	---
	---	---
	1.237	1
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
9750	Zentrale Versorgung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.000	---	10.000
	Summe Gesamtansatz 2010	10.000	---	10.000
	Summe Vergleichszahl 2009	10.000	---	10.000
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	1.326	---	87
	Summe Rest 2007	---	---	---

09.2 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
9750	---	---
	---	---
	---	---
	1.237	1
	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

9400 Kapitalvermögen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen Einnahmen aus Darlehen (Zinsen und Rückflüsse) an öffentliche Unternehmen und Private. Außerdem sind Einnahmen aus Erbschaften, verfallenen Wertpapieren und Grundrenten veranschlagt.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	2008	2009	2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro	%	in Tsd. Euro	%
Einnahmen	1.481	1.391	1.361	- 90	- 6,1	- 30	- 2,2
davon Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	1.481	1.391	1.361	- 90	- 6,1	- 30	- 2,2

9500 Spielbank und Lotteriewesen

Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Mit der Verlagerung der Aufsicht über das Glücksspielwesen von der Finanzbehörde auf die Behörde für Inneres (vgl. Drs. 18/7229) sind die bisher im Kapitel 9500 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben auf das Kapitel 8000 übertragen worden. Im Einzelplan 9.2 verbleiben bzw. im Kapitel 9590 neu eingerichtet worden sind Titel für die Ablieferung aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie (9590.123.01) und die Gewinnabführung der Lotto Hamburg GmbH (9590.123.02).

9590 Sonstige Unternehmen und Beteiligungen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Gewinnausschüttung der HSH Nordbank AG ist nach Übertragung der FHH-Aktienanteile auf den Hamburgischen Versorgungsfonds AöR entfallen (vgl. Drs. 18/4930). Hinzu gekommen sind die Ablieferungen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie und eine vorgesehene, aber der Höhe nach noch nicht planbare Gewinnabführung der Lotto Toto GmbH.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	2008*	2009	2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro	%	in Tsd. Euro	%
Einnahmen	50.745	17.105	17.400	- 33.640	- 66,3	295	1,7
davon:							
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	50.745	17.105	17.400	- 33.640	- 66,3	295	1,7
Ausgaben	80	167	161	87	108,8	- 6	- 3,6
davon:							
Personalausgaben	80	167	161	87	108,8	- 6	- 3,6

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

Der nachstehende Titel wird wegen seiner besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

682.10 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich –

Die Aufgaben der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH umfassen entsprechend ihrer Funktion als Holdinggesellschaft im Wesentlichen

- die Verrechnung ihrer Beteiligungserträge und Verlustübernahmen,
- die Durchführung eines Konzernclearings und
- die erforderlichen Beteiligungsfinanzierungen
- sowie das Vermögensmanagement für die Gebäude von Polizei und Feuerwehr sowie der Museen.

Die von der HGV zu übernehmenden Ergebnisse der mit Unternehmensverträgen verbundenen Beteiligungsgesellschaften werden in spezifischen Einzelübersichten in den Einzelplänen der fachpolitisch zuständigen Behörden erläutert.

Dabei handelt es sich um Leertitel für die

- Bäderland Hamburg GmbH (Titel 6000.682.05)
- Hamburger Wasserwerke GmbH (Titel 6000.682.06)
- Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (Titel 6300.682.04)
- Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (Titel 6300.682.09)
- HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG (Titel 6300.682.10)
- P+R Betriebsgesellschaft mbH (Titel 6300.682.05)
- Hamburg Messe und Congress GmbH (Titel 7100.682.35)
- Flughafen Hamburg GmbH (Titel 7200.682.27)
- HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH (Titel 7200.682.28)
- IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH (Titel 8000.121.01)
- SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH (Titel 9000.682.01)
- SpriAG – Sprinkenhof AG (Titel 9030.682.03)

Erfolgsplan

HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

HGV

	Ergebnis GJ 2007 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2008 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2009 Tsd. Euro
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Pächterlöse	28.327	23.575	26.500
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	31.173	250	250
Summe der Erträge	59.500	23.825	26.750
2. Aufwendungen			
2.2 Personalaufwand	1.161	1.227	1.250
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	(866)	(920)	(938)
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	(295)	(307)	(312)
2.3 Abschreibungen	2.005	2.189	2.475
2.4 Mieten und Pachten	322	306	306
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.503	3.419	3.720
Summe der Aufwendungen	12.991	7.141	7.751
3. Beteiligungsergebnis¹	28.475	35.948	1.922
4. Finanzergebnis	- 73.277	- 34.900	- 64.013
5. Außerordentliches Ergebnis	786.483	29.684	16.009
6. Jahresergebnis	788.190	47.416	- 27.083
7. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	16.282	49.049	62.090
8. Rücklagenzuführung	- 755.423	- 34.376	- 20.694
9. Bilanzgewinn	49.049	62.089	14.313

¹ Gesamtübersicht s. nachfolgende Erläuterungen

HGV

	Ergebnis GJ 2007 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2008 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2009 Tsd. Euro
1	2	3	4
1. Beteiligungserträge			
- DCLRH / HLR-BG	7.825	--	--
- Dedalus (EADS)	1.260	1.260	1.700
- FHG / FHK *	24.771	21.157	22.906
- HGL *	934	1.219	1.291
- HHLA / HHLA-BG – A-Sparte	15.231	40.732	50.000
HHLA - S-Sparte	--	2.705	--
- HSH - Aktien	16.131	18.063	..**
HSH - stille Einlagen	35.430	6.300	--
HSH - Wandelanleihe	--	12.515	28.661
- HWW / HWW-BG *	43.145	52.054	40.800
- IMPF *	16	9	5
- NA	--	2.963	--
- SGG *	1.064	353	311
- SpriAG / spriag-BG *	4.843	3.100	1.675
- Sonstige	1	--	--
Summe Beteiligungserträge	150.651	162.430	147.349
2. Aufwendungen aus Verlustübernahme			
- BLH *	15.698	16.040	16.040
- HADAG *	4.499	5.652	6.089
- HOCHBAHN *	59.766	67.900	68.200
- HMC *	18.158	15.788	31.830
- P+R *	353	480	507
- VHH *	23.702	20.622	22.761
Summe der Aufwendungen	122.176	126.482	145.427
3. Beteiligungsergebnis	28.475	35.948	1.922

* Ergebnisübernahme durch die HGV

** aufgrund aktueller (09/2008) Entwicklungen keine Dividendenerwartung für das Geschäftsjahr 2008 der HSH

HGV

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2008 gegenüber 2007

(ergebniswirksame Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Pächterlöse	
2008 werden der IMPF für dringliche Instandsetzungsmaßnahmen an Polizei- und Feuerwehrgebäuden Mittel im Umfang von 2,5 Mio. Euro im Wege einer Absenkung der an die HGV zu zahlenden Pacht bereitgestellt. Außerdem vermindern sich die Pächterträge ab 2008 als Konsequenz der Kaufpreisanpassung (siehe Ziffer 1.2).	- 4.752
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
2007 wurde ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 22,6 Mio. Euro als Konsequenz aus den Neuaufmaßen der im Jahr 2000 von der FHH erworbenen Polizei- und Feuerwehrgebäude erzielt. Insbesondere erhielt die HGV aufgrund der von den ursprünglichen Verträgen abweichenden Flächenstruktur Kaufpreiserstattungen, andererseits waren zu viel erhaltene Pächterträge zurückzuzahlen. Des Weiteren sind im Ergebnis 2007 Erträge aus der Weiterbelastung der Aufwendungen für die Teilprivatisierung der HHLA an die HHLA-BG in Höhe von 6,3 Mio. Euro enthalten.	- 30.923
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus den 2008 entfallenden Aufwendungen für die Teilprivatisierung der HHLA.	6.084
3. Beteiligungsergebnis	
Die Verbesserung ergibt sich als Saldo aus operativen Verbesserungen und Verschlechterungen sowie strukturellen Veränderungen. Insbesondere steigt die Ausschüttung der HHLA (28,2 Mio. Euro) und es sind 2008 einmalig die Dividende der Norddeutsche Affinerie AG (NA) (3,0 Mio. Euro) und erstmalig die Erträge auf die Wandelanleihe der HSH Nordbank (12,5 Mio. Euro) veranschlagt. Dem gegenüber vermindern sich die Erträge auf stille Einlagen bei der HSH Nordbank (-29,1 Mio. Euro) und es entfällt die DLRH-Dividende (-7,8 Mio. Euro).	7.473
4. Finanzergebnis	
Die Verbesserung ergibt sich im Wesentlichen aus der Anlage von Liquidität aus dem Teilbörsengang der HHLA im November 2007 sowie aus sinkenden Zinsaufwendungen infolge von Darlehenstilgungen.	38.377
5. Außerordentliches Ergebnis	
In 2007 wurden Veräußerungsgewinne – insbesondere aus dem Teilbörsengang der HHLA – in Höhe von 1.022,5 Mio. Euro erzielt, denen außerplanmäßige Abschreibungen auf die Beteiligungen an der HSH und Dedalus in Höhe von 236,0 Mio. Euro gegenüber standen. 2008 sind Veräußerungsgewinne in Höhe von 29,7 Mio. Euro aus dem Verkauf von GWG-Anteilen an die SAGA und der NA-Aktien sowie einer Kaufpreisnachleistung für die DLRH-Anteile veranschlagt.	- 756.799
8. Rücklagenzuführung	
2007 wurden der überwiegende Teil der Veräußerungsgewinne sowie kalkulatorische Abschreibungen auf Immobilien vermindert um die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen in die Gewinnrücklagen eingestellt. Aufgrund der 2008 geringeren Veräußerungsgewinne sinkt die geplante Rücklagenzuführung.	- 721.047

HGV

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2009 gegenüber 2008

(ergebniswirksame Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
3. Beteiligungsergebnis	
Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus einem der weggefallenen Dividendenerwartung für das Geschäftsjahr 2008 der HSH (33,2 Mio. EUR), den höheren Zinserträgen aus der Wandelanleihe HSH (16,2 Mio. EUR), voraussichtlich um 16,0 Mio. Euro höheren, von der HGV zu übernehmenden Verlust der HMC und der infolge eines Sonderertrags im Geschäftsjahr 2008 um 11,3 Mio. Euro geringeren Gewinnabführung der HWW in 2009.	- 34.026
4. Finanzergebnis	
Das Finanzergebnis verschlechtert sich aufgrund der ganzjährigen Finanzierung der Wandelanleihe HSH und, weil ein Teil der der HGV aus dem Teilbörsengang der HHLA zugeflossenen Liquidität für den Ankauf von Vermögensgegenständen der FHH eingesetzt wird und insoweit in 2009 nicht zinsbringend angelegt werden kann.	- 29.113
5. Außerordentliches Ergebnis	
Der Gewinn aus dem Verkauf der NA-Aktien und die Kaufpreinsnachleistung aus dem Verkauf der DLRH-Anteile entfallen.	- 13.682
8. Rücklagenzuführung	
Die Rücklagenzuführung vermindert sich in Höhe der entfallenden Veräußerungsgewinne.	- 13.682

9600 Schuldendienst

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel 9600 ist geprägt durch die Ausgaben für den Schuldendienst. Für die Entwicklung maßgebend sind die Höhe der Schulden (insbesondere Altbestand) sowie die Lage am Kapitalmarkt.

Die Schulden der FHH betrugen am 31.12.2007 21.891,6 Mio. Euro
davon

- Kreditmarktmittel 21.619,4 Mio. Euro
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte 2,8 Mio. Euro
- Öffentlicher Bereich (Mittel des Bundes) 269,4 Mio. Euro

Weitere Angaben über die Entwicklung der Verschuldung sind im Finanzbericht enthalten.

Ferner wird in diesem Kapitel der Schuldendienst für Wohnungsbaudarlehen des Bundes abgewickelt.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	2008	2009	2010	+/- in 2009 zu 2008		+/- in 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
Einnahmen	21.311	31.200	28.300	9.889	46,4	- 2.900	- 9,3
davon:							
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	10.130	20.000	15.000	9.870	97,4	- 5.000	- 25,0
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	11.181	11.200	13.300	19	0,2	2.100	18,8
Ausgaben	1.027.291	1.028.871	1.047.470	1.580	0,2	18.599	1,8
davon:							
Sach- und Fachausgaben	150	150	150	-	-	-	-
Schuldendienst	1.027.141	1.028.721	1.047.320	1.580	0,2	18.599	1,8

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Zinsen aus Kassenmitteln und den Erstattungen für die an den Bund zu leistenden Tilgungszahlungen für Wohnungsbauschulden. Die nachstehenden Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

162.01 – Zinsen aus Kassenmitteln –

Veranschlagt sind die Zinseinnahmen aus verzinslichen Liquiditätshilfen nach Art. 2 Nr. 6 des Haushaltsbeschlusses sowie aus Termingeldanlagen. Gegenüber 2008 wurden die Ansätze im Hinblick auf die Einnahmementwicklung in den Vorjahren erhöht.

281.02 – Ersatz für Tilgungsleistungen an den Bund –

Siehe 561.01, 581.01.

Ausgaben

Die Ausgabenentwicklung des Kapitels wird im Wesentlichen durch die beim Titel 575.01 veranschlagten Zinsausgaben bestimmt, die trotz Beendigung der Nettoneuverschuldung angesichts der Refinanzierung von zinsgünstigen Altschulden zu einem angenommenen Zinssatz von 5 % um 1,6% von 2009 auf 2010 ansteigen. Die nachstehenden Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

575.01 – Kreditmarktzinsen –

Der Ansatzbemessung liegt folgende Berechnung zugrunde:

	2009	2010
	in Mio. Euro	
Zinsen auf Altschulden und bisher kontrahierte Neuaufnahmen einschließlich Saldo aus Zinsderivaten	836	742
Zinsen aufgrund restlicher Neuaufnahmen 2008/2009 (geschätzter Zinssatz 5 % p.a.)	149	259
Kassenkreditzinsen	10	10
Bedarf 2009/2010	995	1.011

Über den Titel 575.01 werden auch Zinsderivate abgewickelt, die in Ergänzung zu aufgenommenen Krediten abgeschlossen wurden. Dazu nachstehende Informationen:

Entsprechend der Ermächtigung im Haushaltsbeschluss dürfen seit 1994 zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen bestimmte derivative Instrumente am Geld- und Kapitalmarkt (z.B. Zinsswaps, Zinsbegrenzungsgeschäfte) eingesetzt werden.

Einsatz, Abwicklung und Kontrolle der derivativ beeinflussten Finanzgeschäfte werden durch eine Dienstanweisung geregelt. Danach wird der Abschluss der Geschäfte (Frontoffice) durch das Kreditreferat vorgenommen, während die Kontrolle und Abwicklung der Schuldenverwaltung (Backoffice) obliegt. Derivate werden ausschließlich zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Spekulationsgeschäfte sind grundsätzlich verboten.

Zum 31.12.2007 belief sich das Nominalvolumen der Derivatgeschäfte auf insgesamt 3.539 Mio. Euro, die nicht zu bilanzieren sind, da es sich um schwebende Geschäfte handelt:

Zinsswaps ohne Kündigungs- oder Wandelungsoptionen	2.023 Mio. Euro
Zinsswaps mit Kündigungs- oder Wandelungsoptionen	1.465 Mio. Euro
Zinsbegrenzungsgeschäfte:	51 Mio. Euro
Summe	3.539 Mio. Euro

Ferner betragen die Verbindlichkeiten aus derivativ beeinflussten Kreditgeschäften 1.714 Mio. Euro. Hierbei sind Kündigungs- oder Wandlungsoptionen in die Kreditvereinbarungen integriert.

In den Erläuterungen zu den Haushalten bis zum Jahre 2008 wurde der Erfolg des Einsatzes der Zinsderivate aus einem Vergleich mit den Zinsausgaben bei Aufnahme von Krediten mit den Zinskonditionen gleicher Laufzeit abgeleitet. Kumuliert seit 1994 wurden demnach 462 Mio. Euro bzw. im Jahre 2007 rd. 46 Mio. Euro Zinsminderausgaben erzielt. Allerdings kann aus einer isolierten Betrachtung der Erfolge aus Derivatgeschäften nicht auf die Wirtschaftlichkeit des Kreditmanagements der Freien und Hansestadt Hamburg insgesamt geschlossen werden. Hamburg ist daher auf einen neuen, ganzheitlichen Bewertungsmaßstab übergegangen. Zu diesem Zweck wird zunächst ein rechnerisches Vergleichsportfolio (Benchmark) ermittelt, das sich in seiner Laufzeitenstruktur aus dem tatsächlichen Verhalten des Kreditmanagements der letzten Jahre ableitet. Hieraus ergeben sich rechnerische Zinsausgaben, die für den jeweils selben Zeitraum mit den tatsächlichen Zinsausgaben Hamburgs verglichen werden, so dass der Erfolg des Handelns des Kreditreferats transparent wird. In dem Vergleich zeigt sich die Summe aller Effekte aus den Zeitpunkten der Mittelaufnahmen und den Auswirkungen aus abgeschlossenen Derivaten sowie strukturierten Darlehen in 2007. Es ist vorgesehen, zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit die Definition der Benchmark in den Folgejahren zunächst beizubehalten. Eine Überprüfung ist für den Haushalt 2011 vorgesehen.

Unter Berücksichtigung der Erträge und der Aufwendungen aus Derivatgeschäften belaufen sich die Zinszahlungen Hamburgs auf 934 Mio. Euro bzw. 4,27% p.a. gegenüber 980,6 Mio. Euro (4,48% p.a.) der Benchmark. Damit hat Hamburg einen wirtschaftlichen Vorteil von 46,6 Mio. Euro bzw. 0,21% Punkten im Jahr 2007 gegenüber der Benchmark erzielt.

575.20 – Disagio u.a. Ausgaben aus Anlass der Kreditaufnahme (soweit nicht anderweitig veranschlagt) –

Eingestellt sind durchschnittliche Geldbeschaffungskosten von 0,25 % auf die Bruttokreditaufnahme 2009/2010.

561.01 – Zinsen an den Bund für Wohnungsbauschulden –

581.01 – Tilgung an den Bund für Wohnungsbauschulden –

Die im Rahmen der Abwicklung des Schuldendienstes für Wohnungsbaudarlehen des Bundes zu leistenden Zahlungen sind von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) zu erstatten und fließen dem Haushalt wieder zu

- hinsichtlich der Zinsen durch Minderung der Verlustausgleichszahlung an die WK (Titel 6100.663.50);
- hinsichtlich der Tilgung durch entsprechend verminderte Darlehensauszahlungen aus dem Titel der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) an die WK. Die BSU überträgt von den bei ihr eingehenden Bundesdarlehen die für die Tilgungszahlungen notwendigen Beträge auf den Titel 9600.281.02.

Im Einzelnen stellt sich dies wie folgt dar:

		Titel	2008	2009	2010
			In Tsd. Euro		
Ausgaben	Zinsen an den Bund für Wohnungsbauschulden	561.01	10.902	10.900	10.900
	Tilgung an den Bund für Wohnungsbauschulden	581.01	11.181	11.200	13.300
Einnahmen	Ersatz für Tilgungsleistungen an den Bund	281.02	11.181	11.200	13.300

Die Ansatzveränderungen resultieren aus dem Abrechnungsmodus mit dem Bund, Belastungen des Haushalts ergeben sich hieraus nicht.

9650 Bürgschaften und sonstige Sicherheitsleistungen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel werden erfasst:

- als Einnahmen
 - Vergütungen für Bürgschaften (in der Regel 1,0 % p.a.)
 - Rückflüsse aus Regressforderungen aufgrund geleisteter Bürgschaftszahlungen
- als Ausgaben
 - Zahlungen aus eingegangenen Bürgschaftsverpflichtungen.

Die Einnahmen fließen der Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage zu und dienen wiederum zur Deckung von Zahlungen aus Bürgschaftsausfällen.

Die Höhe der Ausgaben ist nicht vorhersehbar.

Mio. Euro

Die von der FHH übernommenen Sicherheitsleistungen (Bürgschaften, Garantien) beliefen sich am 31.12.2007 auf

9.709,1

Davon entfallen auf die Bereiche:

– Bildung und Sport	206,7
– Kultur	238,8
– Wissenschaft und Forschung	5,6
– Gesundheit	1.008,8
– Bauwesen	61,1
– Wohnungsbau	5.532,9
– Schienenverkehr	8,8
– Wirtschaft	290,5
– Umwelt	1.208,7
– Finanzen	1.145,7
– Sonstiges	1,5

2. Überblick über die Veranschlagung

	2008*	2009	2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro	%	in Tsd. Euro	%
Einnahmen	3.550	6.100	6.100	+2.550	71,8	-	-
davon:							
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	3.550	6.100	6.100	+2.550	71,8	-	-
Ausgaben	3.550	6.100	6.100	+2.550	71,8	-	-
davon:							
Besondere Finanzierungsausg. (Hgr. 9)	3.550	6.100	6.100	+2.550	71,8	-	-

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung, bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

111.51 – Vergütungen aus Sicherheitsleistungen –

Ansatzanpassung unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2008.

913.01 – Zuführung an die Gewährleistungs- und Schuldendienstrücklage –

Veranschlagt sind die erwarteten Zuführungen in Höhe der Einnahmen bei 111.51 und 141.01.

Zentral veranschlagte Personalkosten

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Im Kapitel 9700 sind auf der Einnahmeseite u. A. Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit, Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe für besondere Förderungsprogramme zur Eingliederung spezieller Beschäftigtengruppen sowie Erstattungen Dritter von Beitragsleistungen Hamburgs an die Unfallkasse Nord veranschlagt. Auf der Ausgabenseite sind grundsätzlich Mittel für Dienst-/Versorgungsbezüge veranschlagt, die aus haushaltswirtschaftlichen Gründen auf die in den Einzelplänen dezentral ausgewiesenen Personalausgabenansätze bzw. Ansätze mit Personalkostenanteilen noch nicht verteilt werden konnten. Außerdem enthält das Kapitel Ansätze für die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht und für Beiträge an die gesetzliche Unfallversicherung, soweit diese nicht in anderen Einzelplänen für bestimmte Personengruppen veranschlagt sind.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	Ist 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro				in Tsd. Euro/ %		in Tsd. Euro/ %	
Einnahmen	1.453	220	220	220	–	–	–	–
davon:								
Verwaltungseinnahmen	100	102	102	102	–	–	–	–
etc. (Hgr. 1)								
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	1.353	118	118	118	–	–	–	–
Ausgaben	4.599	140.656	175.821	279.993	*)			
	R 53.000							
davon:								
Personalausgaben	–	95.194	119.780	191.952	*)			
	R 50.000				*)			
Sach- und Fachausgaben	4.599	45.462	56.041	88.041				
	R 3.000							

*) kein direkter Vergleich: die veranschlagten Mittel werden fast ausschließlich zentral ausgewiesen, die Ausgabeermächtigung wird dezentral in anderen Titeln wahrgenommen.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

Einnahmen

- 235.01 Zur Wiedereingliederung von Älteren in Beschäftigung können nach den §§ 217 ff. Sozialgesetzbuch III Eingliederungszuschüsse gewährt werden. Leertitel, weil die Anzahl derartiger Maßnahmen und die konkrete Höhe eventueller Zahlungen nicht vorhersehbar sind. Korrespondierender Titel 461.05.
- 235.02 Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Wiedereingliederung von besonders betroffenen Schwerbehinderten in Beschäftigung. Leertitel, weil die Anzahl derartiger Maßnahmen und die konkrete Höhe eventueller Zahlungen nicht vorhersehbar sind. Korrespondierender Titel 461.05.
- 235.05 Zuweisungen des sonstigen öffentlichen Bereichs zur Beschäftigungsförderung. Leertitel, weil die Anzahl derartiger Maßnahmen und die konkrete Höhe eventueller Zahlungen nicht vorhersehbar sind. Korrespondierender Titel 461.05.
- 282.01 Sonstige Zuschüsse. Leertitel, weil die Anzahl derartiger Maßnahmen und die konkrete Höhe eventueller Zahlungen nicht vorhersehbar sind. Korrespondierender Titel 461.05.

Ausgaben

Personalausgaben

461.01

	2009	2010
Der Ansatz setzt sich wie folgt zusammen (in Tsd. Euro)		
1. Zentrale Mittel für Tarif-/Besoldungsvorsorge	84.000	154.000
2. Vorsorge für Anpassungsbedarfe		
– bei der Umstrukturierung des Lehrerstellenplans (Epl. 3.1) und als Folgewirkungen des Laufbahnverlaufsmodells bei Polizei und Feuerwehr,	20.800	23.250
– im Rahmen der Dezentralisierung der Personalausgaben,	10.180	9.902
– aufgrund neuer tarifrechtlicher, besoldungsrechtlicher und sonstiger Regelungen und Risiken.	2.000	2.000
3. Personalausgaben, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen (§ 51 LHO), soweit sie im Einzelnen noch nicht vorhersehbar sind*. Etwaige Leistungen sind aus dem Personalbudget der Einzelpläne zu finanzieren.	2.800	2.800
Eine Inanspruchnahme von Mitteln des Titels 9700.461.01 ist vorgesehen, wenn Leistungen aus dem jeweiligen Behördenbudget nicht finanziert werden können und eine Refinanzierung aus Budgetmitteln in den Folgejahren gesichert ist		
zusammen	119.780	191.952
Ergebnis 2007: Sollübertragungen auf andere Titel:	39,9 Mio. Euro	

461.05 Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (235.01, 235.02) und Zuweisungen des sonstigen öffentlichen Bereichs zur Beschäftigungsförderung (235.05) sowie sonstige Zuschüsse (282.01). Einrichtung von Leertiteln mit Zweckbindung, um Beschäftigungsstellen einen Anreiz zur Akquirierung von öffentlichen Förderleistungen zu bieten, die ihren Personalbudgets zufließen.

Ergebnis 2007: Sollübertragungen zugunsten von Personalbudgets: 1,1 Mio. Euro

461.20 Der Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer und effizienzsteigernder Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen. Ab 2007 werden die Anteile an der Finanzierung des Modernisierungsfonds dezentral in den Einzelplänen veranschlagt (xxxx.461.20), um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist. Das bisher veranschlagte Volumen von 20 Mio. Euro jährlich ist an den voraussichtlichen Bedarf angepasst worden und beläuft sich für 2009 und 2010 auf je 10 Mio. Euro jährlich.

* Fälle nach § 51 LHO

1. Ausgaben zur Regelung günstigerer Arbeitsbedingungen im Einzelfall, wenn dies zur Gewinnung oder Erhaltung von Arbeitnehmern mit Rücksicht auf die Erfüllung der Aufgaben unabweisbar geboten ist, z. B. höhere Eingruppierung (z. B. Betriebsangestellte mit besonderen Funktionen im technischen Bereich), Vorweggewährung von Lebensalters- bzw. Dienstzeitstufen, Absehen von Befähigungsnachweisen sowie von Bewährungs- und Berufsausübungszeiten, Berücksichtigung unterbrochener oder außerhalb des öffentlichen Dienstes abgeleiteter Zeiten der Bewährung oder einer Berufstätigkeit, Gewährung von Gefahren-, Erschwernis- oder Schmutzzulagen, Gewährung von Ausgleichszulagen oder Übergangsgeld in Ausnahmefällen.
2. Über- und außertarifliche Ausgaben zur Regelung der Eingruppierung von Arbeitnehmern durch Sonderdienstvertrag, wenn die Tätigkeit höher als nach der höchsten Entgeltgruppe des TV-L zu bewerten ist, für die Regelung der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern, die vom Geltungsbereich der Tarifverträge ausdrücklich ausgenommen sind oder wenn Arbeitnehmergruppen einzugruppieren sind, für die tarifliche Regelungen nicht bestehen, im Vorgriff auf künftige Tarifverträge.
3. Sonstige persönliche Ausgaben außerhalb des Tarifs- und Besoldungsrechts aufgrund von Ausnahmeentscheidungen (z.B. Abfindungen, auch für einen Zeitraum, der über das Haushaltsjahr hinausgeht) sowie mit Zustimmung oder aufgrund von Beschlüssen oder Empfehlungen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder im Laufe eines Haushaltsjahres. Leistungszulagen nach § 45 BBesG für die Wahrnehmung höherwertiger, befristeter Funktionen fallen nicht unter § 51 LHO. Sie dürfen nur mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde gewährt werden.

Sach- und Fachausgaben

- 532.01 Nach dem Sozialgesetzbuch –Neuntes Buch– (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19.6.2001 (BGBl I S. 1046) (vorher: Schwerbehindertengesetz) haben die öffentlichen Arbeitgeber eine Ausgleichsabgabe für nicht mit Schwerbehinderten besetzte Pflichtplätze zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe ist jeweils nachträglich für das vorangegangene Jahr zu zahlen. Die Ausgleichsabgabe wird seit 1984 dem Sondervermögen „Ausgleichsabgabe“ zugeführt. Veranschlagt ist die vom Arbeitgeber Hamburg voraussichtlich zu entrichtende Ausgleichsabgabe abzüglich der von den Landesbetrieben zu erstattenden Anteile.
Zur Förderung von Aufträgen an Werkstätten für Behinderte können 50 % des um die Materialkosten gekürzten Gesamtrechnungsbetrages auf die Ausgleichsabgabe angerechnet werden (§ 140 SGB IX). Der voraussichtliche Bedarf wird für die Ausgleichsabgabe ohne die Anrechnungsmöglichkeiten (brutto) veranschlagt. Im Haushaltsvollzug anrechenbare Mittel sollen als Anreiz zur Förderung der Vergabe von Aufträgen an die Werkstätten für Behinderte als Verstärkung der Ausgabeteil verwendet werden können. Hierzu dient die Option zur Mittelübertragung gemäß Haushaltsvermerk zum Titel. Weniger infolge der rückläufigen Entwicklung der Abgabeverpflichtung.
- 532.30 Veranschlagt sind Beiträge an die Unfallkasse Nord als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Hamburg für die bei der Freien und Hansestadt Hamburg tätigen Personen, soweit die Beiträge nicht in den Wirtschaftsplänen der Landesbetriebe oder in den Einzelplänen 3.1 „Behörde für Schule und Berufsbildung“, 3.2 „Behörde für Wissenschaft und Forschung“ sowie 4 „Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz“ berücksichtigt sind. Außerdem werden aus diesem Titel Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung gezahlt, soweit ein anderer Träger zuständig ist.
- 682.02 Zentrale Vorsorge für Risiken im Bereich der Einrichtungen mit Wirtschaftsplänen, insbesondere für Besoldungs- und Tarifierungsanpassungen und die Erhöhung von Beitragssätzen in der Sozialversicherung (Arbeitgeberanteile).
- Ergebnis 2007: Sollübertragungen auf andere Titel: 1,6 Mio. Euro.
- 682.03 Vgl. Erläuterung zu 461.20; Sollübertragungen aus dem Modernisierungsfonds an netto-veranschlagte Einrichtungen und Landesbetriebe nach § 26 LHO werden über diesen Titel abgewickelt.

9710 Personalausgaben - Nebenleistungen -**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Im Kapitel 9710 werden zentral für alle Behörden die nach der Dezentralisierung verbliebenen Ansätze für Beihilfen sowie weitere Personalausgaben (Nebenleistungen) in einem Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN) nachgewiesen. Nach dem Konzept zur Dezentralisierung der Personalausgaben beschränkt sich die Dezentralisierung nicht auf die Bezüge der aktiv Beschäftigten, sondern bezieht auch kalkulatorische Zuschläge für Versorgung und Nebenleistungen ein. Die für Fürsorgeleistungen (443.92) vorgesehenen Mittel der Heilfürsorge der Vollzugsdienste von Polizei (Kapitel 8500) und Feuerwehr (Kapitel 8550), insgesamt 14,8 Mio. Euro, werden dezentral im Einzelplan 8.1 „Behörde für Inneres“ als Ansätze des KRN ausgewiesen. Die Buchung der tatsächlich anfallenden Nebenleistungen erfolgt für alle Einzelpläne bei den im KRN zusammengefassten Titeln aller Kapitel. Die im Wege der Zuschlagskalkulation auf die Einzelpläne dezentralisierten Anteile an den Beihilfen (4 % der Dienstbezüge im Besoldungsbereich) fließen an den KRN zurück und dürfen von der Ausgabe beim jeweiligen Titel des KRN abgesetzt werden (vgl. Drucksache 15/7520).

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

Vergleich der Veranschlagung der Nebenleistungen insgesamt (incl. der im Wege der Zuschlagskalkulation auf die Einzelpläne übertragenen Anteile sowie der in den Einzelplan 8.1 übernommenen Anteile der Fürsorgeleistungen)

Aktiv Beschäftigte	Ist 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009/2008		+/- 2010/2009		
1. Beihilfen und dgl.	in Tsd. Euro						in %	in Tsd. Euro	in %
441.xx Beihilfen im Krankheitsfall u.a.	60.271	64.571	66.059	65.853	+ 1.488	+ 2,3	- 206	- 0,3	
Dezentralisiert (441.61 - .91)		<u>55.154</u>	<u>56.873</u>	<u>56.683</u>					
Verbleiben (441.92)		9.417	9.186	9.170					
443.92 Fürsorgeleistungen	16.329	15.850	15.850	15.850	-	-	-	-	
Dezentralisiert (8500, 8550)		<u>14.828</u>	<u>14.828</u>	<u>14.828</u>					
Verbleiben		1.022	1.022	1.022					
Summe 1. KRN Beihilfen u. dgl.	76.600	80.421	81.909	81.703	+ 1.488	+ 1,9	- 206	- 0,3	
Dezentralisiert		69.982	71.701	71.511					
Verbleiben im KRN		10.439	10.208	10.192					
2. Personalbezogene Sachausgaben									
453.92 Trennungsschädigung, Umzugskostenvergütung	280	256	256	256	-	-	-	-	
459.92 Sonstige	1.747	646	1.200	1.200	+ 554	+ 85,8	-	-	
Summe 2. KRN Personalbezogene Sachausgaben	2.027	902	1.456	1.456	+ 554	+ 61,4	-	-	
insgesamt 1. und 2.	78.627	81.323	83.365	83.159	+ 2.042	+ 2,5	- 206	- 0,2	
Dezentralisiert		69.982	71.701	71.511					
Verbleiben im KRN		11.341	11.664	11.648					

Ausgaben

Personalausgaben

- 441.xx Der Ansatz wurde nach einem Erfahrungswert von etwa 4 % der voraussichtlichen Dienstbezüge im Besoldungsbereich unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2007 ermittelt. Beihilfen im Versorgungsfall (neu rd. 12 %, bisher 11 % der Versorgungsbezüge) werden im Kontenrahmen für Versorgung der Einzelpläne 1.0 bis 9.1, Titel xxxx.446.xx veranschlagt.
- 443.92 Überrollung des Vorjahresansatzes. Neben der Heilfürsorge (Kapitel 8500, 8550) werden hier die Kosten der Heilbehandlung infolge von Dienstunfällen nachgewiesen. Dafür fallen keine Beiträge zur berufsgenossenschaftlichen Unfallkasse Nord an.
- 453.92 Überrollung des Vorjahresansatzes.
- 459.92 Mehr in Anlehnung an das Ergebnis 2007 und die voraussichtliche Entwicklung. Aus dem Titel 459.92 dürfen auch Entschädigungen für das Tragen von Zivilkleidung im uniformierten Polizeivollzugsdienst gezahlt werden.

9750 Zentrale Versorgung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Dezentralisierung nahezu aller Versorgungsausgaben in die Einzelpläne

Die zentrale Veranschlagung der Versorgungsausgaben in diesem Kapitel ist seit 2004 grundsätzlich aufgegeben worden. Nach „Verursacherprinzip“ werden alle zu erwartenden Versorgungsausgaben – Pensionen, Ruhegehälter und Beihilfen für Versorgungsempfänger – auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Im Kapitel 9750 verbleibt eine Restgröße derzeit nicht aufteilbarer und nicht individuell zuzuordnender Ausgaben.

Kontenrahmen für Versorgung

Grundlage der Veranschlagung ist die Versorgungsprognose 2007. Von dem Prognosewert je Kapitel werden die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (s. u.) abgesetzt und die verbleibende Restgröße wird gesondert veranschlagt.

Die Kostenanteile für Versorgung betragen für Beamte 30 % der jeweiligen Aktivbezüge, für den Tarifbereich 9 %. Diese kalkulatorischen Kostenanteile sorgen (zusammen mit dem für Beamte in Höhe von 4 % der jeweiligen Aktivbezüge erhobenen Zuschlag als Gegenfinanzierung für die Beihilfe) für eine gleich hohe, statusneutrale Budgetbelastung der jeweiligen Ressorts.

Die veranschlagten Versorgungsausgaben ergeben sich somit aus der Summe der Kostenanteile an den Versorgungsbezügen, die Budgetbestandteile des KRD/NSM bleiben, und der Bedarfsspitze gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose, die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Dadurch können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Als „Bedarfsspitze“ kann sich auch ein negativer Wert ergeben. Das ist immer der Fall, wenn ein Kapitel, aus dem Dienstbezüge gezahlt werden, erst relativ „jung“ ist – z.B. als Folge einer Reorganisation, aus ihm also noch keine Beschäftigten in die Versorgung gewechselt sind.

Bei der Veranschlagung ab 2009 wurde das Volumen der Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger auf Basis von rd. 12 % der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) ermittelt. Dieser Satz hat sich infolge des Anstiegs der Beihilfeleistungen aktuell als Mittelwert (bisher 11 %) ergeben.

Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer „93“. Die Zuschlagsanteile des KRD/NSM der Einzelpläne/Kapitel, aber auch die in Wirtschaftsplänen dezentralisierten Anteile an den Versorgungsleistungen (in der Regel veranschlagt bei xxxx[Kapitel].632.91) fließen an den KRV zurück und dürfen von der Ausgabe beim jeweiligen Titel abgesetzt werden (Grundlage Drs. 15/7520).

Eine weitergehende Erläuterung zum Kontenrahmen für Versorgung ist dem jeweiligen Vorwort der Einzelpläne 1.0 bis 9.1 zu entnehmen.

Kostenanteile an den Versorgungsbezügen von §§ 15/26-LHO-Einrichtungen u.a. (xxxx.632.91 und weitere Titel)

Den Bezügen der aktiv Beschäftigten in den § 15-LHO-Einrichtungen, und zwar im Einzelplan 1.1 (Zentrum für Aus- und Fortbildung), 3.2 (Hochschulbereich), im Einzelplan 4 (Institut für Hygiene und Umwelt), im Einzelplan 6 (Wassergütestelle Elbe), im Einzelplan 8.1 (Hochschule der Polizei, Feuerweherschule), im Einzelplan 9.1 (Immobilienmanagement) und (Kasse.Hamburg) sowie in den § 26-LHO-Betrieben „Rathaus-Service“, „Zentrum für Personaldienste“ (Einzelplan 1.1), „Hamburger Institut für Berufliche Bildung“ (Einzelplan 3.1), „Geoinformation und Vermessung“ sowie „Straßen, Brücken und Gewässer“ (Einzelplan 6) ist analog dem Konzept der Dezentralisierung der Personalausgaben der wirtschaftliche Wert für Versorgungsansprüche anstelle der hier haushaltssystematisch nicht mehr zu den Personalausgaben gehörigen Zuschläge zugeordnet und 2009 bzw. 2010 jeweils in einem Volumen von rd. 105 Mio. Euro (Versorgungsanteile Beamte rd. 82 Mio. Euro und Versorgungsanteile Arbeitnehmer rd. 23 Mio. Euro unter der Titellnummer xxxx 632.91 „Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne“ sowie beim Kapitel 3150.671.01 „Entgelte zu den laufenden Kosten des LB „Hamburger Institut für Berufliche Bildung“ anteilig veranschlagt worden.

Vorsorge für lineare Anpassungen für 2009 und 2010 wird grundsätzlich zentral berücksichtigt

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

Tabelle 1: Kapitel 9750 – Zentrale Versorgung nach Dezentralisierung

	Ist 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro				in %		in Tsd. Euro	in %
Einnahmen	26.490	26.795	25.449	24.449	- 1.346	- 5,0	- 1.000	- 3,9
davon:								
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	299	215	215	215	–	–	–	–
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	17.655	18.380	17.034	16.034	- 1.346	- 7,3	- 1.000	-5,8
Besondere Finanzierungseinnahmen (HGr. 3)	8.536	8.200	8.200	8.200	–	–	–	–
Ausgaben	62.175	70.447	71.766	74.266	+ 1.319	+ 1,9	+ 2.500	+ 3,5
davon:								
Personalausgaben	49.879	59.727	61.046	63.546	+ 1.319	+ 2,2	+ 2.500	+ 4,1
Sach- und Fachausgaben	3.757	2.520	2.520	2.520	–	–	–	–
Besondere Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	8.539	8.200	8.200	8.200	–	–	–	–

Einnahmen

- 231.01 Veranschlagt sind Erstattungen an Hamburg (vgl. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen i.d.F. vom 13.10.1965 (BGBl. I S. 1686), zuletzt geändert 20.9.1994 (BGBl. I S. 2442,2452)) als den vorläufigen oder mit der Aufgabenerfüllung beauftragten Träger für Leistungen, die im Rahmen der Lastenverteilung von einer Einrichtung des öffentlichen Bereiches voll oder teilweise zu tragen sind (vertriebene Beamte und Berufssoldaten der ehemaligen Wehrmacht). Weniger in 2009 und 2010 wegen tendenziell degressiver Entwicklung des Empfängerkreises.
- 231.02 Erstattungen für Leistungen, die teilweise vom Bund zu tragen sind (z. B. für Versorgungsleistungen an Beamte, die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums 1934 entlassen worden sind und bei denen die Zeit von der Entlassung bis zur Erteilung des Wiedergutmachungsbescheides als ruhegehaltfähig anerkannt wurde).
- 232.01 Andere Länder als Dienstherren vom 8.5.1945 erstatten die anteilige Versorgungslast von Personen, deren Beschäftigung Hamburg nach dem 8.5.1945 übernahm (vgl. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen i.d.F. vom 13.10.1965 (BGBl. I S. 1686), zuletzt geändert 20.9.1994 (BGBl. I S. 2442,2452)).
- 232.02 Die Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch die Länder erfolgt
a) im Rahmen der Abwicklungskosten des ehemaligen Zentraljustizamtes
b) nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Einzelfälle nach dem Wohnsitzprinzip).
- 233.01 Veranschlagt sind Zuschüsse im Rahmen des Versorgungslastenausgleichs (vgl. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen i.d.F. vom 13.10.1965 (BGBl. I S. 1686), zuletzt geändert 20.9.1994 (BGBl. I S. 2442,2452)). Bei diesem Personenkreis handelt es sich um ehemalige Angehörige einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts (nicht Gebietskörperschaft) der ehemaligen Ostgebiete sowie der ehemaligen DDR, für die eine Versorgungsausgleichskasse zuständig ist (z. B. Rheinische Versorgungskasse, Zentralamt der BfA).
- 234.01 Nach dem Gesetz über das Sondervermögen Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg ist eine Entnahme zur Finanzierung von Zusatzversorgungsaufwendungen seit 2004 zulässig. Die jeweilige Entnahme steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des bei dem Sondervermögen gebildeten Beirats. Die Entnahmen 2009 und 2010 orientieren sich an der Höhe der voraussichtlichen Zuführungen aus der Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (vgl. auch 381.01) sollen.
- 281.01 Korrespondierender Titel 9750.632.01. Erstattungsleistungen für Versorgungsbezüge (§ 107 b Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern [Beamtenversorgungsgesetz – BeamtVG] i.d.F. vom 16.3.1999 (BGBl. I S. 322/847/2033, geändert durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001)) durch den abgebenden Dienstherrn bei einvernehmlicher Übernahme von Beamten oder Richtern an den aufnehmenden Dienstherrn. Die Versorgungsbezüge werden in voller Höhe vom aufnehmenden Dienstherrn geleistet. Der aufnehmende Dienstherr hat einen Erstattungsanspruch auf Versorgungsanteile, die auf die beim abgebenden Dienstherrn abgeleisteten ruhegehaltfähigen Dienstzeiten beruhen. Leertitel, weil Ansprüche dem Grunde nach bestehen, das Volumen der Erstattungsleistungen aber nicht vorhersehbar ist.

281.04
281.05
281.06
381.01

Vgl. Erläuterungen zu dem korrespondierenden Titel 9750.429.01.

Korrespondierender Titel 9750.916.01. Die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Höhe von zur Zeit 1,25 % ihrer Entgelte an der Zusatzversorgung ab 1.4.2000 aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften vom 28.6.1999 (HmbGVBl. S. 131) (vgl. auch Drs. 16/2259) wird dem mit dem Gesetz über das Sondervermögen "Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg" vom 14.7.1999 (HmbGVBl. S. 146) (vgl. auch Drs. 16/2419) eingerichteten Sondervermögen zugeführt.

Ausgaben

Personalausgaben

Nach der Dezentralisierung der Versorgungsausgaben in die Einzelpläne verbleibt im KRV für den Einzelplan 9.2 ein Restbetrag in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro für die 2009 und 2010. Er soll die nicht durch die Prognose berücksichtigten Fallkonstellationen – insbesondere Waisen und Empfänger von Betriebsrenten – sowie Mehrbedarfe aufgrund von Schwankungen in der Prognose abdecken.

Tabelle 2: Übersicht zur Veranschlagung von Versorgungsausgaben 2009

Versorgung	Ruhestands-beamte	Ehemaliger Tarifbereich	Summe
2009 Von der Versorgungsprognose erfasste Bereiche a) (Bereiche KRD, NSM, § 15 LHO)	917,0	112,0	1.029,0
2009 Von der Versorgungsprognose nicht erfasste Bereiche			
• Ehemalige Senatsmitglieder	3,5		3,5
• Waisen u.a.	10,0		10,0
• § 26 LHO Betriebe	15,2	0,6	15,8
Zugeordnete Versorgung insgesamt	945,7	112,6	1.058,3
Davon veranschlagt			
– als Ansätze mit Kostenanteilen an den Versorgungsbezügen, davon	508,5	85,4	593,9
• Bereich KRD und NSM Gruppierung 432, 438	(426,2)	(62,6)	(488,8)
• § 15 LHO	(39,5)	(17,1)	(56,6)
• § 26 LHO	(42,8)	(5,7)	(48,5)
– im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) der Epl. 1.0 bis 9.2, davon	437,1	27,2	464,3
• Gruppierung 431, 432, 438	(359,9)	(31,6)	(391,5)
• eigene Kapitel § 15 LHO	(45,0)	(- 4,7)	(40,3)
• eigene Kapitel § 26 LHO	(32,2)	(0,3)	(32,5)
Veranschlagte Versorgungsbezüge insgesamt	945,7	112,6	1.058,3
Beihilfen im Kontenrahmen Versorgung, Gruppierung 446	111,0	–	111,0
2009 Versorgungsbezüge und Versorgungsbeihilfen insgesamt	1.056,7	112,6	1.169,3
Versorgungsbezüge und Versorgungsbeihilfen 2008 insgesamt	1.025,0	113,0	1.138,0
2007 Versorgungsbezüge (Ist)	880,3	116,6	996,9
2007 Versorgungsbeihilfen (Ist)	116,8	–	116,8
zusammen:	997,1	116,6	1.113,7

(Differenzen durch Runden der Einzelwerte)

a) Versorgungsprognose des Senats von 2007 für das Jahr 2009: 1.029 Mio. EUR.

Tabelle 3: Übersicht zur Veranschlagung von Versorgungsausgaben 2010

Versorgung	Ruhestands-beamte	Ehemaliger Tarifbereich	Summe
2010 Von der Versorgungsprognose erfasste Bereiche b) (Bereiche KRD, NSM, § 15 LHO)	931,0	112,0	1.043,0
2010 Von der Versorgungsprognose nicht erfasste Bereiche			
• Ehemalige Senatsmitglieder	3,5		3,5
• § 15 LHO	10,0		10,0
• § 26 LHO Betriebe	20,3	0,5	20,8
Zugeordnete Versorgung insgesamt	964,8	112,5	1.077,3
Davon veranschlagt			
– als Ansätze mit Kostenanteilen an den Versorgungsbezügen, davon	507,2	85,4	592,6
• Bereich KRD und NSM Gruppierung 432,438,	(424,8)	(62,5)	(487,3)
• § 15 LHO	(39,6)	(17,2)	(56,8)
• § 26 LHO	(42,8)	(5,7)	(48,5)
– im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) der Epl. 1.0 bis 9.2, davon	457,6	27,1	484,7
• Gruppierung 431, 432, 438	(375,8)	(31,3)	(407,1)
• eigene Kapitel § 15 LHO	(46,0)	(- 4,6)	(41,4)
• eigene Kapitel § 26 LHO	(35,8)	(0,4)	(36,2)
Veranschlagte Versorgungsbezüge insgesamt	964,8	112,5	1.077,3
Beihilfen im Kontenrahmen Versorgung, Gruppierung 446	113,2	–	113,2
2010 Versorgungsbezüge und Versorgungsbeihilfen insgesamt	1.078,0	112,5	1.190,5

(Differenzen durch Runden der Einzelwerte)

b) Versorgungsprognose des Senats von 2007 für das Jahr 2010: 1.043,0 Mio. EUR.

431.xx)

432.xx)

438.xx)

Basis für die Bedarfsermittlung ist die Versorgungsprognose des Senats von 2007 für die Kalenderjahre 2009 und 2010. Die Bedarfe aus der voraussichtlichen Anpassung der Versorgungsbezüge 2009 und 2010 sind zentral beim Titel 9700.461.01 veranschlagt.

446.xx Bedarfsermittlung nach verändertem Erfahrungswert: pauschal rd. 12 % der Versorgungsbezüge bei 432.xx. Der gegenüber den aktiv Beschäftigten (4 %) deutlich höhere Prozentwert ergibt sich im Wesentlichen aus den gegenüber den Dienstbezügen niedrigeren Versorgungs- und Hinterbliebenenbezügen sowie dem gegenüber der aktiven Dienstzeit grundsätzlich höheren Beihilfesatz. Erst danach wirkt sich die höhere Morbidität aus.

422.01 Nachversicherungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung, wenn versicherungsfreie Personen (hier: insbesondere im Beamtenstatus) dauerhaft aus dem Beschäftigungsverhältnis ausscheiden, und zwar ohne Anspruch oder Anwartschaft auf Versorgung und wenn Gründe für einen Aufschub der Beitragsleistung nicht vorliegen. Die Nachversicherungsleistungen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) werden vom Dienstherrn Freie und Hansestadt Hamburg getragen. Weniger aufgrund des Ergebnisses 2007 und der voraussichtlichen Entwicklung.

424.01

434.01 *Allgemein:* Nachgewiesen werden die Zuführungen nach dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsrücklagegesetz – HmbVersRücklG) vom 30.11.1999 (HmbGVBl. S. 266) an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg“ (vgl. auch Drucksache 16/2574). Veranschlagt sind die Zuführungen an die Versorgungsrücklage aufgrund der linearen Anhebungen 1999, 2001 und 2002 der Dienst- und Versorgungsbezüge durch die einschlägigen Anpassungsgesetze). Für die Jahre 2003 bis 2010 wird die Rücklagenaufstockung nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 prinzipiell ausgesetzt und der bis 2002 erreichte Stand von 0,6 % jährlich zugeführt. Darüber hinaus werden ab 2003 50 Prozent der Einsparungen durch die im Versorgungsänderungsgesetz 2001 getroffenen Maßnahmen dem Sondervermögen zugeführt (Absenkung des Versorgungsniveaus durch nicht vollständige Weitergabe von linearen Erhöhungen an Versorgungsempfänger).

429.01 Korrespondierende Titel 9750.281.04 „Versorgungszuschläge Dritter für den Besoldungsbereich“, 9750.281.05 „Versorgungszuschläge Dritter für den Tarifbereich“ und 9750.281.06 „Einnahmen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen u. dgl. für aus Landesbetrieben ausgeschiedene Beamte“.

Das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – HmbVersFondsG) vom 19.12.2000 (HmbGVBl. S. 399) ist mit Wirkung vom 1.1.2000 in Kraft getreten (vgl. Drucksachen 16/4524, Abschnitt B; 16/5100, Tz. 175; 16/5282). Die Höhe der Zuführungen an das Sondervermögen bestimmt sich einerseits nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt, in Höhe von seinerzeit jährlich 10 Mio. DM (umgerechnet 5,113 Mio. Euro) (2009 und 2010: Grundbewilligung 5,113 Mio. Euro) und andererseits nach den Beträgen, die von der Freien und Hansestadt Hamburg als Versorgungszuschläge von Dritten vereinnahmt werden. Außerdem können Einnahmen aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen u.dgl. dem Sondervermögen zugeführt werden.

- 438.02 Überrollung des Vorjahresansatzes. Tendenziell degressive Ausgabenentwicklung infolge natürlicher Reduzierung des nach diesem Versorgungssystem berechtigten Personenkreises. Das Versorgungssystem ist geschlossen und versorgt nur noch die am 1.3.1958 vorhanden gewesenen Versorgungsrentenempfänger bzw. deren Hinterbliebene.
- 439.01 Überrollung des Vorjahresansatzes. Veranschlagung der Ansprüche Hinterbliebener von Polizeidienstbeschädigten.
- 452.01 Erstattungen an Rentenversicherungsträger im Rahmen des Versorgungsausgleichs nach dem 1. Eherechtsreformgesetz. Überrollung des Ansatzes.

Sach- und Fachausgaben

- 631.01 Analog zu den Einnahmetiteln 231.01, 232.01 und 233.01, bei denen Hamburg Zuschüsse und Erstattungen im Rahmen des Versorgungslastenausgleichs nach dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes (G 131) zufließen, werden hier die Leistungsverpflichtungen Hamburgs im Versorgungslastenausgleich nach dem G 131 gegenüber anderen Versorgungsträgern veranschlagt, die bisher als Teil der Versorgungsausgaben bei der Hauptgruppe 4 Personalausgaben nachgewiesen wurden. Einer ressortspezifischen Zuordnung sind diese zentralen Leistungsverpflichtungen nicht zugänglich.
- 632.01 Korrespondierender Titel. 9750.281.01. § 107b Beamtenversorgungsgesetz regelt die Versorgungsbeteiligung der Dienstherrn, wenn Beamte oder Richter in Diensten mehrerer Dienstherrn gestanden haben. Dem aufnehmenden Dienstherrn, der die vollen Versorgungsbezüge zu leisten hat, steht ein Anspruch auf Versorgungsanteile zu, die sich auf Dienstzeiten bei anderen Dienstherrn beziehen. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mittel beim korrespondierenden Titel geleistet werden, bei dem Hamburg aufgrund eigener Ansprüche nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz Versorgungsanteile anderer Dienstherrn einnimmt.

Besondere Finanzierungsausgaben

- 916.01 Korrespondierender Titel 9750.381.01. Als Folge der Einführung einer Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung ab 1.4.2000 durch das Zweite Gesetz zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften vom 28.6.1999 (HmbGVBl. S. 131) (vgl. auch Drs. 16/2259) wurde mit dem Gesetz über das Sondervermögen "Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg" vom 14.7.1999 (HmbGVBl. S. 146) (vgl. auch Drs. 16/2419) ein Sondervermögen eingerichtet, dem die Arbeitnehmerbeiträge zugeführt werden.

1. Allgemeines

Der Mittelbedarf wird insbesondere durch die IT-Gesamtpläne bestimmt.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	Ist 2007	Ansatz 2008*	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro				in Tsd. Euro/ %		in Tsd. Euro/ %	
Einnahmen	1.660	1.798	4.932	4.932	3.134	174,3	0	0
davon:								
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	1.660	1.798	4.932	4.932	3.134	174,3	0	0
Ausgaben	4.091	47.117	82.918	76.654	35.801	76,0	- 6.264	- 7,6
davon:								
Sach- und Fachausgaben	630	357	17.952	19.952	17.595		2.000	11,1
Investitionen	3.461	46.760	64.966	56.702	18.206	38,9	- 8.264	- 12,7

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich resultieren aus Mieten für das Gebäude Billstraße 82 (Titel 9800.124.01). Siehe Titel 823.01.

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgaben sind im Kapitel 9800 nicht veranschlagt.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben dienen der Finanzierung

- zentral veranschlagter Folgekosten für neue Investitionen der IT-Vorhaben (Titel 536.56: 2009 = 17.331 Tsd. Euro; 2010 = 19.331 Tsd. Euro sowie je 3.000 Tsd. Euro Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Folgejahres); diese Mittel werden auf die jeweiligen Einzeltitel der Behörden übertragen,
- von Schulungs- und sonstigen Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen im gesamten IT-Bereich (Titel 535.56: je 311 Tsd. Euro),
- der Nutzungsentgelte für juristische Datenbanken (Titel 537.56: je 310 Tsd. Euro).
- Die globalen aufgabenkritischen Minderausgaben Informationstechnik (bis 2008 Titel 549.01) sind entfallen, vgl. 536.56.

Der Titel 536.56 wird wegen seiner Bedeutung und erheblicher Veränderungen gesondert erläutert:

536.56 – Zentral veranschlagte Folgekosten für neue Investitionen der IT-Technik –

Der IT-Betriebshaushalt ist geprägt durch Mehrbedarfe bei den zentral veranschlagten betrieblichen Ausgaben für neue IT-Maßnahmen. Ab 2009 erfordern die notwendigen Ausbau- und Anpassungsmaßnahmen im Bereich neuer IT-Verfahren erhebliche zusätzliche Mittel. Deshalb mussten auch die globalen aufgabenkritischen Minderausgaben im IT-Betriebshaushalt bei 549.01 gestrichen werden, in deren Rahmen die Behörden über mehrere Jahre zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben. IT-Lösungen sind als kritische Erfolgsfaktoren wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Wirkung von Gesetzen oder die Umsetzung politisch gewollter Organisationsveränderungen. Die Bandbreite heutiger Techniknutzung umfasst inzwischen alle von öffentlichen

Dienstleistungen beeinflussten Lebensbereiche. Neue Techniken und elektronisch unterstützte Methoden erschließen dabei weitere Produktivitätseffekte, z.B. in folgenden Aufgabenbereichen:

- Bildungsbereich durch Ausstattungsschwerpunkte in den allgemein- und den berufsbildenden Schulen zur Unterstützung von Qualitäts-, Schul- und Wissensmanagement. Die Netzanbindung der Schulen unterstützt die in der Umsetzung befindlichen Veränderungsprozesse in den Schulen und ist wesentlicher technischer Baustein für die innovative Medienausstattung in den Schulen,
- Jugend- und Sozialbereich (z.B. Hilfeangebote und bessere Verzahnung der Verwaltungsprozesse der verschiedenen Aufgabenträger in neuen IT-Projekten für Jugend und Soziales),
- Innere Sicherheit zur Unterstützung der Sicherheitsdienste (z.B. digitale Funkvernetzung, Instrumente bei der Verfolgung von Straftätern),
- steuerliche Veranlagung und Erhebung (bundeseinheitliche Neuausrichtung unter KONSENS¹, Zusammenarbeit der norddeutschen Länder unter EOSS² im gemeinsamen Rechenzentrum DCS³ von Dataport),
- Aufbau einer breiten IT-Infrastruktur, um Verwaltungsservice direkt für Bürger und Wirtschaft online zu beiderlei Nutzen zu erschließen (E-Government-Projekte, z.B. Kfz-Wesen bei Deutschland-Online, IT-Gewerbe gemeinsam mit der Handelskammer, Baugenehmigungsverfahren und Bauleitplanung und die interne Kommunikation zu optimieren (NGN⁴),
- interne Verwaltung mit den Intendanten Personal (elektronisches Personalmanagement), Organisation und Ressourcensteuerung (Doppik, Neues Haushaltswesen und Ressourcenverfahren).

Die Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des jeweiligen Folgejahres sind zur Sicherstellung von Planungs- und Umsetzungskontinuität einzelner komplexer IT-Vorhaben erforderlich.

Investitionen

Das Investitionsvolumen ist geprägt durch

- die beim Titel 812.56 zentral veranschlagten Ausgaben für IT-Maßnahmen (2009 = 56.684 Tsd. Euro, 2010 = 48.420 Tsd. Euro),
- die für das Gebäude Billstraße 82 zu zahlende Mietkauftrate (Titel 823.01, je 8.282 Tsd. Euro).

Diese Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung und erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

812.56 – Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik –

Die Ansätze entsprechen den zu erwartenden Mittelabflüssen bei der Umsetzung der IT-Einzelmaßnahmen. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 50.000 Tsd. Euro zu Lasten des jeweiligen Folgejahres sind zur Sicherstellung von Planungs- und Umsetzungskontinuität einzelner komplexer IT-Vorhaben erforderlich.

Überblick der neuen großen IT-Vorhaben, deren Planungsvolumen 1 Mio. Euro überschreitet (ohne den laufenden Standardsatz der Hardware in den Behörden):

Behörde	IT-Vorhaben	Volumen in Tsd. Euro	Erläuterung
Bezirksverwaltung	Digitaler Bauantrag und digitale Bauleitplanung	1.276	Einführung des Online-Bauantrages und Implementierung der neuen HBauO. Einführung einer Digitalen Bauleitplanung, in der den Bürgern Bauleitpläne und weitere Informationen der Verwaltung zum Bauleitplanverfahren über das Internet zur Verfügung gestellt werden.
Zentrum für Personaldienste	Leistungsorientierte Bezahlung (LOB) im öffentlichen Dienst der FHH	1.057	IT-Unterstützung der künftigen Arbeitsprozesse sowie Qualifizierung für die leistungsorientierte Bezahlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FHH.

¹ KONSENS = Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung

² EOSS = Evolutionär orientierte Steuersoftware

³ DCS = Data Center Steuern

⁴ NGN = New Generation Network / IP-Telefonie

Behörde	IT-Vorhaben	Volumen in Tsd. Euro	Erläuterung
BSB	Vorstudie Ersatz Schulverwaltungs-System	2.074	Die an den allgemeinbildenden Schulen eingesetzte Verwaltungssoftware soll ersetzt werden. In der Vorstudie wird neben der Erstellung von Fach- und DV-Konzept geprüft, welche Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Bundesländern bestehen. Es wird auch untersucht, unter welchen Bedingungen diese Software an den beruflichen Schulen eingesetzt werden kann.
FB	Infrastruktur für E-Government (Folgerate 2009: 1.645 Tsd. Euro)	6.462	Das Deutschland-Online - Vorhaben Kfz-Wesen (seit Juni 2006), bei dem Hamburg (Projektverantwortung Finanzbehörde) die Federführung hat, soll dem Bürger einen alternativen Weg bei der Fahrzeugzulassung über das Internet bieten. An-, Ab-, und Ummeldung von Fahrzeugen werden mit der Umsetzung des Vorhabens online möglich sein. Die Verwaltung wird dadurch maßgeblich von Routinevorgängen entlastet und der Bürger spart Warte - und Fahrtzeiten. Das Projekt E-Government in der Metropolregion mit der sog. „Lebenslage Umzug“ ist in den Entwicklungen des Deutschland-Online-Vorhabens "Kfz-Wesen" inhaltlich aufgegangen und steuert seine technischen und organisatorischen Lösungen für die Fortentwicklung des bundesweiten Vorhabens bei.
FB	IT-Infrastruktur für das Hamburg-Service-Informationssystem (Folgerate 2009: 300 Tsd. Euro)	5.037	Das HamburgService Informationssystem enthält alle relevanten Kommunikationsdaten der Mitarbeiter der FHH sowie alle Organisationseinheiten und Dienstleistungen. Die Daten werden in verschiedenen anderen Systemen weiter verwendet, z.B. im Telefonischen HamburgService. Die Benutzerkennungen aller Mitarbeiter werden mit dieser Infrastruktur verwaltet. Durch diese Anwendung wird Doppelarbeit an vielen Stellen der Verwaltung unterbunden.
FB	E-Government-Plattform (Folgerate 2009: 1.600 Tsd. Euro)	3.561	Ausgelöst durch die umzusetzende EU-Dienstleistungsrichtlinie und das Projekt Behördenrufnummer 115 wird mit Schleswig-Holstein zusammen eine gemeinsame IT-Plattform aufgebaut, die die bestehenden Infrastrukturen integriert.
FB	Ausbau des Hamburg-Gateway (Folgerate 2009: 500 Tsd. Euro)	4.509	Mit dem Hamburg-Gateway ist die Infrastruktur aufgebaut, um schnell und kostengünstig bestehende IT-Verfahren der Hamburger Verwaltung für Bürger und Wirtschaft online bereit zu stellen. Mittlerweile sind mehr als 30 Verfahren online. Der Ausbau sichert die Zukunftsfähigkeit und setzt neue Anforderungen für weitere Online-Services um.
FB	KONSENS - Koordination der Softwareentwicklung für Steuerfestsetzung und Steuererhebung	6.874	Softwareentwicklung für Steuerfestsetzung und Steuererhebung im Rahmen des Projektes KONSENS (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung) einschl. ELSTER.

Die Mittel werden nach Maßgabe der zu erwartenden Umsetzung der Vorhaben auf die jeweiligen Einzeltitel der Behörden übertragen.

823.01 – Kaufpreisrate für die Gebäude- und Grundstücksflächen Billstraße 82 –

Die ab 2009 zentral von der Finanzbehörde zu zahlende Mietkauftrate für das Objekt Billstraße wurde an geänderte Mietverhältnisse angepasst. Die entsprechenden Haushaltsmittel, die bisher teilweise auch im Einzelplan 6 veranschlagt waren, wurden auf den Einzelplan 9.2 übertragen, weil die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Anmietung aufgegeben hat. Diese frei gewordenen Flächen werden zusätzlich von Dataport angemietet. Die Mieteinnahmen (siehe Titel 124.01) dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben für die ab 2009 neu festgesetzten Mietkaufraten.

1. Allgemeines

Der Mittelbedarf wird insbesondere durch den Förderfonds Bezirke und die zentral veranschlagten Ausgaben für die Schaffung von bezirklichen Dienstleistungs- und Kundenzentren im Rahmen der Verwaltungsreform bestimmt.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	Ist 2007	Ansatz 2008*	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro				in Tsd. Euro/ %		in Tsd. Euro/ %	
Ausgaben	-	8.884	9.134	9.214	250	2,8	80	0,9
davon:								
Sach- und Fachausgaben	-	1.179	2.403	2.439	1.224	103,8	36	1,5
Investitionen	-	6.705	5.741	5.795	-964	- 14,4	54	0,9
Besondere Finanzierungsausgaben (Hgr.9)	-	1.000	990	980	- 10	- 1,0	- 10	- 1,0

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben beinhalten die zentral für Bezirksangelegenheiten veranschlagten Mittel.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 521.01 – Zentral veranschlagte Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit Kampfmittelräumung auf Grün- und anderen Flächen –

Veranschlagt sind Mittel, um notwendige Maßnahmen zur Kampfmittelräumung von Grundstücken zu finanzieren, für die keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, z.B. bei Grundsanierungen von öffentlichen Spielplätzen.

- 548.03 – Zentral veranschlagte Ausgaben für den „Förderfonds Bezirke“ –

Bis 2008 Titel 548.01 und 02. Veranschlagt sind Mittel für den "Förderfonds Bezirke", ein Anreizsystem, mit dem noch stärker die positiven Ergebnisse und Wirkungen der Bezirkspolitik unterstützt werden sollen. Maßstab für die Mittelverteilung sind erfolgreiche Strukturveränderungen im Sinne der Ziele: positive Einwohnerentwicklung, Steigerung der Lebensqualität und Erhöhung der Wertschöpfung. Die Mittel stehen im Verhältnis 60 : 40 im Investitions- und Betriebshaushalt zur Verfügung und werden als Prämien an erfolgreiche Bezirksämter ausgeschüttet. Über die Verwendung der Prämien entscheiden die jeweiligen Bezirksversammlungen. Vgl. 791.08.

Investitionen

Die Investitionsausgaben werden im Einzelnen wie folgt erläutert:

791.08 – Zentral veranschlagte Ausgaben für den „Förderfonds Bezirke“ –

Bis 2008 Titel 791.06 und 07. Vgl. 548.03.

795.04 – Zentral veranschlagte Ausgaben für die Schaffung von bezirklichen Dienstleistungs- und Kundenzentren –

Veranschlagt sind Mittel für die Einrichtung von Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Sozialen Dienstleistungszentren sowie neuen Kundenzentren, die im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Bezirksämter als Teil der Verwaltungsreform in allen Bezirken entstehen sollen.

Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.500 Tsd. Euro p.a. dienen dazu, Unwägbarkeiten bei der baulichen Realisierung – insbesondere eine beschleunigte Fertigstellung – auszugleichen und die flächendeckende Einrichtung von Dienstleistungszentren möglichst zügig realisieren zu können.

Besondere Finanzierungsausgaben

Bei den besonderen Finanzierungsausgaben werden die Istausgaben jeweils bei den Titeln nachgewiesen, die verstärkt worden sind.

971.01 – Rückstellung für bezirkliche Sofortmaßnahmen –

Die Mittel dienen zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe der Bezirksämter, die aus Aufgabenzuwächsen oder neuen Aufgaben entstehen und bei der Veranschlagung des Haushaltsplans noch nicht berücksichtigt werden konnten.

9890 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind zentral zu berücksichtigende Einnahmen und Ausgaben veranschlagt:

- Zentrale Nachweise; Beispiele:
 - 517.03 Gebäudeversicherungen der FHH
 - 821.01 Grunderwerbsteuer für hamburgische Grundstücksgeschäfte
 - Zentral durchzuführende Aufgaben, Maßnahmen oder Leistungen; Beispiele:
 - 334.01 Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes und
 - 791.05 Mittel für einzelne Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes
 - 119.01 Abgabe und
 - 511.01 Beschaffung von Vordrucken
 - Ausgleichsmittel und Verpflichtungsermächtigungen für Mehrausgaben; Beispiele:
 - 548.01 Sächliche Verstärkungsmittel
 - 791.01 Mehrausgaben investiver Bereich einschließlich
 - 791.02 korrespondierender globaler Minderausgabe
 - 971.03 Rückstellung für Mehraufwendungen
 - 971.04 Kleinbetragsnachforderungen einschließlich
 - 972.04 korrespondierender globaler Minderausgabe
 - 971.05 Komplementärmittel für EU-Vorhaben
 - 971.08 Ausgaben zur Vorfinanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und
 - 971.11 IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben
- Ausgleichspositionen für den Gesamtplan; Beispiele:
- 111.01 Globale Mehreinnahmen aus Gebührenerhöhungen
 - 359.01 Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“
 - 972.17 – 31 Globale Minderausgaben Schulbau und Schulbewirtschaftung sowie für laufenden Ausgaben

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	Ansatz 2008*	Ansatz 2009	Ansatz 2010	+/- 2009 zu 2008		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro/%		in Tsd. Euro/%	
Einnahmen	129.010	263.060	217.210	134.050	103,9	- 45.850	- 17,4
davon:							
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	1.760	260	410	- 1.500	- 85,2	150	57,7
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	2.250	0	0	- 2.250	- 100,0	-	-
Bes. Finanzierungseinn. (Hgr. 3)	125.000	262.800	216.800	137.800	110,2	- 46.000	- 17,5
Ausgaben	257.022	224.118	181.781	- 32.904	- 12,8	- 42.337	- 18,9
davon:							
Sach- und Fachausgaben	16.174	11.479	11.479	- 4.695	- 29,0	-	-
Schuldendienst	581	0	0	- 581	- 100,0	-	-
Investitionen	44.744	213.067	171.717	168.323	376,2	- 41.350	- 19,4
Besondere Finanzierungsausgaben (Hgr. 9)	195.523	- 428	- 1.415	- 195.951	- 100,2	- 987	- 230,6

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich resultieren neben den Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes aus Entnahmen aus der Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“. Wegen wesentlicher Veränderungen und ihrer Bedeutung werden gesondert erläutert::

- 281.01 – Anteile des Unternehmensbereichs sowie des steuerpflichtigen Hoheitsbereichs der FHH an der zentral veranschlagten Umsatzsteuer –

Veranschlagt ist ein Leertitel, da nach Gründung der Hamburg Port Authority mit erheblichen Einnahmerückgängen zu rechnen ist. Das Ergebnis 2007 resultiert maßgeblich aus einer Vorsteuererstattung aus dem früheren Hafenbetrieb.

- 334.01 – Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes –

Mit dem Konjunkturprogramm II unterstützt der Bund zusätzliche Investitionen der Kommunen und Länder in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro. Die Mittel sollen zu 65% in Bildung, Wissenschaft und Forschung und zu 35% in die kommunale Infrastruktur fließen. Hamburg erhält hiervon Mittel in Höhe von 230. Mio. Euro.

- 359.01 – Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg2010“ –

Zur Einrichtung der Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ vgl. Drucksache 18/7608 vom 18.12.2007. Mit dieser Drucksache hat die Bürgerschaft zum Haushaltsplan 2007/2008 für das Haushaltsjahr 2008 u.a. der Einrichtung des neuen Titels 359.01 mit einem Ansatz von 125 Mio. Euro zugestimmt. Für 2009 und 2010 sind entsprechend hohe Folgeraten veranschlagt.

Ausgaben

Personalausgaben

Personalausgaben sind im Kapitel 9890 nicht veranschlagt.

Sach- und Fachausgaben

Bei den Sach- und Fachausgaben sind insbesondere veranschlagt

- Gebäudeversicherungen für hamburgischen Grundbesitz (Titel 517.03: je 2.619 Tsd. Euro),
- Dienstleistungshonorar für das Immobilien-Service-Zentrum sowie Verfahrens- und Folgekosten im Zusammenhang mit PRIMO (Titel 535.01: je 800 Tsd. Euro),
- Zentral veranschlagte sächliche Verwaltungsausgaben (Titel 548.01: je 8.000 Tsd. Euro).

Der Titel 548.01 wird wegen seiner Bedeutung gesondert erläutert:

- 548.01 – Zentral veranschlagte sächliche Verwaltungsausgaben –

Veranschlagt sind Mittel zum Ausgleich von Mehrbedarfen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, insbesondere aufgrund von Preissteigerungen sowie Gebühren für Grundstücksbewertungen durch den Gutachterausschuss, die bei der Veranschlagung der Einzelansätze nicht berücksichtigt wurden.

Soweit Ansätze für Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) Mittel zur Abdeckung sächlicher Verwaltungsausgaben der Zuwendungsempfänger enthalten, dürfen auch diese verstärkt werden.

Im Haushaltsjahr 2007 erfolgten Sollübertragungen auf andere Titel i.H.v. 18.388.684,07 Euro.

Investitionen

Das Investitionsvolumen ist bestimmt durch Zuweisungen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes und das Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ (Titel 791.03):

Folgende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 791.01 – Zwangsläufige Mehrausgaben im investiven Bereich –
 791.02 – Globale Minderausgabe zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben im investiven Bereich –

Die Mittel dienen zur Deckung von Mehraufwendungen, die bei veranschlagten Investitionsmaßnahmen aufgrund von Lohn- und Materialpreiserhöhungen oder wegen anderer Mehrkosten, die nicht Folge von Planungsänderungen sind, zwangsläufig entstehen. Die Bereitstellung erfolgt nur gegen gleich hohe Einsparungen an anderer Stelle (vgl. auch Art. 7 Nr. 1 Haushaltsbeschluss 2009/2010).

- 791.03 – Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ –

Die vorgesehenen Maßnahmen des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ (SIP) werden über Einzeldrucksachen von Senat und Bürgerschaft beschlossen. Die erforderlichen Mittel werden durch Sollübertragung

von 791.03 auf die Titel der sachlich zuständigen Kapitel umgesetzt. Die Folgeraten sind im Finanzplan 2008 – 2012 berücksichtigt.

791.05 – Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes –

Mit dem Konjunkturprogramm II unterstützt der Bund zusätzliche Investitionen der Kommunen und Länder in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro. Die Mittel sollen zu 65% in Bildung, Wissenschaft und Forschung und zu 35% in die kommunale Infrastruktur fließen. Hamburg erhält hiervon Mittel in Höhe von 230. Mio. Euro. Zusammen mit dem hamburgischen Eigenanteil von ca. 77. Mio. Euro stehen für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt 307 Mio. Euro zusätzlich für öffentliche Investitionen zur Verfügung. Die Maßnahmen-Übersicht ergibt sich aus Anlage 3 zur Drs. 19/2250.

Besondere Finanzierungsausgaben

Bei den besonderen Finanzierungsausgaben werden die Istaussgaben jeweils bei den Titeln nachgewiesen, die verstärkt worden sind.

Der bis 2008 bei Titel 971.10 ausgewiesene „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ ist ab 2009 im Einzelplan 1.1 veranschlagt (vgl. 1100.971.03).

971.03 – Rückstellung für Mehraufwendungen –

Die Rückstellung soll im Wesentlichen abdecken:

- Besoldungs- und Tarifsteigerungen, soweit sie nicht dezentral in den Einzelplänen oder bei 9700.461.01 bzw. 682.02 veranschlagt sind,
- temporäre Mehrbedarfe für Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Verwaltung im Rahmen des „Fonds zur Effizienzsteigerung“ (Titel 9890.971.08),
- Komplementärmittelbedarfe für EU-Vorhaben (Titel 9890.971.05),
- Risiken im Bereich Versorgung und Nebenleistungen,
- etwaige Anforderungen zur Durchführung von Volks-/Bürgerbegehren, Volksgesetzgebung,
- etwaige Verstärkung der Zinsausgaben (Titel 9600.575.01)
- Zentrale Verstärkungsmittel für noch nicht veranschlagungsreife Risiken.

Im Haushaltsjahr 2007 erfolgten Sollübertragungen auf andere Titel i.H.v. 10.897.046,14 Euro.

971.04 – Global veranschlagte Ausgaben zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben –

972.04 – Globale Minderausgabe zum Ausgleich zwangsläufiger Mehrausgaben –

Die Mittel dienen zur Abdeckung unvorhergesehener und sachlich unbedingt erforderlicher Mehrbedarfe bei Ausgaben der Hauptgruppen 4-8, die aus anderen zentralen Titeln nicht abgedeckt werden können, bis zu 125.000 Euro im Einzelfall (sog. Kleinbetragsregelung zur Entlastung der Bürgerschaft). Die Ansätze wurden im Hinblick auf die relativ geringe Inanspruchnahme reduziert.

Die Bereitstellung erfolgt nur gegen gleich hohe Einsparungen an anderer Stelle (vgl. auch Art. 7 Nr.1 Haushaltsbeschluss 2009/2010).

Im Haushaltsjahr 2007 erfolgten Sollübertragungen auf andere Titel i.H.v. 788.889,14 Euro.

971.05 – Komplementärmittel für EU-Vorhaben –

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine verstärkte Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln ist es u. a. erforderlich, kurzfristig Komplementärmittel bereitstellen zu können. Da nicht vorhersehbar ist, in welchem Umfang tatsächlich Komplementärmittel benötigt werden, soll der Titel je nach Bedarf durch Sollübertragungen aus beim Titel 9890.971.03 „Rückstellung für Mehraufwendungen“ verfügbaren Mitteln bis zur Höhe von insgesamt 2,5 Mio. Euro verstärkt werden können. Diese Mittel sollen dann den jeweiligen Einzelplänen zur Verfügung gestellt werden.

Veranschlagt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 5 Mio. Euro zur Abdeckung von Bedarfen bei Projekten mit mehrjähriger Laufzeit.

Im Haushaltsjahr 2007 erfolgten Sollübertragungen auf andere Titel i.H.v. 1.346.068,11 Euro.

971.08 – Zentral veranschlagte Ausgaben zur Vorfinanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Verwaltung – (Fonds zur Effizienzsteigerung)

Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Verwaltung können zu temporären Mehrbedarfen führen. Um diese unter den Gesichtspunkten der Verwaltungsmodernisierung und Haushaltskonsolidierung vordringlichen Maßnahmen zu beschleunigen, sollen entsprechende Mehrbedarfe aus zentralen Mitteln (zu Lasten 971.03) vorfinanziert werden können.

Die Mittel dieses „Fonds zur Effizienzsteigerung“ sollen eingesetzt werden für Maßnahmen bis zu grundsätzlich 1 Mio. Euro Kassenmittelbedarf im Einzelfall, die insbesondere darauf abzielen, z.B. durch Rationalisierung von Verfahrensabläufen oder räumliche Konzentration von Verwaltungseinheiten dauerhafte Beiträge zur Konsolidierung des Haushalts zu leisten. In diesem Zusammenhang kann auch Projektförderung aus diesem Titel erfolgen. Die bereitgestellten Beträge sind von den jeweiligen Behörden durch Haushaltsverbesserungen in den folgenden Jahren zu refinanzieren.

Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 10 Mio. Euro dienen der Abdeckung von Bedarfen bei Projekten mit mehrjähriger Laufzeit.

Im Haushaltsjahr 2007 erfolgten Sollübertragungen auf andere Titel i.H.v. 6.406.068,11 Euro.

971.11 – Zentral veranschlagte Ausgaben für ein Projekt zur IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben –

Mit der Drucksache 18/7345 vom 13.11.2007 ist die Bürgerschaft über das Projekt E-Personal (ePers) unterrichtet worden. Damit sind die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Einsetzung des Projekts für das Jahr 2008 geschaffen. Mit dem Projekt ePers wird ein erster Schritt in Richtung Modernisierung der Personalarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg und Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben eingeleitet. Mit dem Haushalt 2009/2010 wird das Projekt fortgesetzt (vgl. Teilwirtschaftsplan Projekt E-Personal beim Wirtschaftsplan Zentrum für Personaldienste im Einzelplan 1.1). Sofern aufgrund des Projektfortschritts weitere Aufwendungen erforderlich werden, sollen die erforderlichen Mittel durch Sollübertragung aus dem Zentraltitel bereitgestellt werden.

Der Senat wird der Bürgerschaft die weitere Entwicklung des Projekts mit einer gesonderten Berichtsdrucksache erläutern.

972.15 – Globale Minderausgabe Schulbau und Schulbewirtschaftung –

Hinsichtlich der hamburgischen Schulimmobilien besteht die Zielsetzung, den Bau und Betrieb künftig schneller und effizienter in einem optimierten Verfahren zu organisieren. Daraus werden Nettoentlastungen von 40 Mio. Euro jährlich erwartet. Bei externer Realisierung des Schulbaus und seiner Bewirtschaftung werden die dafür bisher im Einzelplan 3.1 veranschlagten Investitions- und Betriebsmittel gegen Auflösung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan 9.2 neu veranschlagt.

- 972.16 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.1 –
- 972.17 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.2 –
- 972.18 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.3 –
- 972.19 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.4 –
- 972.20 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.5 –
- 972.21 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.6 –
- 972.22 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.7 –
- 972.23 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 1.8 –
- 972.24 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 2 –
- 972.25 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.1 –
- 972.26 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.2 –
- 972.27 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 3.3 –
- 972.28 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 4 –
- 972.29 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 6 –
- 972.30 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 7 –
- 972.31 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 8.1 –
- 972.32 – Globale Minderausgaben für laufende Ausgaben im Epl. 9.1 –

Zur Finanzierung des Gesamthaushalts unter Beibehaltung der Zielsetzung eines Verzichts auf Nettoneuverschuldung sind Globale Minderausgaben in Höhe von jeweils insgesamt 80 Mio. Euro für die Jahre 2009, 2010 und 2011 veranschlagt. Die Summe von 80 Mio. Euro entspricht einem Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben von rd. 0,9 % und ist von den Behörden anteilmäßig im Rahmen der Bewirtschaftung ihrer Haushalte unterjährig einzusparen.

9900 Gemeinschaftsteuern, Landessteuern und Finanzausgleich sowie

9910 Gemeindesteuern

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Nach dem Finanzreformgesetz vom 12.5.1969 und dem Gesetz über die Gemeindefinanzreform vom 8.9.1969 wird nach geltendem Recht das Aufkommen folgender Steuerarten wie folgt verteilt:

	Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer	Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag und Körperschaftsteuer	Abgeltungssteuer
Landesanteil	42,5 v. H.	50 v. H.	44 v. H.
Gemeindeanteil	15,0 v. H.	-	12 v. H.
Bundesanteil	42,5 v. H.	50 v. H.	44 v. H.

Veranschlagt sind der Landesanteil an Gemeinschaftssteuern bei 9900, der Gemeindeanteil bei 9910.

Bei der Lohnsteuer, der Abgeltungssteuer und der Körperschaftsteuer sind gemäß Zerlegungsgesetz nach geltendem Recht Zerlegungsleistungen zu berücksichtigen. Die Zerlegung wird nach folgenden Kriterien errechnet:

- Die von den Arbeitgebern in einem Land abgeführte Lohnsteuer steht jeweils dem Land zu, in dem die Arbeitnehmer wohnhaft sind;
- die in einem Bundesland vereinnahmte Körperschaftsteuer von Steuerpflichtigen mit Betriebsstätten in anderen Ländern wird anteilig auf alle betreffenden Länder zerlegt;
- bei der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird der Länder- und Gemeindeanteil am Aufkommen zerlegt, wobei die jährlichen Zerlegungsanteile nach Vomhundertsätzen entsprechend der Höhe der auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechneten Abgeltungssteuer bemessen werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung der 25%-igen Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge und Veräußerungserlöse zum 1.1.2009, die bereits im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 durch die Gesetzgebungsorgane beschlossen worden war, kommt es in den Planjahren zu steuersystematischen Aufkommensverschiebungen zwischen den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, der Abgeltungssteuer und der veranlagten Einkommensteuer.

Die Gemeinden haben von der ihnen zustehenden Gewerbesteuer eine Umlage an den Bund und das Land abzuführen. Die Gewerbesteuerumlage errechnet sich aus der Division des Gewerbesteueraufkommens durch den aktuell geltenden Hebesatz, multipliziert mit den jeweiligen – im Gemeindefinanzreformgesetz festgelegten – Bundes- und Landesvervielfältigern.

Ferner wird das Hamburger Steueraufkommen gemindert um den hamburgischen Anteil an Erstattungen und Vergütungen, die vom Bundesamt für Finanzen durchgeführt werden.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 wurde eine Anhebung des (Regel-) Steuersatzes der Umsatzsteuer und der Versicherungssteuer auf 19% zum 1.1.2007 beschlossen. Vom Aufkommen der Umsatzsteuer erhält der Bund vorab Anteile zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung (ab 2007) und zur Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung (seit 1998). Vom verbleibenden Aufkommen entfällt seit 1998 ein Anteil von 2,2 vom Hundert auf die Gemeinden als Ausgleich für den Wegfall der Gewerkekapiatalsteuer. Das danach restliche Aufkommen verteilt sich in etwa hälftig zwischen Bund und Ländern. Darin sind Anteile der Länder enthalten, die diese vom Bund zum Ausgleich für Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs seit 1996 erhalten sollen. Mit der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern erfolgen gegenwärtig auch gegenseitige Kompensationen für die Übernahme der Tilgung des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund, die Reduzierung der Bundesergänzungszuweisungen wegen Fehlbeträgen und wegen Kosten der politischen Führung im Rahmen des Solidarpaktes II, die Gewährung von Seehäfenfinanzhilfen sowie die Einführung von Bundesergänzungszuweisungen wegen struktureller Arbeitslosigkeit und ab 2007 zudem für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe.

Sämtliche Ansätze beruhen grundsätzlich auf den jährlich im Mai und November wiederkehrend stattfindenden Schätzungen des bundesweiten Steueraufkommens und seiner Aufteilung nach Gebietskörperschaften durch den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	2008*	2009	2010	+/- 2009/2008		+/- 2010/2009	
	in Mio. Euro			in Mio. Euro/%		in Mio. Euro/%	
Einnahmen	8.629,3	8.579,0	9.214,6	- 50,3	- 0,6	635,6	7,4
davon:							
Einnahmen aus Steuern (Hgr. 0 ohne 09)	8.629,3	8.579,0	9.214,6	- 50,3	- 0,6	635,6	7,4
Ausgaben	331,1	310,7	370,7	- 20,4	- 6,2	60,0	19,3
davon:							
Sach- und Fachausgaben	1,1	0,7	0,7	- 0,4	- 36,4	0,0	0,0
Länderfinanzausgleich	330,0	310,0	370,0	- 20,0	- 6,1	60,0	19,4

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

Ausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen die Leistungen Hamburgs zum Länderfinanzausgleich und die Zahlungen Hamburgs zum Lastenausgleich (LAG).

9900

612.01 – Beitrag zum Länderfinanzausgleich –

Für Hamburg wurden auf Grundlage der Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2008 kassenmäßige Beiträge zum Länderfinanzausgleich in Höhe von 310 Mio. Euro im Jahr 2009 und auf Grundlage der Mai-Steuerschätzung 2008 370 Mio. Euro im Jahr 2010 erwartet.

634.02 – Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds gemäß § 6 Abs. 4 LAG –

Das Lastenausgleichsgesetz (LAG) regelt den Ausgleich von kriegsbedingten Schäden und Verlusten. Nach § 6 LAG leisten die Länder (ohne die neuen Bundesländer und das Saarland) an den Bund einen jährlichen Zuschuss in Höhe von einem Drittel des Jahresaufwands für Unterhaltshilfe, höchstens jedoch 30 Millionen Euro. Die Länder leisten den Zuschuss nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorhergehenden Rechnungsjahr.

9990 Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungsmittel und Abwicklung der Vorjahre**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

In diesem Kapitel sind veranschlagt:

- zentrale Einnahmen zur Herstellung des Haushaltsausgleichs unter Vermeidung von Nettokreditaufnahme (Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken; Erlöse aus Vermögensmobilisierung),
- Ausgaben zum Einstieg in die Altschuldentilgung.

2. Überblick über die Veranschlagung und Titelerläuterungen

	2008*	2009	2010	+/- 2009 zu 2008*		+/- 2010 zu 2009	
	in Tsd. Euro			in Tsd. Euro	%	in Tsd. Euro	%
Einnahmen	906.577	947.593	429.486	41.016	4,5	- 518.107	- 54,7
davon:							
Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb	80.000	271.312	269.825	191.312	239,1	- 1.487	- 0,5
Entnahme aus allgemeiner Rücklage	610.544	652.281	109.661	41.737	6,8	- 542.620	- 83,2
Vermögensmobilisierung	216.033	24.000	50.000	- 192.033	- 88,9	26.000	108,3
Ausgaben	(1.000)	1.000	1.000	-	-	-	-
davon:							
Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	(1.000)	1.000	1.000	-	-	-	-

* Stand: Fortgeschriebener Haushaltsplan (5. März 2009)Einnahmen

356.01 – Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb –

Zur Finanzierung der Gesamtausgaben sind Entnahmen aus dem Grundstock für Grunderwerb i.H.v. 271.312 Tsd. Euro für 2009 und 269.825 Tsd. Euro für 2010 vorgesehen.

359.01 – Entnahme aus allgemeiner Rücklage –

Zur Finanzierung der Gesamtausgaben sind Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage i.H.v. 652.281 Tsd. Euro für 2009 und 109.661 Tsd. Euro für 2010 vorgesehen.

371.01 – Einnahmen aus der Mobilisierung von Vermögenspositionen –

Zur Finanzierung der Gesamtausgaben sind Entnahmen aus der Mobilisierung von Vermögenspositionen i.H.v. 24.000 Tsd. Euro für 2009 und 50.000 Tsd. Euro für 2010 vorgesehen.

Ausgaben

595.01 – Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt –

Mit der Drucksache 18/7392 – Vorlage der Finanzplanung 2007-2011 – wurde die Beendigung der Neuverschuldung ab dem Jahr 2007 und der Einstieg in die Tilgung von Altschulden mit Ansätzen von 1 Mio. Euro p.a. beschlossen.

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan

für das Sondervermögen „Hamburgisches Telekommunikationsnetz“
(§ 26 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
Erstattung von Dataport	9.546	9.476	10.109	9.340	9.450
Anteilige Auflösung Passiver					
Rechnungsabgrenzungsposten	690	690	690	690	690
Miete HanseNet	805	933	868	850	850
<u>Erträge aus Aufträgen HanseNet</u>	131	217	100	100	100
<u>Zinserträge</u>	284	319	160	120	110
<u>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten</u>	109	281	173	1000	1500
<u>Sonstige Erträge</u>	-	-	-	200	200
<u>Summe</u>	11.565	11.916	12.100	12.300	12.900
<u>Aufwendungen</u>					
<u>Aufwendungen für Aufträge Hansenet</u>	131	217	100	100	100
<u>Abschreibungen</u>	11.375	11.034	12.000	11.950	12.550
Sonstige Aufwendungen	59	665	-	250	250
<u>Summe</u>	11.565	11.916	12.100	12.300	12.900
<u>Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</u>	0	0	0	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. <u>Finanzbedarf</u>					
1. Investitionen	11.443	14.207	11.827	18.950	19.050
Summe	11.443	14.207	11.827	18.950	19.050
2. Sonstiger Finanzbedarf	109	281	173	1.000	1.500
Summe	109	281	173	1.000	1.500
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	11.443	14.488	12.000	19.950	20.550
II. <u>Deckungsmittel</u>					
Abschreibungen	11.375	11.034	12.000	11.950	12.550
Noch verfügbare Deckungsmittel aus Vorj.	3.071	2.947	-	-	-
Anlagenabgänge	54	27	-	-	-
Sonderinvestitionsprogramm „Schulen ans Netz	-	2.300	-	8.000	8.000
<u>Summe Deckungsmittel</u>	14.391	16.308	12.000	19.950	20.550

Erläuterungen

Erträge

Erstattung von Dataport:

Dataport erstattet dem Sondervermögen die Differenz aus den jährlichen Abschreibungen für die Abnutzung des zum Sondervermögen gehörenden Anlagevermögens und den unmittelbaren Erträgen des Sondervermögens.

Anteilige Auflösung Passiver Rechnungsabgrenzungsposten:

Zwischen dem Landesamt für Informationstechnik (LIT) und der Firma HanseNet wurde 1997 ein Vertrag zur Zusammenarbeit im Bereich des TK-Netzes vereinbart. Die damals erfolgte Einmalzahlung seitens HanseNet über 13,8 Mio EUR wurde passivisch abgegrenzt und wird über die ganze Laufzeit des Vertrages (20 Jahre) als Ertrag aufgelöst.

Miete HanseNet:

Gegenwärtig wird das Hamburger TK-Netz von der Hamburger Firma HanseNet mit genutzt. Dafür erfolgt eine jährlich neu zu berechnende Vergütung.

Erträge aus Aufträgen HanseNet:

Erstattung der Aufwendungen für die Herstellung von Verbindungen mit anderen Kabelführungssystemen für HanseNet.

Zinserträge:

Aus Forderungen gegenüber der Kasse Hamburg entsprechend der Höhe des Rechnungsabgrenzungspostens.

Sonstige Erträge:

S.a. Erstattung der sonstigen Aufwendungen

Aufwendungen

Aufwendungen für Aufträge HanseNet:

Aufwendungen für die Herstellung von Verbindungen mit anderen Kabelführungssystemen für HanseNet

Abschreibungen:

Abschreibungen auf Sachanlagen

Sonstige Aufwendungen:

Hier erfolgt die Darstellung des Risikos für eine etwaige Versteuerung aus dem Vertrag mit HanseNet. Das Verfahren ist zurzeit noch nicht abgeschlossen.

Investitionen

Die investiven Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Leitungsnetz:

Sicherstellung und Weiterentwicklung des Hamburger Leitungsnetzes (Infrastrukturmaßnahmen, Schacht- und Trassen-sanierung, Verkehrssignalanlagen-Koordination, Bedarfsanpassungen aufgrund von Kundenanforderungen sowie Modernisierungen).

Vermittlungstechnik:

Bedarfsanpassungen der Knotenvermittlungen und Modernisierung von Endvermittlungen, Bedarfsanpassungen in Folge von Umzügen und Reorganisationen in der hamburgischen Verwaltung.

Übertragungstechnik:

Bedarfsanpassung der SDH- / PDH-Technik,

Aufbau einer zentralen Routerinfrastruktur im Rahmen der Modernisierung des Datennetzes, Realisierung von Kundenanschlüssen.

Sonstiger Finanzbedarf

Der sonstige Finanzbedarf resultiert aus den erhöhten Abschreibungen im Zusammenhang mit dem Sonderinvestitionsprogramm „Schulen ans Netz“

Übersicht über die jeweils in dem Deckungskreis 01 veranschlagten Mittel

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
9600.	Schuldendienst										
533.01	Nebenkosten der Schuldenaufnahme	83		88		150		150		150	
561.01	Zinsen a.d. Bund f. WoBauSchulden	10.063		9.493		10.902		10.900		10.900	
561.02	Zinsen a.d. Bund f. sonstige Schulden	34		32		31		29		27	
571.01	Zinsen an öffentliche Unternehmen	3.933		9.197		5.000		6.000		6.000	
575.01	Zinsen a. sonst. inländ. Kreditmarkt	896.246		950.546		993.068		995.000		1.011.000	
575.20	Disagio	4.426		4.247		6.869		5.500		6.000	
581.02	Tilgung a.d. Bund f. sonst. Schulden	86		88		90		92		93	
Summe	Schuldendienst	914.871		973.691		1.016.110		1.017.671		1.034.170	
9750.	Versorgung										
422.01	Nachversicherung	7.176		7.853		12.000		10.000		10.000	
424.01	Zuführung an Versorgungsrücklage für beamtete Beschäftigte	8.687		8.687		8.626		8.687		8.687	
429.01	Zuführung an das Sondervermögen Ver- sorgungsfonds	8.516		8.353		7.867		7.521		7.521	
434.01	Zuführung an Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger	12.913		11.398		18.600		16.200		18.700	
438.02	Zuschuss Versorgungskasse für staatl- iche Angestellte	19		12		230		100		100	
439.01	Sonstige Versorgungsbezüge	–		–		88		88		88	
443.01	Unfallfürsorge	593		745		437		437		437	
443.02	Heilfürsorge	–		–		10		10		10	
443.03	Unterstützungen	–		–		3		3		3	
452.01	Versorgungsausgleich nach dem 1. Ehe- rechtsreformgesetz	5.478		11.505		8.000		8.000		8.000	
631.01	Erstattungen an andere Versorgungsträ- ger	822		1.108		1.300		1.300		1.300	
631.02	Erstattung von Versorgungsbezügen an den Bund	37		37		10		10		10	

Anlage 2

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
632.01	Ersstattungen an andere Dienstherrn § 107b BeamtVG	2.843		2.612		1.200		1.200		1.200	
632.02	Ersstattungen von Versorgungsbezügen an die Länder	-		-		10		10		10	
916.01	Zuführungen an das Sondervermögen Zusatzversorgung	8.971		8.539		8.200		8.200		8.200	
Summe	Versorgung	56.055		60.849		66.581		61.766		64.266	